

**Stenografisches Protokoll**  
- Endgültige Fassung\* -

der 44. Sitzung  
des 2. Untersuchungsausschusses  
am Freitag, dem 30. November 2012, 9 Uhr  
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Berlin

Vorsitz: Sebastian Edathy, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Vernehmung von Zeugen:	1-106
- Staatssekretär a. D. Dr. August Hanning	1
- Oberstaatsanwalt beim BGH Christian Ritscher	72

\*Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen des Zeugen OStA beim BGH Christian Ritscher (Anlage) sind in das Protokoll eingearbeitet.

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

**Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses**

Freitag, 30. November 2012, 09:00 Uhr

**Anwesenheitsliste**

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<b>CDU/CSU</b>		<b>CDU/CSU</b>	
Binninger, Clemens		Hahn, Florian	.....
Schipanski, Tankred		Heinrich, Frank	.....
Stracke, Stephan		Schön (St. Wendel), Nadine	.....
Winkelmeier-Becker, Elisabeth		Schuster (Weil am Rhein), Armin	.....
<b>SPD</b>		<b>SPD</b>	
Edathy, Sebastian		Gleicke, Iris	.....
Högl, Eva, Dr.		Kolbe (Leipzig), Daniela	
Rix, Sönke		Özoguz, Aydan	
<b>FDP</b>		<b>FDP</b>	
Tören, Serkan		Kurth (Kyffhäuser), Patrick	.....
Wolff (Rems-Murr), Hartfrid		Schulz, Jimmy	.....
<b>DIE LINKE.</b>		<b>DIE LINKE.</b>	
Pau, Petra		Petermann, Jens	i.v.
<b>BÜ90/GR</b>		<b>BÜ90/GR</b>	
Wieland, Wolfgang		Ströbele, Hans-Christian	

Stand: 17. Juli 2012

Tagungsbüro / Referat ZT 4 - Logistik - Luisenstr. 32-34 Telefon 227-32659

2. Untersuchungsausschuss

Freitag, 30. November 2012, 09:00 Uhr

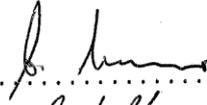
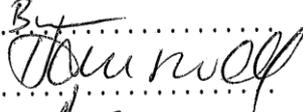
	<u>Fraktionsvorsitzende:</u>	<u>Vertreter:</u>
CDU/ CSU	.....	.....
SPD	.....	.....
FDP	.....	.....
DIE LINKE.	.....	.....
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	.....	.....

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

A. Mammes	LINKE	
REIKHEIT	SPD	Reikheit
Bauer	SPD	Bauer
HANXWELL	SPD	
Feyer	SPD	Feyer
Weßmigh	SPD	Weßmigh
Oon Lassel	CDU/CSU	Oon Lassel
Lange	FDP	Lange
Lange	F	Lange
VON DIEBACH	FDP	VON DIEBACH
Wipf	LINKE	Wipf
U. Heine	LINKE	U. Heine
Lehmann	LINKE	Lehmann
Brenbeck	SPD	
Schuppert	SPD	Schuppert

2. Untersuchungsausschuss

Freitag, 30. November 2012, 09:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Scharlau  
Rudolf Hagen  
v. Wangen  
Molsberger

FDP  
FDP  
SPD  
CDU/CSU

u. Scharlau  
Rudolf Hagen  
v. Wangen  
Molsberger

Freitag, 30. November 2012, 09:00 Uhr

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Unterschrift
GBA	Christeleit	StA b. BGI	
BVL	Walber	RDir	
BWP	Witt	RDir	
BKA	Gesmann	KOR	
BKA	Ansbach	KOKin	
BM	Steinberg	ROI'm	
BMI	Mehring	KOKin	
BMI	Schäfer	KOR	
BMI	Keinhold	Mink	
BMI	Frunding	RiG	
BMI	Eckert	RL	
"	Reinmann	RD	
BMI	Wers	RD	
DKAM	Herrmann	ORRin	
BMI	Hauer	RR	

Bundesrat: (bitte Druckschrift)	Unterschrift	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Land
Sauer		RR	Berlin
Dr. Roth		ORR	BY
NITZSCHE		RR'm	RP
Falk		RR	Sachsen
Dr. Falkner		ORR	BY
PIETSCH		Braunschweig	BW
Müllerbach		MR	NI
Schäfer		RD'm	TH
Möhlmann		ORR	BY
Schupp		RR	NRW
Schmidt		MR	ST
		RR	HE

(Beginn: 9.12 Uhr)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses der laufenden Wahlperiode. Das ist zugleich die 44. Tagung dieses Ausschusses, die heute stattfinden wird in Form einer öffentlichen Beweisaufnahme durch Vernehmung von zwei Zeugen.

Ich rufe den **einzigen Punkt der Tagesordnung** auf:

Vernehmung von Zeugen:

- Staatssekretär a. D. Dr. August Hanning
- Oberstaatsanwalt beim BGH  
Christian Ritscher

Wir haben heute zu Gast im Ausschuss zunächst Herrn Dr. August Hanning, den ich hiermit herzlich begrüßen darf, und dann, nach der Einvernahme des Zeugen Hanning, haben wir noch zu Gast Herrn Ritscher, Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof.

Ich darf kurz darauf aufmerksam machen, dass gegen 11 Uhr eine namentliche Abstimmung im Plenum des Deutschen Bundestages stattfinden wird, für die wir dann die Sitzung für etwa eine halbe Stunde unterbrechen müssen.

Ich stelle fest, dass die Vertreter der Medien, soweit sie Geräte für die Fertigung von Bild-, Ton- und Filmaufnahmen mit sich geführt haben, den Sitzungssaal verlassen haben, darf aber auch die Gäste auf der Tribüne noch mal ausdrücklich darauf hinweisen, dass während der gesamten Sitzung das Fertigen von Aufnahmen verboten ist. Ich bitte Sie zugleich, sofern Sie - wovon ich ausgehe - entsprechende Apparate mit sich führen, Ihre Funktelefone auszuschalten.

#### **Vernehmung des Zeugen Dr. August Hanning**

Herr Dr. Hanning, ich darf Sie zunächst kurz darauf hinweisen, dass seitens des Bundestages eine Tonaufzeichnung Ihrer heutigen Vernehmung erfolgt, die allerdings ausschließlich dem Zweck dient, die Erstellung des Stenografischen Protokolls zu erleichtern. Das heißt, wenn das Protokoll gefertigt ist, wird die Aufnahme gelöscht.

Der Entwurf des Protokolls geht Ihnen zu, sobald das Protokoll im Entwurfsstadium vorliegt. Sie haben dann eine Zeit von zwei

Wochen, innerhalb derer Sie Korrektur- oder Ergänzungswünsche geltend machen können.

Ich stelle fest, dass Herr Dr. Hanning ordnungsgemäß geladen worden ist. Die Ladung haben Sie am 27.11.2012 erhalten. Eine Aussagegenehmigung für Sie als Zeugen liegt, seitens des Bundesministers des Innern gefertigt, mit Datum vom 14.11.2012 vor.

Herr Dr. Hanning, ich habe Sie vor Ihrer Aussage zunächst formal zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf etwaige strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige nämlich, der vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten, Herr Dr. Hanning, Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuft Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Haben Sie zu dem, was ich bisher vorge tragen habe, Fragen?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann darf ich Sie einleitend ganz kurz bitten, sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Alters- und Berufsangabe vorzustellen.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Mein Name ist August Hanning. Ich bin in Bundesdiensten gewesen bis zum Jahr 2009, bin jetzt als Rechtsanwalt tätig, wohne in Berlin, [REDACTED], und stehe Ihnen heute hier als Zeuge zur Verfügung.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Hanning, wenn Sie einverstanden sind, würden wir die konkrete Angabe Ihrer Wohnanschrift aus dem Protokoll entfernen, damit, wenn die Unterlagen nach Abschluss der Arbeit dieses Ausschusses veröffentlicht werden, Sie nicht allzu viel Fanpost bekommen.

Darf ich ganz kurz fragen, weil das hat ja in der Öffentlichkeit und auch bei uns für ein bisschen Irritation gesorgt: Wie kam das eigentlich zustande, dass Sie die Ladung nicht zeitnah erreicht hat?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Es ist offenbar per Einschreiben an mich geschickt worden. Ich habe wohl keine Benachrichtigung bekommen, und dann ist der Einschreibebrief zurückgekommen. Das lag möglicherweise daran, dass sich meine Wohnanschrift geändert hat, weil ich umgezogen bin im Sommer.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aber die Anschrift war schon richtig, die das Innenministerium verwendet hat?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ich kann es Ihnen im Augenblick nicht genau sagen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Hat man Sie angerufen zeitgleich zu dem Einschreibebrief?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Zuletzt ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Als das zurückgekommen ist?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nein, ich habe davon erfahren bei der BKA-Herbsttagung. Da hat mich Herr Reinfeld darauf angesprochen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Herr Hanning, Sie haben nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Möglichkeit, sich vor Ihrer Befragung zum Gegenstand zu äußern. Ich habe Sie vorab gefragt, ob Sie davon Gebrauch machen möchten. Das haben Sie bejaht. Insofern erteile ich Ihnen jetzt hiermit das Wort.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich möchte mich zunächst zusammenfassend äußern.

Ich bin mit dem Vorgang NSU oder Ceska-Mordserie bereits während meiner Tätigkeit als Präsident des Bundesnachrichtendienstes in der Zeit zwischen 1998 bis zum November 2005 als Teilnehmer der Nachrichtendienstlichen Lage, der sogenannten ND-Lage, die jeden Dienstag im Bundeskanzleramt stattfindet, in Berührung gekommen. Im Rahmen der ND-Lage waren die Serienmorde und die Anschläge, die, wie wir heute wissen, von dem NSU ausgeführt wurden, häufiger ein Thema. Vorgetragen haben dazu der damalige Präsident des Bundeskriminalamtes, Herr Dr. Kersten, später Präsident Ziercke und vor allem der seinerzeitige Vizepräsident Falk.

Bei den Unterrichtungen wurde deutlich, dass das BKA und die Polizeibehörden der Länder im Hinblick auf mögliche Täter vor einem Rätsel standen. Es gab dazu keine belastbaren Erkenntnisse. Vor allem Vizepräsident Falk hat bei seinen Unterrichtungen betont, dass aus der Sicht seiner Profiler, also derjenigen, die ein mögliches Täterbild gezeichnet haben, zu vermuten sei, dass die möglichen Täter aus dem Bereich der organisierten Kriminalität stammten. Aber gleichzeitig hat er bei der Darstellung über den Stand der Ermittlungen auch stets darauf hingewiesen, dass mit dieser Vermutung die Tatsache nicht im Einklang stehe, dass für alle Mordtaten immer wieder dieselbe Waffe verwendet wurde. Dies sei völlig untypisch für Straftaten in diesem Milieu. Außerdem lasse die gleichartige Tatbegehung auf einen identischen Täterkreis schließen.

Auf die Frage, welche sonstigen Täter oder Tätergruppierungen für die Anschläge noch in Betracht kommen könnten, war die Antwort recht vage. Ich hatte aber bei seinen Ausführungen damals nicht den Eindruck, dass das BKA andere Motive oder Hintergründe aus seinen Ermittlungen ausgeschlossen hätte.

Als Staatssekretär im Bundesministerium des Innern - ich müsste vielleicht hinzufügen: als BND-Präsident - war ich nicht unmittelbar in die Dinge involviert. Ich war Beobachter, Zuhörer, habe die eine oder andere Frage gestellt, aber der Auslandsnachrichtendienst war in dieser Zeit bis 2005 nicht in die Ermittlungen in irgendeiner Weise - jedenfalls nach meiner Kenntnis - eingebunden. Es gab Fragen und Ähnliches, aber wir haben da keine eigenständige Rolle gespielt als Bundesnachrichtendienst.

Als Staatssekretär im Bundesministerium des Innern bin ich dann nach meiner Berufung im Jahr 2005 mit der Mordserie vor allem im Vorfeld der Innenministerkonferenz unter bayerischem Vorsitz in Garmisch-Partenkirchen im Jahr 2006 konkret befasst gewesen. Diese Innenministerkonferenz stand ganz im Zeichen der Vorbereitung der Fußballweltmeisterschaft.

Im Vorfeld dieser Konferenz war die Frage zu entscheiden, ob und in welcher Form sich das Bundesministerium des Innern an dem vom Land Bayern für Hinweise ausgelobten Betrag von 300 000 Euro beteiligen soll. Der seinerzeitige bayerische Innenminister hatte die Absicht bekundet, anlässlich der Innenministerkonferenz diesen Betrag öffentlich für Hinweise, die zur Ermittlung der Täter führen würden, auszuloben.

In Vorbereitung dieser Konferenz wurde in der Fachabteilung des BMI auch das Problem erörtert, dass bis dahin eine länderübergreifende Konzentration der Ermittlungen auf eine Staatsanwaltschaft und eine Polizeibehörde nicht stattgefunden und dass das BKA angeregt hatte, die Ermittlung zentral zu übernehmen und zumindest besser zu koordinieren.

Ich habe darüber mit der Fachabteilung im Rahmen der Vorbereitung der Innenministerkonferenz gesprochen. Dabei wurde ich davon unterrichtet, dass auch der Präsident des BKA, Herr Ziercke, bei der Konferenz in Garmisch-Partenkirchen anwesend sein werde und über das gesamte weitere Vorgehen sowie über die bisher vom BKA wahrgenommenen Defizite am Rande der Innenministerkonferenz auf Abteilungsleiterbene mit dem Ziel gesprochen werden soll, eine Lösung zu erreichen. Darüber habe ich dann auch nach meiner Erinnerung mit Bundesminister Schäuble in Vorbereitung der Konferenz gesprochen und ihn entsprechend unterrichtet.

Während der Konferenz - ich meine, es sei gleich zu Beginn gewesen, aber ich erinnere das nicht mehr sehr genau - bin ich dann davon unterrichtet worden, dass man sich auf Abteilungsleiterbene mit den Ländern und auch mit dem Bundeskriminalamt auf ein gemeinsames weiteres Vorgehen verständigt habe. Ich habe dann gefragt, ob auch das Bundeskriminalamt damit einverstanden sei, weil da ja Kritik geäußert war, und da wurde mir gesagt, ja, auch das BKA sei einverstanden mit dem vereinbarten Vorgehen. Damit entfiel dann die Notwendigkeit, dieses Thema in der formellen Konferenz anzusprechen. Nach meinem Verständnis waren sozusagen die Probleme dann durch diese Beschlüsse oder durch dieses Einverständnis im Rahmen der Abteilungsleiterkonferenz ausgeräumt.

Nach dieser Konferenz bis zu meinem Ausscheiden aus dem Bundesministerium des Innern im November 2009 habe ich dann wiederholt im Zusammenhang mit der Vor- und Nachbereitung der Nachrichtendienstlichen Lage - danach hat auch das BKA wiederholt vorgetragen - mit dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten des BKA und dem Leiter der Fachabteilung im Hause, Herrn Krause, und seinem Nachfolger, Herrn Schindler, und den Vertretern häufiger über den Stand der Ermittlungen gesprochen, ohne dass sich daraus ein grundlegend neuer Sachstand ergeben hätte.

Sehr geehrte Abgeordnete, wie ich den Medien entnehme, ist im Vorfeld auch die Erwartung geäußert worden, dass ich mich zu einem Vorgang äußere - das will ich dann auch gerne tun -, der etwas zu tun hat mit der Organisation des Bundesamtes für Verfassungsschutz. In Sonderheit geht es um die Zusammenlegung von zwei Abteilungen und die Neubildung der Abteilung Islamischer Terrorismus im BfV. Ich möchte den Vorgang deswegen auch an dieser Stelle kurz erläutern.

Aufgrund von Haushaltskürzungen und im Hinblick auf die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus musste im Jahr 2006 eine Entscheidung darüber getroffen werden, wie die Aufgaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz neu organisiert werden sollten. Dazu habe ich nach meiner Erinnerung mehrere Gespräche mit den berührten Fachabteilungen des Hauses und dem Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Herrn Fromm, geführt, und ich habe die verschiedenen in Betracht kommenden Mög-

lichkeiten intensiv prüfen lassen. Im Ergebnis stellte sich die Alternative heraus, entweder die Bereiche Rechts- und Linksterrorismus in einer Abteilung zusammenzufassen - die waren bis dahin in zwei Abteilungen angesiedelt - oder den Bereich Linksextremismus mit dem Bereich Ausländerextremismus zusammenzulegen. Es gab für beide Entscheidungen durchaus vertretbare Argumente.

Nach meiner Erinnerung hat der Präsident des Bundesamtes, Herr Fromm, seinerzeit angeregt, die Bereiche Ausländerextremismus und Linksextremismus zusammenzulegen. Sein Kernargument war, dass im Bereich Ausländerextremismus nahezu ausschließlich Bestrebungen linksextremistischen Ursprungs beobachtet würden. Dagegen votierte sowohl die Zentralabteilung als auch die Fachabteilung des BMI für die Zusammenlegung der Bereiche Rechts- und Linksextremismus. Das wesentliche Argument war, dass das gesamte Phänomen nationaler Extremismus in einer Abteilung angesiedelt sein sollte.

Ich habe diese Frage dann unter Beteiligung der Fachabteilung und Zentralabteilung in einer besonderen Steuerungsgruppe noch mal intensiv prüfen lassen. Dabei habe ich dann die Frage gestellt, mit welcher Lösung die größten Effizienzgewinne zu erwarten seien. Die Prüfung kam dann zu dem Ergebnis, dass die Synergieeffekte bei einer Zusammenlegung der Abteilungen 2 und 3, das heißt Rechts- und Linksextremismus, wohl am größten seien.

Ein weiteres Argument war die Struktur im Bundeskriminalamt. Auch dort waren die Phänomenbereiche Rechts- und Linksextremismus in einer Gruppe innerhalb der Abteilung ST organisiert. Ich habe dann vor der abschließenden Entscheidung noch mal mit Präsident Fromm darüber gesprochen, und im Ergebnis hat er dann - und das ist jedenfalls meine Erinnerung - auch diese Entscheidung akzeptiert.

Ich möchte noch mal betonen, dass das keine Sachentscheidung war im Hinblick auf Ressourcen und Schwerpunkte. Wir waren gezwungen, damals eine Revision der Abteilungen vorzunehmen, und wir haben dann versucht, eben den Sparzwängen Rechnung tragend, hier die beste Lösung zu finden. Am besten wäre natürlich gewesen, man hätte genügend Ressourcen gehabt, um sozusagen die beiden Abteilungen aufrechtzuerhalten. Aber das war aus den Darlegungen,

die ich eben gemacht habe, leider nicht möglich und aufgrund der Sparzwänge.

Sehr geehrte Abgeordnete, Sie haben mit dem Untersuchungsausschuss eine schwierige Aufgabe übernommen, nämlich den ganzen Vorgang NSU zu bewerten. Ich habe mich im Vorfeld der heutigen Vernehmung auch noch mal mit den ganzen Vorgängen befasst, und ich komme in der Tat zu dem Schluss, dass eine Menge offene Fragen da sind, die ich jedenfalls bisher auch noch nicht beantworten kann, die mich damals schon zum Teil beschäftigt haben: Was war die wirkliche Motivlage der Täter? War es wirklich nur das Ziel, Ausländer aus dem Land herauszutreiben? Macht es Sinn, keine entsprechenden Botschaften damit zu verbinden, was ja nicht geschehen ist? Wie ist der Angriff auf die Polizeibeamten in Heilbronn einzuordnen, der uns damals auch beschäftigt hat? Warum vergingen zwischen den einzelnen Taten so viele Zeiträume? Warum haben die bei der Festnahme Suizid begangen? Weshalb haben die die vorbereiteten DVDs nicht eher losgeschickt? Also, eine Fülle von Fragen, die hoffentlich noch geklärt werden können. Aber ich glaube, solange Frau Zschäpe dazu schweigt, wird das nicht ganz einfach sein.

In den Medien habe ich sehr viel Kritik über die Arbeit der Sicherheitsbehörden gelesen. Ich glaube, es ist auch im ganz erheblichen Umfang durchaus begründet. Allerdings möchte ich schon anmerken, dass es sehr viel leichter ist, die berühmte Stecknadel im Heuhaufen zu finden, wenn man vorher weiß, wo sie sich befindet, oder mit anderen Worten: In der Retrospektive fällt es leicht, in Kenntnis der Zusammenhänge die damaligen Ermittlungsaktivitäten zu bewerten und auch zu kritisieren. Und es ist ein großer Unterschied, ob ich im Tagesgeschäft oft unter großem Zeitdruck Entscheidungen treffen muss oder ob ich im Nachhinein die Vorgänge gründlich und ohne jeden Zeitdruck analysieren kann. Und ich glaube, dass man sich davor hüten sollte, den Sicherheitsbehörden Voreingenommenheit oder eine bewusste Vernachlässigung ihrer Aufklärungs- und Amtspflichten zu unterstellen. Ich habe jedenfalls in meiner gesamten Amtszeit sowohl im Bundeskanzleramt als auch als Präsident des BND und später als Staatssekretär nie einen Beleg gefunden, dass aus politischen oder ideologischen Einstellungen von Beamten oder Angehörigen

gen der Sicherheitsbehörden bestimmten Hinweisen nicht nachgegangen wurde.

Umso wichtiger erscheint es mir aber, die Fehlleistungen aufzuklären, die Gründe für Misserfolge und Fehleinschätzungen zu analysieren und daraus Lehren für die Zukunft zu ziehen.

Ich will jetzt darauf verzichten, mich im Einzelnen zu den Ermittlungen zu äußern. Das sollte man nur tun, wenn man die Akten genau kennt. Aber gleichwohl, da ich mich ja längere Zeit auch mit dem Vorgang aus meiner Rolle als Staatssekretär und BND-Präsident beschäftigt habe, doch einige allgemeine Bemerkungen dazu.

Grundsätzlich ist zuständig für die Aufklärung von Straftaten in Deutschland die Polizei und nicht der Verfassungsschutz. Für die Aufklärung von Straftaten ist der Verfassungsschutz weder von den gesetzlichen Grundlagen her noch von seinen Ressourcen her ausgelegt. Ein Grundproblem in diesem Fall war das falsche Profiling, also die fehlerhafte Analyse eines möglichen Täterhintergrundes. Das muss man noch mal genau auch innerhalb der Polizeibehörden, aber auch mit den Nachrichtendiensten aufarbeiten. Denn ich sehe hier die Nachrichtendienste natürlich vor allen Dingen bei der Bedrohungsanalyse in der Pflicht.

Aus meiner Sicht haben wir damals zu wenig in das benachbarte Ausland geschaut. Das Phänomen der Verteidigung der White Supremacy, wie wir das schon in den USA erlebt haben, wie wir das zum Teil in Schweden erlebt haben und wie wir das im Fall Breivik in Norwegen noch mal sehr intensiv vor Augen geführt haben, hätte man wohl stärker berücksichtigen müssen. Mit anderen Worten: Wir müssen auch im Bereich des Rechtsextremismus stärker auf die Erfahrungen in anderen Ländern zurückgreifen und bei unseren nationalen Bedrohungsanalysen auch stärker diese Täterprofile mit einbeziehen.

Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass gerade im rechtsradikalen Spektrum Anschläge ausgeführt werden, ohne dass jeweils ein Bekennerbrief damit verbunden ist, wie wir das ja früher aus dem linksradikalen Spektrum her kennen. Ich glaube, das sind alles Erkenntnisse, die man stärker einbeziehen muss in künftige Bedrohungsanalysen.

Ich möchte auch noch einiges bemerken, einige kurze Bemerkungen über eine mögliche Neuordnung der Sicherheitsarchitektur.

In Deutschland ist die Aufklärung von Straftaten und die Bewahrung der inneren Sicherheit nach dem Grundgesetz Kernaufgabe der Länder, und der Bund hat hier nur eingeschränkte Zuständigkeiten. Der Bundesminister des Innern ist auf den Innenministerkonferenzen der Länder nur Gast. Ich weiß aus meinen vielen Gesprächen im Zusammenhang mit der Novellierung des Bundeskriminalamtgesetzes, wie empfindlich die Länder im Hinblick auf ihre Zuständigkeiten gegenüber dem Bund reagieren. Und ich sehe - das sage ich auch ganz deutlich - keine Chance, dass man das in Kürze und in Zukunft grundsätzlich ändern sollte und kann. Solange die Länder für die innere Sicherheit verantwortlich sind, werden sie auch auf Verfassungsschutzbehörden nicht verzichten können. In der Praxis sind deswegen die Bundesbehörden gut beraten, eng mit den Ländern auch im Bereich des Verfassungsschutzes zu kooperieren.

Ein Grundproblem in der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern ist die unterschiedliche Leistungsfähigkeit der Länder. Dies aber ist im Kern kein Problem der Sicherheitsarchitektur, sondern unserer föderalen Struktur. Länder wie Bayern oder Baden-Württemberg und auch Nordrhein-Westfalen, Hessen oder Niedersachsen verfügen über starke Sicherheitsbehörden. In anderen Ländern gibt es dazu erhebliche Defizite. Auch dies werden wir kurzfristig nicht ändern können. Letztlich geht es in der Praxis nur so - und daran führt dann pragmatisch kein Weg vorbei -, dass in diesen Fällen entweder die anderen Länder oder der Bund versuchen, diese Defizite zu schließen.

Als Staatssekretär hatte ich sowohl die Aufsicht über das Bundeskriminalamt als auch über das Bundesamt für Verfassungsschutz, und ich habe mich dabei intensiv mit der Koordinierung sowohl im Polizeibereich als auch im Verfassungsschutzbereich beschäftigt. Und es war schon ein deutlicher Unterschied spürbar. Im Polizeibereich gab es relativ homogene Strukturen. Es gab eingespielte Kanäle und Plattformen der Zusammenarbeit. Im Gegensatz dazu war das im Verfassungsschutzbereich leider nicht so. Es gab Probleme, Schwierigkeiten, beginnend schon mit dem einfachen Faktum, dass die Verfassungsschutzbehörden in Bund und Ländern nicht homogen strukturiert sind. Wir haben Verfassungsschutzbehörden in den Ländern, die als eigenständige Ämter strukturiert sind. Andere sind Abteilungen in Mini-

sterien. Wenn Sie sich die Organisationsdiagramme anschauen: sehr unterschiedlich. Das erschwert in der Praxis die Zusammenarbeit, und ich muss auch hinzufügen: Als gelernter Ministerialbeamter habe ich mich immer gewundert, wie man von einem Ministerium aus Verfassungsschutz betreiben kann. Aus meiner Sicht ist das keine ministerielle Aufgabe, es sei denn, man betrachtet das eigene Ministerium als Verwaltungsbehörde. Ich glaube, dass das ein Thema ist, mit dem man sich noch mal intensiv beschäftigen sollte.

Insgesamt habe ich die Feststellung gemacht, dass Verfassungsschutz, Verfassungsschutzbehörden in Bund und Ländern eigentlich immer ein Stiefkind der deutschen Sicherheitspolitik gewesen sind. Es macht sich sehr viel besser, einfacher, wenn man sich mit den Polizeibehörden schmückt, als wenn man sich mit den Verfassungsschutzbehörden umgibt, die ja in der Öffentlichkeit in der Regel sehr kritisch gesehen werden. Wenn sie Erfolg haben, sind das Schnüffler. Wenn sie Misserfolg haben, sind sie überflüssig.

Ich selbst glaube, dass Verfassungsschutzbehörden eine tragende Säule der inneren Sicherheit dieses Landes sind, und ich glaube, dass wir alles tun sollten, um die Verfassungsschutzbehörden zu stärken.

Das mangelnde öffentliche Ansehen der Verfassungsschutzbehörden hat natürlich auch Konsequenzen. Wenn Sie als aufstrebender Beamter die Wahl haben zwischen den Polizeibehörden und den Verfassungsschutzbehörden, dann nehmen Sie im Zweifel natürlich den Behördenstrang, in dem Sie die besseren Karrierechancen haben, und das ist in der Regel die Polizei.

Wenn ich mir die Bedeutung anschau, die Inlandsnachrichtendienste in anderen Ländern haben, wie in Frankreich oder Großbritannien, dann sehen Sie, dass hier in Deutschland das Ansehen der Verfassungsschutzbehörden stark davon abweicht, und ich glaube, dass man hier in der Tat die Chance - und die Krise, die wir im Augenblick erleben, bietet eben auch die Chance - dass man hier durchgreifende Verbesserungen in Angriff nehmen sollte. Das heißt bessere Ausbildung, bessere Koordinierung, Stärkung des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Ich bin skeptisch - das darf ich auch hinzufügen -, wenn ein noch intensiverer Informationsaustausch zwischen Polizei und

Nachrichtendiensten gefordert wird. Es macht eigentlich einen sehr guten Sinn, dass man beide Bereiche trennt. Ich bin ein großer Anhänger des Trennungsgebotes. Die Polizei ist an das Legalitätsprinzip gebunden, und aus gutem Grund darf die Polizei erst ermitteln, wenn ein Anfangsverdacht nach der Strafprozessordnung vorliegt. Ich glaube, diese Modelle, die ja in der Sache - das ist zwar besetzt, der Begriff, aber in der Sache ist es eine geheime Staatspolizei - das sollten wir auf keinen Fall tun. Ich halte das für rechtstaatlich ganz bedenklich. Ich habe auch immer große Probleme damit gehabt, wenn die Polizei beginnt, nachrichtendienstlich zu arbeiten.

Nein, ich glaube, es macht sehr viel Sinn, wenn man beide Stränge durchaus getrennt lässt, aber den Informationsaustausch zwischen beiden Strängen vernünftig organisiert, und daran - das haben wir ja wohl in der Praxis erlebt - hat es durchaus gemangelt. Aber ich glaube, da kann man einiges verbessern.

Dann gibt es noch ein Problem; das will ich hier auch nicht verschweigen. Das betrifft mehr den Bundesbereich. Das sind die unterschiedlichen Standorte der Sicherheitsbehörden. Ich habe mich ja intensiv im Rahmen meiner Tätigkeit im Bundesnachrichtendienst und vorher Bundeskanzleramt damit beschäftigt, und nach meinem Eindruck sieht eben die Welt von Pullach etwas anders aus als von Berlin, und das gilt auch für Köln-Chorweiler. Also, die unterschiedlichen Standorte der Sicherheitsbehörden sind ein Problem in der Zusammenarbeit, und es ist halt so, dass man manchmal sehr erstaunt war - und ich war zum Teil sehr erstaunt -, wie weit weg die Behörden in den Bereichen - ich komme jetzt wieder auf Pullach zu sprechen, gilt aber auch für Köln-Chorweiler -, wie weit weg sie sind von dem politischen Tagesbetrieb und von dem, wie hier in der Hauptstadt die Dinge gesehen werden.

Kurzum: Ich werbe dafür, dass man auch hier überlegt, wichtige Bereiche hier stärker in Berlin zu konzentrieren. Das habe ich damals mitveranlasst für den Bereich islamistischer Terrorismus im Bundesamt für Verfassungsschutz, und ich glaube, dass diese Abteilung sehr erfolgreich gearbeitet hat.

Lassen Sie mich schließen, verehrte Abgeordnete, mit der Bemerkung, dass ich der Meinung bin, dass sich die deutsche Sicherheitsarchitektur - und ich vergleiche sie auch mit anderen Ländern - im Kern durchaus

bewährt hat. Wir haben erhebliche Probleme, wenn die Kommunikation nicht gut ist. Wir haben ein sehr anspruchsvolles System in dem Zusammenwirken zwischen Bund und Ländern. Da kommt es sehr auch auf informelle Kontakte an. Wenn diese Kontakte nicht besonders gut laufen, dann drohen in der Tat erhebliche Defizite, die wir ja zum Teil auch in diesem Fall erlebt haben. Aber zentrale Systeme haben auch ihre Nachteile. Das können Sie auch in anderen Ländern wie den USA oder auch in Großbritannien erleben, die dann auch mit dezentralen Elementen arbeiten müssen.

Kurzum: Wir können die Verfassung und wollen die ja auch nicht ändern. Wir haben die Struktur, dass Länder und Bund hier zusammenarbeiten müssen. Aber wichtig ist, dass man eben hier zu gemeinsamer und verlässlicher Kooperation kommt.

Und dann vielleicht auch noch als Bemerkung: Wenn wir uns mit dieser Tätergruppierung NSU beschäftigen, die sehr isoliert vorgegangen sind, wo keine Täter-Opfer-Beziehung stattfand, eine klare Motivationslage nicht erkennbar war, die sich relativ strikt abgeschottet haben und sehr skrupellos waren in ihrem Vorgehen, dann fühlt man sich an andere Vorgänge erinnert, wie an den Herrn Fuchs - zur Erinnerung -, der eine Serie von Bombenanschlägen per Post - unter anderem an den Wiener Bürgermeister auch - geliefert hat und der, ich glaube, vier Tote, 15 Schwerverletzte veranlasst hat. Da dauerte es, ich glaube, fünf Jahre, bevor man ihn entdeckt hat, und das auch nur, weil er selbst sich entdeckt wähnte und sich letztlich selbst gestellt hat.

Oder ich denke - und ich habe mich damals auch mal damit beschäftigt - an den „Unabomber“ in den USA, eine der größten Polizeiaktionen des FBI. Da hat es in der Tat 17 Jahre gedauert. Es gab 16 Briefbomben, drei Tote und 23 Schwerverletzte.

Also, ich will nur damit zum Ausdruck bringen: Es ist sehr schwer, in diesen Fällen zeitnah zu Ergebnissen zu kommen. Das ist ein großes Problem für jede Ermittlungsbehörde. Gleichwohl entbindet das uns nicht von der Verpflichtung, alles zu tun, um unsere Sicherheitsbehörden weiter zu ertüchtigen.

Herr Vorsitzender, ich danke Ihnen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Vielen Dank, Herr Dr. Hanning. Die Frage der Weiterentwicklung von Strukturen ist sicherlich

auch eine, die uns hier im Ausschuss zum Ende der Arbeit beschäftigen wird. Die Frage, die in den letzten Monaten im Mittelpunkt stand und auch heute, ist allerdings die, ob mit den gegebenen Strukturen nicht bei einer anderen Arbeitsweise bessere Resultate hätten erzielt werden können, als es ganz offenkundig der Fall gewesen ist.

Wir könnten jetzt, Herr Dr. Hanning, ohne Weiteres, glaube ich, die nächsten drei Stunden miteinander im Gespräch verbringen. Das ist nicht meine Absicht.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Heute nicht!)

Ich will deshalb nur einleitend einige wenige Fragen an Sie richten. Sie sind ja für uns ein Zeuge, der deshalb besonders interessant ist, weil Sie in verschiedenen Funktionen mehr oder weniger direkt etwas beisteuern können für unseren Aufklärungsauftrag. Sie haben es selber angesprochen: Sie waren im Zeitraum 1998 bis 2005 Präsident des Bundesnachrichtendienstes, anschließend beamteter Staatssekretär im Bundesinnenministerium, und zu diesem Zeitraum würde ich Sie gerne Folgendes fragen:

Was ist Ihnen erinnerlich aus Ihrer Zeit als BND-Präsident bezüglich der im Jahre Ihres Amtsantritts ja abgetauchten drei Personen aus Thüringen? Sie haben selber in Ihren einleitenden Bemerkungen gesagt, Sie erinnern sich an Vorträge im Rahmen der Nachrichtendienstlichen Lage. Woran erinnern Sie sich da konkret, und woran erinnern Sie sich gegebenenfalls darüber hinaus aus dieser Zeit vor dem Staatssekretärsdasein?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, ich erinnere mich an Vorträge, häufig in der sogenannten kleinen Runde, wo vor allem Vizepräsident Falk vorgetragen hat zu den Vorgängen, auch ein Stück weit immer deutlich wurde - ich habe es in meinen einleitenden Bemerkungen ja auch gesagt -, dass man im Dunkeln tappt, gleichwohl natürlich ein Täterprofil erstellen musste und auch getan hat, und das lief eindeutig darauf hinaus - aus seiner Sicht -, dass hier wohl organisierte Kriminalität eine Rolle spielen könnte.

Es ging ja im Wesentlichen um Kleingewerbetreibende. Es gibt in Deutschland Tatbestände von Schutzgelderpressungen, gerade in bestimmten ethnischen Gruppen. Wir wissen das ja von chinesischen Restaurants. Wir wissen aus anderen Bereichen, dass

gerade auch Gewerbetreibende häufige Opfer derartiger Schutzgelderpressungen sind. Das ist auch bekannt, wenn Schutzgelder nicht bezahlt werden, dass dann mit äußerster Brutalität zum Teil vorgegangen wird. Also, insoweit entbehrte das nicht von vornherein einer gewissen Plausibilität. Aber es war dann doch deutlich - vor allen Dingen bei den späteren Morden, Tötungen -, dass diese These eine große - - oder ich sage mal: mit einer Tatsache im Widerspruch stand, und das war, dass immer wieder dieselbe Waffe verwendet wurde; denn wenn Straftaten aus und in dem Bereich der organisierten Kriminalität begangen werden, versucht man, möglichst Spuren zu verschleiern. Man vernichtet die Waffe. Man verwendet jede Waffe eigentlich immer nur für eine gravierende Straftat.

Das war immer eine Frage, die er selbst auch gestellt hat, die er aber auch nicht beantworten konnte, wir auch nicht. Das war ein Widerspruch, der immer wieder aufschien, auch wenn er später über die anderen Straftaten sprach. Und es war ja auch irritierend, dass nicht deutlich wurde, warum jetzt gerade diese Opfer ausgewählt wurden. Also, es gab ja - - Ich glaube, in acht Fällen waren es türkischstämmige Gemüsehändler, in einem Fall ein griechischer.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das waren nicht alles Gemüsehändler.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Bitte?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das waren nicht alles Gemüsehändler.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Aber Händler, Kleingewerbetreibende. Die sind ja in ihren Läden richtig hingerichtet worden, so jedenfalls meine Erinnerung.

(Dr. Eva Högl (SPD): Es war überhaupt kein Gemüsehändler! - Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es war kein Gemüsehändler dabei!)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Es war kein einziger Gemüsehändler dabei. Das stimmt.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Sorry, dann habe ich das falsch in Erinnerung.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das haben Sie irgendwo in einem Buch gelesen, glaube ich.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Maybe. Also gut. Also, es waren jedenfalls Gewerbetreibende, wenn ich das richtig sehe. Da bin ich aber, hoffe ich, auf sicherem Gleis.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sarrazin, der hat von Gemüsehändlern gesprochen! - Gegenruf der Abg. Dr. Eva Högl (SPD): Ja, der spricht immer von Gemüsehändlern! - Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da muss man sich von freimachen!)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Hanning hat das Wort.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, es waren Gewerbetreibende jedenfalls, und deswegen - noch mal - war immer diese Schutzgeldthese im Raum. War ein Grund dafür. Ich kann Ihnen das nicht im Einzelnen sagen, was jetzt die Fachebene des BKA dazu bewogen hat, diese These im Einzelnen zu begründen; aber das war jedenfalls immer das, was ich von der Spitze des BKA gehört habe.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Hanning, habe ich Ihre Ausführungen richtig verstanden, dass Sie, wenn es eine schwere Straftat gibt, die verübt wird an einem Kleingewerbetreibenden mit - ich sage mal - einer ausländischen Familienbiografie, dann zunächst einmal davon ausgehen würden, das hat was mit Schutzgelderpressung zu tun, und das ist organisierte Kriminalität?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Es kann sein, jedenfalls dann, wenn diese Straftaten sich häufen und wenn offenbar immer wieder dieselbe Gruppe am Werk ist, und das war ja hier ganz erkennbar. Es gab ja vermutlich einen identischen Täterkreis, und das waren wohl die Überlegungen, die das BKA dazu bewogen haben, diese These aufzustellen. Ich kann Ihnen das im Einzelnen jetzt nicht von den Begründungen her nachvollziehen. Das war jedenfalls mein Eindruck, den ich da gewonnen habe.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich meine, ist es denn nicht eigentlich angemessener, wenn man jede Straftat singular be-

wertet und alle möglichen Hintergründe beleuchtet, anstatt davon auszugehen, weil es da in Einzelfällen oder auch in vielen Fällen meinetwegen einen Hintergrund geben könnte in anderen Bereichen, der was zu tun hat mit organisierter Kriminalität - - nimmt man das als Blaupause und geht immer davon aus, dass es OK ist?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Na ja, hier war ja schon die Besonderheit, dass ganz erkennbar eine identische Tätergruppe oder vielleicht sogar ein Alleintäter - - Es gab wohl Indizien, dass es kein Alleintäter gewesen sein kann - ich weiß es nicht -, aus der Art der Begehung der Straftaten. Aber es war ja klar, dass es immer eine innere Verbindung zwischen diesen Straftaten gab und dass deswegen ganz offenkundig eine identische Tätergruppe hier verantwortlich war.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aber Sie haben doch gerade gesagt, dass die Tatsache, dass bei dieser Mordserie an den ersten neun umgebrachten Menschen, dass dort immer dieselbe Waffe zur Verwendung gekommen ist, dass das eher Zweifel hätte wecken können an der Theorie, es könnte organisierte Kriminalität hinter dem Tatgeschehen stehen.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Das war auch so. Diese Zweifel sind dann ja auch geäußert worden, aber haben sozusagen nicht die Grundaussage des BKA dann ausgeräumt, dass es vermutlich doch organisierte Kriminalität war.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Wie oft ist denn das Thema in dieser sogenannten ND-Lage angesprochen worden?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Das kann ich Ihnen aus der Erinnerung nicht mehr sagen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aber häufig, oder?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, eigentlich - - Ich habe das - - Also, ich tue mich da ein bisschen schwer, das zu bewerten, weil ich - - Wie gesagt, ich war mehr Zuhörer als aktiv Handelnder. Deswegen kann ich Ihnen das auch nicht genau sagen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Haben Sie dazu mal Nachfragen gestellt?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, wir haben das erörtert dann. Wir haben Nachfragen gestellt, welche möglichen anderen Varianten denn noch in Betracht kämen; aber da waren die Antworten immer recht vage.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ist bei diesen Nachfragen oder bei der Diskussion über die sogenannte Ceska-Mordserie auch die Möglichkeit eines rechtsextremen Hintergrundes diskutiert worden?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ich glaube, die Frage ist auch gestellt worden, ja. Aber die Antwort war: keine tatsächlichen Anhaltspunkte dafür.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Von wem ist die Frage gestellt worden?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Das weiß ich jetzt auch nicht mehr. Wissen Sie, das war so ein bisschen ein Round-Table-Gespräch. Da haben wir alle uns eingebracht und gefragt: Was kann man denn machen? Wie sollten wir weiter vorgehen? Wie sicher ist denn jetzt die These? - Also, wir haben das schon diskutiert auch, aber, wie gesagt, ohne konkrete Ergebnisse.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, können Sie sich denn an ein konkretes Gespräch erinnern, wo mal die Möglichkeit erörtert worden ist oder jemand eingeworfen hat: „Vielleicht haben wir es hier mit rechts-extremistisch motivierten Straftaten zu tun“?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Präzise an ein Gespräch kann ich mich erinnern, aber Herr Falk selbst hat das auch immer wieder angebracht. Es war nicht so, dass Herr Falk, der in der Regel vorgetragen hat, weil er ja mit diesen operativen Dingen stärker befasst war noch als die Präsidenten des Bundeskriminalamtes - - Er selbst hat immer die Frage auch aufgeworfen: „Wer könnte es denn noch sein?“, und so und hat dann immer wieder gesagt: Wir haben dafür aber keine Anhaltspunkte.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Haben Sie über diese Besprechungsrunden hinaus Erinnerungen an Ihre Zeit als Präsident des

Bundesnachrichtendienstes, die etwas zu tun haben mit dem Thema Bombenbauer aus Jena?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, als Präsident bin ich damit nicht befasst gewesen, also jetzt unmittelbar in meiner Verantwortung als Präsident des Bundesnachrichtendienstes, also jetzt außerhalb der ND-Lage. Es kann sein, dass da Informationsaustausch auf der Fachebene stattgefunden hat, aber das hat mich als Präsident nicht erreicht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Können Sie das ausschließen?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ausschließen - wissen Sie, ausschließen kann ich überhaupt nichts nach so langer Zeit.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ich kann immer nur mich erinnern.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, aber es ist Ihnen nicht in Erinnerung - -

**Zeuge Dr. August Hanning:** Wissen Sie, ich habe Tausende von Vorgängen gehabt, Herr Vorsitzender. Da bitte ich um Verständnis.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Es ist Ihnen nicht in Erinnerung, dass Sie -

**Zeuge Dr. August Hanning:** Es ist mir nicht in Erinnerung, dass ich - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - jenseits der nachrichtendienstlichen Lagebesprechungen mit dem Thema „Drei untergetauchte Rechtsextremisten aus Thüringen“, die untergetaucht sind wegen Vorbereitung von Rohrbomben mit 1,4 Kilogramm TNT, die sich zeitweise getragen haben mit der Überlegung, nach Südafrika auszuwandern - - davon ist Ihnen nichts in Erinnerung?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, ich weiß, dass es immer einen Austausch gab zwischen dem Bundesnachrichtendienst und den Sicherheitsbehörden der Länder und Polizei, und wenn da gefahndet wird, wird üblicherweise bei allen Behörden nachge-

fragt, ob da Erkenntnisse vorliegen. Das vermute ich, dass das auch in diesem Fall so war. Das kann ich natürlich nicht ausschließen. Aber in dem Sinne, dass ich als Präsident jetzt damit befasst wurde, dass das sozusagen eine besondere Bedeutung hatte oder dass ich hätte agieren müssen als Präsident, da kann ich mich nicht dran erinnern.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ab wann ist denn ein Vorgang wichtig genug, dass man als BND-Präsident über einen solchen informiert wird?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Wissen Sie, Sie haben im BND - jedenfalls zu meiner Zeit - pro Tag 6 000 Meldungseingänge. Da müssen Sie schon filtern. Sie filtern unter dem Aspekt: Ist es möglicherweise politisch relevant für die Bundesregierung? Ist das ein Fall von besonderer Bedeutung, oder muss der Präsident gegenüber anderen Behörden handeln? Das sind so einige Parameter. Das ist dann von den jeweiligen Fachebenen zu entscheiden. Aber den Präsidenten erreicht eigentlich immer nur ein sehr geringer Prozentsatz der Meldungen. Andernfalls würde er ertrinken.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja. Was ja offenkundig nicht der Fall gewesen ist.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ich hoffe nicht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** 6 000 Vorgänge jeden Tag.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Würden Sie sagen, dass drei Leute, die gesucht werden wegen Vorbereitung von sehr gefährlichen Sprengkörpern, die untergetaucht sind, dass das einer von 6 000 Vorgängen am Tag gewesen ist und nicht von besonderer Bedeutung, dass ein Herr Dr. Hanning sich nicht damit beschäftigen muss?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Wenn das ein ausländischer Terrorist oder Agent gewesen wäre, der die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland bedroht hätte, wäre das vermutlich ein wichtiger Vorgang gewesen, -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay.

**Zeuge Dr. August Hanning:** - wenn das ein Vorgang ist in der Obhut der Polizeibehörden der Länder, die hier im Inland suchen, mit Sicherheit nicht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, wenn die drei -

**Zeuge Dr. August Hanning:** Jedenfalls nicht für den Bundesnachrichtendienst.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - untergetauchten Personen ausländische Staatsbürger gewesen wären, dann wären die wahrscheinlich ein wichtiger Vorgang.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Im Ausland. Im Ausland, muss ich hinzufügen. Der Bundesnachrichtendienst ist zuständig für Vorgänge im Ausland.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich will folgenden Punkt noch ansprechen. Ab 2005 bis zu Beginn der laufenden Wahlperiode waren Sie ja Staatssekretär im Bundesinnenministerium. Es gibt ein Thema, was uns hier wiederkehrend beschäftigt hat. Sie haben es von sich aus bereits angesprochen. Das ist die Frage, aus welchen Gründen und unter welchen Umständen es dazu gekommen ist, dass das Bundeskriminalamt - anders, als es von diesen mindestens und spätestens im Jahre 2006 beabsichtigt gewesen ist - nicht mit einer zentralen Ermittlungsführung für die Mordserie beauftragt worden ist. Da haben Sie zwei Sachen gesagt, die ich hier noch mal Sie bitten würde näher zu erläutern, weil die für uns auch von Relevanz sind. Das eine ist: Vor dieser Innenministerkonferenz in Garmisch-Partenkirchen unter Vorsitz von Herrn Beckstein, des damaligen bayerischen Innenministers, sagten Sie, Sie hätten über das Anliegen des Bundeskriminalamtes, sozusagen die Federführung übertragen zu bekommen, ein Gespräch mit dem damaligen Bundesinnenminister Dr. Schäuble geführt. Können Sie das ein bisschen weiter ausführen?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Es ist so, dass vor jeder Innenministerkonferenz eine umfassende Vorbereitung stattfindet im Bundesministerium des Innern. Die verschiedenen Fachabteilungen tragen zu den Themen

vor. Es gibt eine Tagesordnung. Und dann war ein Punkt in der Vorbereitung, dass der Innenminister Beckstein - ich habe das bereits erwähnt - die Absicht hatte, in der Pressekonzferenz oder wo auch immer eine Auslobung von 300 000 Euro vorzunehmen, und er hatte darum gebeten, zu prüfen, ob und in welchem Umfang der Bund sich an diesem ausgelobten Betrag beteiligen könne.

Und dann war ein weiterer Vorgang, aber damit im Zusammenhang stehend, ich glaube, eine Intervention des BKA im Bundesministerium des Innern, die also geltend gemacht haben: Hier gibt es Defizite bei den Ermittlungen, und es gibt sehr gute Gründe dafür, dass hier besser koordiniert werden muss, und die beste Lösung wäre eigentlich, dem BKA die Federführung zu übertragen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wie hat Sie das erreicht, dieses Petition des Bundeskriminalamtes?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Das hat mich erreicht - - Also, ich glaube, zu den 300 000 und auch zu der Kritik gab es eine Ministervorlage, die über den Staatssekretär an den Minister gegangen ist. Die habe ich auf diesem Wege erreicht. Aber ich habe natürlich auch mündliche Gespräche geführt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Mit wem?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Mit der Fachabteilung. Vor jeder Innenministerkonferenz versammeln Sie die Abteilung um sich, gehen jeden einzelnen Tagesordnungspunkt durch, besprechen das: Was ist relevant für das BMI? Welchen Standpunkt nimmt das BMI ein? Müssen noch weitere Vorbereitungen getroffen werden? Welche Punkte könnten den Minister unmittelbar selbst erreichen? Wo muss man den Minister noch mal gezielt vorbereiten? Welche Möglichkeiten kann man vielleicht abräumen, wenn es Konflikte gab im Vorfeld? Und in dem Zusammenhang ist diese Frage auch erörtert worden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Thema der Organisation, der Ermittlungsführung mit Blick auf die Mordserie, die mit dieser Waffe Ceska begangen worden ist, war ja nicht geplanter Tagesordnungspunkt für die Innenministerkonferenz, sondern sollte

nach unseren Unterlagen ursprünglich im Rahmen des sogenannten Kamingespräches erörtert werden. Habe ich das richtig gelesen?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, ich kenne die Unterlagen nicht so genau, wo, wann, wie. Für mich war noch in Erinnerung - - Ich kann das nur aus meiner Erinnerung angeben. Nach meiner Erinnerung war es so, dass also, sage ich mal, der ganz unmittelbare Anlass war: Beckstein will 300 000 Euro ausloben und möchte die Beteiligung des Bundes haben. Das war der eine Grund. Und das musste sicher der Minister entscheiden. Das war von Bedeutung.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** War das die wichtigere Frage?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Bitte?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** War das die wichtigere Frage, die Höhe der ausgelobten Belohnung?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Wissen Sie, die Verwaltung denkt immer sehr in Finanzfragen. Das war jedenfalls ein entscheidender Anlass, weil das unmittelbar vom Minister zu entscheiden war.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, wie viel Geld man zahlt für die Ermittlung der Täter, das war wichtiger als die Frage, wie man die Ermittlungen so strukturiert, -

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nein, das ist beides wichtig, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - dass man nach jahrelangen erfolglosen Bemühungen zu besseren Ergebnissen kommt?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nein, nein, auch für Innenministerkonferenzen gilt, dass der Minister nur mit Dingen befasst wird, die ihn unmittelbar betreffen und die er auch unmittelbar zu entscheiden hat, und es war völlig unstrittig, dass über diesen Betrag der Minister unmittelbar zu entscheiden hat. Im Zusammenhang damit ist der Minister auch, soweit ich das erinnere - und ich habe das, glaube ich, auch zum Teil selbst gemacht -, unterrichtet worden über die Schwierigkeiten und Probleme, die sich ergeben haben bei

den bisherigen Ermittlungen im Zusammenhang mit diesen Ceska-Morden. Insoweit war beides eng in Verbindung zu sehen, und darüber ist der Minister auch unterrichtet worden. Also, man muss schon zwischen Anlass und innerer Begründung des Vorgangs unterscheiden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich will Ihnen ja auch gar nichts unterstellen, Herr Dr. Hanning. Also, ich stelle fest: Es gab zwei Fragen, die zur Klärung anstanden. Das eine war die Frage, ob man, einer Anregung des bayerischen Innenministers folgend, die Belohnung erhöht, und das Zweite war, ob man zur Entscheidung kommt, dass die bis dahin und auch weitgehend ja leider danach überwiegend dezentral geführten Ermittlungen, bezogen auf die sogenannte Ceska-Mordserie - - ob man dort zu Veränderungen kommt.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Vorsitzender, das stand natürlich schon im Zusammenhang, denn wenn Sie sich anschauen: Ich glaube, es ging um 300 000 Euro. Dann musste sich natürlich der jeweilige Anteil auch in der Verantwortlichkeit widerspiegeln. Bayern lobte aus, und damit war klar, dass Bayern auch die Verantwortung übernommen hat. Der Bund hat auch einen Anteil übernommen, aber eben nur einen Anteil. Insoweit war schon spiegelbildlich die Frage: Wer übernimmt welchen Anteil an dieser ausgelobten Summe - - spiegelbildlich das auch für die Verantwortlichkeit an dem gesamten Vorgang. Also, insoweit gab es schon einen inneren Zusammenhang zwischen beiden Dingen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Dr. Hanning, Sie wollen jetzt hoffentlich uns nicht mitteilen, dass bei der Frage, ob bei einer bundesweiten Mordserie - und zum damaligen Zeitpunkt waren fünf Bundesländer betroffen; inklusive des Jahres 2006 sind neun Menschen ums Leben gekommen - - dass die Frage, wer sinnvollerweise welche Kompetenzen im Ermittlungsbereich bekommt, sich danach richtet, wer bereit ist, für eine etwaige Belohnung welchen Anteil beizusteuern.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Vorsitzender, die Vorgänge sind so: Sie müssen das Haushaltsrecht auch beachten, und nach dem Haushaltsrecht spielt das nun mal eine

entscheidende Rolle. Und verantwortlich - unabhängig davon, wo diese Tötungen stattgefunden haben - waren die verantwortlichen Länderbehörden, in diesem Fall Federführung des Landes Bayern, und dieser Verantwortung musste auch Rechnung getragen werden. Und das gilt auch für solche Vorgänge wie Auslobungen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich will es mal anders formulieren. Hätte es zur Durchsetzung des Vorschlages des Bundeskriminalamtes, die Federführung für die Ermittlung in dieser Mordserie übertragen zu bekommen, eine Rolle gespielt, wenn der Bundesinnenminister gesagt hätte: „Lieber Kollege Beckstein, dann übernehmen wir auch 80 Prozent der ausgelobten Belohnung, wenn wir die Zuständigkeit beim BKA bekommen“?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Genau umgekehrt. Wenn der Bund das übernommen hätte, hätte Herr Beckstein das vermutlich nicht ausgelobt, sondern dann hätte der Bundesminister des Innern das ausgelobt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nein, das meine ich ja gerade.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, sicher. Das war - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sie sehen da eine Konnexität - -

**Zeuge Dr. August Hanning:** Das eine hing natürlich mit dem anderen eng zusammen, und wir mussten uns auf diese Entscheidung vorbereiten. Auf dem Tisch lag der Vorschlag von Beckstein, und gleichzeitig ging es dann um die Frage: Wie soll weiter vorgegangen werden im Gesamtkontext mit den Ländern? Und die Signale, die wir bekommen hatten, waren die, dass die Länder wohl nicht bereit sein würden, einer Übernahme der Federführung des Bundes zuzustimmen. Das waren die Ausgangslagen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay, Herr Hanning, die Konnexität zwischen der ausgelobten Belohnung und wer im Falle, dass es zu einer Auszahlung kommt, welchen Anteil übernimmt und der Frage der Führung der Ermittlungen, die haben Sie hergestellt, die Verbindung. Wenn es über-

haupt eine Verbindung gibt, dann aber doch sicherlich - jedenfalls nach meinem rechtsstaatlichen Dafürhalten - nicht in der Hinsicht, dass man sich erst unterhält über die Aufteilung finanzieller Zuständigkeiten und daraus ableitet, wer welche Ermittlungen führen darf und welche Kompetenzen hat, sondern doch wohl in gegenteiliger Hinsicht. Ich gehe doch mal davon aus, dass mit Blick auf eine effektive Ermittlungsführung man sich erst mal über eine vernünftige Struktur unterhält und dann die Finanzierung und das Geldausgeben, das etwaige, der Aufgabendefinition folgt und nicht umgekehrt. Sehe ich das falsch? Ist das naiv?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Vorsitzender, es gibt da überhaupt keinen Widerspruch. Es gab ja fortwährende Gespräche zwischen dem BKA und auch den Ländern, und es gab sozusagen Divergenzen zwischen Ländern und dem BKA. Das BKA war kritisch im Hinblick auf Koordinierung. Sie vermissten sozusagen eine zusammenfassende Information. Und in diesem Fall, weil es so wenig Hinweise gab, hat der bayerische Innenminister diesen Vorstoß unternommen, und dann musste man sich natürlich über den Vorstoß auch unterhalten. Also, ich sehe da jetzt nicht die Widersprüche, die Sie da hineinkonstruieren, Herr Vorsitzender. Ich halte das für einen relativ normalen Vorgang, wie das abgelaufen ist. Also, man musste sich noch mal überlegen: Wie organisiere ich die Ermittlungen, und wie gehe ich um mit dem Vorstoß des bayerischen Innenministers? Und der bayrische Innenminister hat natürlich einen Vorschlag gemacht auf der Basis des Status quo. Es war klar, dass sich an den 300 000 natürlich - jetzt bringen Sie mich nicht in Schwierigkeiten; ich weiß nicht mehr genau - alle Länder beteiligten, in denen diese Mordfälle passiert waren, und der Bund auch aufgrund seiner Zentralstellenfunktion. Das BKA hat ja immer eine Zentralstellenfunktion. Das war die Ausgangslage.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Gut. Wir werden das nachher sicherlich vertiefen können. - Also, jedenfalls will ich mal Folgendes feststellen: Im Vorfeld dieser Innenministerkonferenz gab es, wie Sie sagen - das hatte ich bisher gar nicht für so relevant gehalten -, den Vorschlag von Bayern, die Belohnung zu erhöhen. Es gab aber - was ich eigentlich für relevanter halte - den Vor-

schlag des Bundeskriminalamtes, die Struktur der Ermittlungen zu verändern, nämlich durch sozusagen eine verstärkte Zuweisung von Kompetenzen an das Bundeskriminalamt selber. Da sagten Sie, Sie hätten darüber mit Herrn Schäuble gesprochen. Welche Position hatten Sie selber, und welche Position hat der Innenminister damals eingenommen?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Die Position des Innenministers war: Wir würden uns sehr freuen, wenn wir das im Konsens erreichen könnten, dass das BKA das übernimmt. Aber gegen den Widerstand der Länder, das hielten wir für wenig zielführend, und deswegen haben wir schon die Position vertreten: Lasst uns miteinander sprechen. Können wir die Defizite ausräumen? - Es gab ja verschiedene Alternativen. Die Übernahme der zentralen Ermittlungen durch das BKA war ja nur eine Variante. Die andere Variante war, dass man sozusagen die Koordinierung verbessert, dass man eine Steuerungsgruppe einrichtet. Ich bin dann so unterrichtet worden, dass Bayern das besser koordiniert, eine Steuerungsgruppe - ich glaube, die hatte den Namen „Bosporus“ - einrichtet und dass die Defizite, die das BKA aufgezeigt hatte, durch diese Organisation dann aufgefangen würden. So bin ich dann unterrichtet worden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, der damalige stellvertretende BKA-Präsident, Herr Falk - der ist ja hier auch als Zeuge aufgetreten; das war ja derjenige, der Sie damals in den Runden, an denen Sie teilgenommen haben als BND-Präsident, auch unterrichtet hat über die Ermittlungen -, der hat hier als Ausschusszeuge wörtlich von „stümperhaft“ gesprochen, was die Ermittlungsarbeit betrifft. Das war offenkundig auch der Anlass für das Bundeskriminalamt, die Leitung des Bundesinnenministeriums zu bitten, im Rahmen der IMK 2006 in Garmisch-Partenkirchen eine veränderte Strukturierung der Ermittlungsarbeit zu erreichen, also ein fachlich begründetes Votum.

Habe ich Sie jetzt richtig verstanden, dass der damalige Bundesinnenminister, Herr Dr. Schäuble, die Position vertreten hat, dass er die Sache durchaus mitträgt, aber einen Kompromiss möchte, also das Anliegen des BKAs nicht gegen die Länder durchsetzen möchte, obwohl es rechtlich möglich gewesen wäre?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, mit der rechtlichen Möglichkeit - gut, das ist aus meiner Sicht reine Theorie in so einem Fall, -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay.

**Zeuge Dr. August Hanning:** - denn wenn Sie das sozusagen konfrontativ - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Was ist dann die Praxis? Die Praxis ist Politik und Kompromiss?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nein, wenn Sie konfrontativ in so einem Fall - - Wissen Sie, es ist ein Unterschied, wenn Sie einen neuen Sachverhalt haben - meinetwegen ein Computerwurm oder Ähnliches droht die Infrastruktur des Landes zu bedrohen -, wenn Sie dann sagen: „Wir entscheiden jetzt, das BKA macht das zentral“, oder wenn Sie jetzt auf gewachsene Ermittlungsstrukturen treffen in den Ländern. Bayern hatte ja ermittelt. Die anderen Länder hatten ja alle schon ermittelt. Es gab ja durchaus Gremien, wo das alles erörtert wurde. Und wenn dann die Länder sagen: „Wir möchten weiter ermitteln“, dann, glaube ich, wäre es sehr unklug, jetzt konfrontativ gegenüber den Ländern zu entscheiden: Nein, das macht jetzt das BKA.

Dann haben wir im Grunde die weitere Frage zu beantworten: Würde es dann wirklich besser? Ich meine, wir haben - - Der Schwerpunkt der Ermittlungskompetenz in diesem Lande liegt bei den Ländern, nicht beim Bundeskriminalamt. Also, man kann auch nicht kurzschlüssig sagen, in dem Augenblick, wo alles zentral ermittelt wird, haben wir von vornherein sichergestellt, dass dann auch mit sehr viel mehr Niveau und hoher Qualität und damit auch höheren Erfolgsaussichten ermittelt wird. Das ist überhaupt nicht der Fall, nein.

Also, man muss, glaube ich, in diesem Bund-Länder-Geflecht sehr sensibel vorgehen, und deswegen, glaube ich, war der Ansatz der richtige, zu sagen: Wir haben hier Defizite. Das müssen wir jetzt aufarbeiten, und jetzt lasst uns schauen, wie wir das machen. Wir bieten an, das zentral zu übernehmen. - Und dann gab es Widerstand bei den Ländern, in Sonderheit bei Bayern, die sagten: Nein, wir möchten das gerne weiter übernehmen - ich glaube, es gab ja auch Straftaten in Nürnberg; ich hatte den Eindruck, Beckstein selbst war auch persönlich

durchaus engagiert in der ganzen Angelegenheit -; wir wollen die Angelegenheit weitermachen. Wir sehen die Defizite - ich war bei den Besprechungen nicht dabei; ich kann da jetzt nur mutmaßen - und wir sind auch bereit, in der Lage, willens, das abzubauen.

Und nicht zu vergessen: Es war ja der BKA-Präsident nach meiner Erinnerung auch dabei. Der war ja auch selbst in der Lage, seine eigenen Vorstellungen einzubringen in dieses Gespräch.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wenn er welche hatte. Aber zum damaligen Zeitpunkt ist ja schon sechs Jahre lang mit den bestehenden Strukturen erfolglos gearbeitet worden. Ich meine, das war ja der Grund für das BKA, die Leitung des Bundesinnenministeriums zu ersuchen, sich da für eine Veränderung einzusetzen. Aber ich habe Sie schon richtig verstanden - Fragezeichen -: Sie sagen, okay, im Gesetz steht drin, dass der Bund durchaus eine Grundlage hat, um die Ermittlungskompetenz an sich zu ziehen, aber das hat mit der Realität nichts zu tun, weil die Realität darin besteht, dass sich ein Herr Schäuble mit einem Herrn Beckstein einigen muss, und ein Herr Beckstein sagt: Mir san mir, und wir behalten die Ermittlungskompetenz in Bayern.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Vorsitzender, es ist nicht so eine Sache von Personen, von Schäuble und Beckstein. Schäuble und Beckstein sind bei den Ermittlungen weit weg. Nein, nein, es ist schon eine Frage, dass die Fachebenen vernünftig zusammenarbeiten. Das ist schon ein ganz entscheidender Punkt. Und wie will denn das BKA ermitteln, ohne vernünftig zu kooperieren mit den Behörden vor Ort? Ich meine, das muss man schon vernünftig organisieren.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, ja. Das war aber alles ja Bestandteil der ganzen Vorgänge. Die haben auch konkrete Vorschläge gemacht, wie man sich das vorstellen könnte. Die haben einfach nur festgestellt: Da ist eine bundesweite Mordserie. Es sind fünf Bundesländer betroffen. Es wird ermittelt. Es sind fünf Staatsanwaltschaften involviert. Die BAO „Bosporus“ hat eigentlich keine wirklich federführende Zuständigkeit. Das ist eher so ein lockerer Gesprächskreis, der sich da trifft. Das führt zu nichts. Das ist - Zitat Falk - „stümperhaft“. Wir als BKA bitten

den Bundesinnenminister: Herr Dr. Schäuble, setzen Sie sich bitte in Garmisch-Partenkirchen gegenüber Ihren Länderkollegen durch, dass das BKA die Federführung bei den Ermittlungen bekommt.

Das hatte nicht den Stellenwert, zu sagen: „Jetzt muss gehandelt werden“, sondern - - Ich will es mal so formulieren, was mein Eindruck ist - das halte ich jetzt auch nicht für ganz lebensfremd -: Sie haben sicher das erreicht im Vorfeld der IMK, unter anderem aufgrund von Vorgesprächen mit den Abteilungsleitern. Sie sind dann zum Minister gegangen, haben neben vielen anderen Punkten diesen Punkt angesprochen, und dann hat der Herr Dr. Schäuble gesagt: Herr Hanning, regeln Sie das mal. - Kann das sein?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Grundsätzlich ja, aber in diesem Fall, muss ich Ihnen sagen, war es so - aber, wie gesagt, das liegt jetzt lange zurück -: Es war schon ein besonderer Vorgang, Herr Vorsitzender. Es ist nicht so, wie Sie das jetzt so ein bisschen darstellen, dass das Routine war. Dass so ein konkreter Ermittlungsvorgang im Rahmen einer Abteilungsleiterrunde unter Beteiligung des Präsidenten des Bundeskriminalamtes am Rande einer Innenministerkonferenz erörtert wird, ist sehr außergewöhnlich gewesen. Also, insoweit war schon die Behandlung des Vorgangs, verglichen mit anderen Vorgängen, ein ganz außergewöhnlicher Vorgang. Daraus kann man schon schließen: auch ein herausgehobener Vorgang. Und dass man über solche Ermittlungsvorgänge dann auch den Minister unmittelbar unterrichtet, ist auch außergewöhnlich. Wir haben viele Ermittlungen in diesem Lande, wo Minister und jedenfalls der Bundesinnenminister nicht unterrichtet wird. Also, die Sachbehandlung hat dem außergewöhnlichen Vorgang durchaus Rechnung getragen und war auch von außen als solcher erkennbar.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Diese Abteilungsleiterbesprechung - das war eine Bund-Länder-Besprechung -, die war in Garmisch-Partenkirchen?

**Zeuge Dr. August Hanning:** In Garmisch-Partenkirchen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wer hat daran teilgenommen seitens des Bundes?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, jedenfalls, ich meine, der Fachabteilungsleiter damals und Herr Ziercke, wenn ich mich recht erinnere; aber da muss ich wirklich -- Das weiß ich nicht mehr ganz genau.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sie waren nicht dabei?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nein, bei der Besprechung war ich nicht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Waren Sie bei der Konferenz dabei?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wie sind Sie denn unterrichtet worden über das Ergebnis dieser Besprechung?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ich glaube mündlich. Das geht in diesen Konferenzen immer mündlich.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, und was war der Inhalt dieser mündlichen Mitteilung?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Wir haben uns jetzt verständigt, es sind jetzt Defizite zur Sprache gekommen. Die Bayern haben gesagt, wir sollen das oder - ich weiß nicht - die Beteiligten, die wollen das verbessern, und das BKA ist einverstanden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Hat Ihnen Herr Ziercke gesagt, oder wer?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Üblicherweise sagt mir das der Vertreter der Fachabteilung, meistens der Abteilungsleiter.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das war Herr?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Das war damals Herr Krause.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Der inzwischen verstorben ist.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ich weiß aber nicht, ob Herr Krause da anwesend war. Ich kann das nicht mehr genau sagen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Und haben Sie sich dann näher informieren lassen über das Ergebnis oder nur grob?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, ich habe gesagt: Ist das jetzt sozusagen ausgeräumt? Ist das jetzt -- können wir jetzt vernünftig prozedieren auf dieser Grundlage? - Und dann wurde mir gesagt: Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und daraufhin haben Sie Herrn Dr. Schäuble informiert, und das war dann kein Thema mehr zwischen Schäuble und Ihnen?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Minister, das Thema ist jetzt abgesetzt worden, man hat sich auf Fachebene hier verständigt mit den Ländern, und das BKA ist auch einverstanden mit der Sachbehandlung. Man hat neue Entscheidungen getroffen, die sozusagen den Ermittlungen förderlich sind.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Da ich davon ausgehe, dass noch einige Kolleginnen und Kollegen dazu fragen werden, will ich das nicht weiter vertiefen.

Ich hätte noch einen letzten Punkt. Das können wir auch relativ kurz machen. Sie haben vorhin angesprochen die Thematik der Zusammenlegung der Abteilungen für Links- und Rechtsextremismus beim Bundesamt für Verfassungsschutz in der letzten Wahlperiode, und da haben Sie ausgeführt, es sei zwingend gewesen.

Dazu habe ich folgende Frage: Der Verfassungsschutz nimmt ja doch für die Wehrhaftigkeit von Demokratie und Rechtsstaat eine ganz, ganz wichtige Funktion wahr. Glauben Sie nicht, dass es gegenüber dem Parlament und gegenüber der Öffentlichkeit angemessen, vertretbar und auch plausibel darlegbar gewesen wäre, zu sagen: „Wir haben eine multiple Herausforderung durch extremistische Organisationen und Personenzusammenschlüsse“ - der Bereich Islamismus, aber auch, das wissen wir ja mittlerweile auch, was gestiegene Militanz im Bereich Rechtsextremismus betrifft, unter anderem? Wäre es nicht eigentlich vertretbar gewesen vor dem Hintergrund, einfach dafür zu werben, die Kapazitäten, die man braucht im Bereich von Analysefähigkeit und Umgang mit extremistischen Erscheinungsformen, zur Verfügung gestellt zu bekommen, anstatt umgekehrt so zu denken, dass man von einem gesunkenen oder stagnierenden

Budget ausgeht und dann die Verteidigung der Demokratie davon abhängig macht, wie viele Mittel gerade zur Verfügung stehen?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Vorsitzender, was Sie sagen, das klingt sehr gut. Ich würde Sie mal einladen, bei einem Gespräch mit Haushältern dabei zu sein. Ich habe jetzt nicht mehr die Ehre, die zu führen. Da weht natürlich ein etwas anderer Wind. Da wird gesagt: Wir müssen hier eine Kürzung erbringen. Im Sicherheitsbereich ist schon lange nicht mehr gekürzt worden. Bitte sorgt mal dafür, dass ihr Effizienzsteigerungen erreicht. Wie sieht denn die Bedrohungslage dort aus? Tragt das mal vor. - Und damals haben wir natürlich noch nicht etwas von Ceska und Ähnlichem gewusst.

Aber ich will das gerne noch ergänzen. Wir haben, glaube ich - „wir“ heißt: Minister Schäuble -, auf meinen Vorschlag hin die Mittel für das Bundesamt für Verfassungsschutz erheblich gesteigert. Wir haben ein besonderes Programm aufgelegt. Wir haben zusätzliche Stellen akquiriert. Wir haben die Abteilung Islamismus hier gegründet in Berlin. Ich habe in einigen Staatssekretärsrunden mit den Ländern das Thema Verfassungsschutz thematisiert. Wir haben gemeinsam über Verbesserungen nachgedacht. Wir haben eine Prüfung im Bundesamt für Verfassungsschutz veranlasst, wie wir die Effizienz steigern können. Ich glaube, Minister Schäuble hat sich wie kein Minister zuvor um den Bereich Verfassungsschutz gekümmert, und wir haben auch beachtliche Verbesserungen dort erreicht. Also, insoweit ist Ihre Botschaft, wenn auch in anderer Form, durchaus damals umgesetzt worden. Wir haben, glaube ich, wenn ich mir die früheren Innenminister anschau, in einem Bereich Verfassungsschutz sehr viel mehr getan als alle früheren Innenminister.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Ich habe mir mal die Personalübersichten geben lassen, gerade was das Thema Behandlung, Aufklärung im Bereich Rechtsextremismus betrifft, die Zusammenlegung der Abteilung Links- und Rechtsextremismus. Das war im Jahre 2006. Wenn man sich anschaut, wie viele Personen im Bundesamt für Verfassungsschutz vorher für das Thema Rechtsextremismus zuständig waren und anschließend gewesen sind, dann waren es nach der Zusammenlegung der beiden Abteilungen ungefähr 20 Prozent weniger, die

für das Thema Rechtsextremismus zuständig waren. Verstehen Sie das unter dem, was Sie eben gesagt haben, dass sich Herr Dr. Schäuble als Innenminister wie keiner seiner Vorgänger um den Verfassungsschutz gekümmert habe?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Vorsitzender, da müssen Sie schon den Verfassungsschutz insgesamt sehen. Damals war die Hauptbedrohung islamistischer Terrorismus - und ich glaube, das ist auch heute noch so -, nicht der Rechtsextremismus/Rechtsterrorismus. Der ist wichtig, aber ich glaube, dass die Bedrohung sehr viel stärker ist von der islamistischen Seite. Und wir haben damals ein Jahr später die Sauerland-Attentäter gehabt. Wir wären nicht so erfolgreich gewesen, größte Anschläge hier in Deutschland zu verhindern, wenn wir nicht entsprechende Vorsorge getroffen hätten, und das war, glaube ich, eine sehr erfolgreiche Operation. Das war auch dank dessen, was wir gemacht haben im Bereich Verfassungsschutz. Ich glaube, dass wir damals die Schwerpunkte durchaus richtig gesetzt haben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Dr. Hanning.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Sie können sich natürlich nur um Bedrohungsszenarien kümmern, die Sie auch kennen. Wenn Sie das nicht kennen, dann tun Sie sich sehr schwer, Entscheidungen darauf aufzubauen, auf Spekulationen und unbekannte Größen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Dr. Hanning, war es eine richtige Entscheidung, im Jahre 2006 das Personal beim Bundesamt für Verfassungsschutz, das zuständig gewesen ist für die Behandlung des Themas Rechtsextremismus, um 20 Prozent zu reduzieren?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ich habe die Entscheidung so nicht getroffen, aber aus damaliger Sicht war es - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** War das eine richtige Entscheidung?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Vorsitzender, aus damaliger Sicht war es richtig, den Schwerpunkt auf den Bereich Islamis-

mus zu legen. Das war die richtige Entscheidung aus damaliger Sicht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, aber heißt denn, eine höhere Aufmerksamkeit der einen Herausforderung zu widmen, gegenüber einer anderen Herausforderung die Augen zu schließen?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nein, aber Sie haben nur begrenzte Ressourcen, und die müssen Sie nach Prioritäten einsetzen. Die müssen Sie richtig priorisieren, und die Priorisierung war richtig damals. Dazu stehe ich.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich wundere mich nur, dass Sie eine Reduzierung des Personals beim Bundesamt für Verfassungsschutz im Jahre 2006, das zuständig gewesen ist für das Thema Rechts-Extremismus, als Glanzleistung von Herrn Dr. Schäuble darstellen.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ich stelle als Glanzleistung dar, dass wir das Bundesamt für Verfassungsschutz entscheidend gestärkt haben und dass es auch deswegen gelungen ist, schwerwiegende Anschläge von diesem Land fernzuhalten, und darauf bin ich sehr stolz, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir beginnen mit der ersten Berliner Runde, Herr Dr. Hanning.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Okay. Ja wohl.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht hat zunächst die Unionsfraktion, und das Wort hat der Kollege Clemens Binniger.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Herr Dr. Hanning, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Was wäre das Leben ohne Kompetenzstreit, hat man manchmal den Eindruck. Auch die Energie, die darauf verwandt wird, haben wir ja hier schon häufig erfahren. Allerdings verwenden wir selber auch sehr viel Energie darauf hier.

Ich will es nur in einem Punkt ansprechen und dann auf das eingehen, wo Sie uns vielleicht sehr viel mehr helfen können für unseren Untersuchungsauftrag. 2006 war

diese leidvolle Debatte, das BKA, Teile des BKA hätten das Verfahren gerne gehabt. Der Präsident sah es dann am Ende anders. 2004 wollten dann die Länder, dass das BKA übernimmt; da wollte das BKA nicht, weil der Schwerpunkt in Bayern war. Ich wollte Sie nur fragen, ob ein Jahr nach dieser angeblich so leidenschaftlichen Debatte - das BKA muss den Fall übernehmen -, ob Ihnen bekannt ist, dass der damalige Referatsleiter, der 2006 noch so ein flammender Befürworter war, seinem Präsidenten ein Jahr später aufgeschrieben hat, als Präsident Ziercke zu seinem Pendant, dem Herrn Kindler, nach Bayern fuhr - - Zum Thema Ermittlungen in Sachen Ceska-Mordserie steht folgender Satz drin - das ist MAT A BKA-2/27.O13\*, Führungsinformation 33 -: Da schreibt also der Referatsleiter, der ein Jahr vorher auch seiner Amtsleitung empfohlen hat: „Wir müssen das Verfahren unbedingt an uns ziehen, das Einzige, was hilft“, jetzt:

Sofern seitens des BayStMI eine personelle Unterstützung oder gar Übernahme des Verfahrens

- also Wunschvorstellung des BKA, noch ein Jahr vorher -

erbeten wird, sollte dem ablehnend entgegengetreten werden.

Und dann weiter unten:

Mit den derzeit bearbeiteten Spurenkomplexen kommt das BKA seinem spezifischen Auftrag mehr als angemessen nach und ist deutlich ausgelastet.

War Ihnen das bekannt, dass man hier offensichtlich auf Arbeitsebene, will ich mal sagen, kein festes Meinungsbild hatte, sondern im Prinzip auch ein bisschen aus - - Ich weiß nicht, aufgrund welcher Motive her. Man kann ja nicht ein Jahr sagen: „Wir brauchen es unbedingt“, und in einem anderen Jahr: Selbst wenn die Bayern jetzt darum bitten, lehnen wir es ab. - Wussten Sie davon, von diesem etwas schwankenden Meinungsbild in der Fachabteilung?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nein, Herr Abgeordneter, ich wusste davon nicht; denn das sind jetzt alles Gespräche, die auf Fachebene geführt wurden. Aber mein Eindruck war, dass das BKA sozusagen auch nicht mit

---

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet MAT A BKA-2/27.O13, Blatt 211.

großer Konsequenz seinerzeit die Zentralisierung betrieben hat; denn sonst hätte der Präsident ja dem auch nicht zugestimmt, dass man dann in Garmisch-Partenkirchen im Ergebnis ja anders entschied.

Das BKA hat ja auch nur begrenzte Ressourcen. Ich meine, wir haben ja eben die Diskussion geführt. Natürlich, ich sage Ihnen: Im Bereich innere Sicherheit leben Sie immer mit großen Knappheiten. Sie müssen immer Knappheiten verwalten. Es reichen die Ressourcen nie aus. Sie können natürlich für jede Aufgabe sehr viel mehr Ressourcen einsetzen. Also, im Grunde ist es immer eine Verwaltung von Knappheit, und ich weiß, dass die Ressourcen beim BKA sehr begrenzt waren, auch damals. Später kam der Sauerland-Fall dazu, der uns alle sehr intensiv beschäftigt hat, und dann hätte wahrscheinlich das BKA auch gar nicht die Ressourcen gehabt, um diesen Fall dann wirklich richtig zu bearbeiten.

Also, insoweit ist es sozusagen schon immer eine schwierige Frage der Priorisierung. Das BKA hat dann Prioritäten ganz offenbar geändert.

Noch mal: Der Schwerpunkt der Ermittlungskompetenzen - und das meine ich jetzt auch fachlich - in diesem Land - und das habe ich gelernt -, der liegt eben nicht beim BKA, der liegt bei den Ländern. Die Länderbehörden, die betreiben ganz schwerpunktmäßig die Ermittlungen in ihrem Lande. Da liegt die große Erfahrung, und es ist schon sehr wichtig, dann auch diese Erfahrung entsprechend zu nutzen, am besten im kooperativen Einwirken und Mitwirken zwischen BKA und den Ländern.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Abschließende Frage zum Thema Kompetenz, weil wir natürlich als Mangel schon identifiziert haben: Der Kompetenzstreit zwischen Ermittlern, zwischen Landes- und Bundesbehörden, manchmal auch zwischen Polizei und Verfassungsschutz, was Informationsaustausch angeht, war ein Grundproblem dieser gesamten Serie. Das zieht sich durch wie ein roter Faden. Was man aus der Zeitung liest, werden wir nächste Woche wohl von der Bund-Länder-Kommission Vorschläge hören, die auf der IMK vorgestellt werden, wie das behoben werden könnte.

Mir fiel vorher Ihr Satz auf, den ich auch so wahrnehme: Das BKA-Gesetz sieht eigentlich für alle Fälle eine Regelung vor - theoretisch. Praktisch ist das nicht so ein-

fach. - Wie, bitte, müsste man denn - - Und jetzt gehen wir mal weg vom Terrorismus, weil man es ja von Beginn an gar nicht immer weiß. Was wäre denn heute, wenn wir eine Mordserie bekämen, was wir alle nicht hoffen, mit zwei Taten in Hessen, drei in Brandenburg - es hängt zusammen -, und dann passiert ein Jahr oder zwei Jahre lang nichts, und es sind zwei Staatsanwaltschaften zuständig, es sind zwei Länderpolizeien zuständig? Wie müsste dann eine Regelung aussehen, dass man sagt: „Bei länderübergreifenden Kapitalverbrechen muss auf Polizei- und Justizseite eine Stelle zuständig sein“? Das muss aber ja nicht zwingend das BKA sein. Oder sehen Sie das anders?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Abgeordneter, wenn Sie also bei jedem länderübergreifenden Vorgang eine Zuständigkeit des BKA begründen würden,-

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Wir reden nicht von Terrorismus. Generell.

**Zeuge Dr. August Hanning:** - nein, ich weiß -, dann müssten Sie das BKA ganz erheblich ausbauen, aufbauen. Das kann das BKA in dieser Struktur nicht leisten. Ich finde, in solchen Fällen müsste man überlegen, ob das BKA dann von einer Staatsanwaltschaft beauftragt wird. Das geht ja in der Praxis auch relativ problemlos. Dann hat man jedenfalls ganz klare Zuständigkeitsabgrenzungen. Oder man muss eben, wenn man das innerhalb der Länder betreibt, eine klare Federführung festlegen, und da gibt es natürlich ein Problem, und das ist das Informationsmanagement. Also, ich komme ja aus dem Terrorismus. Ich habe mich intensiver mal beschäftigt in Israel. Da war ich mal Zeuge, wie sozusagen ein Suizidattentäter dann davon abgehalten wurde, sein Vorhaben durchzubringen. Da gibt es so ein paar Grundprinzipien, die gelten generell. Und ein Grundprinzip ist, dass derjenige, der ermittelt, der die ermittlungsleitenden Entscheidungen trifft, alle Informationen haben muss, und daran fehlt es häufig. Also, man muss im Grunde ein Management erreichen - und dann spielt es letztlich keine entscheidende Rolle mehr, ob es das BKA ist oder ob es dann ein Land ist -, dass derjenige, der für die Vermittlung verantwortlich ist - - Aber es beginnt schon damit: Es muss einer verantwortlich sein; damit beginnt es schon. Wer

verantwortlich ist, der muss alle Informationen haben.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Kann man sagen: „Wer die Verantwortung hat, muss das Sagen haben und die Informationen“?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Jawohl, und dann müssen die anderen auch verpflichtet sein, die Informationen zur Verfügung zu stellen. Und es gibt inzwischen Software, es gibt IT-Strukturen, wo Sie das ohne Weiteres können, wo alle Informationen eingestellt werden können, sodass das greifbar ist, abgreifbar ist von demjenigen, der die Verantwortung trägt. So muss man das organisieren, und das kann man auch organisieren.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Also, wir legen Ihre Aussage nächste Woche dann als Maßstab an, wenn der Vorschlag präsentiert wird.

Jetzt will ich aber mit Ihnen zurückgehen in die Zeit, wo Sie im Bereich der Nachrichtendienstliche Verantwortung getragen haben, weil ich glaube, dass es da viele interessante Aspekte gibt.

Sie haben als Geheimdienstkoordinator und später als BND-Präsident ja auch immer an den Sitzungen des Parlamentarischen Kontrollgremiums teilgenommen. Und da ist mir ein Sprechzettel für den damaligen BfV-Präsidenten Frisch aufgefallen - MAT A BK-3/1 -, wo im Mai 1998 - - Da waren Sie noch Geheimdienstkoordinator oder schon BND-Präsident? Aber egal, in einer der beiden Funktionen waren Sie.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Da war ich Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Da hat man berichtet über Entwicklungen rechtsextremistischer Gewalttaten, mögliche terroristische Ansätze. Das Thema war also 98 durchaus in irgendeiner Form auf dem Schirm, zumindest in der Bedeutung, dass mal vorgetragen wurde.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Abgeordneter, Rechtsextremismus und mögliche rechtsterroristische Aktivitäten waren ja immer in der Bundesrepublik Deutschland virulent. Ich erinnere: Der größte Anschlag

mit den größten Schäden war der Anschlag auf dem Münchener Oktoberfest.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Oktoberfest, ja.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Das war ein rechtsterroristischer Anschlag. Das war der größte Anschlag auf deutschem Boden, glaube ich, bisher. Also, insoweit können Sie schon unterstellen, dass da immer auch die Überlegung da war: Kann das nicht wieder vorkommen? - Und da spielt natürlich immer die große Frage der Einzeltäter - - Ich meine, das war ja wahrscheinlich - wir wissen es nicht genau - auf dem Oktoberfest ein Einzeltäter. Es kann ganz kleine Gruppierungen geben - und das hat sich ja leider hier auch bestätigt -, die durchaus bereit, willens, fähig sind, solche Anschläge auszuführen.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Jetzt gehöre ich diesem Gremium ja auch an, aus dem ich jetzt nicht berichten darf, aber ich will nur sagen: Es ist ja was Besonderes, wenn es im PKGr von den Sicherheitsbehörden von sich aus auch draufgenommen wird und berichtet wird, und das war 98 der Fall. In diesem Sprechzettel tauchen auch auf Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe - 98, im Mai -, in einem Gremium, wo alle bundesdeutschen Sicherheitsbehörden ja vertreten sind. Das bringt ja auch die Bedeutung zum Ausdruck.

Aber dann passiert etwas, was wir später in den Akten immer wieder finden und wo ich Sie fragen würde: War das nicht - - war das üblich, diese frühe Festlegung auf einen Erklärungsansatz? Von dem kam man dann nicht mehr runter. Ich will Ihnen kurz vorhalten: Also, Herr Frisch trägt vor, nennt auch die Jenaer Bombenbastler, auch namentlich, was sie gemacht haben, dass sie auf der Flucht sind, untergetaucht, Mai 98. Und dann kommt die Bewertung, und die ist immer gleich. Die lesen wir 2003 wieder im Papier des BfV, die lesen wir 2004 wieder. Sie ist immer gleich. Das war ein Textbaustein aus den Neunzigern, an dem hat man so richtig nie gerüttelt, und da möchte ich wissen, warum. Die Bewertung lautet:

Derzeit gibt es in Deutschland keine rechtsterroristischen Organisationen oder Strukturen. Zum einen mangelt es hierfür an geeigneten Führungspersonen, logistischen Voraussetzungen und finanziellen

Mitteln. Zum anderen fehlt die Unterstützer-Szene, die für einen nachhaltigen, aus der Illegalität heraus geführten bewaffneten Kampf unabdingbar ist.\*

Usw. - Das ist die RAF-Erklärung, mit der man immer dort - - War es so, dass man sich nie davon lösen konnte von der Vorstellung, es könnte hier ganz andere Strukturen geben? Warum immer - - Und davon kam man nie mehr ab. Warum?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, das ist eine ganz wichtige Frage, die man auch im Nachhinein stellen muss, und ich glaube, das hat in der Tat was mit den Erfahrungen aus der RAF-Zeit zu tun, ja. Es hat auch damit zu tun, dass wir lange Zeit - und da spielten dann diese islamistischen Strukturen eine Rolle -, dass wir sehr lange den Einzeltäter unterschätzt haben. Ich meine, der einzige Al-Qaida-Anschlag in den letzten Jahren ist durch einen Einzeltäter -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Am Frankfurter Flughafen.

**Zeuge Dr. August Hanning:** - am Frankfurter Flughafen ausgeführt worden. Also, wir haben das Phänomen Einzeltäter, glaube ich, unterschätzt, ja, weil wir sehr stark gekommen sind von der Problematik Linksterrorismus - RAF haben Sie gerade erwähnt - und auch von der Thematik her al-Qaida und diesen Organisationen. Wir haben also sehr stark in Organisationen gedacht, und das muss man sicher im Nachhinein kritisieren. Das ist so.

Und wir haben auch unterschätzt ein Potenzial, was sozusagen mit White Supremacy - das habe ich ja eben schon mal erwähnt - zu umschreiben ist, also die Vorstellung von Einzelnen, dass sozusagen die Vorherrschaft des Weißen bedroht sei und wir in Deutschland bedroht seien durch die Einwanderer, und deswegen müsse man sozusagen gewaltsam jetzt diesen Herrschaftsanspruch - ich formuliere es mal mit meinen Worten - durch terroristische Aktivitäten absichern. Diese Leute - wir kennen es in den USA, wir kennen es aber auch zum Teil aus Schweden; Breivik ist ja auch so ein

Beispiel - schrecken eben in ihrer Skrupellosigkeit vor nichts zurück, und das haben wir, glaube ich, unterschätzt. Das ist, glaube ich, der Grund, der letztlich dahintersteht hinter diesen Fehleinschätzungen, die Sie da gerade auch noch mal genannt haben.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Sie haben ein paar Mal jetzt schon in Ihrer Stellungnahme gesagt, wir hätten mehr von den Erkenntnissen über ausländische Rechtsextremisten lernen müssen, haben auch immer wieder die Länder genannt. Jetzt Frage an Sie: Gab es denn zu Ihrer Zeit im BND eine Organisationseinheit, die sich mit solchen Phänomenen im Ausland befasst hat, die quasi auch Informationen hatte über Strukturen rechtsextremistischer Art, rechts-terroristischer Art im Ausland?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ich kann Ihnen das jetzt aus meiner Erinnerung nicht präzise sagen; aber wir haben die Situation in Schweden schon beobachtet. Nach meiner Erinnerung war es im Wesentlichen das BfV. Das Bundesamt für Verfassungsschutz ist ja im Berner Club eingebunden, und die haben da eine sehr gute Zusammenarbeit.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Könnten Sie für die, die den Namen vielleicht noch nie gehört haben, sagen, was der Berner Club ist?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Der Berner Club ist der Zusammenschluss der Inlandsnachrichtendienste innerhalb der EU, plus Norwegen und Schweiz, und nennt sich Berner Club, und dieser Berner Club hat einen sehr intensiven internen Informationsaustausch über Vorgänge von Bedeutung, sei es grenzüberschreitend, sei es, dass ein Dienst sich dafür interessiert. Das ist eigentlich eine, wie ich finde, durchaus sehr funktionierende Einrichtung, die auch durchaus erfolgreich agiert. Und da gab es auch - ich meine - Vorträge vom BfV gerade zu der schwedischen Situation. Also, im Grunde hätte uns, glaube ich, die Situation in Schweden - und da gab es immer gewisse Querverbindungen nach Deutschland - noch stärker beunruhigen müssen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Können Sie sich an die noch erinnern, diese Querverbindungen nach Deutschland?

---

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet MAT A BK-3/1, Seiten 3 und 4 des Sprechzettels.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, es gab hier - aber das war alles Sache, die das BfV dann vorgetragen hat - schwedische Rechts-extremisten, die versucht haben, hier in Deutschland Fuß zu fassen. Es gab auch Querverbindungen von Deutschland nach Schweden. Also, das spielte immer eine gewisse Rolle.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** War das irgendwie eingrenzbar in Deutschland? Das muss ja irgendwie aus bestimmten - -

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, da gibt es genaue Namen. Die kann ich Ihnen jetzt aber leider alle nicht sagen. Es gab genaue Namen. Berlin spielte eine gewisse Rolle. Ich habe diese Vorträge noch vor mir, aber leider - bitte ich um Nachsicht - nicht mehr jetzt präzise Namen und Ähnliches bereit. Aber es gab Querverbindungen von Schweden hier nach Deutschland.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Hängt das auch damit zusammen: Wir haben ja zunächst in der Presse, aber dann jetzt auch in den Akten ja entnommen, dass der italienische Inlandsgeheimdienst schon im Februar 2003 - und an dieses Schreiben hat er jetzt nach Auffliegen der Terrorzelle noch mal erinnert - von einem internationalen Treffen von Neonazis im November 2002 in Belgien den deutschen Stellen berichtet hat, und da taucht auch die Bewertung auf, dass - ich lasse jetzt mal den Namen weg - ein bekannter deutscher Neonazi ein angeführtes, in Deutschland existierendes militantes Netzwerk erwähnt, welches mit geheimen Aktivitäten befasst sei. Sind solche Hinweise schon denkbar, wenn man sich austauscht, dass da also so etwas kommt?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Das ist denkbar. Wir hatten ja damals diese „Blood & Honour“-Geschichte, die aus meiner Sicht sehr gefährlich war, und da hat das Bundesamt für Verfassungsschutz ja sich sehr intensiv drum gekümmert. Die Organisation ist ja auch verboten worden.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Im Jahr 2000.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja. Und da gab es Leute, die auch vom Bundesamt, soweit ich mich daran jetzt erinnere, durch-

aus als gefährlich eingestuft wurden, die dann zum Teil auch abgetaucht sind. Und da gab es auch Querverbindungen, ich glaube, vor allem nach Großbritannien, aber auch noch in die USA.

Also, diese rechte Szene war in gewissem Umfang schon miteinander auch vernetzt; das muss man schon sagen. Und es gab eben auch Einflüsse aus anderen europäischen Ländern auf die rechte Szene hier in Deutschland.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wenn solche Informationen kommen aus dem Ausland, dann gehen die immer nur ans BfV, und Sie erfahren es im Rahmen eines Lagevortrags vom Kollegen bei der ND-Lage, oder steuern die automatisch auch den BND an?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Na gut, wir haben jetzt immer über die Zuständigkeitsabgrenzung innerhalb Deutschlands gesprochen. Also, in diesem Bereich ist das natürlich ein bisschen schwierig: Ist die EU noch Inland, Ausland? Ich meine, das Bundesamt für Verfassungsschutz hat immer ein stückweit reklamiert: Das ist sozusagen - - das ist unser Turf. Wir haben die enge Zusammenarbeit mit den anderen Diensten in den betreffenden Ländern in Europa.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Also, EU-Dienste werden vom BfV eher noch als weit ausgelegter Inlandsbegriff verstanden?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, wenn man so will. Also, das war - - Ich sage mal: Ich habe als BND-Präsident da auch nicht stark dagegeenghalten, weil die einfach - - Die hatten da die klaren Kanäle, die hatten die Verbindungen, und da bin ich immer sehr pragmatisch gewesen. Wenn das Bundesamt für Verfassungsschutz meint, das besser zu können, gut, dann sollen sie es machen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Jetzt wissen wir ja aus den Akten, dass es, was dieses NSU-Umfeld angeht, ja auch nicht von den dreien selber - das ist nicht belegt -, aber von Unterstützern oder Umfeld „Thüringer Heimatschutz“ Reisebewegungen nach Südafrika zu dem rechtsextremistischen Publizisten Nordbruch gegeben haben soll. War Ihnen das bekannt? War so was mal Thema?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, ich erinnere mich nicht daran. Es gab immer diese Querverbindung. Wir hatten ja auch immer ein Problem mit dem Internet. Es gab ja immer Internetaufrufe aus den USA. Da habe ich mich auch häufiger drum kümmern müssen. Also, wir hatten immer das große Problem, dass die Amerikaner zu uns kamen und sich über Rechtsradikalismus in Deutschland beschwert haben, und wir haben denen immer gesagt: „Also, schaut euch mal eure eigenen Websites an aus den USA“, was hier rüberkommt, was sie nicht kontrollieren können aufgrund ihres Freedom of Information Act.

Also, es gab immer diese engen Querverbindungen. Das gab es schon. Aber was sie eben nicht gesehen haben, das war sozusagen dieser terroristische Ansatz. Das war eben das, und das war eben etwas, was im Nachhinein eben unterschätzt worden ist: dass diese kleine Gruppe eben diese Art von skrupellosem Terrorismus veranstaltete. Dafür gab es keinen Ansatz. Es gab ja auch keine andere Gruppe - jedenfalls soweit wir das bisher wissen; mit aller Vorsicht -, die also in ähnlicher Weise vorgegangen ist. Insoweit war das schon wahrscheinlich eine singuläre Erscheinung.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Aber ich frage mich jetzt: Wenn ein italienischer Partnerdienst im Jahr 2003 über ein Treffen in Belgien berichtet und dort zur Bewertung kommt, da sei Thema gewesen ein von einem bekannten Neonazi angeführtes existierendes militantes Netzwerk, welches mit geheimen Aktivitäten befasst sei - - Jetzt muss da am Ende nichts dran sein, aber der Partnerdienst wird ja den Gehalt ein bisschen auch schon bewertet haben und nicht jede obskure Banalität den deutschen Kollegen mitteilen. Müsste so etwas nicht eine intensivere Nachforschung auslösen? Was meinen die damit, -

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Abgeordneter - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** - geheime Aktivitäten, Netzwerk, militant?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Abgeordneter Binninger, wenn Sie das jetzt so vortragen, dann denkt man: Ja, natürlich, klar.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Deshalb frage ich ja.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Wenn Sie am Schreibtisch sitzen und - ich sage mal - jede Woche zwei, drei dieser Meldungen bekommen, dann schätzen Sie das natürlich auch ein bisschen anders ein. Es gibt natürlich gerade im Terrorbereich eine Unmenge von Hinweisen: Da hat sich eine Gruppe gebildet, da hat sich eine Gruppe gebildet. Ich kann mich noch erinnern an die Zeit vor 9/11, nach 9/11.

Wenn Sie jetzt im Nachhinein sich das anschauen, dann sagen Sie: Ja, warum hat man das nicht? Warum hat man das nicht? - Mit dem Wissen von heute, ja, natürlich. Aber wenn Sie handeln, wenn Sie da agieren, wenn Sie sozusagen den Heuhaufen vor sich haben und dann da machen, da, da - die müssen das ja priorisieren -, dann muss man sich fragen: Wie werthaltig war das? - Da muss geprüft werden: Ist der italienische Dienst sozusagen in diesem Punkte verlässlich, ist er zuverlässig?

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Was hat er für eine Quelle?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Worauf gründet sich diese Meldung? Dann müsste man ja Residenten in Rom hinschicken und fragen: Was ist denn sozusagen der Hintergrund? Ist das eine solide Quelle, oder ist das möglicherweise jemand, der eigentlich nur durch irgendwelche Lügenmärchen noch weiter Geld verdient - ich sage es mal - oder „unzuverlässig“ kann man das sozusagen qualifizieren? Also, es stellt sich eine Fülle von Fragen.

Ich weiß jetzt nicht, wie man mit dem Vorgang hier genau umgegangen ist. Natürlich wäre das ein Ansatz gewesen. Ob damals schuldhaft dem nicht nachgegangen ist oder nicht, das wage ich nicht zu beurteilen. Das müsste man wirklich im Gesamtkontext der Meldung sich dann anschauen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Aber Sie haben jetzt ja ein paar Punkte genannt, die man eigentlich - ich sage jetzt mal - als Mindestmaß erwarten müsste, nämlich: Abklären der Information, Kontakt mit den italienischen Kollegen, Bewertung der Quelle. Gab es weitere Hinweise? Auch mal Nachfragen in anderen Ländern - Großbritannien, Schweden -: Habt ihr davon auch gehört?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Man müsste versuchen, die Namen rauszukriegen, und man müsste vor allem noch mal die Verlässlichkeit der Quelle nachfragen, klar.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Also, wir haben bisher noch nicht viel gefunden in den Akten. Da wird auch eine Person genannt, zu der man noch keine Erkenntnisse hat im Jahr 2003. Den speichert man aber nicht mal in NADIS. Das passiert dann erst im Jahr 2005. Also, so richtig den Eindruck, dass das, was Sie jetzt gerade skizziert haben, gemacht wurde, finden wir bislang nicht. Wir müssen dem noch mal nachgehen, weil wir auch erst unlängst dazu die Akten angefordert haben.

Aber das bleibt für mich, diese frühe Festlegung auf bestimmte Täterprofile, auf bestimmte Erkenntnisse, und wenn dann etwas kommt, was nicht ins Schema passt, wird es eher ein bisschen stiefmütterlich behandelt. Täuscht mich der Eindruck? Oder wenn es etwas ist, was vielleicht schon fast eine Spur zu groß ist, wird es irgendwie eher stiefmütterlich behandelt.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Abgeordneter, das kann man im Grunde eigentlich nur im Gesamtkontext bewerten, also: Wie viele Meldungen dieser Art gab es eigentlich damals? Wie verlässlich war das? Wie verlässlich war das damals? Passte das sozusagen ins allgemeine Meldungsbild? Passte das nicht rein? Im Grunde müsste man sozusagen da handwerklich richtig rangehen, das noch mal nachvollziehen: Wie ist damit umgegangen worden? Gab es andere Meldungen, die das bestätigt haben, nicht bestätigt haben?

Insoweit kann man das immer jetzt schlecht bewerten. Wenn Sie diese Meldung haben, gut, dann kann man das natürlich schon so ausführen. Aber noch mal: Die Gesamtbewertung, da müsste man einfach schon mehr Informationen haben. Da müsste man noch mal das damalige Meldungsbild haben, die damalige Gesamtlage, die Bedrohungslage. Gab es mehrere Treffen dieser Art? Ist das völlig singulär gewesen? Eine Fülle von Fragen müssten Sie stellen.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Ich meine, es gibt ja genügend Anknüpfungspunkte. Ein völlig vager Hinweis, der irgendwas behauptet, den kann man sicher schnell ablegen; aber hier gab es ein kon-

kretes Treffen, es gab einen Ort in Belgien, es gab deutsche Namen, es gab einen Partnerdienst. Also, wir gehen der Sache noch mal nach.

Ich hätte noch in der ersten Runde eine letzte Frage zum Thema internationale Bezüge. Wir wissen, dass Mitte der 90er, also wohl zum Ende des Konfliktes auf dem Balkan, auch viele - bis zu 100 wohl - deutsche Rechtsextremisten als Söldner in das ehemalige Jugoslawien gefahren sind und dort zum Teil aufseiten der Kroaten wohl mitgekämpft haben. Hatten Sie das damals schon und auch später als BND-Präsident mit im Blick? Weil wir uns ja häufig auch die Frage stellen: Wo kommt dieses gute Training an Waffen und Sprengstoffen her? Kollege Wieland hat zwar gemeint gestern, das lernt man bei der Bundeswehr, aber da bin ich mir sicher, dass man das in der Wehrdienstzeit nicht lernt.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das mit dem Sprengstoff gerade nicht! Das war die einzige Ausnahme!)

- Und Waffen auch nicht. Waffen auch nicht in der kurzen Zeit.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, doch!)

Deshalb die Frage: Haben Sie das im Blick behalten? Hat man sich da ausgetauscht? Ich meine, amtsbekannte Neonazis, die auf den Balkan fahren und sich dort als Söldner verdingen und dann wieder zurückkommen, sind ja in Gefährlichkeit noch viel stärker zu bewerten als vorher.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, wir haben natürlich damals gewusst, dass sich auf dem Kriegsschauplatz auf dem Balkan sehr viele getummelt haben. Wir haben uns als BND vor allen Dingen gekümmert um die islamistischen Kämpfer, die aus den arabischen Ländern dort in Bosnien eingesetzt waren. Da gab es ganze bosnische Brigaden, relativ dicht bei al-Qaida. Da gab es immer wieder Bedrohungen auch in Richtung Deutschland aus Bosnien. Das war unser Hauptthema.

Das Thema, was Sie gerade ansprechen: Also, ich kann mich nicht erinnern, dass wir das als Bundesnachrichtendienst bearbeitet haben. Das müsste dann eher vom Bundesamt für Verfassungsschutz bearbeitet worden sein; denn das sind ja offenbar erkannte

Neonazis gewesen oder erkannte jedenfalls Leute der Rechtsextremisten, die mit Sicherheit Spuren auch hier im Inland hinterlassen haben. Also, mir als BND-Präsident ist das damals nicht als Problem in Erinnerung.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Okay. Danke.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zur SPD-Fraktion. Das Wort hat die Kollegin Dr. Högl.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Guten Morgen, Herr Dr. Hanning!

**Zeuge Dr. August Hanning:** Guten Morgen, Frau Högl!

**Dr. Eva Högl** (SPD): Ich möchte mich noch mal kurz beziehen auf Ihre Eingangsbemerkungen. Sie haben ausgeführt - ich zitiere Sie da auch wörtlich -, dass sich unsere Sicherheitsarchitektur bewährt hat. Das ist sicherlich - Sie betrachten einen langen Zeitraum. Ich kann verstehen, warum Sie zu dieser Erkenntnis kommen. Wir sitzen hier zusammen, weil wir nach Fehlern suchen, die gemacht wurden, und unsere Aufgabe ist es, hier zu schauen, warum sie sich gerade in einer konkreten Mordserie nicht bewährt hat, diese Sicherheitsarchitektur. Das ist unsere Aufgabe hier. Ich will Ihnen auch ganz offen sagen - und das ist mir sehr wichtig, das noch mal zu betonen -: Es müssen Fehler gemacht worden sein. Wenn vierzehn Jahre eine Terrorgruppe aus dem Rechts-Extremismus untertaucht, zehn Morde begeht, fünfzehn Banküberfälle, zwei Sprengstoffanschläge mit vielen Verletzten, müssen bei den deutschen Sicherheitsbehörden Fehler gemacht worden sein. Das ist, hoffe ich, unstrittig, dass wir das so sehen, und wir sitzen deswegen hier zusammen. Ich sage das extra, weil Sie das in Ihrer Eingangsbemerkung so pointiert formuliert haben: Natürlich sind wir heute alle schlauer, alle miteinander, also, wir genauso wie die, die damals fachlich damit betraut waren. Wir bemühen uns aber, als Abgeordnete uns in die Situation von damals hineinzusetzen und zu schauen: Was hätte man wissen können, was hätte man sogar wissen müssen, und wo sind Informationen nicht zusammengefloßen?

Und deswegen, weil Sie ja so lange damit dienstlich betraut waren, auch mit dieser Mordserie - es wurde schon drüber gesprochen -, möchte ich Sie mal fragen: Was waren denn Ihre ersten Gedanken und Reaktionen, als Sie im November 2011 erfahren haben, dass es der NSU war, dass es diese mörderische Bande war? Wie war das denn? Sie waren ja so lange damit befasst. Was waren Ihre ersten Gedanken?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, für mich war das schon eine große Überraschung, weil ich mir auch eigentlich nicht vorstellen konnte, dass eine Gruppe so lange abtauchen konnte - auch nach dem Vorleben -, ohne dass man die nicht entdeckt hat. Das war auch in der Tat mein Eindruck. Und dann habe ich mich gefragt: Ist das denn jetzt wirklich die Aufklärung für diese ganzen Ceska-Morde? Ich habe ja auch gesagt: Für mich stellen sich immer noch viele offene Fragen. Also, ganz plausibel ist das ganze Geschehen für mich nach wie vor nicht.

Dadurch, dass diese Täter sich so - aus unserer Sicht - merkwürdig, auch irrational verhalten haben, liegt natürlich auch ein Schlüssel für das relative Versagen der Sicherheitsbehörden. Sicherheitsbehörden vermuten immer eine rationale Motivation, rationalen Tätergrund, klare Motive. Hier ist die Motivlage ja so diffus und - ich sage mal - für normale Mitteleuropäer wirklich nur schwer nachvollziehbar. Da muss man sich wirklich in die Gedankenwelt dieser Leute hier hineinbegeben, und das hat sicher von Anfang an mit dazu beigetragen, dass hier sozusagen nicht erfolgreich gearbeitet wurde. Ich stimme Ihnen ja zu: Hier sind Fehler gemacht worden, natürlich Kritik. Ich meine, meine Bemerkung - Ich meine, ich sehe nicht nur diesen Fall. Das ist ein Fall, aber es gibt viele andere Fälle, wo wir durchaus erfolgreich waren.

Ich glaube, wir müssen aufpassen, dass wir mit der Kritik an diesem Fall nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, und das ist so ein bisschen Ziel meiner Bemerkung gewesen. Aber umso wichtiger ist, dass man das aufarbeitet hier. Da bin ich ja voll dafür. Natürlich, es sind Fehler gemacht worden, und man muss sich fragen: Wie kommt das, und wie kann man vor allen Dingen künftig solche Fehler vermeiden? Das ist ja das Entscheidende. Man kann jetzt in der Retrospektive viel Kritik üben, und wahrlich ist das ja auch durchaus begründet, was ich so über

die Medien mitbekomme. Aber die entscheidende Frage ist doch: Was können wir tun, um künftig solche Fälle zu vermeiden? Und dazu habe ich ja versucht auch einen Beitrag zu leisten.

Und ich glaube, dass man wirklich wacher sein muss bei der ganzen Frage Bedrohungsszenarien, dass wir viel stärker auch die Auslandssachverhalte mit einbeziehen müssen, und wir müssen stärker den Rechtsextremismus auch mit einbeziehen. Ich glaube, das ist ein Punkt - Lessons Learned -, den wir da tragen müssen. Und der andere Punkt ist - ich habe ihn erwähnt -: Wir müssen im Sicherheitsbereich besser miteinander kommunizieren, also der Verfassungsschutzbereich muss besser werden. Das war immer mein Anliegen als Staatssekretär, und da müssen wir - - Ich hoffe, dass die Krise, die ja im Augenblick da ist, auch dazu führt, dass man hier grundlegende Verbesserungen auch erreicht - ich hoffe das jedenfalls -, um jedenfalls die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen - mehr können Sie nicht tun -, dass, wenn künftig solche Sachverhalte auftauchen, man eher in der Lage ist, das aufzudecken.

Ich bin jetzt immer vorsichtig mit den ganzen Schuldvorwürfen, dass da bewusst diesem oder jenem - - Das halte ich alles für falsch. Nein, die Leute haben nach bestem Wissen und Gewissen gearbeitet, aber die Frage ist: Warum haben die trotzdem die Fehler gemacht? Lag es an den Strukturen? Lag es an denen? Das ist die Frage.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Genau. Darum geht es, ganz genau.

Vielleicht darf ich einen Moment noch mal - weil Herr Wieland kommt gleich dran, genau - bei der Motivlage stehen bleiben. Da sind Sie ja noch nicht so überzeugt, dass da ein bestimmtes Motiv vorlag oder auch nicht gesehen wurde damals. Also, die Motivlage ist jetzt klar: Das waren Rechtsextremisten mit einem ganz klaren Weltbild. Spätestens seit dem Bekennervideo wissen wir das. Das war Menschenverachtung, das war Ausländerhass, und die Botschaften dieser Taten sind auch mittlerweile klar. Was uns so bewegt - wir freuen uns darüber ja nicht; wir sitzen hier, um das aufzuarbeiten -, ist, dass an allen Tatorten, bei allen, bei den Sprengstoffanschlägen und bei den Morden, dieses ausgeprägte ausländerfeindliche, fremdenfeindliche, hasserfüllte, menschenverachtende, rechtsextreme Motiv nicht gesehen

wurde, und das ist etwas, was uns wirklich zu denken gibt. Das ist kein Vorwurf an die Polizeiarbeit generell, sondern die Frage: Wie können wir auch dazu beitragen, dass das nicht immer so ausgeblendet wird? - Die Polizei vor Ort hat die Opfer gesehen und hatte sofort ein bestimmtes Schema im Kopf. Das wollte ich nur noch mal ergänzen.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, Frau Abgeordnete, mich hat zu dieser Bemerkung eigentlich veranlasst - - Wenn Sie die Abhörprotokolle sich noch mal anhören würden der damaligen Sauerland-Attentäter, mit welcher Menschenverachtung sie über Tote gesprochen haben - - Ich glaube, das Gefühl, Herr über Leben und Tod zu sein, das ist auch eine ganz wichtige Motivation, und da ist der rechtsextremistische Bereich - - Ja, der dient als wichtiges Vehikel; aber so dieses Gefühl, sich über die Rechtsordnung zu erheben und im Grunde Herr über Leben und Tod der Mitmenschen zu sein, das dürfen Sie nicht unterschätzen dabei, und das wollte ich damit andeuten. Ich will den rechtsradikalen Hintergrund überhaupt nicht irgendwie in Zweifel ziehen; der ist schon klar. Aber ich glaube, dieses andere Motiv - und das finden Sie quer über den ganzen terroristischen Bereich - dürfen Sie auch nicht unterschätzen. Im Übrigen - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Jedenfalls ist das außer Acht gelassen worden bei den Ermittlungen, und das sehen wir überall, -

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, dieses - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** - also nicht nur an einem Tatort, sondern überall.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ich meine, es kommt dann noch eines hinzu vielleicht, wenn ich das noch ergänzen darf.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Es hat möglicherweise auch - ich weiß, das ist jetzt eine sensible Geschichte, die ich anspreche - eine spezifisch ostdeutsche Komponente. Das kann eben auch sein. Die kamen aus Jena, und ich weiß, dass es auch in der früheren DDR durchaus eine rechtsextreme Szene gegeben hat. Ich habe das - - Ich war

ja vier Jahre in der Ständigen Vertretung. Ich habe da schon solche Erfahrungen gesammelt. Ganz erstaunlich; habe ich auch nicht für möglich gehalten. Es gab damals schon diese rechte - - Vielleicht hat das auch damit zu tun - - Aber ich bewege mich jetzt in dem Bereich Spekulationen; ich bin da ganz vorsichtig. Aber es fällt schon auf, dass das eine besondere Form auch des Rechtsextremismus war, der anders war - ich will das jetzt gar nicht bewerten -, als wir das hier in Westdeutschland erlebt haben.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Wir schauen ja auf die Morde und Sprengstoffanschläge und versuchen, das mit der Brille der Ermittler zu machen, genau.

Jetzt möchte ich mal zu einem Punkt kommen, den ich unter das Stichwort fassen möchte: Vernachlässigung des Themas Rechtsextremismus, um das ganz deutlich zu sagen. Das ist ja das. Also, es geht mir noch mal - Sie haben es selber angesprochen in Ihrem Eingangsstatement - um die Zusammenlegung der beiden Abteilungen im Bundesamt für Verfassungsschutz, und da will ich Ihnen auch noch mal eben kurz vortragen - Sie wissen das ja auch -, was Herr Fromm damals dazu gesagt hat:

Nach hiesiger Einschätzung - -

Also, das war im Juli 2006, nicht? Da hatten wir eine Bedrohungslage durch Rechtsextremismus gehabt, das „BfV Spezial“, Jahr 2004. Es gab auch aus Bayern im Zusammenhang mit der Mordserie die Fallanalyse. Herr Fromm schreibt:

Nach hiesiger Einschätzung sind fachlich vertretbare Alternativen zur geplanten Zusammenlegung der Abteilungen 3 und 5 nicht gegeben. Insbesondere die Zusammenlegung der Abteilung Rechtsextremismus und Linksextremismus zu einer gemeinsamen Abteilung Deutscher Extremismus gibt die aktuelle Entwicklung im Beobachtungsbereich Rechtsextremismus - - steht ihr entgegen. (?)

Also, fachlich ganz klarer Rat des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, die Abteilungen nicht zusammenzulegen.

Und dann haben wir aus Ihrem Haus ein Schreiben - das ist MAT A BMI-6 a, Seite 78 f. -, da wird dann geschrieben, mit dieser Zusammenlegung der Abteilung könne

deutschem Extremismus mit einem ganzheitlichen Ansatz wirksamer begegnet werden, und zum anderen könnten eventuell anfallende personelle Engpässe innerhalb einer Abteilung leichter und schneller aufgefangen werden.

Wenn Sie jetzt mit der Brille von heute draufgucken, aber sich auch noch mal vergegenwärtigen, wie die Lage damals war: War das nicht eine völlig falsche Einschätzung, auch gegen den fachlichen Rat von Herrn Fromm, diese beiden Abteilungen zusammenzulegen? Und entspricht das nicht auch dem, was wir gefunden haben in den Akten und bei der Vernehmung der Zeugen, dass das Thema Rechtsextremismus im Jahr 2006 vernachlässigt wurde und verharmlost wurde?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Frau Högl, ich hatte nicht den Eindruck, dass das vernachlässigt wurde. Ich kann nur sagen - und ich hatte eben schon das interessante Zwiegespräch mit Ihrem Herrn Vorsitzenden -, es ist natürlich so: Wenn Sie die Sicherheitsbehörden repräsentieren, haben Sie ein fortwährendes Knappheitsproblem. Ich meine, die Ressourcen reichen nicht aus, und im Grunde sind wir in Deutschland, wenn ich mir die Sicherheitsbehörden mal insgesamt anschau, sehr schmal aufgestellt. Wir müssen dann Prioritäten setzen. Die sind dann schmerzlich. Sie müssen die Prioritäten ansetzen natürlich nach den jeweiligen Bedrohungsszenarien, und damals war der Islamismus - und ich glaube, er ist es noch heute - die größte Bedrohung für die innere Sicherheit. Deswegen mussten wir ja umstrukturieren. Und Sicherheitsbehörden müssen ja immer atmen. Sie müssen immer im Grunde reflektieren die aktuelle Bedrohungs- und Sicherheitslage. Wir haben damals natürlich konzentriert zum Beispiel im Innenministerium die Abteilungen IS und P zu einer Abteilung ÖS, um die Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutzbehörden und Polizeibehörden auch zu verbessern. Das war eine wichtige Maßnahme und hat auch Früchte getragen.

Und hier ist es so gewesen, dass hier auf jeden Fall reduziert werden musste. Wir mussten sozusagen - - Wir konnten nicht aufwachsen, wir mussten in der damaligen Lage 2006 - ich habe die Haushaltslage vorgefunden - - wir mussten reduzieren.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, aber, Herr Dr. Hanning, wenn man reduzieren muss - -

**Zeuge Dr. August Hanning:** Wir mussten reduzieren zugunsten des Bereichs Islamismus.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber wenn man reduzieren muss - das ist doch das, was ich jetzt mal mit Ihnen gemeinsam rausarbeiten will -, dann überlegt man: Was hat Priorität? - Und dann kann man das gar nicht anders verstehen als: Rechtsextremismus hat für uns gegenwärtig nicht die Priorität, die andere Bereiche haben. - Ich will es ja nur wissen, ob das damals die Einschätzung so war.

Und dann würde ich Sie gerne noch mal bitten, Stellung zu nehmen zu dem: Was ist eigentlich damit gemeint, „Deutscher Extremismus“ mit einem ganzheitlichen Ansatz wirksamer“ zu begegnen? Das möchte ich gerne mal verstehen.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Gut, dann müssten Sie in erster Linie die Verfasser fragen, aber ich kann das versuchen zu interpretieren.

Also, einmal ist es so: Wenn Sie einen Bereich aufwachsen und Sie haben begrenzte Ressourcen, dann müssen Sie irgendwo anders abbauen. Das ist so. Da gibt es mathematische Regeln, die können Sie nicht außer Kraft setzen. Wenn Sie eine Abteilung bilden, dann ist ja damit noch nicht entschieden, wie Sie die Schwerpunkte bei der Herabsetzung entscheiden. Das kann dann im linken Bereich geschehen, kann im rechten Bereich geschehen. Das muss dann sozusagen das Bundesamt im Einvernehmen mit der Fachabteilung entscheiden.

Es gibt schon Querverbindungen zwischen Rechts- und Linksextremismus; das muss man schon sehen. Das fängt schon an bei den Autonomen: ich meine die Rechtsautonomen; schauen wir auf die Linksautonomen. Es gibt bestimmte Strukturen da. Ich meine, wir müssen nicht nur an Horst Mahler denken und andere. Also, ich sage mal, deutscher Extremismus ist schon ein Grundproblem.

Also, ich sage mal, es gab für beide Bereiche gute Entscheidungen, gute Gründe. Die andere Frage, dass man sagt: „Linksextremismus und Ausländerextremismus legen wir zusammen“, das hat aus meiner Sicht auch große Probleme mit sich gebracht; denn Linksextremismus in Deutschland ist

nicht nur Ausländerextremismus. Das halte ich auch schon fast wieder für eine Diskreditierung des Ausländerbereichs.

Also, wenn Sie so wollen, waren alle Varianten nicht besonders komfortabel. Sie waren eigentlich schlecht. Eigentlich hätten wir alles aufrechterhalten müssen, aber wir hatten auch unsere Haushaltszwänge. Ich meine, Sie müssen von den vorhandenen Mitteln ausgehen. Sie müssen die Knappheit verwalten, Sie müssen Prioritäten setzen, und Sie können das natürlich nur anhand der bekannten Bedrohungsszenarien machen. Wenn Sie Dinge nicht kennen - wie hier in diesem Fall die Geschichte NSU -, dann können Sie nicht entsprechend dem NSU auslegen. Sie können nur gegen bekannte Bedrohungsszenarien agieren.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Dr. Hanning, herzlichen Dank. - Meine Kollegin Özoğuz hat noch eine Frage.

**Aydan Özoğuz (SPD):** Ich möchte noch eine eben anschließen.

Herr Dr. Hanning, wenn Sie das so ausführen - - Also, die Regeln der Mathematik können wir natürlich nicht außer Kraft setzen; das ist uns allen klar. Aber wenn Sie sagen: „Das war eindeutig eine größere Bedrohung“, während ja gleichzeitig in Deutschland durch den Rechtsextremismus viele Menschen ihr Leben lassen mussten, regelmäßig, sage ich jetzt mal - - Und das andere war ein Bereich, den Sie vermutlich erst mal erfassen mussten, der ja nun auch weltweit agiert und schwer wahrscheinlich einzuschätzen war. Kann es aber sein, dass Sie letztendlich heute eingestehen müssten, dass diese Annahme, Sie hätten den Rechtsextremismus irgendwie im Griff oder Sie würden das schon überschauen, eigentlich eine falsche Annahme war?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, im Nachhinein war das sicher eine falsche Annahme. Aber, Frau Abgeordnete, ich wage doch und möchte gerne daran erinnern, dass wir im Jahr 2006, ich glaube, vier Wochen nach der Fußballweltmeisterschaft, zwei schwerwiegende Anschläge hatten hier auf deutsche Züge, und wenn die erfolgreich gewesen wären, hätten wir eine Fülle von Toten und Verletzten gehabt. Wir hatten danach den Versuch der Sauerland-Attentäter, die hier mit erheblicher krimineller Energie vorgegangen sind und auch darin schwelg-

ten, Hunderte von Toten hier durch islamistische Anschläge herbeizuführen. Das dürfen Sie, glaube ich, nicht übersehen.

Wir mussten da schon Prioritäten setzen, und wir konnten das eigentlich nur aufgrund der Analyse der vorhandenen Bedrohungsszenarien machen. Und Bedrohungsszenario „Einzeltäter Thüringen“ war damals nicht auf dem Schirm; das ist richtig. Deswegen haben wir die Entscheidungen so gefällt. Aber ich sage mal: Auch im Nachhinein, mit dem Wissen von damals - nur darüber kann ich jetzt heute reden - haben wir, glaube ich, da eine richtige Entscheidung gefällt. Dass man in der Retrospektive das anders machen könnte, da stelle ich natürlich eine Frage: Es sind Einzeltäter, und solche Einzeltäter zu identifizieren - das habe ich ja in meinem Eingangsstatement schon gesagt -, ist sehr schwer, sehr schwierig. Und die Vorstellung, man könne durch noch mehr Personal sozusagen das immer von daher sofort lösen, das Problem, die ist, glaube ich, eitel. Also, das bleibt ein ganz schwieriges Problem für alle Sicherheitsbehörden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragezeitkontingent der SPD ist ausgeschöpft. Wir haben jetzt gleich in einer Viertelstunde eine namentliche Abstimmung. Deswegen werden wir jetzt die Fragezeit der FDP nicht aufrufen können. Sonst wird das zu knapp mit der Abstimmung. Insofern sollten wir gleich unterbrechen.

Ich habe nur eine Frage zum Verständnis. Herr Hanning, als Sie vorhin gesagt haben, bei Terroristen wäre eines der zentralen Gefühle oder Bestrebungen, Herr über Leben und Tod sein zu können, würden Sie so weit gehen, zu sagen: „Das sind alles einzelne Psychopaten, die sich dann als Vehikel die geeignete Ideologie suchen“, oder ist es nicht eigentlich eher umgekehrt, dass eine Radikalisierung stattfindet und dann die Hemmschwelle zur Anwendung von Gewalt oder sogar zu Morden sinkt?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Vorsitzender, das ist eine schwierig zu beantwortende Frage. Ich habe ja - - Sie hatten ja den Brüsseler Vortrag erwähnt. Ich habe mir noch mal angeschaut die anderen Fälle, die so ein bisschen - „vergleichbar“ ist ein schwieriges Wort - in die Richtung gehen. Die stellen überall fest, es sind gestörte Persönlichkeiten da. Sie haben eine gewisse kriminelle Karriere vor sich. Ich glaube, es gehört alles

zusammen. Es gehört sozusagen schon zusammen diese extremistische Prägung; aber es gehört eine bestimmte Persönlichkeitsstruktur auch dazu.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Man kann es nicht trennen. Sonst würde man es ja entpolitisieren auch.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir unterbrechen die Beweisaufnahmesitzung, und ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, dann nach der namentlichen Abstimmung sich hier wieder einzufinden.

(Unterbrechung von 11.02 bis  
11.50 Uhr)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir setzen die unterbrochene Beweisaufnahmesitzung fort.

Wir sind nach wie vor in der ersten Berliner Runde. Das Fragerecht hat jetzt die FDP-Fraktion, und das Wort hat der Kollege Hartfrid Wolff.

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):** Ja, Grüß Gott, Herr Dr. Hanning! Ich würde gern eingangs noch mal auf Ihre Aussage zurückkommen. Sie sagten, die Jenaer Bombenbastler hätten in der ND-Lage bzw. auch im PKGr damals eine Rolle gespielt; damals hätten Sie es jedenfalls mitbekommen. Mich würde mal interessieren, nachdem es bei den Jenaer Bombenbastlern - damals jedenfalls - zunächst einmal ja um das Bauen von Attrappen ging und es sich damals um Straftaten handelte, die mit drei Jahren im Höchstmaß bestraft waren: Wieso spielten die Jenaer Bombenbastler in der ND-Lage und aber auch im PKGr diese Rolle?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Abgeordneter, das ist vielleicht ein Missverständnis. Ich habe über die Mordfälle gesprochen, die Serienmorde; die haben eine Rolle gespielt. An die Jenaer Bombenbastler - - Das kann ich jetzt nicht mehr erinnern. Es kann sein, dass das BfV dazu mal vorge tragen hat. Aber was schon natürlich von großer Aufmerksamkeit war für uns damals sozusagen in der ND-Lage, das waren diese Serienmorde, und das meinte ich, wenn ich sagte: Das ist mehrfach in der ND-Lage zur Sprache gekommen.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Und der „Thüringer Heimatschutz“?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, das Bundesamt für Verfassungsschutz hat wiederholt zu rechtsradikalen Strukturen vorgezogen - ich vermute, auch zum „Thüringer Heimatschutz“, räume aber ein, dass ich mich nicht mehr genau daran erinnern kann.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Sie sagten eingangs auch, man hätte besser darauf schauen müssen, wie andere europäische Länder mit Rechtsradikalen umgehen. Was dachten Sie da, als Sie das sagten, oder was meinten Sie damit?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, wissen Sie, das Problem ist, dass wir sozusagen so eine Gruppierung, die wie diese Zwickauer Gruppe oder diese Mordtruppe vorgegangen ist - - Das haben wir uns eigentlich so nicht vorstellen können. Das ist ja im Grunde auch die Kritik, die ja auch Frau Högl zu Recht angemahnt hat. Und da müssen wir uns schon selbst fragen: Wie ist das möglich?

Wenn Sie sich dann Situationen in den USA anschauen mit dieser „White Supremacy“-Bewegung und auch in Schweden: Da gab es eben auch solche Entwicklungen - auch mit großer Gewalttätigkeit, soweit ich das erinnere. Der Fall Breivik hat uns das ja auch noch einmal gezeigt. Vielleicht waren wir da einfach ein bisschen zu gutgläubig oder haben uns das nicht vorstellen können, dass das in Deutschland auch geschieht.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): In Schweden war ja 1991/92 der sogenannte „Lasermann“ unterwegs. Das war ein Mann, der mit einer Laservorrichtung elf Migranten erschossen hat. Meinten Sie so etwas - dass man das damals auch schon unter ähnlichen Gesichtspunkten hätte betrachten können?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Zum Beispiel, ja, und wir hatten in Deutschland natürlich auch diesen Herrn Köhler, dessen Motivstruktur ja auch nie so - - also der jetzt dieses Münchner-Oktoberfest-Attentat begangen hat, der ja ganz offenkundig auch aus dem rechtsradikalen Spektrum kam.

Also, das, meine ich, hätte man wahrscheinlich stärker berücksichtigen müssen. Aber ich sage noch mal: in der Retrospek-

tive. Ich glaube, dass man aber auch künftig gut beraten ist, diese Querverbindungen und die Szenarien in anderen Ländern stärker in unser eigenes Bedrohungsszenario einzubinden und sozusagen zu integrieren.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Haben Sie sich denn damals mit dem Nagelbombenattentat in England von „Combat 18“ mal beschäftigt, sich auch konkret analysiert - auch als Bundesnachrichtendienstchef? War das für Sie ein Thema?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ich weiß jetzt nicht genau, was Sie meinen. Mich haben natürlich die islamistischen Anschläge in London interessiert. Meinen Sie die?

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ja, genau. Wir hatten aber auch ein Nagelbombenattentat in England von „Combat 18“ mit einer vergleichbaren Nagelbombe, wie wir sie auch in Köln in der Keupstraße erlebt haben. Gab es für Sie damals einen Anlass, sich konkret mit Großbritannien bzw. auch dort mit diesem Nagelbombenattentat auseinanderzusetzen?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, ich habe ja eben schon auf die Frage des Abgeordneten Binninger geantwortet: Es gab immer so ein bisschen eine Arbeitsteilung, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz sich um diese Dinge stärker gekümmert hat als wir. - Wir haben uns sehr stark um den islamistischen Bereich gekümmert als Bundesnachrichtendienst, auch gerade dort, und das BfV hat auch häufiger in den ND-Lagen vorgezogen zu diesen Querverbindungen und zu den ähnlichen Problemen in anderen europäischen Ländern.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Aber dann würde mich schon mal interessieren, ob der Bundesnachrichtendienst eigene Erkenntnisse über die europäische und auch die internationale rechte Szene gesammelt hat. Wir wissen ja aus der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2011, dass genau in der Zeit von 1985 bis 2005 quasi das die Phase war, wo innerhalb Europas die Radikalisierung der Rechten stattgefunden hat. Haben Sie sich darum gekümmert, und welche Erkenntnisse hatten Sie dazu?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Abgeordneter, ich kann Ihnen die Frage jetzt nicht konkret beantworten. Ich weiß, dass wir uns gekümmert haben um die Situation in Schweden. „Wir“ heißt: also auch das Bundesamt für Verfassungsschutz. Es ist dazu vorgetragen worden, aber ich kann Ihnen jetzt nicht mehr im Einzelnen referieren, was inhaltlich genau vorgetragen worden ist.

Aber natürlich ist die Szene beobachtet worden. Es gab ja gravierende Fälle, auch über die Medien an uns herangetragen, und das ist auch erörtert worden. Aber ich kann Ihnen da jetzt keine Einzelheiten aus meiner Erinnerung sagen.

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):** Das heißt, europäisch auf der einen Seite, international auf der anderen Seite haben Sie jetzt selber nicht vorgetragen damals, sondern offensichtlich das BfV. Warum hatten Sie denn keine Erkenntnisse? War das nicht für Sie relevant?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nein, weil das BfV hatte die Erkenntnisse im Fall Schweden, soweit ich - - Aber ich bewege mich da jetzt auf einem dünnen Eis, weil ich das auch nicht mehr ganz genau erinnere. Aber es war so, dass da immer Querverbindungen zu deutschen Rechtsextremisten waren. Also das BfV kam auch zum schwedischen Rechtsextremismus über Querverbindungen hier nach Deutschland, und deswegen hatten sie dann vorgetragen. Es gab auch Versuche, hier in Deutschland, glaube ich, zu rekrutieren, wenn ich das richtig erinnere. Da spielte auch Berlin eine gewisse Rolle. Also das ist schon beobachtet worden, die Szene.

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):** Ich frage deswegen auch, weil natürlich auch rechtsextremistische Bestrebungen in einigen Ländern, damals zum Teil - - jetzt EU, damals noch nicht EU, siehe Ungarn beispielsweise, aber auch andere Länder - - es doch eigentlich den Auslandsnachrichtendienst interessieren müsste, wie sich in diesen Ländern Entwicklungen darstellen. Da haben Sie keine Erkenntnisse?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Abgeordneter, der Auslandsnachrichtendienst muss auch Prioritäten setzen, und wir haben uns damals intensiv um den islamistischen - -

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):** Also war der Rechtsextremismus keine Priorität?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nach 2001 war erst mal der Islamismus die Priorität, weil erstens hatten wir die Anschläge in Madrid und London, zweitens war die große Sorge, dass auch in Deutschland ähnliche Anschläge wie 9/11 stattfanden; wir hatten Erkenntnisse, dass auch Europa Ziel dieser Anschläge war. Und deswegen haben wir das eindeutig priorisiert. Ich hatte aber auch nicht den Eindruck, Herr Abgeordneter, dass das jetzt vernachlässigt worden ist, weil ich mich durchaus erinnere, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz auch dazu vorgetragen hat.

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):** Wir hatten 2003 und 2008 und 09 Meldungen des italienischen Geheimdienstes - Herr Binninger sprach es schon mal an; aber ich würde trotzdem gerne noch mal darauf hinweisen -, und er wies darauf hin, dass bayrische Neonazis damals in Südtirol Fuß gefasst haben und auch türkische Geschäfte dort ausgespäht haben. Herr Wohlleben soll laut Aussage von Herrn Fromm hier 20 000 Euro dort zur Unterstützung abgeliefert haben.

Und die Italiener waren wachsam und haben auch dieses präventiv verhindert. Und Sie sagen jetzt, Sie haben sich damals, jetzt in dem Fall als Staatssekretär, auch nicht wirklich damit auseinandergesetzt.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, ich habe mich mit Einzelmeldungen an das Bundesamt für Verfassungsschutz nicht auseinandergesetzt. Herr Abgeordneter, das ist auch nicht meine Aufgabe als Staatssekretär, sondern als Staatssekretär nehme ich die Bewertung der Chefs der Sicherheitsbehörden entgegen, frage sie: Ist das relevant? Müssen wir das in die ND-Lage einbringen? Müssen wir sozusagen das Bundeskanzleramt, müssen wir die Spitzen der Ressorts unterrichten, und müssen wir Maßnahmen ergreifen, um dieser Gefahr Herr zu werden -, über das hinaus, was die Behörden ohnehin selbst machen? - Das ist meine Aufgabe.

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):** Italien - -

**Zeuge Dr. August Hanning:** Von daher glaube ich nicht, dass das unbedingt meine Aufgabe gewesen wäre, jetzt auf diese Einzelmeldung zu reagieren.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Also noch mal: Italien, Wohlleben, 20 000 Euro; wir haben eine Tatwaffe in der Schweiz, wir haben die Flucht der drei, die möglicherweise nach Südafrika geplant war, Nagelbomben in London, führerloser Widerstand als Konzept aus den USA und Großbritannien. Und dann erklärt der BND-Chef Herr Uhrlau damals, im Jahr 2011 noch, in der *Neuen Osnabrücker Zeitung* - der BND-Chef! -, es gebe aktuell kein rechtes Netzwerk in Europa.

Da würde mich mal interessieren:

Erstens. Wenn Sie sagen, Sie haben sich vorher nicht damit beschäftigt, Herr Uhrlau wiederum sagt, es gebe kein europäisches Netzwerk, gleichzeitig waren Sie ja nach der Aufgabenverteilung, als Herr Uhrlau das sagte, zumindest vorher noch als Staatssekretär und damit für das BfV zuständig - - Er äußert sich, es gebe kein Netzwerk. Sie sagen, Sie haben keine Erkenntnisse davor gehabt: Ist da was dazwischen passiert, gab es dann plötzlich Erkenntnisse, und teilen Sie seine Meinung?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Abgeordneter, vielleicht nur noch zur Erläuterung: Ich bin bis 2005 BND-Chef gewesen und bis 2009 Staatssekretär. Was Herrn Uhrlau dazu bewogen hat, im Jahr 2011 die Stellungnahme abzugeben, vermag ich nicht zu beurteilen. Ich rege an, dass Sie ihn vielleicht selbst dazu befragen.

Es ist so - ich wiederhole das -, dass sich sehr wohl die deutsche Sicherheits-Community darum gekümmert hat; es ist ja auch dazu vorgetragen worden. Ich habe versucht, darzustellen, dass es da eine gewisse Arbeitsteilung gegeben hat -

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ja, aber Herr Hanning - -

**Zeuge Dr. August Hanning:** - zwischen dem BND und dem Bundesamt für Verfassungsschutz, und ich hatte nicht den Eindruck, dass sich das Bundesamt für Verfassungsschutz während meiner Zeit als Staatssekretär nicht hinreichend um diese Sachverhalte gekümmert hätte.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Tja, das Spannende ist, weil Sie ja gerade sagten: „Es gab eine Aufgabenverteilung für Europa“, jedenfalls dann, wenn deutsche Bezüge da sind, zum BfV - - Wie gesagt, Sie waren als Staatssekretär ja zuständig für das BfV. Dann würde mich schon noch mal interessieren, wie Sie die Aussage von Herrn Uhrlau einschätzen. Gab es hier keinerlei Netzwerke der Rechten in Europa oder nicht?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Wolff, ich habe mir immer abgewöhnt, Dinge zu beurteilen, die ich aus eigener Erkenntnislage nicht beurteilen kann. Welche Erkenntnisse dem Bundesnachrichtendienst, in Sonderheit dem Präsidenten, im Jahre 2011 vorgelegen haben und was ihn zu dieser Aussage bewogen hat: Bitte ich um Nachsicht; das vermag ich nicht zu beurteilen und zu bewegen.

Ich füge aber eines hinzu: Ich möchte - vor allen Dingen auch für Herrn Fromm - hier deutlich erklären: Ich hatte nie den Eindruck, dass er den Rechtsextremismus vernachlässigt, sondern er war immer in besonderer Weise hier engagiert und hat das auch deutlich gemacht in verschiedenen Vorträgen - auch mir gegenüber.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Sehe ich das dann richtig, dass Sie keine Erkenntnisse deswegen haben, weil Sie möglicherweise auch in die Richtung gar nicht nachgefragt haben -

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nein, das - -

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): - oder sich das nicht haben berichten lassen? Rechtsextremistische Netzwerke in Europa: War bei Ihnen nicht angekommen.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Erkenntnis ist falsch. Es ist so, dass wir sehr wohl über diese Erkenntnisse berichtet haben. „Blood & Honour“ spielte eine große Rolle. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat wiederholt dazu vorgetragen, und das ist auch mit großem Ernst von der Bundesregierung und von dem Staatssekretär zur Kenntnis genommen worden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zur Linksfraktion. Frau Vizepräsidentin Pau.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Herr Dr. Hanning, Sie haben eingangs gesagt, dass die Bereitschaft der Neonazis, die „weiße Vorherrschaft“ gewaltsam zu verteidigen, offensichtlich von den Geheimdiensten unterschätzt wurde und dass man mehr nach Schweden und Skandinavien hätte schauen sollen. Das ist tatsächlich einer der wenigen Punkte, sage ich gleich eingangs, wo ich mit Ihrer Analyse übereinstimme und von ganzem Herzen zustimme.

Mich beschäftigt nach wie vor - und natürlich auch diesen Ausschuss - die Frage, warum das damals nicht geschehen ist und warum man nicht möglicherweise die Punkte angefasst hat, die das Trio noch hätten stoppen können. Ich möchte Ihnen dazu ein Zitat vorhalten:

Anfang November vergangenen Jahres

- gemeint ist das Jahr 1999 -

trafen sich deutsche, schwedische, englische und norwegische Neonazis aus dem internationalen Netzwerk von COMBAT 18 und BLOOD & HONOUR ... in einer Kleinstadt bei Oslo in Norwegen. Wesentlicher Programmpunkt des Treffens, an dem zwei deutsche Neonazis aus dem Umfeld von THORSTEN HEISE teilnahmen: Die Koordinierung internationaler Anti-Antifa-Aktivitäten und damit verbundener klandestiner Terror ... Die deutschen Neonazis sind unter Zwang: Nach mehreren Morden, die von ihren schwedischen Kameraden im vergangenen Jahr verübt wurden, und nach der spektakulären ... Bombenanschlagsserie in London, wollen sie ihren internationalen Vorbildern naheifern.

Zitat Ende.

Herr Fritsche, leider lese ich diese, wie wir heute wissen, zutreffende Analyse nicht im Verfassungsschutzbericht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Hanning ist das.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Herr Hanning, Entschuldigung.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und wenn Sie kurz die Quelle bitte nennen für das Protokoll.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja, ich bin gerade dabei.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ich lese diese Analyse nicht im Verfassungsschutzbericht des Jahres 2000, sondern im *Antifaschistischen Info-Blatt*, Nr. 50 aus dem Jahr 2000.

Und dann finden wir, Herr Hanning, in den Akten - MAT A BKA-2/46, Blatt 599 - eine Anfrage des BKA an das Bundesamt für Verfassungsschutz, wie denn die in der Naziszene kursierenden Handbücher von „Combat 18“ und „Blood & Honour“, zum Beispiel das sogenannte „Feldhandbuch“ oder aber das Papier „The way forward“, zu bewerten seien. Da schreibt dann das Bundesamt für Verfassungsschutz auch in diesem Jahr allen Ernstes, „Combat 18“ sei in Deutschland nicht existent, und dieses Papier von Max Hammer, von dem die Experten heute ausgehen, dass es eine wesentliche Grundlage für den NSU war, sei die Privatmeinung eines einzelnen „Blood & Honour“-Aktivisten aus Schweden. - Interessanterweise kam das BKA in dem Jahr zu einer anderen Einschätzung und sagte: Eine Fernwirkung auf die deutsche Szene lässt sich nicht abweisen.

Können Sie mir erklären, wie so etwas damals, wenn diese Fakten hier auf dem Tisch sind, das BKA offensichtlich hier auch erkennt: „Da braut sich was zusammen“, die Nachrichtendienste fragt: „Was ist das“ - - wie man zu einer solchen fatalen Fehleinschätzung kommen kann?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Frau Abgeordnete, das kann ich Ihnen einfach nicht erklären, weil ich sozusagen nicht im Besitz dieser Informationen in dieser Weise gewesen bin, und ich höre das jetzt von Ihnen.

Ich weiß, dass es eine Fülle von Hinweisen gab damals. „Blood & Honour“ spielte eine große Rolle, auch in den ND-Lagen. Es ist ja auch verboten worden; dazu ist wiederholt vorgetragen worden. Es ist auch auf die besondere Gefahrenlage hingewiesen worden. Ob da die Informationen in die Bewertung eingeflossen sind, die Sie da gerade vorgelesen haben, vermag ich nicht zu beurteilen. Das müsste man dann diejenige

fragen, die die Information bewertet, bearbeitet und aufbereitet haben.

Aber ich kann Ihnen noch mal versichern: Wir haben schon versucht - „wir“ heißt in diesem Fall: das Innenministerium, aber auch die in der ND-Lage vertretenen Ressorts -, dass wir diese Informationen aufbereitet haben. Es ist ganz offenbar die Gefahr unterschätzt worden bzw. nicht richtig eingeordnet worden. Über die Gründe muss man sich jetzt unterhalten. Und das habe ich ja eben auch gesagt: Da muss man eben sehen, wie man das weiterentwickeln kann, das Instrumentarium, dass man vielleicht diese Dinge auch noch besser aufklärt. Ich meine, da sind wir wieder bei den Fragen der Quellen, da sind wir bei den Fragen der technischen Aufklärung, bei vielen anderen Details. Aber es ist eben ganz entscheidend, dass man diese Informationen richtig wichtet, und ich nehme an, dass das Blatt, aus dem Sie zitiert haben, auch vom Verfassungsschutz gelesen worden ist. Aber ich vermag das nicht zu beurteilen. Meine Lebenserfahrung - -

**Petra Pau** (DIE LINKE): Davon gehe ich aus, da man ja, wie Sie ja vorhin dargestellt haben, den Rechts- und den Linksextremismus so ernst nimmt.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Jetzt weiß ich nur nicht genau, wie sie die Seriosität der Quelle eingeschätzt haben.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Wieland  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

**Petra Pau** (DIE LINKE): Darf ich Ihnen trotzdem ins Wort fallen, nicht, weil ich unhöflich sein will, sondern weil ich, wie Sie wissen - Sie kennen das Geschäft -, ganz wenig Zeit habe? - Ich möchte gerade auf das Thema „Blood & Honour“ noch einmal zurückkommen und auf Vorgänge, die in Ihre Amtszeit fallen.

Wir finden in den Akten unter MAT A BMI-3/24 auf den Seiten 230 ff. eine Auseinandersetzung zwischen dem BKA, dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Generalbundesanwalt aus dem Jahr 2006 zu der Frage, inwieweit der GBA das Ermittlungsverfahren gegen die weiterhin aktiven Strukturen von „Blood & Honour“ nach dem Verbot im Jahr 2000 übernehmen würde. Können Sie sich an diese Auseinanderset-

zung aus Ihrer Zeit als Staatssekretär erinnern?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Konkret nicht, Frau Abgeordnete.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Konkret nicht. - Dann möchte ich Ihnen noch was anderes vorhalten. Der zuständige Referent im Referat IS 2 mit dem schönen Titel „Angelegenheiten des Verfassungsschutzes im Bereich Rechts-/Linksextremismus; Analysen, geistig-politische Auseinandersetzung mit Rechts-/Linksextremismus“ im BMI hat diesen Vorgang, also den Streit, den es da gegeben haben muss, dann mit der Bemerkung - - Ich zitiere:

Zur Kenntnis. (Offenbar gibt es da (wieder) Abstimmungsschwierigkeiten zwischen BfV und BKA - wisst Ihr da Näheres (wegen B&H)?)

Dieser Vermerk wurde innerhalb des Referates IS herungemailt.

Wie häufig gab es denn Abstimmungsschwierigkeiten aus Ihrer Kenntnis zwischen BfV und BKA? Mir scheint das so, als wäre das ein Konflikt, der uns hier schon regelmäßig begegnet ist, zwischen Quellenschutz der Nachrichtendienste einerseits und polizeilichem oder Ermittlungsinteresse andererseits.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Frau Abgeordnete, das ist ein Stück weit angelegt. Eine Polizeibehörde hat andere Interessen, eine andere Arbeitsweise als ein Nachrichtendienst, und von daher ist es immer sehr wichtig, dass man miteinander zusammenarbeitet, man koordiniert. Das war ja auch ein Grund dafür, warum wir das so genannte GTAZ im Bereich islamistischer Terrorismus - - Aber ich sehe jetzt ja, dass das fortentwickelt wird, das Konzept. Das halte ich für ganz wichtig, dass man sich persönlich trifft, wechselseitig auch die Kultur des anderen versteht und dann solche Zuständigkeitsprobleme, wie Sie sie gerade aus den Akten zitieren, dadurch auch dann hinfällig werden.

Noch mal: Es gibt unterschiedliche Rollenverständnisse der Behörden. Daraus resultieren Konflikte. Die muss man lösen; dafür hat man auch ein Ministerium. Ich hoffe, dass das damals vernünftig gelöst worden ist. Aber sie sind sozusagen imma-

nennt und hängen mit der Natur der beteiligten Behörden zusammen.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Also Sie können sich an diesen konkreten Konflikt nicht erinnern, auch nicht, wie Sie dann gegebenenfalls da als Staatssekretär reagiert haben?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nein. Wissen Sie, es gab ja nicht nur einen Konflikt dieser Art. Es gab viele Konflikte, -

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge Dr. August Hanning:** - und deswegen bitte ich um Verständnis, dass ich mich nicht an jeden einzelnen Konflikt erinnern kann.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Die Zeit ist um, nehme ich an.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja. - Das Fragerecht wechselt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das Wort hat der Kollege Wieland.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, vielen Dank. - Herr Hanning, ich habe noch nicht fertig mit Garmisch-Partenkirchen, obwohl der Kollege Binninger ja danach schon gefragt hat. Das war im Jahr 2006. Wussten Sie zu der Zeit, als Sie damit befasst waren, dass es im Jahre 2004 das Übernahmeangebot der Bundesländer gab, der Tatortländer, an das BKA, und wussten Sie, mit welcher Begründung die Tatortländer das BKA um Übernahme gebeten hatten?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Abgeordneter, ich muss einräumen, ich kann mich jetzt an die Einzelheiten der damaligen Gespräche nicht erinnern. Ich habe nur in Erinnerung, dass es Abstimmungsschwierigkeiten gab zwischen Bund und Ländern und dass der Vorstoß des BKA auch mit diesen Abstimmungsschwierigkeiten zu tun hatte. Wie genau die aussahen und wie genau die Angebote waren, daran kann ich mich nicht mehr genau erinnern.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wenn ich Ihnen jetzt mal einen Vorhalt mache, und ich mache ihn aus einem Ordner - das müssen wir genau machen - - Moment! Bayerisches Staatsministerium des

Innern - - Das ist hier - ach Gott, ach Gott, ach Gott, ach Gott; muss ich nachreichen - wieder mal nicht zu ersehen, aber das sieht man am Wappen sehr deutlich: Bayerisches Staatsministerium. Die haben das schriftlich gemacht, auch an das Bundeskriminalamt, und haben gesagt:

Fazit: Nach Auffassung aller mit den Ermittlungen beteiligten Stellen sind zur Aufklärung der Strukturen zentral koordinierte Ermittlungen unabdingbar, die vom BKA aufgrund des Vorhandenseins adäquater personeller und finanzieller Ressourcen durchgeführt werden sollten, um die europaweit notwendigen Strukturermittlungen, TÜ-Maßnahmen, Dolmetscher, Observationsmaßnahmen, Einsatz von V-Personen etc. in der erforderlichen Dimension durchzuführen. Die in den einzelnen Mordfällen ermittelnden Dienststellen sind dazu nicht in der Lage. (?)

Wohlgemerkt: Schreibt das bayerische Innenministerium.

**Zeuge Dr. August Hanning:** 2004?

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** 2004, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Können Sie das Datum kurz nennen?

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, ich würde es gerne machen, wenn es hier irgendwo vermerkt wäre, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** 2004 ist jedenfalls zutreffend, ja?

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das ist von 2004, das Schreiben, vom 03.06.2004, und ist unterzeichnet von einem Ministerialdirigenten Dathe. So. Hatten wir hier auch schon mal gehabt.

Zweierlei bemerkenswert: das, was dann zwei Jahre später der Herr Falk geschrieben hat - - wobei ich die Frage habe, ob Sie dessen lange Mängelliste eigentlich auch gesehen haben oder ob Sie die nicht gesehen haben. Das Schreiben von Herrn Falk an das Bundesministerium des Innern, gerichtet an Herrn Förster - Frage -: Haben Sie das auch gesehen?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ob ich das Schreiben gesehen habe, kann ich Ihnen nicht mehr beantworten. Ich vermute, eher nicht. Ich habe gesehen die Ministervorlage, in der auf Probleme hingewiesen wurde, auf Schwierigkeiten, Abstimmungsprobleme, und ich erinnere mich noch, dass wir ausführliche Gespräche hatten im Vorfeld der Innenministerkonferenz, wo diese Probleme auch mündlich erörtert wurden.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, haben Sie sich denn mal ein eigenes Bild gemacht oder eine eigene Meinung? Ich meine, Sie galten immer - bei uns jedenfalls - als der starke Mann im Innenministerium, weil wir Sie als Akteur insbesondere in Richtung BND, Guantanamo und, und, und - - Wenn wir da mal gefragt haben: „Wer hat das entschieden? Wer hat das gemacht?“, kam immer die Antwort: Hanning. - So.

Hier habe ich jetzt eher den Eindruck, Hanning hat sich da nicht so sonderlich reingekniet, sondern hat da gehört: „Da gibt es ein bisschen Nörgelei, die kommen nicht so gut klar, die Länder und das BKA“, und dann sollen die das am Rande von Garmisch mal klären.

Die erste Frage wäre doch: Sind die Beschwerden berechtigt? Läuft es gut oder läuft es schlecht in dieser Bund-Länder-Zusammenarbeit?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, erste Bemerkung: Natürlich vielen Dank für die Blumen.

Zweite Bemerkung: Sie waren offenbar - -

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Die Sie ja nicht zurückweisen. Also, es war doch so.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also ob man stark oder schwach ist, sollte man selbst nicht beurteilen, aber - -

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich sagte, Sie galten.

(Heiterkeit)

Gut.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Wenn Sie bei den Gesprächen dabei gewesen wären, dann hätten Sie schon den Eindruck gewon-

nen, dass ich mich auch in der Sache erkundigt habe. Wir haben schon die Dinge erörtert. Wir haben uns dann auch gefragt im Innenministerium: Wie sieht das aus? Wie sind die Probleme zu handeln?

Und da sage ich Ihnen natürlich: Auch das BKA ist, was Ermittlungskompetenz betrifft, nicht so aufgestellt, dass man von vornherein sagen müsste: „Wenn die es gemacht hätten, hätten sie es sehr viel besser gemacht als andere“; denn die Schwerpunkte des Ermittlungs-Know-hows in diesem Lande liegen schon in den Ländern.

Und dann muss man berücksichtigen, dass ja eine Lösung gefunden werden sollte. Ja, es gab die Probleme, richtig, auch alles vorgetragen. Aber der Staatssekretär setzt sich jetzt nicht an die Stelle der Ermittlungsbehörden, sondern er sagt: Wo sind die Probleme? Sind die lösbar? Bitte löst das erst einmal untereinander. Wenn das nicht möglich ist, dann spreche ich mit allen anderen Staatssekretären bzw. werde den Minister unterrichten. - So ist der Ablauf gewesen bei dieser und im Vorfeld dieser Innenministerkonferenz. Also kurzum: Wir haben die Probleme gesehen, erörtert und, ich hoffte damals, auch einer Lösung zugeführt.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Hanning, der Vorschlag des BKA war nicht, dass sie sämtliche Ermittlungen selber machen, sondern der Vorschlag des BKA war, dass die Stränge bei ihnen zusammenlaufen, die Informationen vor allen Dingen, die zentrale Auswertung. Die Tatortarbeit sollte an den Tatorten bleiben - damit wir uns da nicht missverstehen. Hier haben uns Zeugen gesagt, Herr Maurer zum Beispiel: Selbstverständlich wären wir in der Lage gewesen, aus dem Stand heraus das notwendige Personal zur Verfügung zu stellen, wie wir jetzt ja auch nach Eisenach, nach letztem November, bis zu 400 Beamte zeitweilig mit den Ländern zusammen zur Verfügung stellen konnten. - Also der Zeuge hat sich das absolut zugetraut, es zu übernehmen.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Abgeordneter, wenn ich das richtig erinnere, war auch damals diese Weisung nach § 4 Abs. 2 im Gespräch, also dass das Bundeskriminalamt sozusagen die gesamten Ermittlungen übernimmt. Aber das lassen wir mal offen.

Richtig ist, es geht nur einvernehmlich, und das haben Sie ja mittelbar auch ausgeführt. Und wenn die Länder sich sperren in diesem Fall - das war ja so -, dann können Sie keine einvernehmliche Lösung hinbekommen. Das Idealbild ist natürlich: Das BKA übernimmt zentrale Elemente, übernimmt die Aufgaben der Koordinierung mit dem Ausland, und die Vor-Ort-Arbeit wird von den Landesbehörden geleistet.

Aber ich sage Ihnen - und das habe ich schon mitbekommen -: Also in Bayern war damals eine Stimmungslage, die sich seit 2004 sehr gewandelt hatte, sehr gewandelt hatte. Es war die Stimmungslage die: Das sind unsere Fälle hier, und das BKA soll sich da gefälligst heraushalten; wenn wir das BKA brauchen, werden wir schon das BKA fragen. - Das war so ein bisschen, was ich am Rande mitbekommen habe, und deswegen war ich sehr froh, dass man eine einvernehmliche Lösung gefunden hat.

Noch mal: Aus meiner Sicht konnte man die Probleme nur lösen, wenn man einvernehmlich zwischen BKA und den Behörden der Länder - es war ja nicht nur Bayern - eine Steuerungsgruppe machte, eine Koordinierungsgruppe, kurzum: eine Lösung gefunden hat, wo man gemeinsam eben den Fall bearbeitet.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Herr Wieland - -

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was? Ich habe doch gerade erst angefangen, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, das kann durchaus sein, aber wir haben bereits zwei Minuten überzogen.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, gut.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir kommen zur nächsten Berliner Runde. - Das Wort hat der Kollege Binninger.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ich hätte ja noch eine Frage zugestanden, als Angebot, eine Zwischenfrage quasi von meinem Kollegen.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön; ja, eine nachhän-

gende Zwischenfrage. - Das BKA hat mal als Erwartungshaltung des BKA - MAT A BKA-2/19, Blatt 352 - aufgeschrieben: Staatssekretär Hanning wird in dieser Sache mit den anderen Staatssekretären telefonieren und Kontakt aufnehmen.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Dann müssen Sie in Klammern noch hinzufügen: „wenn erforderlich“.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das steht hier nicht.

Die weitere Verfahrensweise wird dann sein: Vorlage Staatssekretär Hanning, Schreiben Staatssekretär Hanning an alle betroffenen Staatssekretäre der Länder, mit der Anregung wegen der Besonderheit des Falles etc., etc., das BKA gemäß

- das steht hier: „etc. etc.“ -

§ 4 Abs. 2 Nr. 1 BKA-Gesetz um Übernahme zu ersuchen ...

Also, die Erwartung war im BKA: Der wird jetzt aktiv, der Hanning, und setzt das für uns durch, schreibt an die anderen Staatssekretäre.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, noch mal: Ich kann mich jetzt konkret an die Sache nicht erinnern. Aber das ist eigentlich immer Usus gewesen. Wenn es Probleme gab bei den Sicherheitsbehörden, auch zwischen Bund und Ländern, habe ich mich nicht geschaut, auf die Staatssekretäre zuzugehen, und wir haben auch etliche Probleme in dieser Art und Weise gelöst.

Nur, wenn mir vorher die Fachebene sagt - und vorgeschaltet der Ebene der Staatssekretäre sind ja erst mal die Abteilungsleiter und die Chefs der Polizeien, also im BKA - - Wenn die mir sagen: „Wir haben eine vernünftige Lösung gefunden“, dann macht es schlechterdings keinen Sinn, wenn der Staatssekretär noch Briefe schreibt, bei denen die Empfänger sagen: Was will der eigentlich? Das Problem ist doch längst vom Tisch und längst gelöst. Warum schreibt der solche überflüssigen Briefe?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** So, jetzt hat aber die Unionsfraktion das Wort. Herr Binninger.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Herr Hanning, lassen Sie uns noch mal zu den Bedrohungsszenarien und auch tatsächlichen Bedrohungen kommen, die in den 90er- und 2000er-Jahren auch entstanden im Bereich des Rechtsextremismus. Sie sagen immer wieder - das fällt mir einfach auf -, „Blood & Honour“ verboten, glaube ich, im Jahr 2000, außerordentlich gefährlich, war häufiger auch Thema der ND-Lage im Kanzleramt. - Können Sie das mal ein bisschen noch konkretisieren? Woran hat sich das begründet? Hatten Sie da bestimmte Aktionen vor Augen, Personen vor Augen?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, das - - Also, ich war ja BND-Präsident zu der Zeit, als das geschehen war. Ich habe noch lebhaft in Erinnerung, dass Präsident Fromm oder mein Vizepräsident dazu vorgetragen hat, und die Sorge war natürlich immer: Wir können „Blood & Honour“ verbieten; das ist ein wichtiger Schritt. Aber was passiert mit den Strukturen? - Sie können ja nicht die Personen verbieten. Sie können das Gedankengut nicht verbieten. Sie können strafrechtlich gegen sie vorgehen.

Das war immer eine Sorge, die, glaube ich, auch im Bundesamt für Verfassungsschutz vorhanden war: Was geschieht mit den Personen, mit den Strukturen? Gibt es Folgevereinigungen, die dann möglicherweise auch gefährlich sind? - Und dann gab es ja auch durchaus die internationalen Querverbindungen, über die Herr Fromm damals auch vorgetragen hat. Deswegen ist mir „Blood & Honour“ noch in besonderer Weise in Erinnerung, weil das, glaube ich, eine der gefährlichsten Organisationen war, die damals existierte.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Mit bestimmten regionalen Schwerpunkten? Oder können Sie sich auch an Führungspersonen erinnern, die ein Thema - -

**Zeuge Dr. August Hanning:** Da bringen Sie mich jetzt ein bisschen in Schwierigkeiten. Ich meine, es wäre sehr stark in Ostdeutschland gewesen. In Thüringen waren sie, glaube ich, sehr stark. Aber da bin ich jetzt wirklich unsicher. Ich kann das nicht mehr genau Ihnen darlegen. Aber es gab regionale Schwerpunkte; das weiß ich.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): War denn „Blood & Honour“ nach dem Verbot

auch noch immer wieder mal Thema, weil man ja Sorge hatte, dass die quasi zwar verboten sind, aber die Strukturen wieder belebt werden?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, also, wenn ich mich richtig erinnere, ist dazu noch ab und zu vorgetragen worden, weil es eben immer noch Leute gab, die in „Blood & Honour“ agiert hatten, die dann andere Vereinigungen gegründet hatten. Dann gab es diese berühmten Musikveranstaltungen, die eine gewisse Rolle spielten, auch bei der Radikalisierung. Also, es gab eine bestimmte Szene, die das Bundesamt für Verfassungsschutz weiter beobachtete und die sich zum Teil aus früheren Angehörigen von „Blood & Honour“ rekrutierte. Aber es bildeten sich dann auch wieder neue Zellen und neue Gruppierungen, die dann auch beobachtet wurden.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Wurde damals jemals auch, soweit Sie sich erinnern können, ein Bezug hergestellt eben zu schon mit Sprengstoffdelikten in Erscheinung getretenen anderen Neonazis, zu den untergetauchten?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, ich will das nicht ausschließen, aber ich kann mich da nicht dran erinnern.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Jetzt haben Sie ein paarmal drauf abgehoben, dass der BND vor allem ja auch in Ihrer Amtszeit stark mit dem internationalen Terrorismus, mit Islamismus beschäftigt war - unbestritten. Und es war auch angesichts der Bedrohungslage eine nachvollziehbare Priorisierung. Alles andere wäre jetzt heute auch unredlich, etwa zu sagen: Warum hat man das damals so priorisiert? - Da muss man auch fair bleiben.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, das ist so.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Aber worauf ich hinaus will: Vier Morde, mehrere Banküberfälle und ein Sprengstoffanschlag, die dem NSU zugerechnet werden, wurden begangen vor dem 11. September. In dieser Zeit kann es noch keine Priorisierung „islamistischer Terrorismus“ gegeben haben.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nein, aber - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Warum war man damals nicht sensibler? Oder war man es?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Abgeordneter, man hat ja die Morde nicht dem Rechtsradikalismus zugeordnet - das war ja im Grunde das entscheidende Problem -, sondern man hat das eher als Kriminalfall behandelt. Man hat das als Fall der organisierten Kriminalität auch gedanklich behandelt, und das ist ja auch begründet worden. Es gab - - Ich meine, es wird heute ein bisschen so dargestellt, als ob das so eine völlige Fehlkalkulation gewesen war. Nein, nein, die Profiler des BKA, die sind da, glaube ich, schon professionell vorgegangen, aber haben sich leider geirrt.

Und deswegen gab es eben keine Querverbindungen zwischen diesen Taten, die Sie gerade erwähnt haben, und dem rechtsradikalen oder rechtsterroristischen Spektrum, und deswegen ist das auch nicht unter diesem Aspekt diskutiert worden, sondern das sind Kriminalfälle gewesen in der Verantwortung der Polizei. Die Polizei wurde später in den ND-Lagen ja immer repräsentiert durch das BKA, und das BKA hat dazu vorgetragen. So ist der Ablauf gewesen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Aber es wurden ja nicht nur diese Morde falsch zugeordnet. Es wurden ja, wie wir jetzt wissen - da würde mich interessieren, ob auch das mal ein Thema war in der ND-Lage oder in anderen Gremien -, auch die Sprengstoffanschläge des NSU falsch - - Die beiden in Köln waren ja - zumindest der zweite - so offenkundig fremdenfeindlich motiviert, dass man sich eigentlich fragen muss, wie man da auf eine andere Hypothese kommen kann. Das hat uns zumindest Herr Maurer auch so bestätigt als damaliger Abteilungsleiter Staatsschutz des BKA.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, wenn ich das richtig erinnere, hat das der damalige Bundesinnenminister etwas anders gesehen. Ich glaube, Sie hatten ja auch einen Landesinnenminister hier, der das auch - - Aber ja, richtig, es war wahrscheinlich so.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wissen Sie, warum er es damals anders gesehen hat, Otto Schily? Hat er mit Ihnen mal drüber geredet?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nein, nein, nein. Darüber habe ich nicht - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Hätte ja sein können.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nein, darüber habe ich nicht mit ihm gesprochen. Ich kann Ihnen aber versichern: Diese Art von Anschlägen, die passierten, sind eigentlich immer in der ND-Lage vorgetragen worden.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, es würde mich sehr wundern, wenn das nicht der Fall gewesen wäre. Und das Bundesamt hat dann sicher dazu vorgetragen - mit welcher Bewertung, kann ich Ihnen jetzt auch nicht sagen.

Ich habe mich damals auch ein bisschen gewundert über die Schnelligkeit des Urteils. Wissen Sie, wir hatten ja auch mal umgekehrt den Fall. Sie erinnern sich an den Ausgangspunkt des ersten NPD-Verbotsverfahrens. Da hatten wir ja auch einen Anschlag - ich glaube, in Düsseldorf -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Düsseldorf, ja.

**Zeuge Dr. August Hanning:** - war das -, der nie aufgeklärt worden ist, und da hat man das sofort der rechten Szene wieder zugeordnet. Ich finde, man sollte in diesen Fällen einfach mal vorsichtiger sein bei den Bewertungen und erst mal schauen: Welche Einordnung kann ich vorsehen? Gibt es Anhaltspunkte, Indizien für diese oder jene Richtung? - Bei Sprengstoffanschlägen rege ich immer große Vorsicht an, bevor man zu Schlussfolgerungen über Täterhintergründe kommt.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja. - Ich will noch mal auf Ihre Zeit als BND-Präsident kommen. Also, Schwerpunkt war internationaler Terrorismus, gar keine Frage. Aber der BND ist eine große Behörde mit einigen Tausend Beschäftigten. War es jemals in Ihrer Zeit auch relevant, quasi über

rechtsradikale, rechtsextremistische Gruppierungen Erkenntnisse zu gewinnen, die aus dem Ausland kamen und versucht haben, sich in Deutschland zu etablieren, nämlich Ku-Klux-Klan?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Kann ich mich nicht dran erinnern an Ku-Klux-Klan, also speziell jetzt Ku-Klux-Klan. Das kann ich - - Also - -

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Also, es war nie, auch davor nicht, als Sie Geheimdienstkoordinator waren, dass es mal Thema war? Da gab es ja diese Gründungsversuche Anfang der 90er-Jahre hier im Großraum.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Wir hatten ein Scientology-Problem. Daran kann ich mich noch gut erinnern, dass das erörtert wurde. Die große Frage: Soll der Verfassungsschutz Scientology beobachten - ja oder nein? Das spielte eine gewisse Rolle. Oder der BND: Soll der Scientology - - Das war in meiner Zeit als Kanzleramt. Ku-Klux-Klan ist mir nicht in Erinnerung, dass die hier in Deutschland jedenfalls seinerzeit eine Rolle spielten, dass ich mich als BND-Präsident hätte damit befassen müssen. Also, das ist mir nicht mehr in Erinnerung.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Wir hatten ja mehrere, -

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** - zwei größere, Verfahren, eines ja in Berlin-Brandenburg, das dann wieder abebbte, und dann ja der zweite Gründungsversuch in Baden-Württemberg, der ja auch noch Thema sein wird hier im Ausschuss.

Ich möchte springen zum Ereignis - da waren Sie Staatssekretär -, das auch dem NSU zugerechnet wird: der Mord an der Polizistin in Heilbronn. Waren Sie da in irgendeiner Weise mal damit befasst, vor allen Dingen auch mit den lange sich ja auf eine falsche Richtung konzentrierenden Ermittlungen nach dieser Phantomspur?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, sicher waren wir damit befasst. Also erst mal: Der Vorgang als solcher, der war ja schon gravierend. Also, das hat uns im Innenministerium

beschäftigt, das hat uns bei den ND-Lagen beschäftigt, auch die ganz ungewöhnlichen Tatumstände, die ja damals nicht erkennbar dem NSU zugerechnet wurden, die große Brutalität bei der Ausführung der Tat, dann auch wieder alle möglichen Gerüchte, die es schon damals gab, von Drohungen bis sonst was, die sich dann auch alle so nicht bestätigt haben. Und dann gab es natürlich hinterher das Problem mit den DNA-Spuren, die ja nun zunächst falsch zugeordnet wurden. Das hat uns damals schon ziemlich geärgert im Innenministerium, dieser Vorgang, dass sozusagen - -

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Trifft es zu, dass eigentlich Sie den ersten Hinweis aus Österreich - also jetzt nicht Sie als Person, aber als Vertreter des BMI - bekommen haben, nach dem Motto: „Ihr müsst da falsch liegen; diese Wattestäbchen sind das Problem“?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Es trifft zu.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Und dann haben Sie die Baden-Württemberger informiert: Guckt noch mal hin. Das kann das nicht sein.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, dann hat es ein ziemliches Donnerwetter gegeben, ja.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Was hat es gegeben?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, es war ärgerlich. Ich habe mich sehr darüber geärgert.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Ein Donnerwetter?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, ich habe mich geärgert. Da hätte man natürlich sehr viel eher uns unterrichten müssen.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Die Österreicher hätten Sie - -

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nein. Es gab Zweifel. Also, das Problem war für alle Beteiligten: Es gab sozusagen DNA-Spuren, die verbunden waren mit bestimmten Wattle-

stäbchen. Wattestäbchen nimmt man an den Tatorten, um DNA-Spuren aufzunehmen.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Genau.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Und dann hatten wir auch in der ND-Lage wiederholt Bilder, wo also dieselbe DNA an ganz verschiedenen Orten mit ganz bestimmten Taten - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Quer über Mitteleuropa.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Das war ein völlig verwirrendes Bild.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Und dann wurde natürlich die Frage gestellt: Ja, kann das denn sein? - Dann haben wir eine lange Diskussion über die Sicherheit von DNA-Spuren geführt. Ergebnis war: Absolut sicher, Naturwissenschaft usw.

Und dann gab es immer wieder Zweifel: Das kann doch irgendwo nicht sein und so. - Und dann hat sich bei der Fachebene offenbar ein Zweifel schon eingeschlichen, ich glaube, drei, vier Monate vor der Information, ob nicht möglicherweise Verunreinigungen bei den Wattestäbchen vorliegen könnten. Und dann ist man dem nachgegangen, und, ich glaube, ein Professor, Kriminologe aus Münster, -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja, Brinkmann, Professor Brinkmann.

**Zeuge Dr. August Hanning:** - hatte das sogar schon mal öffentlich kundgetan.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Professor Brinkmann.

(Zuruf der Abg. Dr. Eva Högl (SPD))

**Zeuge Dr. August Hanning:** Und da habe ich damals meine Leute gefragt: Kann das denn sein? - Da kam: Nein.

(Zuruf der Abg. Dr. Eva Högl (SPD))

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Der heißt wirklich so. Also Professor Brinkmann war es, aber nicht der aus dem Glottertal, sondern der aus Münster.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja. - Der hat gar keine Ahnung; der weiß das nicht, sondern - - Also alle waren felsenfest überzeugt, dass das alles zutrifft, und umso mehr hat mich hinterher geärgert, als sich herausstellte, dass er recht hatte.

Was mich dann geärgert hat: dass diese Zweifel im Polizeiapparat, ich glaube, schon vier oder fünf Monate vorher vorhanden waren und man es nicht für nötig gehalten hat, das Bundesministerium des Innern zu unterrichten. Das hat mich geärgert, ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja, und das hat mich an der Stelle auch stutzig gemacht, weil ich jetzt auch bei der Befassung mit diesen vielen Morden sehe: Wenn es auch ein Problem gibt, ist es neben den frühen Festlegungen, dass alle, die auf der Strecke mit irgendwelchen Zweifeln kommen, eigentlich eher immer abgebügelt werden. Die Ceska-Serie war OK. Wer etwas anderes gesagt hat, hatte keine Ahnung - jetzt mal zugespitzt formuliert. Die Phantomfrau war die Täterin des Polizistenmordes. Wer Zweifel angemeldet hatte, der hatte auch keine Ahnung. Und am Ende mussten die anderen ihre Positionen räumen.

Da müsste doch auch ein Umdenken einsetzen, dass man sagt: Was sollen diese frühen Festlegungen? - Warum passiert so was? Ist man zu sehr unter Druck, einen Erfolg zu präsentieren? Will man zu schnell eine Erklärung haben für unfassbare Dinge?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Binninger, das ist ein typisches Problem von Apparaten, was Sie gerade schildern. Natürlich bildet sich eine Meinung, und die Meinung muss dann nach außen hin vertreten werden. Und dann ist es so, dass eben Gegenmeinungen unter den Tisch fallen.

Ich sage Ihnen - - Wenn es die Zeit erlaubt, Herr Vorsitzender, würde ich mal ganz kurz auf einen klassischen Fall eingehen, nachrichtendienstlich - Jom-Kippur-Krieg. Da war es auch so, dass einige Leute genau gemerkt haben in den Apparaten damals: „Es droht ein Angriff aus Ägypten“, und die Mehrheitsmeinung des Apparates war: Nein, trifft alles nicht zu. - Daraus hat man dann den Schluss gezogen: Wir müssen einen Weg finden, um diese abweichende Meinung auch den Entscheidenden, also den Ministerpräsidenten, vorzutragen.

Da hat man in dem Dienst den Advocatus Diaboli geschaffen. Der hat nichts anderes

als die Aufgabe, immer zu hinterfragen, ob die Meinung, die der Dienst dann aufgrund der Fachebenen gewinnt, zutrifft, und hat also auch das Recht, zum Teil die Pflicht, eine abweichende Meinung, wenn er davon überzeugt ist, bis zu den Ministerpräsidenten vorzutragen.

Ich fand das immer faszinierend; denn Sie haben auch - - Das habe ich im Bundesnachrichtendienst auch erlebt: Auch bei schwierigen Fragen können Sie eigentlich nicht immer homogen einer Meinung sein. Ich habe immer die große Gefahr gesehen, dass man sich abstimmt vorher und dann den Chef sozusagen mit einer Meinung konfrontiert, ohne ihm mitzuteilen, welche Zweifel es gibt. Es sind ja häufig Auffassungen, die sind 60 : 40, 70 : 30. Ich habe dann manchmal selbst die Rolle des *Advocatus Diaboli* übernommen. Ich habe dann gesagt: Ist das denn wirklich so? Ist das - - Und das ist hier wahrscheinlich auch ein Problem.

Also, Apparate neigen dazu, eine homogene Meinung zu haben - das erwarten in gewisser Weise Ministerien ja auch -, und Zweifelsfälle werden dann gar nicht hochgebracht und werden dann nicht angemessen gewürdigt und kommen dann gar nicht zur Kenntnis der Entscheidungsträger. Grundproblem von Apparaten, ja, lösbar, aber mit einigem Aufwand verbunden.

Aber das vielleicht beantwortet Ihre Frage, und das ist - -

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Ja, ich meine, wir haben hier ja auch genügend Behördenchefs erlebt, wo ich jetzt nicht den Eindruck hatte, dass die für mehr als eine Meinung zu haben sind, schon gar nicht, wenn es nicht ihre ist. Also, deshalb mag das schon zutreffen.

Ich will in Heilbronn bleiben, weil wir da auch noch einen Aspekt haben, der immer wieder uns beschäftigt. Heilbronn fällt ja in eine Zeit - das hatten Sie vorhin selber angesprochen -, der Mord an der Polizistin Kiese-wetter, wo wirklich ein sehr großes Ermittlungsverfahren ja zu bewältigen war, deutschlandweit: das Sauerland-Verfahren. Es begann im Jahreswechsel 2006/2007. Festnahme war dann im August, glaube ich, Ende August 2007. Nachdem man wusste, wer die drei sind - ich glaube, ab Frühjahr -: umfangreiche Observierungen bundesweit mit einem unvorstellbaren Kräfteinsatz. Mehr ins Detail muss man hier ja nicht gehen.

Und jetzt kam ja diese etwas obskure *Stern*-Berichterstattung, die gesagt hat, es könnte durchaus sein - der *Stern* hat es etwas fester formuliert -, dass eine dieser vielen Observationsaktionen zufällig während der Tatzeit auch in Tatnähe in Heilbronn stattgefunden hat, und zwar nicht nur von amerikanischen Einheiten, sondern vielleicht sogar im Team.

Losgelöst, ob das zutrifft - ich halte das Protokoll auch für eine Fälschung -: Aber ist es denn grundsätzlich denkbar, dass amerikanische Sicherheitsbehörden gemeinsam mit deutschen Behörden bei so einem großen Verfahren, das Sie ja sicher aus dem Effeff kennen, da auch mal etwas gemeinsam machen, weil Zielobjekte der Sauerland-Gruppe waren amerikanische Einrichtungen in Deutschland: die Supermarkets, die Housing Areas, die Kinos etc.? Ist so was denkbar?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Das ist grundsätzlich denkbar, grundsätzlich ja, also in dem Verfahren. Es waren amerikanische Interessen unmittelbar berührt. Ich kann Ihnen das jetzt nicht genau sagen, ob und wie und was; aber das ist durchaus möglich. Dass dann per Zufall hier gerade dieser Vorgang sozusagen Gegenstand der Beobachtung war: Also, ich würde sagen, das ist wie eine Sechse im Lotto - höchst unwahrscheinlich, höchst unwahrscheinlich. Aber - -

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Aber eine gemeinsame - - Also es ist jetzt nicht [sic!] so, dass man sagen kann: Gemeinsame Operationen in einem großen Verfahren mit internationalen Bezügen, wo auch noch die amerikanische Seite der Ersthinweisgeber war, sind nicht per se ausgeschlossen?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nein, das ist nicht per se auszuschließen, nein, nein - also wenn das im Einvernehmen mit deutschen Dienststellen geschieht. Aber die Amerikaner haben natürlich auch einen Teil so eine Eigensicherung. Das muss man auch sehen. Da ist man nicht ganz sicher, ob es immer im Einvernehmen mit den deutschen Dienststellen geschieht. Dann haben sie immer noch eigene Sicherheitsstrukturen vor Ort; denn damals gab es ja auch natürlich das Problem „Sicherung der amerikanischen Standorte“.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Der Wohnungen der Streitkräfte.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Da sind dann die Informationskanäle manchmal schwierig, weil wir dann sozusagen mit größter Vertraulichkeit die Amerikaner unterrichten. Die haben dann wieder ihre Leute vor Ort, und die gehen dann zur örtlichen Polizei, die von nichts weiß. Also, da kann man sehr vieles erzählen. Das will ich Ihnen jetzt ersparen. Also, manchmal sind die Kommunikationskanäle nicht immer so geölt, wie man sich das wünscht und vorstellt.

Aber hier Ihre Frage: Ja, das ist durchaus möglich, dass so was ist. Trotzdem - ich habe das auch nur gelesen im *Stern* -: aus meiner Sicht eher unwahrscheinlich. - Aber gut, das - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Mir ging es jetzt weniger um den *Stern*-Artikel im Detail. Mir ging es einfach mal um die grundsätzliche Frage: Ist so eine gemeinsame Operation denkbar, wenn eben zu der Zeit auch ein großes Ermittlungsverfahren am Laufen ist, wo ja die amerikanische Seite auch ureigenste Interessen hatte?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Noch mal: Denkbar ist das. Ob das auch der Fall war konkret, kann ich nicht sagen; weiß ich nicht.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja, wissen wir auch nicht; aber im Moment reicht mir mal diese Auskunft.

2006 endet ja scheinbar die Mordserie mit der Ceska. Den Polizistenmord bringt man nicht in Verbindung. Haben Sie danach noch mal Erinnerungen, ob man je noch mal diese Ceska-Mordserie in der ND-Lage oder wo auch immer thematisiert hat, also jetzt bis 2009, solange Sie auch Staatssekretär waren? Oder war das dann abgerissen, und es blieb, weil wir haben - -

Das ist ja die besondere Tragik, muss man wirklich sagen: Es gab im BKA eine Profiler-Tagung der verschiedenen betroffenen Tatortländer und des BKA, die sich - das nur am Rande - auch nicht einig waren. Auch die Profiler haben sich heftig widersprochen, was man jetzt da aus diesen Fällen überhaupt ableiten kann. Aber sie waren sich einig in der Bewertung: „Es gibt einen zehnten Mord“, und wollten vorbereitet sein: Wie gehen wir damit um, wenn der zehnte Mord passiert? - Die Tragik ist - das ist nahezu

unvorstellbar -: Die Tagung, wo sie sich mit diesem Thema befassen, war der 25. April 2007, der Tag des zehnten Mordes, weil da wurde Frau Kiesewetter ermordet. - Aber es war eine Befassung auf unmittelbarer Arbeitsebene.

Waren Sie noch mal oder - - Haben Sie in Erinnerung, dass Behördenspitzen sich noch mal mit diesem Fall befasst haben, oder war er irgendwann aus dem Gedächtnis weg?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, ich sage mal so: Dieser Mord in Heilbronn an den beiden Polizisten ist nach meiner Erinnerung nicht in Verbindung gebracht worden zu den ganzen Ceska-Morden.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Einmal sehr früh bei einer Zeugenaussage.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, aber das hat mich nicht erreicht. Mich hat es jedenfalls nicht erreicht.

Im Übrigen: Ja, das ist noch erörtert worden - ich erinnere mich noch -, auch die Frage: Warum haben die Täter plötzlich aufgehört? - Das war ja auch die große Frage. Also, es war ja sozusagen Serienmord, eigentlich relativ eng zeitlich beieinanderliegend, der plötzlich dann scheinbar - wie wir heute wissen: scheinbar - abbrach, und da war ja auch immer die Frage: Wie kommt das eigentlich? - Und die Antwort konnte dann eben auch nicht gegeben werden.

Also, wir haben schon das noch mal so angesprochen, die Fragen gestellt; aber wir sind dann natürlich der Sache auch nicht mehr vertieft nachgegangen, weil Bayern war verantwortlich zuständig - es lag nicht in der alleinigen Verantwortung des BKA -, und wir hatten auch keine vernünftigen Antworten, auch nicht - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja. - Ein kleiner Teil lag in der Verantwortung des BKA, wo mich interessieren würde, ob Sie da mal noch damit befasst wurden. Das BKA hatte ja von Beginn an den Teilkomplex der EG „Ceska“ Strukturermittlung und auch eben dann die Waffenspuren schwerpunktmäßig zu bearbeiten. Das BKA war 2004 schon in dem - ob jetzt physisch, weiß ich nicht - - aber hatte schon 2004 die erste Frage an den Waffenhändler in der Schweiz, von dem wir heute wissen: Dort wurde die Ceska verkauft.

Er hat dann mit neuen Hinweisen, immer wieder mehreren Anläufen - - Es hat alles sehr lange gedauert. Es war auch ein Problem in der Zusammenarbeit mit den Schweizer Behörden. Also, es ging über drei Jahre. Man ging immer wieder mal hin. Dann lag der Vorgang in der Schweiz wieder lange wegen Neuwahlen von Staatsanwälten.

Sind Sie da mal an Staatssekretäre mit kontaktiert worden, nach dem Motto: „Wir kommen hier nicht voran, das müsste schneller gehen in der Schweiz“?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, nach meiner Erinnerung nicht. Das hätten wir auch dann schnell lösen können.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Also, wir entnehmen den Akten, dass es echt ein mühsames - -

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, aber ich hatte immer gute Verbindungen - - Also, ich müsste es eigentlich wissen; denn ich hatte immer gute Verbindungen in die Schweiz, und wenn so ein Problem aufgetreten wäre, dann hätte ich notfalls selbst zum Telefonhörer gegriffen.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Ja. Aber Sie wurden nie damit kontaktiert?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nach meiner Erinnerung nicht, nein.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Okay. - Dann habe ich im Moment keine Fragen mehr.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zur SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Hanning, auch mich interessiert das Thema „Übernahme durch das Bundeskriminalamt im Jahr 2006“. Die Kolleginnen und Kollegen haben Sie ja auch schon danach gefragt.

Ich möchte Ihnen das noch mal vorhalten aus der Leitungsvorlage von Anfang Mai, vom 3. Mai, die ja Ihnen auch zur Kenntnis gelangt ist, die Sie auch abgezeichnet haben. Das ist MAT A BMI-4/30, Seite 111 f. Ich zitiere jetzt:

Das BKA ist der Auffassung, dass das bisherige Vorgehen der zuständigen Strafverfolgungsbehörden in den betroffenen Ländern weder ein einheitliches Ermittlungs- bzw. Fahndungskonzept noch eine einheitliche Öffentlichkeitsarbeit erkennen lässt. Außerdem könnten mangels Absprachen der Länder untereinander und mit dem BKA verdeckte taktische Ermittlungsmaßnahmen im In- und Ausland nicht zentral geplant und durchgeführt werden.

Das ist das, was Sie zur Kenntnis genommen haben, was Ihnen bekannt war. Sie haben ja auch gesagt, Sie haben die Probleme gesehen.

Jetzt will ich Ihnen noch mal vortragen ein bisschen - und ich will es auch wörtlich machen - aus dem „Brandbrief“ von Herrn Falk vom 2. Mai. Er schreibt über elf Seiten eine Begründung, warum eine zentrale Ermittlungsführung durch das Bundeskriminalamt angezeigt ist, und ich will Ihnen das auch noch mal vortragen - das ist MAT A BKA-2/20, Seite 9 ff. -:

Die Bewertung aus dem Jahr 2004 - keine zentrale Ermittlungsführung durch das BKA - ist nach der Lageänderung durch die Fortsetzung der Tatserie ... nicht mehr aufrechtzuerhalten. Inzwischen führen fünf (5) Staatsanwaltschaften und sechs (6) Polizeibehörden in neun (9) Mordfällen weitgehend getrennte Ermittlungen zu einem oder mehreren gemeinsamen Tatverursacher(n).

Und dann schreibt Herr Falk:

Die bisherige Struktur der Zusammenarbeit weist (mit jedem neuen Fall zunehmende) Problemkonstellationen auf:

Von den beteiligten Dienststellen wird kein einheitliches Ermittlungskonzept verfolgt.

...

Es liegt

... weder ein einheitliches Fahndungskonzept vor, noch wird eine einheitliche Öffentlichkeitsarbeit betrieben.

Es ist nicht sichergestellt, dass Informationen aus den bisherigen

Einzelaten vollständig an einer Stelle zusammengeführt, umfassend zentral ausgewertet, bewertet und effizient in die Strukturermittlungen eingebracht werden.

Der gebotene zeitgerechte und alle Adressaten angemessen berücksichtigende Austausch von Informationen der Tatortbehörden untereinander ... ist ... nicht ... gewährleistet.

Verdeckte taktische Ermittlungsmaßnahmen im In- und Ausland können mangels Absprachen der Bundesländer untereinander und mit dem BKA nicht zentral geplant und koordiniert werden.

Ich bezeichne das als Brandbrief, und ich frage Sie - Sie haben ja lange Erfahrung und sind ein versierter Mann der Sicherheitspolitik -: Hat Ihnen das nicht schlaflose Nächte verursacht? So was kommt doch nicht jeden Tag vor, dass das Bundeskriminalamt - der Präsident, der Vizepräsident hat es unterzeichnet - so einen Brandbrief schreibt.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nein, das hat ja auch dann entsprechende Reaktionen ausgelöst, und die Reaktion war ja, dass - ich weiß gar nicht, wie genau die Entscheidung zustande gekommen ist - dann doch deutlich wurde, dass es erforderlich ist, dass man sich auf höherer Ebene dieses Themas annimmt. Deswegen die Abteilungsleiterbesprechung am Rande der Innenministerkonferenz - das ist ja schon auch eine herausgehobene Bedeutung -, an der dann auch der BKA-Chef teilnahm, um genau diese Probleme zu erörtern.

Das sind ja Probleme zum Teil fachlicher Art, zum Teil natürlich auch die Zuständigkeitsfragen. Aber das war der Grund dafür, dass man dieses außergewöhnliche Verfahren gewählt hat, und das war sicher auch eine Reaktion auf den, wie Sie sagen, Brandbrief des Bundeskriminalamtes.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Haben Sie mit dem Vizepräsidenten Falk damals darüber gesprochen?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ich vermute, ja. Wir haben häufig miteinander Kontakt gehabt. Aber nageln Sie mich da nicht - - Aber ich bin ziemlich sicher. Also, über den Fall habe ich mit Herrn Falk häufig gesprochen. Das weiß ich.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Über die Frage „zentrale Übernahme durch das Bundeskriminalamt“?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja gut, das war damals kritisch. Das ist danach ja entschieden gewesen. Aber über den Fall als solchen - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Nein, ich rede jetzt über die Übernahme.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, ja, das ist mir schon klar.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ich sage es noch mal. Also, Herr Staatssekretär, das wird auch bei Ihnen kein alltäglicher Vorgang gewesen sein, -

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nein, war es auch nicht.

**Dr. Eva Högl (SPD):** - dass das Bundeskriminalamt - das ist ja auch nicht irgendeine abseitige Behörde - einen solchen elfseitigen Brandbrief an das Bundesinnenministerium richtet und bittet, die zentrale Ermittlungsführung zu bekommen.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das ist kein alltäglicher Vorgang. Das werden Sie, glaube ich, bestätigen.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, sicher. - Zwei Bemerkungen: Erstens. Ich habe den Brief nicht gesehen, ändert aber nichts an der Einschätzung. Mir ist mündlich mitgeteilt worden, dass es da erhebliche Probleme gibt. Sie haben die Ministervorlage vorgelesen. Da stand ja auch drin, dass es Probleme gibt. Da wird es noch mal unterstrichen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Da werden die elf Seiten von Herrn Falk aber in zwei Sätze, die ich vorgetragen habe, eingedampft.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Frau Abgeordnete, Minister lesen nicht fünf oder sechs Seiten oder zehn Seiten.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Dr. Hanning, aber Sie wissen das.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, das muss man schon eindampfen. Aber das war - - Ich sage mal, in der Sprache der Ministerialverwaltung war das schon deutlich.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Dr. Hanning, Sie kennen die Leitungsvorlage. Da dreht es sich nur um die Belohnung. Also, die Dramaturgie ist: Vorbereitung der Innenministerkonferenz Garmisch-Partenkirchen - Sie haben das geschildert -, da wird eine Leitungsvorlage gemacht für den Bundesminister. Ich kenne das auch, wie das läuft im Bundesministerium. Das ist die Dramaturgie, und in dieser Leitungsvorlage, die auch immerhin drei Seiten hat - das ist auch durchaus eine umfangreiche Leitungsvorlage - geht es nur in zwei Sätzen um die Übernahme der Ermittlungsführung.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, Frau Abgeordnete, aber die Sätze hatten es ja schon in sich.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Bitte?)

- Die hatten es in sich, die Sätze. Die sind schon gravierend. Und wenn der Minister mit solchen Sätzen konfrontiert wird, dann muss man was machen. So ist das schon. Also, wissen Sie, da müssen Sie schon aufpassen. Als Staatssekretär - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja. Daran sind wir jetzt interessiert, Herr Dr. Hanning, was Sie dann gemacht haben.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Als Staatssekretär passe ich da sehr auf, und das kann ich noch erinnern. Und dann habe ich gesagt: Also, was machen wir denn da? Was läuft da? - Aber ich weiß jetzt nicht, ob vorher, nachher. Jedenfalls im Zusammenhang damit habe ich in der Vorbereitung der Innenministerkonferenz mit der Fachabteilung gesprochen und habe mich noch mal unterrichten lassen: Wie ist die Lage? Was machen wir? Was geschieht? Und dann wurde mir gesagt: Ja, wir haben jetzt ein Prozedere initiiert - ich glaube, es war der damalige Abteilungsleiter, weiß es aber nicht genau -, um sozusagen diese gravierenden Probleme anzusprechen und zu lösen. Das war im Grunde dann der Lösungsvorschlag im Hinblick auch auf die Darstellung der Probleme.

Noch mal: Ich fand das schon eine gravierende Darstellung, auch in der Ministervorlage.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Und mit Herrn Falk selbst - frage ich noch mal - haben Sie darüber nicht gesprochen?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ach, wissen Sie, ich habe Herrn Falk sehr häufig gesehen. Das kann ich jetzt nicht mehr beurteilen. Herr Falk - - Es kann gut sein, dass er auch über den Fall - sicher nicht über den Brief, aber über den Fall - mit mir gesprochen hat. Das halte ich sogar für wahrscheinlich.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Also, ich glaube auch, dass es im BKA kein alltäglicher Vorgang ist -

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nein, das war es nicht.

**Dr. Eva Högl (SPD):** - und dass man das dann auf dem Herzen hat -

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nein, nein, das war es nicht.

**Dr. Eva Högl (SPD):** - und das eine relevante Frage ist. Ich meine, ich erinnere noch mal an das, was hier schon gesagt wurde: Wir hatten es mit einer bundesweiten Mordserie zu tun - neun Menschen waren ermordet worden -, und die Ermittlungsbehörden gingen davon aus, dass weitere Taten folgen werden - das steht auch in der BKA-Vorlage - und die Ermittlungsführung wirklich kriminalpolizeilich - so hat Herr Falk das bezeichnet - stümperhaft geführt wurde.

Andere Frage: Haben Sie mit dem Minister darüber gesprochen?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, ich habe mit dem Minister gesprochen im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Innenministerkonferenz. Ich habe gesagt: Wir haben hier ein Problem.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Mit welchem Tenor?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Aber, ich habe ihn darauf hingewiesen. Er hat ja auch die Vorlage gesehen. Wir haben kurz dann noch mal über diese Geldfrage gesprochen; aber das war ja im Grunde nicht kritisch. Und

wir haben auch über den Vorgang dann kurz gesprochen. Ich habe gesagt: Wir haben hier einen Fall, und es wird versucht, den zu lösen. Wir haben da am Rande der Konferenz noch eine Abteilungsleiterbesprechung. - Also, nach meiner Erinnerung. Aber es liegt auch einige Zeit zurück.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, ja, klar. Aber ich sage es noch mal: Das ist ja auch kein alltäglicher Vorgang. Der interessiert uns jetzt hier.

Sie haben vorhin selber ausgeführt, Schäuble wollte Konsens. Sie waren ja auch, glaube ich, gebeten worden, Konsens mit den Bundesländern herzustellen, und da sollte ja auch ein Brief formuliert werden, denn das Bundeskriminalamtsgesetz sieht natürlich als ersten Fall vor, dass man das im Konsens regelt. Warum ist dieser Brief nie geschrieben worden? Oder haben Sie mal mit Ihren Kollegen aus den Ländern telefoniert, um den Konsens herzustellen?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Frau Abgeordnete, Sie können in diesem Lande innere Sicherheit nicht betreiben, wenn Sie da nicht den Konsens mit den Ländern suchen. Das ist manchmal schmerzhaft, aber auch die Innenministerkonferenz - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Haben Sie den gesucht? Das war meine Frage.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, natürlich.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Haben Sie mit denen telefoniert?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Frau Abgeordnete, die Innenministerkonferenz ist eine Konsensveranstaltung. Also, alle Beschlüsse der Innenministerkonferenz werden konsensual gefasst. Und es gibt dann einige kritische Fälle. Die wandern dann ins Kamingespräch oder so oder werden bilateral gelöst. Aber die Konferenz als solche fasst den Beschluss im Konsens oder gar keinen. Also, es ist reines Konsensprinzip.

Und hier, wo der Schwerpunkt der Ermittlung ohnehin bei den Ländern lag und diese Probleme auftraten, die ja auch zum überwiegenden Teil fachlich waren, lag es natürlich nahe, erst mal den fachlichen Konsens zu suchen. Wenn der nicht möglich

gewesen wäre, wenn das BKA gesagt hätte: „Also, die Probleme sind nicht gelöst, bzw. wir müssen darauf beharren, dass wir jetzt hier zentral die Ermittlungen an uns ziehen oder andere Ermittlungsaktivitäten ergreifen“, dann hätte das den Staatssekretär erreicht. Dann hätte ich versucht, auf Staatssekretärebene das zu lösen. Wahrscheinlich in Garmisch-Partenkirchen hätten dann die Minister sich untereinander verständigt. So ist eigentlich die normale Problemlösungshierarchie: -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Genau.

**Zeuge Dr. August Hanning:** - zunächst die Fachebene; wenn das nicht gelingt auf der Ebene, die Staatssekretäre; wenn das nicht gelingt, die Minister.

**Dr. Eva Högl (SPD):** In diesem Fall war es aber so - ich verweise noch mal auf die Leitungsvorlage -, dass das Problem sogar bereits die Ministerebene erreicht hatte. Da stellt sich mir natürlich die Frage: Wurde es vielleicht wieder zurückverwiesen auf die zwei Ebenen drunter, auf die Abteilungsleiterebene? Haben Sie vielleicht dann gesagt: „Hier, Abteilungsleiter Krause, Sie sind zuständig, kümmern Sie sich mal“? War das so?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, es ist so gewesen, und zwar müssen Sie sich vorstellen: Wenn eine Innenministerkonferenz stattfindet, gibt es eine Fülle von Tagesordnungen. Dann gibt es „grüne Punkte“, heißt das.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, klar.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, die sind schon vorne alle irgendwo abgeräumt. Dann gibt es andere Punkte, über die muss man sprechen. Da wird dann gerungen: Kommt es auf die Tagesordnung oder nicht? Und dann gibt es ein paar kritische Punkte. Das war sicher ein kritischer Punkt. Und über die kritischen Punkte wird dann gesprochen. Da wird darüber gesprochen: Wie handeln wir das denn? Wie können wir das bekommen? Bekommen wir das sozusagen weiter geregelt oder nicht, oder wie auch immer?

Und in dem Zusammenhang haben wir sicher auch über dieses Thema - weiß ich

noch - gesprochen, und dann war die Antwort: Ja, das ist schwierig; ein Problem. Da gibt es Probleme zwischen den Ländern. Da gibt es ein Problem zwischen BKA und denen, und deswegen machen wir diese Abteilungsleiterbesprechung am Rande der Innenministerkonferenz. - Das war sozusagen die Lösungsvariante, um dieses schwierige Thema vom Tisch zu bringen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Dr. Hanning, ich darf Sie noch mal fragen: Sie hatten auch keine Lust, sich wirklich mit den Ländern anzulegen, um die zentrale Ermittlungsführung für das BKA zu erreichen? Weil ich will noch mal ganz kurz sagen: Wir haben ja das Stichwort - wir wollen ja nur herausarbeiten, woran es gelegen hat - „Kriegserklärung“ von Herrn Dr. Beckstein. Das steht ja so im Raum. Der hat sich ja sehr gewehrt. Bei uns als Zeuge im Untersuchungsausschuss hat er dann gesagt: Die hätten es doch nehmen können, meinetwegen, die hätten es sofort bekommen können; die hätten es aber nicht gekonnt; die sind fachlich gar nicht kompetent.

Was waren denn Ihre Beweggründe, diesem Protest der Länder auch so nachzugeben und sich nicht stärker dafür einzusetzen?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Frau Abgeordnete, erstens: Ich habe auch keine Konflikte mit den Ländern gescheut, wenn erforderlich.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Deswegen frage ich mich ja, wieso Sie ihn hier nicht geführt haben.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Wir hatten eine Menge Konflikte auch in anderen Bereichen. - Erstens.

(Petra Pau (DIE LINKE): Weil das nicht erforderlich war!)

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, eben.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Zweitens. In diesem Fall war es eben so, dass sich Bayern vehement dagegen gewehrt hat - vehement! - und auch der Minister in Person. Ich habe eine andere Erinnerung an die Veranstaltung.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Die Akten sprechen auch eine andere Sprache, aber Herr

Dr. Beckstein hat im Ausschuss etwas anderes gesagt.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ich sage Ihnen, ich habe eine andere Erinnerung an die Veranstaltung, und das war ja - - Ich meine, es gibt ja Flure, und es gibt bilaterale Gespräche, und da hatte ich schon den Eindruck, dass Bayern vehement - - Das hatte was mit Nürnberg zu tun; er kommt ja aus Nürnberg, und das war ja nun in Nürnberg.

Also, ich glaube, es war ein Konsens mit Bayern in dem Sinne, dass das BKA das übernehmen würde, nicht möglich, war ausgeschlossen. Und insoweit war, glaube ich, die Lösung, die gefunden wurde, die relativ beste: dass man sich verständigt in der Sache, dass man versucht, weiterzukommen. Und insoweit, glaube ich, war das vorgezeichnet, auch als Lösung.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Man trifft sich ja häufiger, es gibt Flure, man kennt sich.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Frau Kollegin!)

- Was denn?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Wieland, was ist?

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, also, der Zeuge muss dann schon mal sagen, was er weiß. Also, er sagt hier „vehement widersprochen“ und von „Eindrücken“. Haben Sie mit Beckstein geredet?

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, das wollte ich auch gerade fragen.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Haben Sie gehört, dass Beckstein was gesagt hat? Das wollen wir nun schon mal wissen. Denn Beckstein hat hier gesagt, weder „Kriegserklärung“ noch irgendwas in der Richtung habe er gesagt, und ich möchte das gerne aufgeklärt haben. Deswegen: Was haben Sie gehört? Was ist passiert?

**Dr. Eva Högl (SPD):** Vielen Dank, Herr Kollege. Das wäre meine nächste Frage gewesen - aber wir ergänzen uns hier immer hervorragend -: ob Sie persönlich mit Herrn

Dr. Beckstein da auch drüber gesprochen haben.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Das weiß ich nicht mehr, sage ich Ihnen ganz offen. Also, bei dieser Art von Konferenzen, wissen Sie - - Ich weiß nicht, Sie haben sie wahrscheinlich - - Ich weiß nicht, ob Sie sie mitgemacht haben. Also, das ist wie ein Bienenkorb. Man spricht miteinander - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, mit wem Sie dann darüber gesprochen haben - - Aber der Eindruck, den ich hatte - ob der aus persönlichem Gespräch gespeist ist oder nicht, das weiß ich jetzt nicht mehr -, war der, dass Bayern damals vehement dagegen war.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Nur, Herr Dr. Hanning, das ist ja schon vor der Innenministerkonferenz abgeräumt worden; das wissen wir. Das hat ja das Kaminesgespräch in Garmisch-Partenkirchen auf der Zugspitze gar nicht mehr erreicht. Das ist ja schon im Vorfeld geklärt worden. Und da interessiert uns hier im Ausschuss schon, ob Sie da persönlich auch mal mit Herrn Dr. Beckstein drüber gesprochen haben oder ob der Minister mal Kontakt zu Herrn Dr. Beckstein aufgenommen hat.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, Frau Abgeordnete, das weiß ich schlicht nicht mehr, sage ich Ihnen ganz offen. Das weiß ich nicht.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber Sie stimmen mir doch zu, dass es doch eine relevante Frage ist und dass es doch nicht häufig vorkommt.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Gut, aber das Ganze liegt ich weiß nicht wie lange zurück, sechs Jahre. Und mit wem ich im Einzelnen bei der Innenministerkonferenz worüber gesprochen habe im Jahr 2006, Frau Abgeordnete - ich bitte um Nachsicht.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, okay. - Dann habe ich eine letzte Frage. Wir haben das ja identifiziert. Das haben Sie schon gemerkt. Mehrere haben Sie ja danach gefragt, nach dieser Übernahme Bundeskriminalamt. Ich bin selbstverständlich keine Freundin davon,

polizeiliche Ermittlungsarbeit zentral zu führen; aber hier hatten wir die Situation: sechs Jahre erfolglose Ermittlungsarbeit, bundesweite Mordserie, neun Menschen haben ihr Leben verloren. Da sind wir der Auffassung hier im Ausschuss, dass da vermutlich auch nach dem Brandbrief von Herrn Falk die zentrale Ermittlungsführung angezeigt gewesen wäre.

Wenn Sie mit dem Wissen von heute den Sachverhalt von 2006 noch mal beurteilen, kämen Sie dann auch zu diesem Ergebnis, dass es doch sicherlich richtig gewesen wäre, das BKA mit der Ermittlungsführung zu beauftragen, und dass es ein Fehler war, das damals anders entschieden zu haben?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Wissen Sie, das berührt so einige grundsätzliche Fragen. Ist es wirklich besser, wenn alles zentral ermittelt wird, oder ist es nicht klüger, es auch bei den Ländern zu lassen, die die größten Erfahrungen im Ermittlungsbereich haben? Das BKA ist im Ermittlungsbereich nicht sehr stark, Frau Abgeordnete. Das ist so meine Erfahrung.

Wenn das BKA selbst der Meinung ist, dass es das macht, hätte ich das unterstützt, selbstverständlich. Aber ich hätte schon dann auch gefragt: Wie macht ihr das denn? Habt ihr auch die Ressourcen? Denn ich habe in dem Sauerland-Fall dann erleben müssen, dass die Ressourcen des BKA sehr begrenzt waren und sehr beschränkt waren. Und ob die das dann so besser hibekommen hätten - ich weiß es nicht.

Im Nachhinein sprach vieles dafür, das dem BKA zu übertragen. Schon damals sprach vieles dafür. Ich meine, die Argumente waren ja im Grunde überzeugend. Ich hätte mich auch dafür eingesetzt. Also, fand ich schon. Also, ist ja - - Sie haben das aus dem Brief vorgelesen. Es gab offenbar einen Mangel an Koordinierung, es gab die Schwierigkeiten, und ich hätte es schon begrüßt. Und ideal wäre gewesen, wenn das BKA sozusagen alle Informationen gesammelt hätte, gemeinsam bewertet hätte und die Länderbehörden dann weiter ermittelt hätten, dass man den Schwerpunkt da gemacht hätte. Das wäre vernünftig gewesen.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Ja, eben!)

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber Herr Dr. Hanning, das verstehe ich jetzt nicht

ganz, wenn Sie sagen: Ich hätte mich dafür eingesetzt. - Sie waren ja damit befasst und haben sich nicht eingesetzt.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Frau Abgeordnete, es gibt eine Verantwortung der Fachebene und eine Verantwortung des Staatssekretärs, und wenn die Fachebene der Meinung ist, die Probleme, die sie vorher fachlich dargelegt haben, werden gelöst, dann ist das für den Staatssekretär zunächst mal ein Signal, dass er nicht an seine Kollegen Staatssekretäre herantreten würde.

Überlegen Sie mal die Situation: Ich sagte ja, das ist eigentlich gelöst auf Fachebene. Aber trotzdem müssen wir Staatssekretäre darüber sprechen. Überlegen Sie mal die Reaktion: Alle haben einen knappen Terminkalender. Also, es muss dann schon eine Notwendigkeit sein, auch auf politischer Ebene sich damit zu befassen, und diese Notwendigkeit ergab sich aufgrund der Konstellation in Garmisch-Partenkirchen nicht.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das sehe ich definitiv anders, aber - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Herr Wolff, bitte.

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):** Ja, Herr Hanning, um uns noch mal ein bisschen in die damalige Zeit zurückzusetzen: Herr Schily hat damals die Antiterrorgesetze durchgesetzt, Herr Schäuble sprach 2007 im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Terrorismus davon, die Unschuldsvermutung dürfe in der Gefahrenabwehr nicht gelten. Er sprach davon, dass man zur Gewinnung von Informationen auch die Folter einsetzen dürfe. In *Spiegel Online*, 18.04.2007, war das zu lesen. Er sagte damals auch, der finale Rettungsschuss sei grundsätzlich möglich zur Bekämpfung des Terrorismus, also richtig mit dicken Kanonen. Und für die Bekämpfung des Rechtsradikalismus, sagten Sie vorhin, wäre eigentlich kein Platz.

Jetzt würde mich schon mal - Hand aufs Herz - interessieren, welche Priorität damals überhaupt noch dem Rechtsradikalismus und der Bekämpfung des Rechtsradikalismus zugeordnet wurde. Haben Sie eigentlich, wenn ich jetzt den Duktus des Kollegen Wieland nehme, als der Mann für Sicherheit da versagt?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Vorsitzender, ich habe nicht nur wegen der letzten Bemerkung, ich habe mit Ihrer ganzen Frage erhebliche Probleme. Ich glaube nicht, dass Sie den Innenminister Schäuble dort richtig zitieren. Ich glaube, dass Innenminister Schäuble jemand ist, für den die Rechtsstaatlichkeit eine ganz große Bedeutung hat. Er hat sich damals geäußert zu einer Weiterentwicklung des Völkerrechts, und da ging es in Sonderheit um die Problematik Pakistan, Afghanistan.

Es ist auch nicht richtig, wenn Sie sagen, dass die damalige Bundesregierung oder der Minister oder ich sich nicht um Rechtsradikalismus gekümmert hätten. Das Gegenteil war richtig. Wir haben uns darum gekümmert. Es ist vorgetragen worden regelmäßig in der ND-Lage.

Richtig ist, dass damals die Sicherheitsbehörden eben nicht diese Ceska-Morde richtig eingeschätzt haben. Das ist kritikwürdig. Das war ein Fehler. Darüber reden wir ja auch zu Recht. Aber es ist nicht so, dass da jetzt generell oder allgemein das Phänomen „Rechtsradikalismus“ hier unterschätzt worden ist.

Und noch mal: Ich glaube, dass Sie da den Minister falsch zitieren. Ich weiß ja, dass er hier demnächst erscheint. Dann werden Sie ihn selbst fragen können, und er wird dann sicher die richtige Interpretation Ihnen geben. Ich weiß aber von ihm, dass das so in dieser Form nicht zutrifft.

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):** Ich zitiere den *Spiegel*:

Die Unschuldsvermutung heißt im Kern, dass wir lieber zehn Schuldige nicht bestrafen als einen Unschuldigen zu bestrafen. Der Grundsatz kann nicht für die Gefahrenabwehr gelten.

So Wolfgang Schäuble im Magazin *Stern*, noch mal zitiert auch im *Spiegel*. Das ist unter Anführungszeichen gesetzt. Also müsste es zumindest entsprechend freigegeben worden sein.

Aber darum ging es mir jetzt erst mal gerade nicht, weil es mir nur im Hinblick auf die Einstellung im Jahr 2007 ging, und da würde mich schon interessieren, wie Ihre Einstellung war. Wie sehen Sie es jetzt heute? Haben Sie damals sich so auf eine Sache fokussiert mit rechtsstaatlichen Vorschlägen, über die zumindest Ihr Chef in der Öffentlich-

keit zu sehen war, dass Sie anderes übersehen haben? Wie war Ihre Prioritätensetzung?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Prioritätensetzung - das habe ich ja schon versucht zu verdeutlichen - war vor allen Dingen erst mal, dieses Land vor großem Schaden zu bewahren, und die Hauptbedrohung war der islamistische Terrorismus, jedenfalls soweit wir das erkennen konnten. Das ist auch gelungen.

Im Übrigen hatten wir natürlich auch zu tun mit dem Linksradikalismus. Wir hatten mit der zunehmenden Gewaltbereitschaft bei Demonstrationen zu tun. Wir hatten das Problem „Heiligendamm, Schutz“. Da haben wir viel Glück gehabt in diesem Lande, dass nichts passiert ist. Wenn Sie sich die Videos anschauen über die Demonstrationen damals in Rostock - das hat uns schon große Sorgen gemacht.

Und wir haben auch das Rechtsradikalenproblem immer gesehen. Wir hatten „Blood & Honour“ damals; habe ich schon wiederholt erwähnt. Es gab andere rechtsradikale Strömungen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat regelmäßig dazu vorgetragen.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Sehen Sie ein persönliches Versagen oder einen persönlichen Fehler?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ich würde sagen, ich habe, wenn ich das so in der Retrospektive sehe, wie wir alle, diese Sache nicht erkannt. Ob das ein Fehler ist oder ob das schuldhaft ist, lasse ich mal offen. Aber jedenfalls war es objektiv ein Versagen, ja wohl. Wir hätten das erkennen können.

Auf der anderen Seite: Wenn Sie Verantwortung tragen, wie ich sie getragen habe - Sie treffen viele Entscheidungen, und ich habe, glaube ich, auch sehr viele Entscheidungen richtig getroffen - -

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Wir haben ja - -

**Zeuge Dr. August Hanning:** Und deswegen würde ich sagen: Es ist ein Fall, ein gravierender. Aber es ist *ein* Fall, und deswegen würde ich so weitgehende Schlussfolgerungen, wie Sie sie gezogen haben, daraus nicht ziehen.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Über die Frage der Abteilungszuordnung und der Zusammenlegung haben ja die Kollegen schon gefragt beim BfV. Allerdings, sage ich mal so: Damals wurde auch viel über Terrorcamps gesprochen, beispielsweise über Terrorcamps in Pakistan und anderswo, im Fernen Osten. Wir sprechen ja aktuell über Terrortrainingscamps von Rechtsradikalen direkt in der Nähe Deutschlands, also das heißt auch, gerade zum Beispiel an der Grenze zu Tschechien, also in Tschechien, in Holland. Auch wissen wir von Schießständen in der Schweiz. Gab es dazu keine Erkenntnisse? Gab es dazu keine Warnungen an den BMI?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ich kann mich noch erinnern: Es gab sogar Videosequenzen über Übungen in Tschechien, die vom Bundesamt für Verfassungsschutz gezeigt worden sind. Also, natürlich gab es da auch Erkenntnisse. Die sind auch vorgetragen worden, sind auch ausgewertet worden.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Aber nicht ernst genommen worden.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Natürlich sind die ernst genommen worden. Alles, was das BfV uns vorgetragen hat - das können Sie in den Verfassungsschutzberichten nachlesen -, hat das Bundesministerium des Innern sehr ernst genommen, Herr Abgeordneter.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Aber Sie sagten vorhin auch, Erkenntnisse wären da verhältnismäßig spärlich gewesen im internationalen Bereich oder im nationalen Bereich. Gut. Nicht gut, aber ich will es jetzt mal dabei bewenden lassen.

Was mich interessiert, ist: Wir haben in MAT BMI-4/003 (?), Seite 216, von einer AG OIREX - das ist die Arbeitsgruppe Operativer Informationsaustausch Rechtsextremismus - gelesen, wo Sie in einer Besprechung mit Frau Harms - - Sie und Frau Harms sich darüber unterhalten haben. Was war denn das für eine Arbeitsgruppe?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Sagt mir im Augenblick nichts, sorry. Das sage ich Ihnen noch; weiß ich nicht. Worum ging es denn da?

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Es geht um - - Das will ich ja gerade wissen.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Die Arbeitsgruppe heißt Operativer - -

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ich bitte um Verständnis. Ich habe viele Gespräche, und mich immer gerne mit Frau Harms unterhalten, aber ich hätte schon ganz gerne gewusst, in welchem Zusammenhang.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Die Arbeitsgruppe heißt AG OIREX, Arbeitsgruppe Operativer Informationsaustausch Rechtsextremismus.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Möglicherweise ist das eine Arbeitsgruppe gewesen zwischen BKA und BfV. Vermutlich ist es so, aber vermutlich. Die ganzen Abkürzungen in den Apparaten kann ich jetzt auch nicht mehr alle - -

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Das war ein Gesprächsvermerk, wie gesagt, zitiert - -

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, vermutlich ging es darum: Der Generalbundesanwalt hat ja immer eine besonders enge Zusammenarbeit mit dem BKA, und vermutlich geht es um die Abgrenzung der Arbeit BKA im Verhältnis zum Generalbundesanwalt, im Verhältnis zum BfV. Vermutlich - - Aber ich vermute wirklich - ich spekuliere -, dass das zu tun hat mit dem Zuständigkeitsproblem. Ich glaube, die Abgeordnete Pau hat das eben schon angesprochen. Es ist manchmal nicht ganz einfach, und es knirschte und bedurfte manchmal der Justierung zwischen den beteiligten Behörden. Vermutlich wird das der Fall gewesen sein.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ich finde auch nur diesen Hinweis. Mehr finden wir bisher in den Akten - wir haben sie durchsucht - auch nicht, ob das da beispielsweise über V-Männer ging, Austausch mit dem GBA und Ähnliches, keine Ahnung. Mich würde interessieren - - Aber wenn Sie sagen, Sie haben auch keine, dann werden wir dem mal noch weiter nachgehen müssen,

um herauszufinden, wie da tatsächlich der Zusammenhang ist.

Herr Hanning, es gab beim IMK-Treffen am 17.11.2006 einen Beschluss, und zwar den Beschluss Nummer 182. Darin ging es um die Finanzquellen der rechtsextremistischen Kreise. An die Sitzung können Sie sich sicherlich erinnern.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Aber nicht an den Beschluss.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Aber dieser Beschluss - das ist das Interessante -: Es gab das gleiche Thema - Finanzquellen rechtsextremistische Kreise - bei einem Treffen noch mal am 07.12.2007 und am 19.11.2010.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Abgeordneter, worum ging es denn inhaltlich?

(Petra Pau (DIE LINKE): Das wissen wir nicht!)

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ja, es steht nur drin: „Inhalt nicht vorgesehen“. Wir kennen nur die Tagesordnung der IMK, und da steht drin: „Finanzquellen rechtsextremistische Kreise“, war die jeweilige Überschrift. Inhalt nicht ausgedruckt, weil geheim gehalten. Wissen Sie davon?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, wenn das auf der Tagesordnung stand, habe ich zumindest davon gewusst. Aber ich weiß nicht, die Tagesordnung der Innenministerkonferenz hat wie viele Nummern? Ich glaube, Sie haben ja schon eine vorgelesen.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Das war die Nummer 182. Das ist richtig.

**Zeuge Dr. August Hanning:** 182. Ich weiß nicht, an wie vielen Innenministerkonferenzen ich teilgenommen habe, und ich bitte um Nachsicht, dass ich die einzelnen Nummern zu den einzelnen Konferenzen auch nicht mehr zuordnen kann.

Ich nehme an, dass es in der Tat um Finanzquellen ging. Ich weiß nicht, in welchem Zusammenhang. Ich müsste mir erst den Vorgang anschauen. Dann würde mir das sicher wieder einfallen.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Wie würden Sie denn - - Wir können Ihnen leider

auch nur das vorlegen, weil wir nur die Tagesordnung kennen. Aber das Thema „rechtsextremistische Finanzquellen“, welche Rolle hat das bei Ihnen gespielt, national, international?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Das war immer im Zusammenhang mit dem Rechts-extremismus zu sehen. Die Frage ist ja immer: Wie ist sozusagen das Spendenaufkommen? Das spielte bei der NPD immer eine Rolle. Wie ist das eigentlich mit „Blood & Honour“ gewesen? Ich komme wieder auf das Thema, aber das nenne ich mal stellvertretend für viele andere Organisationen. Es war nicht nur „Blood & Honour“. Und dann spielten diese Konzerte eine große Rolle im rechtsradikalen Bereich, wo dann Geld gesammelt wurde, auch direkt.

Insoweit spielte also schon die Aufspürung der Geldquellen eine große Rolle, zumal man daraus dann ja auch weitere Schlussfolgerungen ziehen konnte auf die operative Arbeit dieser Gruppen. Also, insoweit war das schon immer ein wichtiges Thema.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Welche -- Gab es da besondere Erkenntnisse auch über europäische Netzwerke im Hinblick auf die Finanzierung? Weil Sie jetzt „Blood & Honour“ auch ansprechen.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, die gab es aus meiner Sicht schon. Aber jetzt -- Ich kann mich da an die Einzelheiten nicht erinnern. Es gab immer gute Querverbindungen oder enge Querverbindungen nach Großbritannien; das weiß ich. Es gab auch einzelne Spender, die auch da eine Rolle spielten. Also, ich weiß es aber aus dem Gedächtnis nicht mehr.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Und an der Stelle auch die Frage noch mal: Gab es da beispielsweise Abstimmungen mit anderen Behörden, zum Beispiel auch mit dem BMF bzw. mit dem Zoll in der Richtung, wenn es darum ging, Finanzquellen, also beispielsweise auch die Verbindung zur organisierten Kriminalität, auch im Ausland, aber auch zum Beispiel Waffenschmuggel bzw. auch Menschenhandel an der Stelle anzusprechen?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, ich glaube, es gab auch immer wieder Versuche. Aber es gibt auch gesetzliche Beschränkungen, Herr Abgeordneter. Wenn ich mich recht erinnere, ist es ja so, dass Anfragen auf Konten, ich glaube, dem Bundesamt für Verfassungsschutz nicht gestattet sind. Also, die Finanzverwaltung hatte --

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Dem BKA oder dem BMI schon, wenn ich das richtig sehe.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Wolff.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Wenn ich das richtig sehe. Also, insoweit gab es da durchaus rechtliche Grenzen des BfV.

(Die Jalousien fahren herunter)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. -- Wir stellen gerade sicher, dass der Zeuge sich nicht in einer Verhörssituation befindet und nicht geblendet wird.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, bin ich ein bisschen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und die Gäste natürlich auch nicht. -- Das Frage-recht wechselt zur Linksfraktion. Frau Pau, bitte.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Ja, auf das Knirschen kommen wir gleich noch mal zurück zwischen Verfassungsschutz oder Nachrichtendienst und der Polizei.

Aber erst mal habe ich noch eine andere Frage, und zwar: Können Sie sich erinnern, dass das nach dem Bombenanschlag in der Keupstraße 2004 in der Nachrichtendienstlichen Lage eine Rolle spielte?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, ich kann mich nicht konkret erinnern; aber es ist eigentlich nach jedem Anschlag dieser Art ein Bericht in der nachrichtendienstlichen Lage erfolgt. Deswegen vermute ich, dass das auch hier der Fall ist.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Ja, ich frage das vor einem besonderen Hintergrund. Wir wissen, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz kurz nach diesem Bombenanschlag unangefordert selbstständig eine Analyse

vorgelegt hat, wo dieser Bombenanschlag - Begehungsweise, Tatmittel, alles, was damit zusammenhängt - verglichen wird mit der Vorgehensweise von „Combat 18“ bei Bombenanschlägen 99 in London. Aus uns noch nicht nachvollziehbaren Gründen ist diese Expertise ja zumindest nicht bei den vor Ort ermittelnden Polizisten angekommen. Die Frage ist: Haben Sie Kenntnis davon erlangt, dass es so was gab?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Darf ich Sie mal nach dem genauen Zeitpunkt fragen?

**Petra Pau (DIE LINKE):** 2004, Bombenanschlag in der Keupstraße, Nagelbombenanschlag.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Da war ich Präsident des Bundesnachrichtendienstes. Deswegen kann ich dazu jetzt wenig beitragen.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Nein, für mich war ja nur wichtig, ob das in der nachrichtendienstlichen Lage in irgendeiner Weise eine Rolle gespielt hat.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Noch mal: Ich kann mich nicht konkret daran erinnern; aber es würde mich sehr wundern, wenn es nicht geschehen wäre.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja, wenn das Bundesamt so etwas erstellt, ist ja die spannende Frage: Wird das nicht nur an die örtliche Polizei übermittelt, sondern die müssen ja einen Gedanken dahinter gehabt haben, und dann wäre vielleicht auch der Bundesnachrichtendienst ins Gespräch gekommen, wenn das Bundesamt sagt: Hier gibt es eine Blaupause aus London, und wir stellen euch das hier mal zur Verfügung. - Die haben sogar noch mehr gemacht. Die haben sich mal umgeschaut, wer in Nordrhein-Westfalen sich zu diesem Netzwerk hingezogen fühlt und gegebenenfalls damit irgendwie umgehen kann. Aber Sie können sich daran nicht erinnern? Können Sie nicht? - Gut.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nein, ich meine, Sie haben Recht: Im Nachhinein erstaunt das ein bisschen, wie schnell man die Dinge beurteilt hat und dass die Polizei, wie Sie sagen, nicht in Besitz dieser Informationen kam. Aber wenn ich es richtig sehe,

wollte sie das möglicherweise auch gar nicht. Ich weiß es nicht. Jedenfalls gab es da Defizite in der Zusammenarbeit, unstrittig. Wie das aufgearbeitet worden ist im Verhältnis Bundesamt für Verfassungsschutz zum Bundesinnenministerium, kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich einfach damals nicht in der Verantwortung war.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Klar. - Gut, dann kommen wir jetzt noch mal zurück zum gelegentlichen Knirschen in der Zusammenarbeit oder auch in der Arbeit.

Sie konnten sich vorhin nicht erinnern an den Konflikt, der in Ihre Staatssekretärszeit fällt, zum Thema „Blood-&-Honour“-Nachfolgeaktivitäten zwischen BKA und Bundesamt. Wir wissen nun aus dem *Spiegel* vom 4. November 2012, dass es in den Jahren 1996/1997 einen eskalierenden Streit zwischen Bundeskriminalamt und Bundesamt für Verfassungsschutz gegeben haben soll.

Laut *Spiegel* soll ein 14-seitiges Thesenpapier des BKA erstellt worden sein, in dem dem Bundesamt für Verfassungsschutz anhand exemplarischer V-Mann-Fälle - einer der V-Männer findet sich übrigens im Telefon- und Adressbuch von Uwe Mundlos - dargestellt wurde, dass V-Leute vor der Strafverfolgung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz offensichtlich geschützt wurden bzw. diese V-Leute gleichzeitig als Führungskader ganze Neonazistrukturen erst aufgebaut haben, die dann durch die Polizei bekämpft werden müssen.

Können Sie sich aus Ihrer Zeit als Geheimdienstkoordinator an diesen ja doch recht ungewöhnlichen Vorgang - das BKA erstellt ein Thesenpapier und geht in die Auseinandersetzung - 1997 erinnern?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, ich kann mich konkret an diesen Vorgang nicht erinnern. Ich kann mich aber daran erinnern, dass das natürlich ein permanentes Problem war, die Frage „nachrichtendienstliche Verbindungen, Quellen im Verhältnis zur Strafverfolgung“. Und ich füge hinzu: Auch die Besteuerung spielte eine Rolle. Das Steuerproblem haben wir dann gelöst durch Pauschalbesteuerung, aber - -

**Petra Pau (DIE LINKE):** Aha, das würde mich gelegentlich mal interessieren, aber da stelle ich eine Anfrage. Da müssen wir jetzt nicht die Zeit - - Gut.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Aber das war sozusagen immer ein Problem.

Wissen Sie, das ist im Terrorismusbereich, auch im Bereich OK immer sehr schwierig. Auf der einen Seite - wie sagt man immer so flapsig -: Wenn man aufklären will im Terrorismusbereich, darf man nicht zum örtlichen Pfarramt gehen. - Also, Sie müssen in die Szene rein. Wenn Sie in die Szene reingehen, haben Sie es natürlich mit Leuten zu tun, die in irgendeiner Weise beteiligt sind. Und wenn Sie bei der Quellenführung nicht sehr aufpassen, kommen Sie sehr schnell in die Problematik rein, dass Sie plötzlich sozusagen Kenntnisse haben oder mit Leuten in Verbindung stehen, die möglicherweise sogar steuernd sind oder die Gefahren heraufbeschwören. Auch das können wir, glaube ich, in diesem Fall ja durchaus erleben.

Deswegen ist es ganz entscheidend, dass man hier klare Grenzen zieht. Die Grenze, zu sagen, jeder, der strafbar gewesen ist, der darf nicht mehr als Quelle dienen, die klingt gut, ist aber in der Praxis schwierig.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut, das müssen wir jetzt an der Stelle, was die Quellen und die V-Leute betrifft - - Da kommen wir beide in diesem Leben sowieso nicht mehr zusammen, was den Sinn dieser Maßnahmen betrifft.

Mir geht es eigentlich um was anderes. Ich möchte Ihnen dazu was vorhalten, und zwar aus MAT A BMI-3/23 die Seiten 29 ff.. Da erhielt das Bundesministerium des Innern, Abteilung IS II - in dem Fall konkret Herr Förster - man kann es schon bezeichnen als ein „Jammerfax“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Hintergrund: Die Staatsanwaltschaft Halle und das LKA Sachsen-Anhalt führten seit einem „Blood-&-Honour“-Konzert in Annaburg im November 2000 ein Ermittlungsverfahren gegen Aktivisten von „Blood & Honour“, darunter übrigens auch einige, die - das wissen wir heute - dem NSU-Unterstützernetzwerk zuzuordnen sind.

Nun schreibt das Bundesamt für Verfassungsschutz im April 2002 zu Ermittlungen und Durchsuchungen:

Nach Auskunft des Bundeskriminalamtes vom heutigen Tage hatte das Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt, vermutlich in Abstimmung mit der zuständigen Staatsanwaltschaft, dem BKA zwar die Unterrichtung des Bundesminis-

teriums des Innern und des Generalbundesanwalts gestattet. Die des BfV sollte aber - aus ermittlungstaktischen Gründen - ausdrücklich nicht erfolgen. Auch die Landesbehörde für Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt war seitens der Staatsanwaltschaft und Polizei nicht informiert worden.

Das BfV regt an, dieses Vorgehen mit dem Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt zu erörtern.

Ich weiß, Sie waren zu dieser Zeit nicht Staatssekretär, aber haben Sie irgendeine Idee, warum Staatsanwaltschaft und Polizei um jeden Preis verhindern wollten, dass das Bundesamt und das Landesamt Kenntnis von geplanten Durchsuchungen bei „Blood-&-Honour“-Aktivisten bekommen?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ich kann da auch nur spekulieren, aber das erinnert mich an ähnliche Fälle, ich glaube, in Brandenburg.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Bitte?

**Zeuge Dr. August Hanning:** In Brandenburg gab es ja ähnliche Fälle, dass offenbar die Sorge bestand, dass da Quellen oder nachrichtendienstliche Verbindungen des Amtes oder des Landesamtes die Ermittlungsmaßnahmen stören könnten. Ich vermute, dass das der Hintergrund war. Ich kann aber auch nur spekulieren, Frau Abgeordnete. Ich weiß es nicht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Frau Pau, denken Sie an die Zeit?

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ich denke an die Zeit und verlagere mich in die nächste Runde.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann hat das Fragerecht jetzt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Wieland.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Danke schön. - Noch mal zurück zu Garmisch-Partenkirchen. Da war ich ja leider unterbrochen worden, Herr Hanning.

Wir haben gerade - - Kollege Ströbele hat ein Bild, dass Sie in Seeon waren mit den Staatssekretären, hier hervorgezaubert, in Vorbereitung von Garmisch. Aber wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben die

Staatssekretäre ja gar nicht mehr darüber geredet, über diesen Punkt. Nur Beckstein hat irgendwas gemunkelt am Rande.

Dieses Schreiben von Frau Högl, was sie schon erwähnt hat, diese sogenannte Leitungsvorlage, Datum 3. Mai: Wie wird denn eine solche Vorlage im BMI eigentlich vorgelegt, nackt oder mit dem Vorgang, mit der Akte?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Die wird nackt vorgelegt.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Auch dem Staatssekretär?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Auch dem Staatssekretär, es sei denn, er bittet um Rücksprache und Vorlage der Akten.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und ich nehme mal an, Sie werden sich nicht mehr erinnern, ob Sie die - -

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Abgeordneter, nur als Bemerkung: Anderenfalls, wenn Sie den Stapel an Ministervorlagen sehen, der den Minister jeden Tag erreichen, das müssten Sie sozusagen - -

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, deswegen frage ich ja nach dem Staatssekretär. Wissen Sie, in meinem nächsten Leben schreibe ich darüber mal eine Doktorarbeit: Was ist einem Minister vorzulegen? Das ist eine spannende Frage. - Aber jetzt in diesem Leben hatte ich gefragt nach dem Staatssekretär: Bekommt der den Vorgang, oder bekommt der nur das Schreiben? Und weiß der Staatssekretär Hanning a. D. noch, ob er sich den Vorgang kommen ließ zu diesem Schreiben?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, der Staatssekretär Hanning weiß das nicht mehr; aber er weiß aus seiner Erfahrung, wie er solche Vorgänge gehandhabt hat: dass er die ohne Akten bekommen hat und dass er auch die Akten nicht angefordert hat, weil ja klar war, dass über den Vorgang im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Innenministerkonferenz mündlich gesprochen wurde. Und ich war auch schon vorher, glaube ich, unterrichtet, dass das ein Problem gab.

Wissen Sie, es finden ja mehrere Gesprächskontakte statt im Rahmen der Vorbe-

reitung einer derartigen Innenministerkonferenz. Man beginnt relativ früh, man macht die Vorbereitung, dann guckt man sich die Vorbereitung an, dann überlegt man: Wie sieht das ganz am Schluss aus? Also, das hat ja lange Prüf- und Vorbereitungsstandards.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich muss ein bisschen unhöflich sein, weil ich ja immer hier abgewunken werde.

Also, in diesem Schreiben steht drin - das will ich Ihnen ja nicht vorenthalten -:

... Nach Telefonaten zwischen BMI und IM-BY auf AL-Ebene

- auf Abteilungsleiterebene -

sowie P-BKA

- Präsident BKA -

zeichnet sich die Einrichtung einer gemeinsamen „Steuerungsgruppe“ unter Federführung BY und Beteiligung der anderen betroffenen Länder sowie des BKA ab.\*

So kam es dann auch.

Gehe ich denn recht in der Annahme, Herr Hanning, dass das beweist, dass eben schon vor dem 3. Mai das Ganze telefonisch sozusagen geklärt war und runtergekocht war?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Das weiß ich nicht, Herr Abgeordneter.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, anders ist das - -

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ich lebe in der Vorstellung, dass das noch mal erörtert worden ist in Garmisch, dass man dann den Beschluss oder die Entscheidung so gefällt hat. Sie tragen vor aus Unterlagen, aus denen sich ergibt, dass dieses Gespräch vorbereitet worden ist. Das ist gut möglich.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, das ist das Schreiben, was Sie gegengezeichnet haben. Das ist alles in diesem Schreiben drin.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja gut, ist möglich.

---

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BMI-4/30, Seite 88.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da geht es um Geld, und im Nachsatz wird dann gesagt: „Zunächst mal: Wenn wir was geben, können wir leichter Einfluss nehmen“, zu dieser Belohnung. So haben Sie es ja auch vorgetragen. Und dann kommt aber gleich dieses: Nach Telefonaten zeichnet sich schon diese Lösung ab.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Dann wird es so gewesen sein, ja.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Jetzt will ich Ihnen mal vorhalten, was uns hier der Herr Kindler als Zeuge gesagt hat, den Sie ja gut kennen -

**Zeuge Dr. August Hanning:** So ist es.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - aus langjähriger Bekanntschaft. Der hat gesagt, dass ein Herr Mikulasch von einem Gespräch kam und ihn da informiert hat, was man da auf Fachebene gesagt hat. Dann sagt Kindler wörtlich:

Auf meine ruhige Entgegnung hin, dass das BKA schon noch mit uns reden werde, antwortete Herr Mikulasch: Das werden sie nicht tun. Das sei nämlich bereits entschieden zwischen dem BKA und dem Bundesinnenministerium. Es ist da geredet worden zwischen Herrn Falk und Herrn Hanning. - Aber das kann ich nicht mehr so genau sagen. Das BKA soll dies nach § 4 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BKA-Gesetz mit dem BMI entschieden haben.

Und dann geht er noch weiter und beklagt sich sozusagen vehement darüber, dass man da Regelungen schon vorbereitet habe, ohne mit Bayern zu sprechen, vor dem Hintergrund, dass Bayern zwei Jahre vorher die schriftliche Kapitulation geschickt hatte: Wir übergeben alles.

Frage an Sie: Ist das denn nicht verständlich, dass sie jetzt mal sagen: Was ist das für ein Stil? 2004 wollen sie nicht, und jetzt fädeln sie so was hinter unserem Rücken ein, BKA zu Bundesinnenministerium, ohne uns vorher gefragt zu haben.

Also, ich bin fern davon, ein Freund der CSU oder von Herrn Beckstein zu sein, und auch nicht von Herrn Kindler, aber ein gewisses Verständnis für diese Stilfrage kann ich aufbringen.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Wissen Sie, Sie fragen jetzt: Wie ist das abgelaufen auf der Fachebene zwischen BKA und Bayern? Wer hat mit wem geredet, und welchen Inhalt? Ich kann Ihnen sagen: Im Vorlauf von Innenministerkonferenzen und von solchen Entscheidungen werden viele Gespräche geführt. Da wird ja auch ein Gespräch da mit Herrn Falk erwähnt, an das ich mich auch nicht mehr konkret erinnern kann.

Damals war die Ausgangslage die: Es gibt hier ein Problem, und wir versuchen, das Problem zu lösen. Ich fasse das mal einfach so zusammen.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Mit den ganzen Verwundungen im Vorhinein habe ich jetzt wenig zu tun gehabt. Da war ich auch nicht im Amt. Ich selbst habe immer ein gutes Verhältnis zu den Bayern angestrebt, habe ich auch immer gehabt, und insoweit ist da sehr vieles sicher auch informell gelaufen, ja.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nur das Problem ist doch, dass bei diesem ganzen Konsensprinzip, das man dann im Ergebnis irgendwie durchgesetzt hat, nach Ansicht des BKA die drittschlechteste Lösung rauskam. Das BKA wollte in der Situation die Übernahme der Ermittlungsführung. Dann haben sie hilfsweise in diesem Brief von Falk geschrieben: Wenn wir das nicht bekommen, wenigstens eine sogenannte LIST beim BKA. - Auch das haben sie nicht bekommen.

Im Ergebnis gab es die Steuerungsgruppe, und da sagt Herr Falk heute - Sie haben es gehört von der Kollegin Högl -: Das Ganze war kriminalfachlich stümperhaft organisiert. Er legt auf das „organisiert“ wert, dass er es darauf bezogen hat. Und unsere Einschätzung nähert sich dem an, weil die Mängel ja alle sichtbar waren.

Und Ihr Argument nun immer, Tatortarbeit soll man vor Ort machen, das ist ja richtig. Das war doch gar nicht anders geplant. Es sollte nur einer den Hut aufhaben. Es sollte einer die Richtung vorgeben. Es sollte einer alle Informationen haben, gemeinsam fahnden können, gemeinsame Aufrufe machen, aber in einer Hand sozusagen. Nicht, dass der alles tut, aber dass er die Koordinierung macht.

Und da sagen Sie uns nun auch: Ja, das BKA ist gar nicht so herrlich. Millionen geben wir da jedes Jahr, und jedes Jahr mehr, weil wir diese Zentralstelle für notwendig halten, weil wir die Vorstellung haben, da sitzen die besten Kriminalisten. Offenbar ganz falsch, wie Sie hier - -

(Der Zeuge lacht)

- Ja, offenbar wirklich ganz falsch. Wenn das auch Mittelfranken kann oder sonst wer, haben wir da alle Trugbilder im Kopf gehabt. Wichtig für die nächste Haushaltsrunde.

Noch mal, Herr Hanning: Es kam bei diesem Ganzen, wo ja Animositäten und sonst was dazukommen mögen und was man so plaudert, und „Bienenschwarm einer Innenministerkonferenz“ - - ist ja wahrscheinlich alles richtig. Nur es kam nicht die korrekte Lösung dabei raus, und da haben Sie eine Verantwortung als Innenstaatssekretär, denn Sie sind für beide Stränge zuständig gewesen, Polizei und Nachrichtendienst, und letztlich auch in einer solchen Frage, wenn sich eine nachgeordnete Behörde an das Innenministerium wendet und sagt: „Bitte Unterstützung“, eigentlich auch dafür, dass dann diese Unterstützung gegenüber den Ländern wirksam wird.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Fragezeichen. - Herr Hanning.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, meine Frage an den Zeugen ist immer: Sie sehen das doch wohl nicht anders?

(Heiterkeit)

**Zeuge Dr. August Hanning:** Meine Antwort ist: Ich sehe das völlig anders, und zwar beginnend mit dem BKA. Also, ich habe über die Ermittlungskompetenzen gesprochen. Ich habe nicht über das Bundeskriminalamt als Behörde gesprochen, was in einem aus meiner Sicht hervorragenden Zustand ist und gute Arbeit leistet. Das will ich einfach am Anfang mal klarstellen.

Ad 2: Die Lösung, die Sie hier als wünschenswert betrachten, die verlangt natürlich, dass man sich verständigt und einigt, und wenn Sie keine Einigung herbeiführen, dann können Sie diese Lösung auch nicht erreichen. Also muss man einen Konsens finden im Kompromisswege. Anders geht das nun mal nicht im Bereich der inneren Sicherheit,

zumal Bayern originäre Kompetenzen zu Recht - zu Recht - beansprucht hat. Also, insoweit muss man doch mit denjenigen vernünftig - -

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In anderen Lebenszusammenhängen führt man dann Chefgespräche - wenn ich Sie mal unterbrechen darf.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Richtig. Wissen Sie, und wenn uns das eine oder andere in Bayern nicht gefällt - das kommt häufig vor, nicht nur in unserem Bereich -, dann haben wir noch längst nicht das Recht, sozusagen die Sache sofort an uns zu ziehen.

Und damals war es so: Das BKA hat vortragen, hat gesagt: „Wir haben die Probleme“, und der Vorschlag war: Wir besprechen das gemeinsam und versuchen, die Probleme zu lösen. Dazu ist es gekommen, und das Ergebnis war: Wir sind damit einverstanden. Und das BKA hat sich damit einverstanden erklärt, Herr Abgeordneter.

Ich bin doch nicht derjenige, der jetzt die Facharbeit des BKA zu machen hat als Staatssekretär. Ich habe das zu akzeptieren. Wenn mir ein BKA und eine Spitze, der ich sehr vertraut habe, nämlich Herr Ziercke und Herr Falk, wenn die mir sagen: „Jawohl, wir können damit leben“, dann muss ich das als Staatssekretär akzeptieren, und ich kann schlecht hingehen zu den anderen Staatssekretären und sagen: Ja, also, das BKA ist da zwar mit einverstanden, aber ich bin eigentlich aus polizeifachlicher Sicht der Meinung, das muss dies - - So können wir nicht miteinander reden, und so agieren wir auch nicht, und das ist auch nicht der Stil einer Innenministerkonferenz.

Also, wenn das BKA dem zugestimmt hat, wenn die Fachabteilung des Hauses dem zugestimmt hat, wenn gesagt wurde: „Es gab Defizite, aber wir haben eine Abmachung getroffen, um diese Defizite aufzuarbeiten bzw. eine gemeinsame Lösung zu finden“, dann habe ich das als Staatssekretär zu akzeptieren.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir sind am Ende der zweiten Berliner Runde und kämen jetzt zur dritten. Die Union hat noch Fragen?

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Wir haben keine Fragen mehr.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das ist nicht der Fall. Die SPD-Fraktion hat das Fragerecht. - Auch nicht der Fall. Die FDP-Fraktion? - Nein. Linksfraktion?

(Clemens Binninger (CDU/CSU): So schnell kann es gehen, nicht?)

Frau Pau.

**Petra Pau (DIE LINKE):** So schnell kann es gehen. - Ich habe noch zwei Fragen.

Herr Hanning, wir haben uns ja jetzt damit befasst, dass die Behörden im weitesten Sinne nicht - aus welchen Gründen auch immer; das müssen wir ja hier aufklären - erkennen konnten, nicht erkannt haben, dass wir es hier mit Rassismus und Rechtsextremismus zu tun haben.

Nun hat meine Fraktion, Die Linke, im Jahr 2007, nachdem in Kassel im Mai im Jahre 2006 schon eine Demonstration stattgefunden hat unter der Überschrift „Kein 10. Opfer!“ und in der türkischen wie auch in der griechischen Community diese Mordfälle auch sehr öffentlich diskutiert wurden, eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet. Das ist die damalige Drucksache 16/4953. Da ging es darum, wie die Bundesregierung diese Mordserie einschätzt, ob die Bundesregierung sich interessiert für den Fortgang der Ermittlungen, ob es Zusammenarbeit gibt mit ausländischen Behörden, aber unter anderem auch um die Frage, wie die Bundesregierung sich zu den Ängsten in der türkischen und griechischen Community verhält, die also hier sehr deutlich öffentlich thematisierten, dass sie davon ausgehen, dass es hier um rassistische Motive geht und dass sie sich nicht genügend geschützt fühlen.

Die Antwort auf diese Frage ist von Ihnen gezeichnet an dieser Stelle und - um es mal vorsichtig zu umschreiben; ich kann Ihnen das gerne auch noch mal vorlegen oder mitgeben - ausgesprochen dürftig, weil es wurde uns nur mitgeteilt, dass die Bundesregierung zu laufenden Ermittlungsverfahren prinzipiell keinerlei Stellung nimmt. Zur Frage: „Wie geht man mit den türkischen Ermittlungsbehörden um, und wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass der oder die Täter gezielt türkische oder türkisch aussehende Opfer auswählen, und was folgt daraus?“, wurde uns mitgeteilt: Siehe Antwort 1; wir geben prinzipiell keine Auskunft. - Auf die Frage, inwieweit man Aufklärungsmaßnahmen in irgendeiner Weise erwägt,

wurde nur mitgeteilt: Das liegt in der Zuständigkeit der für polizeiliche Maßnahmen zuständigen Länder. - Das ist alles.

Können Sie in irgendeiner Weise erinnern - also, diese Anfrage und die Zuarbeiten dazu werden Ihnen ja irgendwie zugestellt worden sein -, ob Sie da Gedanken darauf verwandt haben, ob das angemessen ist, eine solche Antwort, wenn Ihnen schon nahegelegt wird, auch über rassistische Motive und Beunruhigung in größeren Bevölkerungsgruppen nachzudenken?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, zu spekulieren über laufende Ermittlungsverfahren, das ist nicht Stil der Bundesregierung.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Das ist mir klar. Aber wir haben ja nicht nur nach Ermittlungen gefragt, sondern auch nach öffentlichen Debatten.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Na gut, aber in der Sache läuft es darauf hinaus, und ich habe insoweit die ständige Praxis der Bundesregierung nicht zu beanstanden, Frau Abgeordnete.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut, dann die zweite angekündigte Frage. Ich gestehe, dass wir das erst gestern Abend gefunden haben, da uns gestern noch Akten vor der heutigen Vernehmung zugegangen sind. Aber ich möchte das gerne hier noch mal vortragen und auch nach Ihrer Bewertung einfach dieses Vorgangs fragen.

Wir sind bisher davon ausgegangen, dass das Trio auch gerade in der Zeit, in der Sie als Staatssekretär im Bundesinnenministerium tätig waren, völlig vom Schirm der Ermittlungsbehörden verschwunden war, im Prinzip. Nun möchte ich Ihnen gerne MAT A BKA-2/46, Blatt 114 bis 118 in Auszügen vorlesen. Es geht um eine Durchsuchung bei Thorsten Heise, also einem bundesweit bekannten Neonazi, den wir ja im NSU-Komplex jetzt wieder auf dem Schirm haben.

Im Jahr 2007 wurde bei Thorsten Heise wieder einmal eine Hausdurchsuchung vorgenommen - es ging um Rechtsrock-CDs, die Produktion usw. -, und den Ermittlern fielen drei Kassetten aus einem Aufnahmegerät in die Hände, die das BKA dann im Mai 2009 - 2007 war die Durchsuchung - schriftlich auswertete. Zum Inhalt heißt es dann in MAT A BKA-2/46, Seite 116/117, die Kasette gebe ein Gespräch wieder zwischen

Tino Brandt, Thorsten Heise und einer dritten Person. Dabei wurden nachfolgende Begriffe genannt, unter anderem:

- Beate SCHÄFER (oder) SCHÄDLER (phon.)
- Uwe (oder) Udo MUNDLOS (phon.)
- Udo BÖHMER (phon.)

- und, in Klammern -

(letztgenannten 3 Personen seien verschwunden)

Und weiter:

Im Verlauf des Gespräches würde HEISE gerne wissen, wo das Geld, das auf dem Weg zur Übergabe vor ca. 14 Tagen in KAPPKES Handschuhfach verschwunden sei.

Zitat Ende.

Nun hat das BKA ja also 2009 Kenntnis erlangt von der Aufzeichnung eines Gesprächs, wertet das aus - Thorsten Heise hatte das offensichtlich mitgeschnitten -, und das BKA kriegt zur Kenntnis, dass es hier um verschwundene, abgetauchte Menschen geht. Wir wissen ja heute, dass das BMI uns selbst im Dezember 2011 nicht sagen konnte, wie viele Menschen aus dem Phänomenbereich Rechtsextremismus abgetaucht sind und gesucht werden mit Haftbefehl.

Der Sachbearbeiter fasst das Ganze jetzt zusammen: Eine unmittelbare Verfahrensrelevanz sei nicht ersichtlich. - Das ist sicherlich richtig. In Bezug auf Heise: Eine genaue zeitliche Einordnung sei ebenfalls nicht möglich. Und: Die Aufzeichnungen sind mehrheitlich bereits mehrere Jahre alt.

Also, ich gehe davon aus, dass Thorsten Heise ein Stein vom Herzen gefallen ist, nachdem diese Einschätzung vom BKA nach dieser Hausdurchsuchung und der Auswertung zwei Jahre später dann gefallen ist.

Aber für mich stellt sich natürlich ernsthaft die Frage - selbst wenn die Haftbefehle zu dieser Zeit nicht mehr bestanden -: Was müsste man eigentlich an Vorkehrungen treffen, wenn dem BKA solche Erkenntnisse Jahre später zur Kenntnis kommen, mindestens ein Klarnamen auftaucht, die Tatsache, dass da jemand Geld an Menschen, die abgetaucht sind, übergeben sollte, also welche Alarmglocken müssten da eigentlich klingeln? Wie müsste man das mit Vorgängen zusammenbringen? Ich will einfach aus Ihrer langen Erfahrung jetzt schöpfen und vielleicht auch noch eine Empfehlung haben.

(Abg. Clemens Binninger  
(CDU/CSU) meldet sich zu Wort)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Erst mal die Beantwortung, oder?

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Nein, nur eine Frage. Die dient vielleicht der Beantwortung.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Herr Binninger, gleich dazu?

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Nein, nur eine Frage zur Präzisierung der Fundstelle. Kann man erkennen, welche Organisationseinheit aus dem BKA mit diesem Fall - war das Abteilung Staatsschutz? - betraut war?

**Petra Pau (DIE LINKE):** ST 41.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Also Staatsschutz!

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Hanning.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Frau Abgeordnete, Sie werden verstehen: Ich kann mich jetzt zu den Einzelheiten der ganzen polizeilichen Ermittlungen nicht äußern.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Völlig klar.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ob die Bewertung richtig/falsch war, hängt eben von den übrigen Informationen ab: Wie fügt sich das ein? Und man kommt natürlich wieder zu dem Punkt, den ich ja schon an anderer Stelle deutlich gemacht habe: Wichtig ist, dass diese Art von Informationen eben zentral erfasst und ausgewertet wird, und das ist sozusagen ein ganz springender Punkt. Und wenn möglicherweise diese Informationen zur Kenntnis anderer gelangt wären, die da etwas mehr hätten mit anfangen können, dann wären das vermutlich noch gute Ermittlungsansätze gewesen. Aber das ist eine Spekulation von mir aus.

Noch mal: Ich kann und will jetzt hier nicht die polizeiliche Ermittlungsarbeit im Einzelnen erörtern.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Völlig klar. Ich wollte nur nicht die Chance verstreichen las-

sen, da wir, wie gesagt, gestern erst diese Unterlage bekommen haben, das dann hier auch entsprechend mit einzuführen. - Danke.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Jetzt hätte noch Bündnis 90/Die Grünen die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Herr Ströbele.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Hanning, ich komme jetzt zurück auf die Innenministerkonferenzen und auf Ihre Sicht bzw. die der Innenministerkonferenzen, wozu ich auch die Staatssekretäre rechne, zu der Mordserie. Diese Mordserie - das ist die Vorfrage dazu - lief bei Ihnen - jetzt bei Ihnen persönlich - eigentlich ausschließlich unter der Überschrift „ein dramatischer, schrecklicher Kriminalfall“. Oder haben Sie auch gedacht: „Das ist irgendwie jetzt eine rechtsextreme Geschichte“?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Na ja, dass es ein Kriminalfall war, ist ja wohl unstrittig, unter welchem Aspekt auch immer. Die Frage war immer: Welche Motive leiten die Täter? Und die Frage war natürlich: Wo sind die Täter zu suchen, in welchem Umfeld? Darüber haben wir uns ja schon hier ausführlich unterhalten. Und da war immer die deutliche Präferenz - aber von Herrn Falk in Person, auch das habe ich vorgetragen, auch immer wieder leicht angezweifelt -, dass dies im Bereich der organisierten Kriminalität zu suchen sei. Das war sozusagen das Bild, was ich seinerzeit hatte.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Erinnern Sie sich an die Kampagne der Innenminister, Gemeinsame Pressemitteilung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) und der Projektleitung Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes, Kampagne vorgestellt von Herrn Beckstein anlässlich wohl der Konferenz am 17. Februar 2006? Da ging es um eine Kampagne „Der Wolf im Schafspelz“ oder „Die Wölfe im Schafspelz“. Können Sie sich daran erinnern?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nicht konkret.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aufklärungskampagne

von Herrn Beckstein, waren Sie da mal mit befasst?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ich will das nicht ausschließen, aber ich kann mich -

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Da ging es um Rechts- extremismus.

**Zeuge Dr. August Hanning:** - an die verschiedenen Aufklärungskampagnen von Herrn Beckstein nicht erinnern, tut mir leid.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Es war ja nicht nur Herr Beckstein, sondern der war damals der Vorsitzende: IMK-Vorsitzender Dr. Beckstein stellte am 17. Februar 2006 gemeinsam mit dem Vor... usw. diese Kampagne vor. Weil, wenn ich die jetzt lese - da gibt es eine längere Presseerklärung dazu -, komme ich doch auf Gedanken, wo ich denke: Das kann doch wohl nicht wahr sein, dass die das damals so im Kopf hatten. Da geht es nicht nur um Wölfe im Schafspelz, sondern da geht es auch ganz konkret darum: Gefahren von heute sind die Straftaten von morgen, heißt es darin. Und ich will Ihnen noch ein Zitat sagen: „Aus ‚Reden‘ können schnell ‚Taten‘ werden“, alles auf Rechtsextremismus hin.

Das liest sich ja so, als wenn seinerzeit in der Innenministerkonferenz oder in der Vorbereitung - wo auch immer das entstanden ist - schon eine Gefahr von rechts gesehen wurde, und zwar eine, dass aus den martialischen Reden, die da immer wieder gehalten wurden, bzw. auch den Liedtexten usw. doch eigentlich Entsetzliches zu hören war, wo man dann sagte: Das könnte auch Realität werden.

Sind Sie nie mal auf die Idee gekommen, zu sagen: „Wenn wir schon so eine Kampagne machen - vielleicht ist auch diese Mordserie so zu erklären, und wir sollten das vielleicht ernster nehmen“?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Abgeordneter, hier ist ja so bei manchen Fragen der Eindruck erweckt worden, als ob Rechtsradikalismus sozusagen von den Sicherheitsbehörden nicht ernst genommen worden ist. Das ist nicht der Fall gewesen. Wir haben das - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, verbal ja.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Bitte?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verbal schon.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Wir haben das schon ernst genommen. Das können Sie auch in den Verfassungsschutzberichten nachlesen. Da wird immer ausführlich berichtet über die rechtsradikalen Strukturen. Das haben wir schon alles, glaube ich, sehr ernst genommen.

Was wir nicht richtig zugeordnet haben, das war, dass eine kleine Gruppe - so ideologisch verblendet, White Supremacy; so abgeschottet - in der Lage gewesen wäre, diese Mordserie in dieser Form durchzuführen. Das hatten wir in der Tat nicht auf dem Schirm. Entscheidend war in der Tat, dass wir die Verbindung nicht hergestellt haben zwischen den untergetauchten Tätern, wie wir heute wissen, und dieser Mordserie.

Aber dass man generell die rechte Gefahr nicht unterschätzen durfte, das war damals eigentlich Allgemeingut - auch unter dem Aspekt, wissen Sie: Die rechte Szene ist immer sehr affin gegenüber Waffen. Die meisten Waffenlagen finden Sie ja rechts. Also, von der rechten Szene geht sozusagen als unmittelbare Gefährdung für die öffentliche Sicherheit immer ein beachtliches Gefährdungspotenzial aus. Wir haben das mal untersucht - ich glaube, auch bei NPD-Mitgliedern - dass also die Anzahl der Waffendelikte gerade im rechten Spektrum besonders hoch ist.

Also, kurzum, was ich damit sagen will: Ja, das ist ein beachtliches Gefährdungspotenzial. Das ist auch gesehen worden. Was eben nicht gesehen worden ist, das ist die Verbindung zwischen Rechtsradikalismus und dieser Mordserie.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, das habe ich ja schon verstanden. Und wenn man das liest, traut man das eigentlich der Innenministerkonferenz so gar nicht zu. Da stehen auch viele richtige Sachen, was da an schrecklicher zusätzlicher Entwicklung drin ist. Und Sie beschäftigen sich ja offenbar damit - sonst würde ja nicht so eine Kampagne dann losgetreten - und ziehen eigentlich für die Praxis überhaupt keine Schlussfolgerungen

daraus, sondern ganz im Gegenteil - das ist Ihnen ja auch schon vorgehalten worden -: Die Berichte des Verfassungsschutzes, die ja das Bundesinnenministerium mit zu verantworten hat, die gingen ja immer dahin: Es gibt keine Gefahr von rechtsradikaler Gewalt.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, die Berichte des Verfassungsschutzes, Herr Abgeordneter, beschäftigen sich schon sehr ausführlich auch mit dem Phänomen Rechtsradikalismus. Und ich habe Ihnen ja auch schon hier vorgetragen, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz - und in Sonderheit der Präsident Fromm war immer sehr engagiert - auch über Rechtsradikalismus vorgetragen hat, auch über die Gefahren vorgetragen hat. Das ist, glaube ich, schon geschehen. Und Sie sehen ja auch, dass auch die Behörden in Bayern hier durchaus sensibel waren. Das kann man ja auch jetzt schließen aus dem, was Sie hier vorgetragen haben. Es gab durchaus eine Sensibilität in dem Bereich; aber wir haben es hier natürlich auch mit einer Mordserie zu tun, die sehr schwer aufzuklären war. Ich habe das ja in meinem Eingangsstatement dargestellt.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, weil Sie in die falsche Richtung ermittelt haben.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Die Leute waren abgeschottet. Es gab keine Täter-Opfer-Beziehung. Die Motivlage war nicht klar.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nein, die war nicht klar.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn es immer nur -

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, die war überhaupt nicht klar.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - türkische Migranten sind?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Es ist auch eine deutsche Polizistin ermordet worden. Sie war überhaupt nicht klar, die Motivlage.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da noch nicht. Das war anschließend.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, gut.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, den Zusammenhang zu dem Mord zwischen der Ceska-Mordserie und dem Mord an Frau Kieseewetter hat niemand bis zum November 2011 hergestellt, Herr Hanning.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nein, ich sage ja nur: Die Motivlage war einfach nicht klar, und wir haben auch über die Motivlage im Fall Kieseewetter, Herr Vorsitzender, gesprochen. Das war eben auch nicht klar: Ging es nur um die Dienstwaffe? Gab es möglicherweise persönliche Verbindungen oder nicht? Also, ich will nur darauf hinaus, dass die Ermittlungen sich außerordentlich schwierig gestaltet haben. Und wenn Sie sich andere Kriminalfälle - ich habe eingangs auch darauf hingewiesen -, wenn Sie den Fuchs-Fall, den Unabomber - - Also, die Ermittlungsbehörden tun sich außerordentlich schwer, in solchen Fällen zu konkreten Ergebnissen zu kommen. Das dauert manchmal Jahre. Das ist so, und das muss man einfach auch anerkennen.

Auf der anderen Seite muss man auch die Fehler aufarbeiten. Da sind wir auch dabei. Das ist ja auch richtig und notwendig, und daraus muss man auch Schlussfolgerungen ziehen. Aber man darf nicht jetzt die Erwartung haben, dass man solche schwierigen Fälle in kurzer Zeit aufklären kann. Das ist ausgeschlossen, ausgeschlossen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Ströbele.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt - ich fasse mal so zusammen -: Aus Reden können Taten folgen, das war für Sie was Abstraktes, was Sie aber im Einzelnen gar nicht untersucht haben?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Abgeordneter, ich lasse mich ungern zusammenfassen. Was ich gesagt habe, spricht für sich, und ich bin der Meinung, dass den Reden durchaus Taten folgten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir kämen dann zu einer nächsten Berliner Runde. Die Union hat nach wie vor keine Fragen. Die SPD hat eine Frage; das mache ich jetzt nämlich. - Ach so, Frau Winkelmeier-Becker hat eine Frage. Bitte.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Ich hätte noch mal eine Frage, anknüpfend an Ihre Einschätzung, dass in diesen Apparaten es doch immer zu einer homogenen Meinungsbildung kommt. Das ist eine Gefahr, die hier, glaube ich, auch zu Recht beschrieben worden ist, vor allem, wenn ich mir anschau, wie halt diese Einschätzung „Wir haben keine konkrete Bedrohung aus dem rechten Spektrum“ sich perpetuiert hat. Deshalb erkannte man dann eben auch Taten aus diesem Spektrum nicht als rechts, mit der Folge, dass man die nächste Einschätzung wieder nicht mit Bewusstsein für diese Gefahr dann formuliert hat.

Jetzt erlebe ich ja hier auch viele hochrangige Beamte aus dem Innenministerium oder nachgeordneten Behörden und habe da auch den Eindruck, dass die alle sehr homogen sind von ihrem Werdegang her, von ihrem Hintergrund her, und dass das natürlich möglicherweise auch die Gefahr dieses sehr homogenen Herangehens unterstützt.

Sie haben gerade selber auch gesagt, diese Funktion des Advocatus Diaboli, die müsse man institutionalisieren. Gäbe es da noch mehr Ansätze, wie man vielleicht erreichen kann, dass da auch mal mehr freier Blick von außen kommt, also der nicht groß geworden ist in der Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik, sondern mal von außen kommt mit einem anderen Blickwinkel, um solche Dinge besser zu beurteilen? - Das wäre meine erste Frage.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Das ist eine interessante Fragestellung. Das muss man wahrscheinlich von Behörde zu Behörde auch unterscheiden. Auch im Bundesnachrichtendienst gab es viele sogenannte bunte Vögel, mit allen Problemen und Risiken - das sage ich auch -, die damit verbunden sind. Also, es war schon sehr heterogen zusammengesetzt.

Richtig ist natürlich: Es wird in einem Ministerium, es wird in einer Sicherheitsbehörde ein bestimmter Typus verlangt, der eben effizient sein muss, sozusagen loyal - das erwarten wir ja auch alle; das steht ja

auch alles in den Beamtenetzen - und natürlich auch einen bestimmten persönlichen Hintergrund hat, eine bestimmte Prägung.

Ich kann aber nicht ganz nachvollziehen, dass Sie sagen: Das ist alles sehr homogen. - Nein, nein, da gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen auch. Das hängt schon mit der Generation an, ob jünger/älter, hängt davon ab, wie er geprägt worden ist.

Der Punkt ist, glaube ich, dass es schon unterschiedliche Meinungen gibt, aber die werden eben nicht geäußert. Es gibt sozusagen einen bestimmten Commun, dass man sagt: Ja, wir verständigen uns eben auf eine bestimmte Auffassung, und wir werden möglichst homogen weiterberichten. Denn wenn wir nicht homogen weiterberichten - BKA ans Innenministerium -, dann haben wir ja plötzlich Fragen, dann wird es unangenehm. Und am einfachsten ist, wenn wir eine Meinung bilden - und das dann jeweils hochgeben -, die dann nach Möglichkeit auch nicht in Zweifel gezogen wird.

Also, das ist so die Sachlage, und das muss man, glaube ich, als Behördenchef ein Stück weit aufzubrechen versuchen. Ich habe mich als Staatssekretär immer davor gehütet: Wenn Leute zu mir kamen und sagten: „Wir sind alle einer Meinung“, dann war ich immer misstrauisch. Man muss immer schon auch ein Klima erzeugen, dass auch mal unterschiedliche Meinungen da sind. Denn nur wenn Sie unterschiedliche Sichtweisen haben, auch kontroverse Sichtweisen, haben Sie die beste Gewähr dafür, dass Sie auch eine gute Entscheidung treffen; denn sonst bekommen Sie ja nicht alle Gesichtspunkte geliefert. Das ist manchmal unangenehm.

Aber noch mal: Ich habe immer versucht - ich weiß nicht, ob mir das gelungen ist -, eine Atmosphäre zu schaffen, dass man eben dem BND-Präsidenten oder dem Staatssekretär auch mit unterschiedlichen Auffassungen kommen kann oder offen sagen kann, wie groß die Wahrscheinlichkeit ist, dass diese Auffassung zutrifft oder jene. Und häufig ist es ja so, dass Wahrscheinlichkeiten von 60, 70, 80 Prozent nur da sind und dass die relevante Mindermeinung möglicherweise die richtige ist; ich habe ja einige Beispiele gesagt.

Also, kurzum, Ihre Frage beantwortend: Es hängt sehr von der Atmosphäre in den Behörden ab. Es hängt sehr von dem jeweiligen Behördenchef ab. Und ich glaube, dass

jeder Behördenchef gut beraten ist, eine Atmosphäre zu schaffen, in der ihm auch unterschiedliche Auffassungen vorgetragen werden. Das gilt auch für das Verhältnis Bundesministerium zum nachgeordneten Bereich, also BMI zum BKA.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich möchte noch einen Aspekt anschließen. Sie haben sich dafür ausgesprochen, auch das BKA aus Köln-Chorweiler und Pullach -

**Zeuge Dr. August Hanning:** BfV. Machen Sie keinen Fehler.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): - ach so, BfV, Entschuldigung -, das BfV aus Köln-Chorweiler und die Pullacher Abteilung, alles nach Berlin zu holen, weil hier doch ein anderer Wind wehe. Nun wissen wir ja, dass sich die Bedrohung nicht nur in Berlin ergibt, sondern dass die auch in Zwickau oder wo auch immer auf dem Land in den weiten Teilen und Tiefen der Bundesrepublik vielleicht auch existiert. Wäre es dafür nicht gerade auch wichtig, eben andere Umgebungen, andere Wahrnehmungen, andere Gedanken mit einzubringen? Ist da der Ansatz, alles zu zentralisieren, wirklich die richtige Antwort?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Es ist sicher nicht der richtige Ansatz, alles zu zentralisieren; aber es ist ganz wichtig, dass man sich persönlich kennt, dass man an *einem* Ort arbeitet. Und was ich auch für ganz wichtig halte, ist, dass es auch einen Personalaustausch gibt zwischen den Sicherheitsbehörden, dass also nicht jemand nur im BKA ist, nur im BfV und nur in der Bundespolizei. Ich habe immer Wert darauf gelegt - es gab sehr harte und sehr schwere Widerstände -, dass man im Grunde dafür sorgt, dass die Spitzenpersonen, dass also die Chefs, Vizes, bis hin zum Abteilungsleiter, auch mal andere Behörden kennenlernen. Und Sie glauben gar nicht, wie schwierig es ist, in Deutschland umzuziehen. Das hängt schon mit der Kultusministerkonferenz - - Ich will das alles nicht vertiefen; das brauchen wir in diesem Kreise nicht zu tun.

Aber es ist natürlich sehr viel leichter, einen guten Austausch hier in Berlin zu organisieren, wo man sich persönlich kennt. Und das ist ja die Erfahrung aus dem Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum: Die Zusammen-

arbeit ist deswegen auch so gut, weil man sich kennt, weil man sich eben sozusagen unkompliziert austauschen kann. Das ist ein entscheidender Punkt.

Und dann sage ich Ihnen eines: Es ist ein Riesenunterschied, ob Sie jetzt in Pullach - habe ich erwähnt, aber es gibt auch andere Orte - oder Chorweiler die Welt erleben oder hier in Berlin. Und Sie haben völlig unterschiedliche Hintergründe. Das mag bei der polizeilichen Arbeit nicht so gravierend sein. Aber wenn Sie bewerten müssen und wenn Sie sozusagen Ihrem Ministerium berichten müssen, ist es schon sehr gut, wenn Sie ungefähr wissen, in welchem Bereich, in welcher Umgebung sich das Ministerium bewegt. Meine Erfahrung ist, dass das manchmal sehr schwierig ist von Chorweiler aus - die Welt sieht ganz anders aus in Chorweiler als hier in Berlin - und dass das eine Quelle vieler Missverständnisse ist. Ich glaube, es wäre eine erhebliche Effizienzsteigerung, wenn man hier den Schritt wagte. Ich sage das mal so ungeschützt hier; aber jetzt bin ich ja nicht mehr im Amt, Herr Vorsitzender, jetzt darf ich das sagen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Hanning, ich hätte noch eine Frage. In der Zeit, in der Sie Staatssekretär beim Bundesminister des Innern waren, also 2005 bis 2009, wie viele Fälle einer bundesweiten Mordserie gab es denn, bei der schon jahrelang ohne Erfolg dezentral ermittelt worden ist, wo die Frage im Raum stand: Organisiert man die Ermittlungsarbeit unter Federführung des Bundeskriminalamtes neu?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, es gab sicher nicht eine derartige Mordserie; das ist schon einzig, soweit ich mich erinnere.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das war einzigartig.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Aber wir hatten natürlich auch schon spektakuläre Fälle. Ich erinnere an die Tötung von vier Georgiern, ich erinnere an die Tötung in dem vietnamesischen Restaurant. Wir hatten jetzt den Mafiamord in Duisburg. Also, wir hatten schon eine Menge spektakulärer Fälle, wo man durchaus diese Frage stellen konnte, wie man die Ermittlungen gestaltet. Also, unter *dem* Aspekt ist es wieder nicht so sin-

gulär. Aber so, wie Sie es gefragt haben, in dieser Weise war es in der Tat singulär.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, in Ihrer Amtszeit ist das ein singuläres Ereignis gewesen?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, unter den Randbedingungen, die Sie geschildert haben, also Mordserie und in verschiedenen Ländern und so.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Dr. Hanning, glauben Sie eigentlich, man hätte damals für die Fortführung seit sechs Jahren ohne Erfolg verlaufender Ermittlungsarbeiten einen anderen Weg beschritten, wenn nicht neun vermeintliche türkische Gemüsehändler, sondern neun Vorstandsmitglieder großer deutscher Unternehmen die Mordopfer gewesen wären?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Vorsitzender, ich habe mich das auch gefragt. Ich habe mich gefragt, ob Sie einen Untersuchungsausschuss hätten, wenn neun deutsche Polizisten ermordet worden wären. Ich bin mir nicht ganz sicher. Ich glaube - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ob wir einen Untersuchungsausschuss hätten, wenn neun deutsche Polizisten - -

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, sage ich ja: Wenn Opfer gewesen wären - - wenn nicht nur die Frau Kiesewetter, wenn all das deutsche Polizeibeamte gewesen wären. Hätte ja auch sein können.

(Dr. Eva Högl (SPD): Meinen Sie, wir hätten dann keinen gehabt?)

- Ja. - Nein, ich glaube - das will ich schon ausdrücken -, dass das schon eine große Aufmerksamkeit findet. Das finde ich auch richtig, und das ist auch richtig. Das ist auch von großer politischer Aufmerksamkeit, und von daher meine ich, Herr Vorsitzender: Ja. Es ist eben so - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Hanning, abgesehen davon, dass Sie meine Frage nicht verstanden haben, finde ich, das sollten Sie uns gleich noch mal näher erläutern, wie das zu bewerten ist.

Aber meine Frage war: Wenn damals, 2006, nicht acht türkischstämmige und ein griechischstämmiger Kleinunternehmer Opfer

der Mordserien gewesen wären, sondern, ich sage mal, neun Bankvorstände, hätten Sie dann auch gesagt: „Da soll mal das BKA mit den Ländern einen Deal machen, und das ist dann nicht Chefsache“?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nein, Herr Vorsitzender, ich kann versuchen, Ihnen die Frage - weil ich mir die auch sehr ernsthaft gestellt habe - - Wir haben ein Problem in Deutschland mit organisierter Kriminalität in bestimmten ethnischen Gruppen, und wir kümmern uns nicht genug darum. Und das ist schon ein Problem, weil da gibt es viele Ursachen dafür. Wir haben vermutlich in diesem Bereich organisierte Kriminalität mehr, als wir eigentlich zur Kenntnis nehmen. Das ist eine Schwierigkeit. In dem Augenblick, wo aber rechtsradikale, ausländerfeindliche Motive eine Rolle spielen, haben wir in Deutschland - Gott sei Dank, sage ich - ein hohes Bewusstsein, dass das kritische Fälle sind, die wir aufarbeiten müssen. Und das ist ja auch in diesem Fall geschehen, das ist ja auch in diesem Fall geschehen. Ich glaube, das müssen wir - - Das ist nicht so einfach mit Schwarz-Weiß zu beantworten, Herr Vorsitzender. Das ist, glaube ich, die Situation, in der wir uns befinden, und das ist ja auch richtig so.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Hanning, was in diesem Fall geschehen ist bis zum Auffliegen des Terrortrios im November 2011, das war, dass die Ermittlungen sehr einseitig geführt worden sind in Richtung eines möglichen Hintergrunds aus dem Bereich organisierte Kriminalität, und zwar wahrscheinlich aus den Gründen, die Sie uns hier gerade eben nahegelegt haben.

Glauben Sie denn, das entspricht einem funktionierenden demokratischen Rechtsstaat, -

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Vorsitzender - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - wenn man bei einem schweren Delikt, das an einem Bürger mit, ich sage mal, ausländischer Familienbiografie verübt wird, zunächst mal unterstellt, weil das Opfer ausländischer Herkunft ist, handelt es sich sehr wahrscheinlich um organisierte Kriminalität?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Vorsitzender - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Hat nicht jeder Bürger in diesem Land einen Anspruch darauf, dass Ermittlungstätigkeiten insbesondere von Polizeistellen objektiv, neutral und unvoreingenommen erbracht werden?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Entschuldigung, Herr Vorsitzender, die Frage ist ja wohl klar: Natürlich hat jeder darauf einen Anspruch. Und ich behaupte auch, dass das in diesem Lande auch geschieht. Und wenn Sie sagen, man habe von vornherein nur einseitig sozusagen dieses Täterbild gehabt, dann kann ich dem auch so nicht folgen. Ich habe ja mit Herrn Falk wiederholt gesprochen. Die Profiler haben sich schon große Mühe gegeben. Die sind schon hingegangen vor Ort, haben nachgeschaut. Das ist ja nicht nur so eine plumpe Annahme gewesen, sondern das ist ja auch begründet gewesen - so habe ich das jedenfalls verstanden - auf tatsächlichen Erwägungen. Und wenn Sie sich anschauen den Fall Fuchs zum Beispiel, den ich schon erwähnt habe, in Österreich. Der hat also - ich glaube, 4 Tote, 16 Schwerverletzte - eine ganze Kampagne gestartet. Das hat mehr als fünf oder sechs Jahre gedauert. Es ist eben sehr schwer, diese Fälle aufzuklären, wenn die abgeschottet agieren, wenn keine Täter-Opfer-Beziehung besteht, wenn die Motivationslage nicht von vornherein klar ist.

Schauen Sie sich den Unabomber an in den USA: 17 Jahre, größte Polizeiaktion des FBI überhaupt, 17 Jahre haben sie gebraucht.

Also, deswegen warne ich auch davor, hier immer mit überzogenen Vorstellungen zu kommen. Ja, sicher ist das Versagen, natürlich war das ein Fehler; aber man muss auch die Randbedingungen betrachten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich weiß nicht. Also, Herr Hanning, wenn man im Rahmen eines Profiler-Gutachtens zu dem Schluss kommt, es könnte auch ein rechts-extremes Motiv eine Rolle gespielt haben - - Es gab ein solches Gutachten. Das ist Ihnen offenkundig nicht bekannt. Sie müssen sich auch mal entscheiden, ob Sie nun nur am Rande mit dem Vorgang beschäftigt gewesen sind oder da jetzt als Experte auftreten wollen. Dann sage ich Ihnen mal ein Bei-

spiel - - Dann ist es doch völlig unverständlich, dass man nicht mal bundesweit schaut: „Welche einschlägig bekannten Rechtsextremisten mit Sprengstoff Erfahrung haben wir eigentlich?“, sondern man schaut dann in zwei von drei Postleitzahlenbezirken von Nürnberg nach - um mal ein kleines Beispiel zu nennen -, als Folge übrigens der dezentralen Ermittlungsarbeit. Also, ich kann Ihnen jedenfalls hier nicht bestätigen, dass wir hier als Ausschuss den Eindruck gewonnen haben, dass objektiv in alle Richtungen gleichwertig ermittelt worden ist.

Ich glaube persönlich übrigens auch, dass man wahrscheinlich zu anderen Ermittlungsschritten gekommen wäre, wenn es sich nicht gerade um die Opfer gehandelt hätte, um die es sich gehandelt hat.

Aber was ich ganz gerne von Ihnen wissen würde, ist: Wie kommen Sie eigentlich auf die Idee, hier zu behaupten: „Wenn wir sozusagen Ermittlungsversagen bei einer Mordserie an neun deutschen Polizeibeamten hätten, wäre das kein Anlass für einen Untersuchungsausschuss“? Das halte ich für eine ziemliche Unverschämtheit.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nein, ich weise das zurück. Ich glaube, das hängt zusammen mit der besonderen Sensibilität, wenn hier aus ausländischerfeindlichen Gründen gemordet wird. Das hat was mit deutscher Vergangenheit zu tun, und das ist eine außerordentliche Sensibilität, und das haben wir zu respektieren. Das wollte ich damit zum Ausdruck bringen, nichts anderes. Ich sehe das - Entschuldigung - auch nicht als Unverschämtheit an.

Ich weise aber im Übrigen zurück, Herr Vorsitzender, was Sie sagen. Dass hier nicht objektiv ermittelt worden ist, das weise ich zurück.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Hanning, dieser - -

**Zeuge Dr. August Hanning:** Das muss ich auch wirklich sagen. Ich war nun lange verantwortlich hier für die deutschen Sicherheitsbehörden, und das kann ich nicht bestätigen, und ich weise das zurück.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sie haben doch an den Ermittlungen gar nicht mitgewirkt.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Wissen Sie, ich habe doch Kontakte gehabt mit den Ermittlungsbehörden. Ich habe doch mit Herrn Falk und Herrn Kersten wiederholt darüber gesprochen, und wir haben das doch sehr ernst genommen, Herr Vorsitzender. Da können Sie doch nicht sagen, das haben wir nicht ernst genommen. Also, ich bitte wirklich, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich glaube, Herr Hanning, dass jedes Mitglied hier in diesem Ausschuss mehr über den Vorgang gelesen hat als Sie damals.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Das ist richtig, -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aha.

**Zeuge Dr. August Hanning:** - aber Sie haben nicht so intensiv während des Vorgangs mit den Beteiligten gesprochen. Das habe ich getan und nicht Sie.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dass das so intensiv gewesen ist, hatte ich in den letzten vier Stunden nicht als Eindruck gewonnen.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Dann haben Sie - - habe ich mich möglicherweise nicht klar ausgedrückt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aber ich will hier nur mal feststellen aus meiner Sicht: Das klingt ein bisschen so nach dem Motto: Dieser Untersuchungsausschuss war nötig, weil wir für das Thema Fremdenfeindlichkeit eine besondere Sensibilität aufbringen müssen.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, das müssen wir.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nein, ich glaube, Herr Hanning, da haben wir eine Meinungsunterschiedlichkeit. Ich glaube, dieser Ausschuss ist nötig, weil es für das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des demokratischen Rechtsstaates unabdingbar ist, dass jeder Mensch in diesem Land - egal wer er ist oder wo er oder seine Vorfahren hergekommen sind - sich darauf verlassen können muss, unter anderem, dass Behörden objektiv dazu in der Lage sind, erstens Menschen

zu schützen und zweitens, wenn der Schutz nicht gelingt, Verbrechen neutral, sachlich und diskriminierungsfrei aufzuarbeiten. Deswegen gibt es diesen Ausschuss.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Vorsitzender, Sie bewerten das. Ich habe sehr lange im deutschen Sicherheitsbereich gearbeitet. Ich kann Ihnen versichern, dass ich Anhaltspunkte für diese kritische Bewertung, die Sie gerade genannt haben, so nicht gefunden habe. Da bin ich völlig anderer Auffassung als Sie; -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, okay.

**Zeuge Dr. August Hanning:** - das darf ich noch mal festhalten. Aber das ist eine Bewertung; ich bin hier Zeuge.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nein, das ist richtig. Aber ich meine, über ein Jahr nach Auffliegen der Terrorzelle nicht zu wissen, dass kein einziges Opfer Gemüsehändler war, ist schon interessant.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Entscheidend war, dass sie Gewerbetreibende waren.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sie haben von Gemüsehändlern gesprochen. Ich sage Ihnen, Herr Hanning: Da steckt halt ein bestimmtes Bild drin, und das ist nicht ganz frei von Vorurteilen.

Gibt es noch Fragen seitens der SPD-Fraktion? - Frau Özoğuz.

**Aydan Özoğuz (SPD):** Herr Hanning, ich wollte vorhin noch mal bei Frau Winkelmeier-Becker anschließen. Im Grunde ist das ja jetzt so der gleiche Komplex, um den es sich die letzten Minuten dreht. Wir arbeiten ja ein Stück weit auf, warum quasi das alles nicht so funktioniert hat, und die Frage ist ja doch - und ich fand das sehr berechtigt - - Frau Winkelmeier-Becker hatte gesagt, diese homogene Struktur vielleicht von denen, die da arbeiten - - Ich spitze es noch mal zu: Wenn man sich selbst möglicherweise von etwas bedroht fühlt - und jetzt unterstelle ich Ihnen das; das muss gar nicht stimmen, ist aber auch gar nicht wichtig - - Wenn man jetzt sagt: „Der islamistische Extremismus - haben Sie ja vorhin gesagt -, das ist eine Riesenbedrohung“, möglicherweise weil man eben die

Strukturen nicht versteht oder weil man merkt, das ist irgendwie ein Riesenkomplex - - Aber es geht ja auch gegen einen. Also, dieses Gegen-einen-gerichtet-Sein ist ja kein ganz unwichtiger Faktor. Wenn jetzt quasi der Rechtsextremismus nicht als unmittelbar - in Wahrheit ist es ja nicht so - gegen einen empfunden wird - - ob es möglicherweise eben doch eine andere Sensibilität geben kann, wenn verschiedene Personen in so einer Behörde arbeiten, zusammenarbeiten? Also, wir hatten ja nun so viele Hinweise. An den Hinweisen alleine kann es nicht gelegen haben, dass man vielleicht nicht mit gleicher Intensität in jede Richtung geguckt hat. Aber diese Frage - - Macht es eben doch etwas aus, wenn man sagt: „Na ja, das eine erscheint uns nun so viel schwieriger, komplexer, unverständlicher, das andere ist halt da, und am Ende sind es - ich sage jetzt etwas unzulässig, aber so habe ich es von Ihnen verstanden - ein paar Morde“?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nein, nein.

**Aydan Özoğuz (SPD):** Fehlt da nicht doch ein Stück Sensibilität?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Na, ich meine, das ist sozusagen, ich sage mal, kritikwürdig abgelaufen; das habe ich am Anfang gesagt. Man muss sozusagen die Ursachen wirklich zu erschließen versuchen. Ich halte sozusagen die allgemeine Bewertung: „Da sind Leute am Werk, die sich nicht interessieren dafür, wenn türkische Mitbürger ermordet werden“ - ich sage das auch mal so hart und leicht provokant - - Das finde ich nicht richtig, das trifft nicht zu. Das ist ein unzulässiger Vorwurf gegen die deutschen Sicherheitsbehörden.

Dass da Fehler gemacht worden sind, das ist unstrittig, und dass man daraus auch Konsequenzen ziehen muss, das finde ich auch richtig und zutreffend. Da kann dieser Ausschuss, meine ich, auch einen wichtigen Beitrag leisten. Und da muss man auch fragen: Warum, wieso, wie ist das geschehen? Und da warne ich natürlich schon ein bisschen davor, jetzt in der Retrospektive zu sagen: Ja, das hätte man alles sehen - - Natürlich, in der Retrospektive ja. Aber ich hatte schon den Eindruck, dass damals - und ich kann mich immer nur beziehen sozusagen auf die Spitzen der Behörden - da schon mit großer Intensität auch gearbeitet worden ist. Eben nicht glücklich, man hat Versäum-

nisse zu beklagen; das ist alles richtig. Aber ich glaube, man darf nicht sagen, dass hier sozusagen so eine subjektive Einstellung war: Aha, das sind ja nur Türkischstämmige, und deswegen müssen wir uns von den Ermittlungen her nicht darum kümmern. - Ich halte das nicht für zutreffend und nicht für richtig. Ich kann das nicht bestätigen, und ich meine, man muss das auch zurückweisen.

**Aydan Özoğuz (SPD):** Darf ich noch einmal nachhaken? Ich habe ja nicht gesagt „nicht kümmern“, sondern Sie haben das ja eben selber gesagt: Häufig ist es diese organisierte Kriminalität, und das hat man im Kopf. Ich unterstelle das jetzt mal, weil Sie es selber so gesagt haben: Das hat man einfach im Kopf; wenn da Morde sind, dann muss das einer von denen sein.

Nun sagt ja hier keiner, dass man da nicht ermitteln soll. Das ist ja gar nicht der Punkt. Der Punkt, der sich hier immer wieder herausgestellt hat, ist: Dort wurde alles getan, also, man ist auch in das letzte Dorf in der Türkei gefahren, um noch den letzten Verwandten, den man ausfindig machen konnte, zu befragen. Man hat einfach jedes Blatt umgedreht. Und auf der anderen Seite - da sind jetzt so viele Stichworte ja schon gefallen - kann man nun wirklich nicht behaupten, dass man jedes Blatt umgedreht hätte. Also, es gibt einfach ein deutliches Ungleichgewicht. Das ist ja was anderes.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ja, gut, Frau Abgeordnete. Jetzt bin ich wieder bei dem Thema, dass ich jetzt wirklich nicht genau - und der Vorsitzende hat mir das ja auch schon vorgehalten - die Ermittlungsakten hier kenne.

Ich hatte schon den Eindruck, dass hier große Anstrengungen unternommen worden sind. Ich glaube, man hat auch da in Nürnberg große Aktivitäten unternommen - nicht immer glücklich; aber man hat es ja versucht.

Es ist schon natürlich schwierig für die deutsche Polizei, in einem Umfeld zu ermitteln, das sozusagen einen türkischstämmigen Bereich betrifft. Die erste Überlegung ist ja bei jedem Mordfall: Gibt es nicht doch eine Täter-Opfer-Beziehung? Deswegen hat man natürlich versucht, sozusagen im Umfeld zu ermitteln, mit allen Schwierigkeiten und Problemen, über die wir ja im Einzelnen auch sprechen.

Ja, die Sache ist schwierig, war schwierig, ist mit Sicherheit kritikwürdig auch ermittelt

worden. Das ist, glaube ich, alles richtig. Aber ich glaube nicht, aufgrund einer Einstellung heraus, dass man sagt: Na ja, gut, das sind halt nur Türkischstämmige oder so. - Das weise ich wirklich zurück. Den Eindruck habe ich nie gehabt.

**Aydan Özoğuz (SPD):** Ich glaube, es geht noch eine letzte Frage. Ich stelle die jetzt einfach noch mal.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Bitte.

**Aydan Özoğuz (SPD):** Was würden Sie denn an der Stelle anders machen?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ich würde -- Also, handwerklich würde ich, glaube ich, auf jeden Fall sicherstellen, dass die Informationen vernünftig zusammenfließen, ohne dass ich mich jetzt in die Einzelheiten der Ermittlungen hier hineinbegebe. Ich glaube, ein ganz entscheidender Punkt ist ja, dass die verfügbaren Informationen nicht richtig zusammengeführt worden sind. Das gilt einmal in dem Bereich Verfassungsschutz/„Zwickauer Gruppe“ oder hier Zschäpe und Mundlos und Böhnhardt, und das gilt wahrscheinlich auch für den polizeilichen Bereich, den ich da jetzt nicht so überblicken möchte.

Aber noch mal: Ich glaube, entscheidend ist wirklich, dass man einen Verantwortlichen hat, bei dem alle Informationen dann zusammenfließen, und dass man natürlich eine Bedrohungsanalyse hat, die in das Täter-Profil eingeht, die dann alle möglichen Aspekte auch mit einbezieht. Das habe ich ja hier erwähnt: Da sehe ich zum Beispiel ein Defizit in diesem Fall. Aber noch mal: Entscheidend ist wirklich Zusammenführung und vernünftige Bewertung aller vorhandenen Informationen. Das ist, glaube ich, ein ganz entscheidender Punkt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Gibt es weitere Fragen? Hat die FDP noch Fragen? - Herr Tören.

**Serkan Tören (FDP):** Kurze Anmerkung nur. Also, wenn Sie behaupten, dass dieser Untersuchungsausschuss nicht zustande gekommen wäre, wenn es sich um neun Polizisten gehandelt hätte, dann unterstellen Sie uns, dass der Mord an der Frau Kiewetter uns völlig egal ist.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nein. Entschuldigung.

**Serkan Tören (FDP):** Das kann hier überhaupt nicht der Fall sein.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Nein.

**Serkan Tören (FDP):** Und noch eine Anmerkung: Bei der Entscheidung, als wir hier den Untersuchungsausschuss eingesetzt haben, hat die deutsche Historie nun absolut keine Rolle gespielt, sondern uns ging es hier ganz klar um Aufklärung des Sachverhaltes und darum: Welche Lehren ziehen wir hier für die Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik Deutschland? Also, insofern: Dem Begriff, den hier der Herr Vorsitzende verwandt hat - „unverschämt“ - bei der Aussage, wenn hier neun Polizisten ermordet worden wären, dem kann ich mich nur anschließen.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Herr Vorsitzender - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Dr. Hanning.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Sie haben den Vergleich gebracht mit den neun Vorstandsvorsitzenden, und ich wollte zum Ausdruck bringen, dass hier eine besondere Sensibilität in Deutschland besteht bei ausländischerfeindlichen Morden. Ich finde das auch richtig, und insoweit habe ich dem auch nichts hinzuzufügen. Aber ich wollte hier nicht andere Vergleiche oder schon gar nicht die Einsetzung des Untersuchungsausschusses kritisieren, überhaupt nicht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die Linksfraktion hat noch Fragen. Frau Wawzyniak.

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** Herr Hanning, Sie haben darauf hingewiesen, dass Sie den Rechtsextremismus, die Bedrohung des Rechtsextremismus sehr ernst genommen haben. Das könne man in den Berichten des Bundesamtes für Verfassungsschutz nachlesen. Ich glaube, nach dem, was Sie hier - ich komme gleich zu meiner Frage - gesagt haben, kann sich jeder Rechtsextremist sehr beruhigt zurücklehnen, weil von Ihnen würde er wahrscheinlich

überhaupt nicht ernst genommen werden. Sie haben ja auch selbst in Ihrem Beitrag sehr deutlich gemacht, dass der islamische Terrorismus für Sie die größere Bedrohung war.

Ich will jetzt aber mal zu einer Frage kommen. Wir haben die Situation, dass im Jahr 2008 in Deutschland - in Magdeburg, in Dessau, in Templin, in Leipzig, in Memmingen - Menschen getötet wurden - fünf. Drei davon sind vor dem Hintergrund, dass sie sozial randständig sind, getötet worden: weil sie als wertlos galten, als Assis, wie auch immer. Und zwei starben, weil sie Abneigung gegen Rechtsextremismus und Neonazismus laut zum Ausdruck gebracht haben. Zwei von diesen fünf Todesopfern sind von der Bundesregierung 2008 als Opfer neonazistischer Gewalt angegeben worden.

Das Ganze lässt sich nachlesen auf einer Chronik. Die haben *Tagesspiegel* und *Zeit Online* aufgestellt, und die recherchieren seit mehreren Jahren zu den nicht erfassten Fällen rechter Gewalt. Und jetzt frage ich mich - - Ich kann das auch noch konkreter machen: Frau Pau und die Fraktion Die Linke hatten eine Große Anfrage gestellt unter der Nr. 16/14122, wo nach den Opfern rechter Gewalt gefragt worden ist. Da ist angegeben worden: 46 Todesopfer. Real waren es 136 - seit 1990 wohlgemerkt, also nicht im Jahr 2008. Wie erklären Sie sich eigentlich diese Differenz, also die Differenz: Bei Ihnen in der Statistik 46 Todesopfer. Journalisten recherchieren 136 Todesopfer. Wie erklären Sie sich das, und wie ist das zu verbinden mit einem Ernstnehmen des Problems Rechtsextremismus?

**Zeuge Dr. August Hanning:** Sie versuchen jetzt, eine Verbindung zwischen Statistik und Ernstnehmen des Problems Rechtsextremismus - -

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** Ja, natürlich.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Das ist mir nicht so richtig klar.

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** Ich kann es Ihnen gerne noch erklären. Ich kann es Ihnen gerne - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Frau Wawzyniak, lassen Sie doch den Zeugen antworten.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ich habe da gewisse Schwierigkeiten damit. Es ist im Einzelfall nicht immer einfach, eine Straftat konkret zuzuordnen, in welcher Form das immer geschieht. Ich kann Ihnen das nicht im Einzelnen sagen; das ist ja Aufgabe der zuständigen Vollzugsbehörden. Aber gut, ich habe bisher nicht den Eindruck, dass da sozusagen - das erwecken Sie ja ein bisschen als Vorwurf - manipulativ gearbeitet worden ist. Also, mein Eindruck ist das nicht.

Zu den Einzelfällen, die Sie da erwähnt haben, kann ich leider nichts sagen, tut mir leid.

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** Sie sollen ja auch nichts zu den Einzelfällen sagen. Ich will das noch mal verdeutlichen: Sie haben hier gesagt, Sie haben das Problem Rechtsextremismus und Bedrohung durch Rechtsextremismus sehr ernst genommen. Gleichzeitig wird in Ihrer Amtszeit auf die Frage, wie viele Todesopfer rechtsextremistischer Gewalt es seit 1990 gibt, angegeben: 46 Fälle. Unabhängige Journalisten recherchieren 136. Das ist eine Differenz.

Wenn ich jetzt mal unterstelle bei diesen fünf genannten Fällen aus dem Jahr 2008, dass in Ihrer Amtszeit gesagt worden ist - alles das, was deutlich gemacht worden ist -: „Wir haben was gegen Nazis“ - ich verkürze es jetzt mal -, „das sind Opfer rechtsextremistischer Gewalt; wenn aber Menschen als unwert, als wertlos, wie auch immer, bezeichnet werden, ist das nicht rechtsextremistische Gewalt“, dann frage ich, wie das zu verbinden ist mit dem Thema, Sie nehmen rechtsextremistische Gewalt ernst.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Also, jetzt haben Sie noch mal die Kriterien angesprochen, nach denen diese Statistik erstellt worden ist. Sie sagen, es gebe Journalisten, die andere Statistiken haben. Noch mal: Ich kann das nicht bewerten, aber - - Noch mal: Ich habe auch keinen Beleg dafür, dass diese Statistiken in irgendeiner Weise manipuliert worden sind, weil man Rechtsextremismus ernst oder nicht ernst nimmt. Den Eindruck habe ich nicht gehabt.

Aber ich kann zu den Einzelheiten nichts vortragen, tut mir leid.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Haben die Grünen noch Fragen? - Das ist nicht der Fall. Haben sonst noch Kolleginnen und Kollegen Fragen?

Dann muss ich an einer Stelle mich selber kurz korrigieren. Ich bin darauf hingewiesen worden von einem Referenten einer Fraktion hier, dass zwei der zehn Opfer, die als Mordopfer dem NSU zugeordnet werden, tatsächlich Gemüsehändler waren. Aber zwei, nicht alle.

**Zeuge Dr. August Hanning:** Ich bedanke mich für die Klarstellung.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Hanning, dann bedanke ich mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung gestanden haben. Sie bekommen den Entwurf des Protokolls, wenn es erstellt worden ist, mit der Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen gegebenenfalls Korrekturen und Ergänzungswünsche geltend zu machen.

Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Tag.

Wir setzen dann gleich nach kurzer Unterbrechung die Sitzung mit der Anhörung des Zeugen Ritscher fort.

(Unterbrechung von 14.17 bis  
14.38 Uhr)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

**Vernehmung des Zeugen  
Christian Ritscher**

Ich begrüße als Zeugen Herrn Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof Christian Ritscher. Herzlich willkommen!

Herr Ritscher, ich darf Sie zunächst darauf hinweisen, dass von Ihrer heutigen Zeugenvernehmung eine Tonbandaufnahme gefertigt wird, die allerdings ausschließlich dem Zweck dient, die Erstellung des Stenografischen Protokolls zu erleichtern. Das heißt, wenn das Protokoll gefertigt ist, dann wird die Aufnahme gelöscht. Das Protokoll erhalten Sie mit der Möglichkeit des Gegenlesens. Sie haben dann eine Frist von zwei Wochen, innerhalb derer Sie Korrekturwünsche oder Ergänzungsbedarf geltend machen können.

Ich stelle fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen sind. Die Ladung haben Sie am 20. November 2012 erhalten, und vom selben Tag datiert die Aussagegenehmigung für Ihren heutigen Zeugenauftritt, die vom Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof unterzeichnet worden ist.

Vor Ihrer Aussage, Herr Ritscher, habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf etwaige strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige, der vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftem Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Haben Sie zu dem bisher von mir Vorgelegten Fragen?

**Zeuge Christian Ritscher:** Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Ritscher, dann darf ich Sie ganz kurz bitten, sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Alters- und Berufsangabe vorzustellen.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja. Mein Name ist Christian Ritscher. Ich bin 48 Jahre alt und bin von Beruf Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof, also bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und der BGH ist auch die nach wie vor aktuelle ladungsfähige Anschrift?

**Zeuge Christian Ritscher:** Die Anschrift, die jetzt hier auf der Ladung drauf war, hat mich zwar erreicht, das ist aber die Anschrift des Bundesgerichtshofs. Die Bundesanwaltschaft hat die Anschrift Brauerstraße 30 in 76135 Karlsruhe.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay, gut. Dann nehmen wir das zu den Unterlagen. Herzlichen Dank. - Herr Ritscher, Sie haben als Zeuge nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes Gelegenheit, sich vor Ihrer Befragung im Zusammenhang zum Gegenstand der Vernehmung zu äußern. Ich habe Sie gefragt, ob Sie davon Gebrauch machen möchten. Das haben Sie bejaht. Insofern erteile ich Ihnen jetzt hiermit das Wort.

**Zeuge Christian Ritscher:** Herr Vorsitzender, vielen Dank. - Vielen Dank für die Einladung zunächst. Ich dachte, ich fange damit einfach mal an, dass ich Ihnen meinen beruflichen Werdegang schildere, und dann kommen wir vielleicht auch gleich in die Sache rein, um die es hier geht.

Ich bin 1992 in die Justiz eingetreten, war zunächst von 1992 bis 1996 als Staatsanwalt und als Richter tätig in Bayern, bin von 1996

bis 2000 schon mal bei der Bundesanwaltschaft gewesen, war dort einerseits in Ermittlungsverfahren tätig, andererseits auch in der Revisionsabteilung. Ich bin dann nach Ende der Abordnung zurückgegangen nach München in diesem Falle, war dort anderthalb Jahre beim Landgericht tätig in Zivilsachen und bin seit 2002, seit Anfang 2002, wieder in Karlsruhe bei der Bundesanwaltschaft. Inzwischen bin ich also in den Bundesdienst übernommen, bin also Beamter des Bundes, Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof.

Ich bin seit 2002, seitdem ich also wieder in die Bundesanwaltschaft eingetreten bin, zunächst im Referat, das sich mit Straftaten, die rechtsterroristischen Bezug haben - - eingesetzt gewesen, und zwar von 2002 an - also, wie gesagt, Anfang 2002; ich meine, es war Februar -, formell gesehen, bis Ende 2006, also bis 31.12.2006. Seit dem 01.01.2007 bin ich in einem anderen Bereich tätig, im Völkerstrafrecht, was ich bis heute mache.

Jetzt möchte ich kurz fokussieren auf den rechtsterroristischen Bereich; denn das dürfte ja der sein, der ja hier von Interesse ist.

Ich bin eingesetzt gewesen in diesem Bereich, soweit ich mich jetzt hieran noch erinnere, zum einen in Ermittlungs- und Strafverfahren, die die Musikgruppe „Landser“ betreffen, wobei dieses Verfahren bereits lief. Dieses Ermittlungsverfahren lief bereits, als ich in die Bundesanwaltschaft gekommen bin 2002, bin da also nur am Rande damit befasst gewesen, hatte dann verschiedene andere Vorgänge, insbesondere sogenannte Prüfvorgänge, wo eben zu überprüfen war, ob Straftaten, die begangen worden waren, in die Bundeszuständigkeit fallen oder auch nicht, und dann ab 2003 waren der Schwerpunkt meiner Tätigkeit bis letztlich 2005 die Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit dem „Aktionsbüro Süd“, auch bekannt unter dem Namen „Wiese-Gruppe“. Das mündete dann in zwei Strafverfahren vor dem Bayerischen Obersten Landesgericht, die in den Jahren 2004 und 2005 geführt wurden und 2005 dann jeweils zur Aburteilung kamen. Da war ich also sowohl im Ermittlungsverfahren tätig als auch in der Hauptverhandlung als Sitzungsvertreter des Generalbundesanwalts in dem Team mit drin.

Bis zu meinem Ausscheiden aus dem Referat Rechtsterrorismus waren dann noch weitere, andere Bereiche. Ich erinnere mich

noch an ein Ermittlungsverfahren, in dem ich tätig war. Da ging es um eine Straftat zum Nachteil eines äthiopischen Staatsangehörigen in Potsdam, ein Verfahren, das, soweit ich mich noch erinnere, wir, also die Bundesanwaltschaft, zunächst in ihren Zuständigkeitsbereich übernommen hatte, zur Verfolgung dann aber wieder abgegeben hat, weil sich herausgestellt hatte, dass die gesetzlichen Voraussetzungen dafür letztlich doch nicht gegeben waren.

Ja, und daneben lief immer auch noch zumindest eine Reihe von Prüfvorgängen, bei denen eben anlassbezogen zu überprüfen war, inwieweit eine Zuständigkeit des Generalbundesanwalts gegeben ist. Und zu diesen Prüfvorgängen gehört auch der Prüfvorgang, der - so habe ich es jedenfalls der Tagesordnung entnommen - auch - - also, zu dem auch dieser Prüfvorgang gehört, 3 ARP 125/06, der sich mit der Tötung von acht Personen türkischer und einer Person griechischer Nationalität im Zeitraum September 2000 bis April 2006 befasst.

Das war es, was ich jetzt zunächst mal eingangs sagen wollte, damit Sie sich alle ein Bild machen können, womit ich bei der Bundesanwaltschaft befasst war und bin.

Eins wollte ich vielleicht noch hinzufügen - das kann ich gleich sagen -: Also, mit dem Strafermittlungsverfahren, das jetzt gelaufen ist, gegen NSU und NSU-Umfeld habe ich nichts zu tun. Also, ich bin, wie gesagt, seit 01.01.2007 aus dem Bereich ausgeschieden und habe seitdem auch nichts mehr zu tun gehabt damit.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja. Dann vielen Dank für die einleitenden Bemerkungen. - Herr Ritscher, kennen Sie eigentlich Frau Professor Dr. Ruth Rissing-van Saan?

**Zeuge Christian Ritscher:** Dem Namen nach, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. Die Dame ist Vorsitzende Richterin beim Bundesgerichtshof i. R. und hat im Auftrag von Generalbundesanwalt Range vorgelegt mit Datum vom 28.02.2012 eine Evaluierung von Prüfvorgängen aus dem Bereich des BGH, die sich bezogen haben auf Straftaten mit einem möglichen Staatsschutzhintergrund. Das ist MAT A GBA-4/1.

Ich spreche das deshalb an, weil neben der Ceska-Mordserie, die heute dem NSU

zugeordnet wird, dort auch ein Hinweis sich findet auf Seite 19 ihres Gutachtens auf den Nagelbombenanschlag in Köln. Ich zitiere:

Der Nagelbombenanschlag in Köln wurde der Bundesanwaltschaft noch am 9.6.2004

- das war übrigens der Tag des Anschlages -  
auf Initiative des Bundesinnenministeriums durch eine Mitteilung des Kölner Polizeipräsidiums zur Kenntnis gebracht.

Das heißt, dieser Vorgang dürfte ja auf Ihrem Schreibtisch gelandet sein, oder? Wenn Sie sagen, Sie waren zwischen 2002 und 2006 für das Thema Rechtsextremismus/Rechtsterrorismus zuständig, liegt das ja nahe.

**Zeuge Christian Ritscher:** Auf den ersten Blick, ja. Er ist mir aber nicht zur Kenntnis gelangt. Also, auf meinem Schreibtisch ist er nicht gelandet. Ich habe von diesem Vorgang, also von diesem Anschlag, überhaupt erst Kenntnis erfahren aus der Presse, jetzt im Zusammenhang mit der Aufklärung der Taten. Ich weiß nicht, wo im Hause bei uns dieser Vorgang angelandet ist, wo er einsortiert wurde, aber -- Also, auf meinem Schreibtisch ist er jedenfalls nicht gelandet.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, Ihnen ist der Vorgang nicht bekannt?

**Zeuge Christian Ritscher:** Mir war der Vorgang unbekannt, schlicht und einfach.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Ich finde es ganz interessant, was die Vorsitzende Richterin a. D. in ihrem Gutachten ausführt, weil man ja immer dazulernt - und in diesem Ausschuss erst recht - und ich, ehrlich gesagt, immer gedacht habe, falls und wenn sich die Frage stellt: „Gibt es eine Notwendigkeit der Bundesanwaltschaft wegen zum Beispiel eines politischen Hintergrundes einer Straftat oder gar einer Straftatenserie?“, also wenn sich die Frage stellt, dass das entschieden wird nach Rücksprache mit den bis dato ermittelnden Instanzen. Das scheint aber nicht die Praxis zu sein. Ich zitiere mal aus dem Gutachten:

Bei nicht evident als Staatsschutzdelikte[n] zu erkennenden Straftaten,

- das ist Seite 23 -

die aber möglicherweise ... in die Verfolgungszuständigkeit des Generalbundesanwalts fallen können, werden zur Zuständigkeitsprüfung sog. ARP-Vorgänge angelegt.

Das haben Sie gemacht im Jahre 2006 mit Blick auf die sogenannte Ceska-Mordserie. Ist das richtig?

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja. Also, ich habe es auch gemacht. Das hat das Referat gemacht. In jedem -- Jede Arbeitseinheit oder jeder Arbeitsbereich bei der Bundesanwaltschaft besteht ja aus mehreren Personen. Referate werden von Bundesanwälten geleitet, und da sind dann meistens noch ein, zwei Oberstaatsanwälte beim BGH dabei, Staatsanwälte beim BGH und wissenschaftliche Mitarbeiter, und wenn es nicht Fälle sind, Dinge sind, wo man sagt: „Die sind weitgehend ohne Bedeutung“, dann wird so was immer im Team entschieden. So war es auch hier. Ich habe also eine Ablichtung dieses Vorgangs bekommen. Aber ich will nicht bestreiten, dass ich mit diesem Vorgang befasst war. Also, das ist in der Tat der Fall.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, das klären wir gleich. Ich wollte nur noch den Vorhalt zu Ende führen. Wir werden da sicherlich auch noch natürlich intensiver über die Frage hier miteinander sprechen, inwieweit Sie da an der Bewertung beteiligt gewesen sind.

Nur was mich wirklich überrascht hat, ist, dass die von Herrn Generalbundesanwalt Range beauftragte ehemalige Richterin dann Folgendes schreibt. Und sie hat sich eine ganze Reihe von Prüfvorgängen -- „ARP“ steht für?

**Zeuge Christian Ritscher:** Weiß ich leider nicht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ach so.

**Zeuge Christian Ritscher:** Allgemeines Prüfregister oder irgendwie so was.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Weiß das jemand?

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Herr Christeleit muss es wissen! -  
Weitere Zurufe)

- Allgemeines Register Prüfung, oder wie?

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja, würde ich jetzt vermuten. Aber ich kann es Ihnen nicht definitiv sagen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Na gut. Aber jedenfalls heißen diese Prüfvorgänge „ARP-Vorgänge“ oder wie auch immer.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Herr Christeleit weiß es!)

- Herr Christeleit weiß es.

(Clemens Binninger (CDU/CSU): Er muss es wissen!)

**StA Andreas Christeleit (BMJ):** Ja. Allgemeines Register Politisch.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Was?

**StA Andreas Christeleit (BMJ):** Allgemeines Register - AR - Politisch, ARP.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. Also sozusagen Prüfvorgang, ob es Staatschutzrelevanz hat.

Also, die Gutachterin schreibt Folgendes:

Es fällt ... bei Durchsicht der Prüfvorgänge auf, dass generell auf Länderebene Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden von den Mitteilungs- und Übersendungspflichten nur in sehr eingeschränktem Maße Gebrauch machen.

Und jetzt kommt es; das hat mich wirklich sehr erstaunt:

Die überwiegende Anzahl der ARP-Vorgänge wurde von dem Dezernenten der Bundesanwaltschaft aufgrund von Presseberichten oder allgemeinen polizeilichen Meldungen in eigener Initiative angelegt und fortgeführt. ...

Dann regt sie übrigens an, da müsste man sich mal unterhalten über eine gesetzliche Änderung. Sie schreibt nämlich:

Zu erwägen wäre ..., ob es nicht für eine effektive Aufklärung einer im Einzelfall möglichen Verfolgungszuständigkeit des Generalbundesanwalts sinnvoll oder sogar geboten ist, eine solche ...ermittlungskompetenz zur Prüfung seiner Zuständigkeit gesetzlich zu verankern.

Also, ich habe das so verstanden, dass offenkundig im Bereich der Bundesanwaltschaft die eigene Zuständigkeit aufgrund eines möglichen politischen Hintergrunds einer Straftat so geprüft wird, dass man aufmerksam Zeitung liest und sich dann selber fragt: Hm, da ist eine Staatsanwaltschaft in Nürnberg unterwegs und ermittelt. Vielleicht wären wir eigentlich selber zuständig. - Ja, also ich meine, ich habe nur gedacht, das würde irgendwie da anders vonstattengehen. Und genau so war es ja auch in dem Fall, an dem Sie beteiligt waren. Also, das heißt, in dem Bericht von Frau Professor Dr. Rissing-van Saan - ich will das nur auszugsweise zitieren -:

Am 21. August 2006

- also 2006, sechs Jahre nach dem ersten Mord in der Serie -

legte die Bundesanwaltschaft einen Prüfvorgang aufgrund mehrerer Medienberichte zu der Mordserie an acht türkischen und einem griechischen Staatsangehörigen an, die in der Bundesrepublik Deutschland zwischen September 2000 und April 2006 jeweils mit einer Pistole „Ceska Typ 83“ ermordet wurden.

Es ist übrigens sachlich falsch. Das waren sechs türkische, ein griechischer Staatsangehöriger, und es waren zwei deutsche Staatsangehörige. Also, zwei der ursprünglich acht türkischen Staatsangehörigen haben die deutsche Staatsbürgerschaft ja gehabt, als sie umgebracht worden sind. Das haben Sie übrigens auch nicht berücksichtigt bei Ihrem Prüfvorgang. Da heißt die Datei, unter der das im Rechner gespeichert worden ist, „Tötung von acht Türken und einem Griechen.doc“.

Also, jedenfalls stellt die Gutachterin im Auftrag von Herrn Range fest, dass am 21. August 2006, sechs Jahre nach dem ersten Mord, ein Prüfvorgang angelegt worden ist auf der Grundlage von Medienberichten. Wir finden da in den Unterlagen vier Presseartikel, einen davon aus *Bild*-Zeitung.

Und dann heißt es in dem Evaluierungsbericht:

Am 24. August 2006 wurden die im Internet vom Bundeskriminalamt zur Verfügung gestellten Informationen zu der Mordserie erhoben.

Das heißt also - ich verstehe das jetzt mal folgendermaßen; Herr Ritscher; wenn ich das

falsch sehe, sagen Sie mir das bitte -: Sie oder ein Vorgesetzter ist irgendwann im Jahre 2006 darauf aufmerksam geworden, dass seit dem Jahr 2000 Menschen mit einem, ich sage mal, familienbiografisch ausländischen Hintergrund mit ein und derselben Waffe ermordet worden sind. Dann legen Sie einen Prüfvorgang an, also nach dem neunten Mord, und die Grundlage der Prüfung sind vier Artikel aus den Printmedien plus die Sichtung dessen, was das Bundeskriminalamt auf seine Internetseite gestellt hat, bezogen auf die Mordserie. Ist das richtig?

**Zeuge Christian Ritscher:** Also, so sieht es aus, ja, wenn ich mir den Vorgang so ansehe. Das ist richtig, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, das heißt, man hat nicht zum Hörer gegriffen oder sich an den Rechner gesetzt und eine E-Mail geschickt an die BAO „Bosporus“ und hat gesagt: Das ist uns irgendwie hier aufgefallen aufgrund der Medienberichterstattung. Was ist denn da der Hintergrund? Was sind eure Überlegungen? Was sind eure Vermutungen? Teilt uns doch mal ein paar interne Sachen mit, damit wir prüfen können, ob wir als BGH vielleicht selber zuständig sein könnten. - Das ist nicht passiert?

**Zeuge Christian Ritscher:** Offensichtlich nicht, nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, das ergibt sich aus den Akten, dass das nicht passiert ist. Also, den Vorgang selber, den finden wir in MAT A GBA-3/0004. Ich weiß nicht, ob - - Der müsste Ihnen bekannt sein. Haben Sie das gesehen im Vorfeld der Vorbereitung auf die heute Sitzung?

(Dr. Eva Högl (SPD): Was ist das?)

**Zeuge Christian Ritscher:** Ich habe ein Doppel dieses ARP-Vorgangs, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. Also, auf dem Deckblatt steht „Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof“, Verfasser Oberstaatsanwalt Ritscher und ein Staatsanwalt Gröschel. „Betrifft: Tötung von acht Personen türkischer und einer Person griechischer Nationalität“ - also, wie gesagt, wir wissen, es waren sechs Türken, ein Grieche und zwei deutsche Staatsbürger - „durch einen unbekanntes Täter im Zeitraum Sep-

tember 2000 bis April 2006“. Das sind, ja, acht Seiten. Das gliedert sich: Arbeitshypothese der Kriminalpolizei, der Presse entnommen und dem Internetauftritt des BKA, Frage der Zuständigkeit des Generalbundesanwalts, und dann kommen da Wertungen, die mir irgendwie relativ unverständlich vorkommen. Also, kurz vor dem Ergebnis, wo es dann auf der achten Seite heißt:

Eine Verfolgungszuständigkeit des Generalbundesanwalts ... besteht ... nicht. Auch wenn aufgrund der Nationalität der Tatopfer ein Staatsschutzbezug möglich erscheint, ist doch in einer Gesamtschau aller Umstände bei derzeitiger Sachlage davon auszugehen, dass die Taten Ausdruck eines persönlichen Rachefeldzugs sind, nicht aber den Bestand des Staates, die Handlungsfähigkeit seiner Institutionen oder die Grundprinzipien im Umgang der Menschen und sozialen Gruppen untereinander in Frage stehen sollen. Eine rechtsextremistische Zielsetzung des Täters

- „des Täters“ heißt es auch -

als tragendes Motiv seiner Taten ist nicht feststellbar.

Auf der Vorseite heißt es:

Nach den bisherigen Erkenntnissen führt der Täter ... einen privaten Rachefeldzug.

Wo kommt denn das her? Also, das habe ich in den Polizeiakten nie gefunden als These, privater Rachefeldzug. Stand das so in der *Bild*-Zeitung, oder wie sind Sie dazu gekommen, das so einzuordnen?

**Zeuge Christian Ritscher:** Ich darf das kurz ausführen, Herr Vorsitzender. Also, es war in diesem Vorgang offensichtlich so - vieles vollziehe ich selbst aus den Akten nach; mir ist das jetzt nicht mehr alles im Einzelnen präsent -, dass innerhalb des Referats überlegt wurde, in der Tat überlegt wurde, sich dieser Mordserie zuzuwenden. Eine Vorlage vonseiten einer anderen Staatsanwaltschaft oder einer Polizeibehörde an den Generalbundesanwalt hat zu diesem Zeitpunkt offenkundig nie stattgefunden, jedenfalls nicht, was diese Serie angeht.

Das Referat, in dem ich damals tätig war, ist dann dazu übergegangen und hat sich Pressemeldungen vorgenommen, die in dieser Zeit offensichtlich in rascher Folge er-

schiene sind, 06.08. *Süddeutsche*, 07.08.<sup>1</sup> *Spiegel*, *Die Welt* haben wir noch, dann haben wir *Bild*-Zeitung, und dann kommt der Ausdruck der Website des Bundeskriminalamts. Auf Aktenseite 7 oben im Eck findet sich ein Vermerk, ein handschriftlicher: „Herrn StA Gröschel“ mit der Bitte um Kenntnisnahme und Rücksprache, abgekürzt „m. d. Bitte um K. und R.“, 08.08., gezeichnet vom damaligen Referatsleiter, und dann ist Herr Gröschel und bin ich - - sind dann daran gegangen, das mal anhand der bestehenden Rechtslage, also der Gesetze, insbesondere § 120 Abs. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes und der daraus entwickelten oder dazu entwickelten Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, durchzuprüfen. Das ist dann schulmäßig durchgeprüft worden hier.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Schulmäßig?

**Zeuge Christian Ritscher:** Was diese Verfolgungszuständigkeit unter Ziffer II von Ziffer IV<sup>2</sup> des Vermerks anbelangt: Das ist - - stellt im Prinzip die Rechtslage dar, unter welchen Voraussetzungen der Generalbundesanwalt rechtsextremistische Taten von sogenannten Einzeltätern, also wo jetzt nicht eine terroristische Vereinigung - - kein Verdacht besteht, dass eine terroristische Vereinigung im Hintergrund steht, wann dann der Generalbundesanwalt, unter welchen Voraussetzungen der Generalbundesanwalt dafür zuständig ist, und dann wird die ganze Sache - - wird das auf das angewandt, was auf die Täter - den Täter, die Täter - dieser Mordserie bekannt war.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Ritscher, ich weiß ja nicht, was bei Ihnen „schulmäßig“ heißt, aber nach meiner Lebenserfahrung muss man spätestens im Abitur eine Arbeit schreiben, wo es nicht ausreicht, sich auf Sekundärliteratur zu beziehen, sondern wo man Primärquellen verwenden muss.

**Zeuge Christian Ritscher:** Nein, mit „schulmäßig“ meine ich zunächst mal die Darstellung der Rechtslage, abstrakt vom Fall, also nicht jetzt - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja. - Also, wir finden in den Akten - Frau Högl hat gleich noch eine Zwischenfrage, aber kurz

vorab - ein Schreiben von Bundesanwalt Dr. Diemer an Herrn Griesbaum von der Bundesanwaltschaft. Das bezieht sich auf eine parlamentarische Anfrage. Das ist aus dem Jahre 2011, also 31. März 2011, ein gutes halbes Jahr vor dem Aufliegen der Terrorzelle. Und da bestätigt Herr Diemer den Eindruck, den wir auch gewonnen haben. Herr Diemer schreibt in dieser E-Mail vom 31.03. an Herrn Griesbaum:

Der Generalbundesanwalt hat 2006 zunächst aufgrund von Presseberichten im Zusammenhang mit den angesprochenen Morden geprüft, ob es sich um in seine Zuständigkeit fallende Straftaten handelt.

Jetzt frage ich mal einfach, Herr Ritscher: Ist das wirklich der Regelfall, dass Sie sozusagen sich morgens auf dem Weg zum Büro die Zeitung kaufen und dann erst mal eine halbe Stunde gucken, ob da irgendwas drinsteht über Straftaten, die in Ihre Zuständigkeit fallen könnten, und wenn Sie den Eindruck haben: „Hm, vielleicht ist das unsere Zuständigkeit“, dann kaufen Sie noch zwei, drei Zeitungen mehr und prüfen auf dieser Grundlage, ob es sich um ein Staatsschutzdelikt handelt, sprechen aber nicht mit den Instanzen - Polizei, Staatsanwaltschaft -, die bisher diese Verfahren bearbeiten? Ist das so? Ist das professionell?

**Zeuge Christian Ritscher:** Herr Vorsitzender, das ist schwer zu beantworten. Die Frage ist berechtigt, aber sie ist schwer zu beantworten. Es ist in der Tat so, dass ARP-Vorgänge, wie Frau Professor Rissing-van Saan schon festgestellt hat, nicht selten aufgrund von Pressemeldungen angelegt werden; denn die Staatsanwaltschaften der Länder haben meiner Erfahrung nach - und das gilt nicht nur für Rechtsterrorismus - nicht immer die Neigung, sofort beim Generalbundesanwalt aufzuschlagen, um Sachverhalte zur Prüfung, ob die möglicherweise in die Bundeszuständigkeit fallen, zuzuschicken. Also, wie gesagt, in diesem Falle war es tatsächlich so, dass die Pressemeldungen der Anlass dafür waren - für uns waren -, zu sagen: Da gucken wir jetzt mal hin. Worum geht es da eigentlich?

Dann wurde das durchgelesen, und der Erkenntnisstand, der hier drinsteht - also jedenfalls in den Pressemeldungen -, die sind ja - wenn ich mal von der *Bild*-Zeitung

<sup>1</sup> Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

<sup>2</sup> siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage)

absehe - jetzt auch nicht ganz kurz - das in der *Süddeutschen Zeitung* sind doch immerhin hier die ersten sechs Seiten -, war so, dass wir, jedenfalls aus der damaligen Sicht, zu dem Ergebnis gekommen waren, dass hier keine belastbaren tatsächlichen Anhaltspunkte dafür da sind, dass es sich um Taten handeln könnte, die einen Staatsschutzhintergrund haben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Ritscher, mal abgesehen davon, dass es nie die Arbeitshypothese gab „privater Rachezug“ - die gab es einfach nicht -, also, Ihr Befund ist einfach nicht - - Ich weiß nicht, in welcher Medienpublikation das so geschrieben war, auf die Sie sich dann bezogen haben; jedenfalls ist das nicht O-Ton Polizei. Abgesehen davon wissen wir aufgrund der Tätigkeit in diesem Ausschuss, dass die sehr wohl entwickelte These „Es könnte auch einen rechtsextremen Hintergrund geben“ bewusst öffentlich nicht zur Sprache gebracht worden ist von den ermittelnden Behörden.

Ich meine, Herr Ritscher, Sie schreiben immerhin acht Seiten, schulmäßig, nehmen dort Bewertungen vor: „Nach den bisherigen Erkenntnissen führt der Täter ... einen privaten Rachezug.“ Zuständigkeit für uns ist nicht gegeben. „Anliegende Presseberichte und diese Verfügung zur Handakte nehmen.“

Dann finden wir ganz hinten ein Blatt. Der Vorgang wurde alle sechs Monate wieder vorgelegt, ohne dass man was gemacht hat, also Wiedervorlage 1. März 2007. Dann wurde vermerkt: in sechs Monaten noch mal vorlegen. - Am 3. September war das dann. Und dann wurde vermerkt: in sechs Monaten noch mal vorlegen. - Das war dann am 3. März 2008. Und dann findet sich ein Vermerk, handschriftlich:

Herr EKHK Brockmüller

- das wird wahrscheinlich jemand sein aus dem Bereich der BAO „Bosporus“, vermute ich mal -

teilte auf ... Anfrage mit, dass sich ein politisch motivierter Hintergrund nicht hat verifizieren lassen.

Das ist versehen mit einem Kürzel und dem Datum 19.03.2008.

Ich habe den Eindruck, dass vor dem 19.03.2008 zu keinem Zeitpunkt bei der ermittelnden Instanz, was die Ceska-Mordserie

betrifft, mal nachgefragt worden ist, wie das seitens dieser Einrichtung bewertet wird mit der Mordserie. Kann das wirklich sein, dass sozusagen Sie sich die ganze Zeit darauf beschränkt haben, vier Zeitungsartikel gelesen zu haben und auf der Internetseite des Bundeskriminalamts geschaut zu haben, was da zu dem Vorgang steht, und das ist dann die Grundlage für die Prüfung und auch die Grundlage dafür, zu dem Schluss zu kommen, man ist nicht zuständig?

**Zeuge Christian Ritscher:** Was nach dem 25.08. mit diesem Vorgang passiert ist, dazu kann ich nicht mehr viel sagen. Sie sehen ja auf der Folgeseite, aus der Sie eben zitiert haben: Die beginnt am 1. März 2007. Da war ich bereits nicht mehr Mitglied des Referats, und wie es mit diesem Vorgang sozusagen ab Seite 27 weitergeht, kann ich aus eigener Anschauung - - da kann ich nichts dazu sagen. Damit war ich nicht mehr befasst.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay, aber Sie waren ja Mitverfasser, oder?

**Zeuge Christian Ritscher:** Herr Brockmüller übrigens, wenn ich das richtig sehe und wenn ich das noch richtig in Erinnerung habe, ist ein Mitarbeiter des Bundeskriminalamts. Den Namen habe ich noch in Erinnerung aus der damaligen Zeit.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** BKA, ja? Okay.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ansonsten - - Also, wie gesagt - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wer hat denn die Prüfung veranlasst, Herr Ritscher? Wie ist es denn dazu gekommen, dass man diese Prüfung eingeleitet hat, also, wie auch immer unzureichend sie dann vonstattengegangen ist? Aber wer war der Impulsgeber?

**Zeuge Christian Ritscher:** Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Ich weiß nur noch, dass wir im Referat diskutiert hatten, Bundesanwalt Steudl als Referatsleiter, der Herr Gröschel war sicherlich dabei, ich war dabei. Wer sonst noch dabei war, weiß ich nicht mehr. Ich weiß nicht, ob der Herr Dr. Schultheis noch mit dabei war oder nicht.

Wir haben darüber uns unterhalten, dass wir mal einen Vorgang anlegen und mal prüfen, ob das hier, also diese Taten, in die Zuständigkeit des Generalbundesanwalts fallen könnten. Wie gesagt, hier, auf Seite 7 oben, steht ja dann auch: „Herrn StA Gröschel m. d. Bitte um K. und R.“, und unterschrieben ist es von Herrn Steudl. Möglicherweise war er der Impulsgeber; ich weiß es nicht mehr.

Ich meine mich noch erinnern zu können, dass wir mal beieinandergesessen sind und darüber gesprochen haben. Wir haben natürlich auch diese Verfügung vom 21. August 2006 diskutiert und auch inhaltlich besprochen. Sie sehen es ja: Auf Seite 27 ist es dann vom Referatsleiter gezeichnet, es ist vom Abteilungsleiter gezeichnet und gebilligt worden, und unterschrieben ist es im Übrigen dann auch noch in Vertretung. Ich habe den nicht unterschrieben, sondern Herr Steudl hat es unterschrieben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Na ja. Nein, das ist alles - auch mit Wiedervorlagen - also sehr sauber geführt. Es haben alle auch zur Kenntnis genommen. Nur, ich frage mich einfach, wie das zustande gekommen ist. Wie muss ich mir das denn vorstellen? Also, man kommt da montags zu einer Besprechung zusammen, und dann sagt ein Kollege von Ihnen: Du, ich habe gestern in der *Tagesschau* so einen Bericht gesehen. Vielleicht ist das ein Straffall, dessen wir uns annehmen sollten. - Dann besorgt einer noch vier Medienberichte dazu aus dem Printbereich. Dann wird da ein achtseitiger Vermerk geschrieben, und dann kommt man zu dem Schluss: Wir sind nicht zuständig.

Ich will nur - - Herr Ritscher, Sie sind ja nun - - Ich bin ja gar nicht mal Jurist; aber ich gehe doch mal davon aus, dass das eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein müsste, wenn Sie sich für die Bundesanwaltschaft ein Bild machen wollen, ob es vor dem Hintergrund eines möglichen Staatsschutzhintergrundes eine originäre Zuständigkeit Ihres eigenen Hauses gibt, dass Sie versuchen, sich da ein umfassendes Bild zu machen. Es kann doch nicht sein, dass Sie sich darauf beschränken, Medienberichte zur Kenntnis zu nehmen und auf die Internetseite des BKA zu gehen.

**Zeuge Christian Ritscher:** Das tun wir normalerweise auch nicht; das darf ich Ihnen versichern.

In diesem Falle war es zumindest bis zu dem Zeitpunkt dieser Verfügung so, also, jedenfalls ist mir nichts anderes in Erinnerung. Ich weiß nicht, ob sich Herr Gröschel oder Herr Steudl mit dem BKA in Verbindung gesetzt hatten. Das ist mir nicht bekannt.

Normalerweise ist die Vorgehensweise eine andere. Normalerweise fahren wir dann auch beispielsweise insbesondere zu den Tatorten. Das tun wir immer dann, wenn sich Anhaltspunkte dafür ergeben, tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass jetzt im konkreten Fall rechtsterroristische Hintergründe einer Tat existieren. Also, ich bin in meiner Zeit in diesem Referat an etlichen Tatorten gewesen, sei es in Pömmelte, sei es in Rostock-Lichtenhagen oder an ähnlichen Tatorten bei ähnlichen Taten. In diesem Fall haben - jedenfalls nach unserem damaligen Dafürhalten - leider die Medienberichterstattung und das, was das BKA auf seiner Internetseite veröffentlicht hat, nicht so ausgesehen, dass wir irgendeinen Anfasser dafür gehabt hätten, zu sagen: Das könnte ein Staatsschutzdelikt sein, das in die Zuständigkeit des Generalbundesanwalts fällt. - Ich bedaure das auch. Heutzutage würde ich das sicherlich anders machen. Aber damals haben uns die Informationen, die wir hatten, nicht den Eindruck vermittelt, dass wir hier irgendeinen Anfasser dafür haben, dass das in die Zuständigkeit des GBA fallen könnte.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, nur - -

**Zeuge Christian Ritscher:** Ich kann es Ihnen leider nicht anders sagen, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, das macht einfach nur - -

**Zeuge Christian Ritscher:** Ich würde es heute natürlich anders machen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich will den Begriff „fassungslos“ ja gar nicht benutzen. Es macht aber mindestens stutzig, dass sozusagen - - Sie prüfen im Jahre 2006, nachdem der erste Mord, der Ceska-Mord, im Jahre 2000 war - - Sie prüfen vor dem Hintergrund, dass neun Menschen umgebracht worden sind, „hingerichtet“ kann man ja vielleicht sogar sagen, mit einem griechischen, mit einem türkischen Hintergrund.

Dann prüfen Sie eine Zuständigkeit Ihrer Behörde, und da beschränken Sie sich auf Medienberichte und auf das Sichten der öffentlichen Seite des BKA, und das ist die Grundlage für die Entscheidung: Es gibt keinen Staatsschutz hintergrund.

Wir beginnen mit der ersten Berliner Runde. Das Fragerecht hat zunächst die Unionsfraktion. Das Wort hat der Kollege Stracke.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Herr Ritscher, wenn man sich mal diese Verfügung anschaut, die wir jetzt gerade eben besprochen haben, da steht ja dann unten „im Auftrag Ritscher“ und dann „Gröschel“. Das hatten wir ja gerade eben besprochen, unter Ziffer 8. Und dann geht es hoch an den Herrn Referatsleiter und an den Abteilungsleiter. Wie läuft denn eigentlich die Verfügungspraxis? Wer entscheidet denn abschließend über den Prüfvorgang, ob der jetzt abgelegt wird, wie bei Ihnen das der Fall ist?

**Zeuge Christian Ritscher:** Also, kurz noch mal eins zur Erläuterung - das habe ich auch jetzt erst wieder der Akte entnommen -: Also, hier steht zwar „Ritscher“ und „Gröschel“, aber unterschrieben habe ich es gar nicht. Das hat auch der Herr Steudl schon unterschrieben, der dann auch unter Ziffer 5 noch gezeichnet hat, vermutlich weil ich zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Vermerks in Urlaub war.

Die Entscheidungspraxis ist die, wie Sie es hier in diesem Fall sehen: Unterschreiben tun es die Verfasser. Es läuft dann auf den Referatsleiter zu - in diesem Fall Bundesanwalt Steudl - mit der Bitte um Kenntnisnahme und Billigung, was der getan hat, wobei - -

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Wobei der Steudl hat jetzt zweimal unterschrieben, oder?

**Zeuge Christian Ritscher:** Der hat hier in diesem Falle zweimal unterschrieben.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Einmal in Vertretung von Ihnen und dann als Referatsleiter.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ganz genau. Wobei dieser Vermerk letztendlich schon in seinem Werdegang - das habe ich zwar nicht mehr vor Augen; aber ich meine mich erin-

nern zu können; ich kann es jetzt nicht mehr hundertprozentig sagen - - den Vermerk in seinem Werdegang bereits im Referat, also auch mit Herrn Steudl, schon diskutiert haben. Also, das war dann sozusagen nichts, was ihn überrascht hat. Deshalb hat er es dann auch „i. V.“ unterschreiben können. Aber, wie gesagt, das kann ich nicht mehr hundertprozentig sagen, wie das im Einzelnen lief.

Der Abteilungsleiter, der das dann auch zur Kenntnisnahme und Billigung zugeleitet bekommen hat, hat den Gesamtvorgang dann, also bis einschließlich Seite 27, nach Unterschrift und Zeichnung durch den Referatsleiter, Unterschrift durch die Verfasser und Zeichnung durch den Referatsleiter, zugeleitet bekommen, offensichtlich am selben Tag, 25.08. Und dann heißt es „Wiedervorlage“. Wie es dann wiedervorgelegt worden ist, kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Also, auf Seite 28 würde ich mal vermuten jetzt durch einen Unterschriftenvergleich, die erste Unterschrift vom 29.08. ist von Herrn Gröschel.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Wer trägt denn eigentlich die Hauptverantwortung? Ist das insbesondere das Referat und damit der Referatsleiter, oder wie muss man sich das vorstellen?

**Zeuge Christian Ritscher:** Die Hauptverantwortung? Also, die Hauptverantwortung trägt der Generalbundesanwalt. Das ist eine hierarchische Behörde, und alles wird im Auftrag unterschrieben, nämlich im Auftrag des Generalbundesanwalts oder in diesem Fall der Generalbundesanwältin. Gezeichnet ist es jedenfalls bis einschließlich Abteilungsleiter, der dann natürlich die Sache billigt, weil er es hier ja auch zur Billigung bekommen hatte.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Also, besprochen wird es vor allem im Referat, oder? Zumindest von der Praxis her.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja, im Referat, ja.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Wenn man sich den Herrn Steudl ansieht als Referatsleiter III 5 - - An den erinnere ich mich noch, jedenfalls vom Namen her, von einem Sachzusammenhang, und zwar den Prüfvor-

gang 98, die „Jenaer Bombenbastler“, und zwar: Als 98 ja hier das Trio abgetaucht ist, wurden ja entsprechende Sprengstoffe gefunden in der Garage, und daraufhin wurde meiner Kenntnis nach ja auch ein entsprechender Prüfungsvorgang angelegt beim GBA, um zu sehen, ob das eine terroristische Vereinigung ist. Ist Ihnen das bekannt?

**Zeuge Christian Ritscher:** Im Nachgang ist es mir bekannt geworden, aber damals war es mir nicht bekannt.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Haben Sie Kenntnis davon, ob der Herr Steudl, den wir jetzt hierhaben, namensgleich, also, sprich: identisch, ist zu dem, der damals diesen Prüfungsvorgang bearbeitet hat? Der hieß nämlich auch Steudl.

**Zeuge Christian Ritscher:** Da kann ich nur eine Vermutung aussprechen. Ich vermute, ja, weil wir keinen anderen Steudl in den 20 Jahren in der Behörde hatten, oder in den letzten 30. Wenn wir überhaupt je einen anderen Herrn Steudl in der Behörde hatten. Aber, wie gesagt, ich - -

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Okay. Also, Sie können es jedenfalls nicht ausschließen. Denn auch damals ergab die Prüfung des GBA, dass es hier keine terroristische Vereinigung gegeben hat nach Aussicht und beides Mal unter Umständen der gleiche Steudl hier aktiv wurde.

**Zeuge Christian Ritscher:** Es ist denkbar, ja. Also, wie gesagt, ich kann Ihnen das jetzt nicht positiv bestätigen. Ich muss vorsichtig sein mit meinen Aussagen; aber ich gehe davon aus. Also, es gibt keinen anderen Steudl bei uns in der Behörde.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Könnten Sie mir mal sagen, welche Folgewirkung es denn hat - gerade was Verjährungsfristen beispielsweise betrifft -, wenn der GBA sagt: „Das ist keine terroristische Vereinigung“? Was hat denn das für Folgewirkungen?

**Zeuge Christian Ritscher:** Gar keine.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Gar keine?

**Zeuge Christian Ritscher:** Nein, weil es geht ja - - Es ist ja nicht so, dass etwa hier kein Ermittlungsverfahren geführt wird. Die Ermittlungsverfahren - - Es geht ja hier nur um die Kompetenzverteilung zwischen Land und Bund. Die Verjährung wird ja unterbrochen durch laufende Ermittlungsverfahren. Also, jedenfalls in diesem konkreten Fall liefen ja Ermittlungen, also, jetzt jeweils zu jeder einzelnen Tat liefen ja Ermittlungsverfahren, und deshalb hat dieser Prüfungsvorgang ja auch nicht etwa zur Folge, dass nicht ermittelt wurde. Es ging ja nur um die Frage - -

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Nein, mir geht es ja darum, nicht dass nicht ermittelt wurde, sondern die Frage ist: Wenn Sie als GBA eine Zuständigkeit für sich bejahen, dann hat doch das auch Folgewirkungen beispielsweise auf Verjährungsfristen eben, wenn es eine terroristische Vereinigung ist.

**Zeuge Christian Ritscher:** Da muss ich mal intensiv nachdenken. Also, es hat Folgewirkungen für Verjährungen, wenn wir ein Ermittlungsverfahren wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung einleiten und dann Unterbrechungshandlungen vornehmen innerhalb dieses Ermittlungsverfahrens. Aber wenn wir ein Verfahren, das bereits läuft, übernehmen, also insbesondere wenn es um Mord geht, hat es keine, weil Mord verjährt ja sowieso nicht, also - -

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Aber hier geht es ja spezifisch um die Sprengstoffdelikte, die unter Umständen im Raum stehen, 98.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ach so, Sie meinen damals, 98?

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Ja.

**Zeuge Christian Ritscher:** Nehmen Sie es mir nicht übel: Das kann ich Ihnen jetzt aus dem Stand nicht beantworten, weil ich mit diesem Vorgang wirklich nicht vertraut bin. Also, diese Jenaer Sprengstofffunde, das entnehme ich der Presse.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Herr Christeleit, können Sie uns da ein Stück weit aufklären?

**StA Andreas Christeleit** (BMJ): Nur insoweit, dass die Verjährung an materiellem Recht sich orientiert und nicht an der jeweiligen Verfolgungszuständigkeit. Es kommt also auf den zugrunde liegenden Straftatbestand an.

**Zeuge Christian Ritscher:** Und dann gegebenenfalls eben Unterbrechungshandlungen durch die Strafverfolgungsbehörden, also Vernehmungen, Haftbefehle etc.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Okay. - Sie hatten vorher erwähnt gehabt, dass die Vorlagepraxis eigentlich der Länder doch etwas zurückhaltend sei. Worauf beruht denn diese Zurückhaltung Ihrer Einschätzung nach?

**Zeuge Christian Ritscher:** Also, Herr Abgeordneter, da kann ich eigentlich nur spekulieren. Sagen wir mal so: Ich kann eines beispielsweise aus meiner Erfahrung berichten, nämlich dass in dem von mir eingangs erwähnten Ermittlungsverfahren wegen der schweren Körperverletzung zunächst mal - zwischenzeitlich auch wegen versuchten Mordes geführt - zum Nachteil des äthiopischen Staatsangehörigen in Potsdam - - schlugen die Wellen hoch, auch vonseiten des Landes - so habe ich es jedenfalls empfunden -, weil - so auch wiederum meine Empfindungen - auf diese Weise natürlich ein Land immer in den Ruch kommt, dass es ein rechtsterroristisches Problem hat, dass also rechte Umtriebe dazu stattfinden. Das ist jedenfalls meine Empfindung, aber, wie gesagt, da kann ich - -

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Okay. Dann nähern wir uns der Fragestellung anders an: Was haben Sie denn oder der GBA insgesamt unternommen, um die Vorlagepraxis der Länder zu verbessern?

**Zeuge Christian Ritscher:** Wir sind immer wieder hingefahren. Das kann ich jetzt nicht aus eigener Anschauung sagen, weil das dann in der Zeit nach mir, nach meinem Ausscheiden aus dem Referat, lief. Also, da wurden gezielte Besuche - aber das müssen Ihnen dann die späteren Mitglieder des Referats vielleicht erzählen - unternommen. Das habe ich jetzt aber wirklich nur so unter Kollegen erfahren. Aber, wie gesagt, ich war auch während meiner Zeit im Referat immer

wieder in den - - bei verschiedenen Staatsanwaltschaften, je nachdem, wo sich irgendwelche Taten ereignet hatten, die wir häufig genug, Herr Vorsitzender, aus der Presse erst erfahren hatten, und bin hingefahren und habe gesagt: Wie sieht es denn aus? Wir würden gerne mal prüfen, ob das vielleicht was für uns sein könnte. - Sagen wir mal so: Man hat uns das nicht immer in die Arme geworfen.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): In dem Fall sind Sie eigentlich hingefahren?

**Zeuge Christian Ritscher:** In diesem hier?

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Ja.

**Zeuge Christian Ritscher:** Also, in der Zeit bis zu dem Vermerk nicht, nein.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Okay. Und danach? Auch nicht? Wissen Sie nicht, weil Sie nicht mehr zuständig waren.

**Zeuge Christian Ritscher:** Also, ich jedenfalls nicht, und nach 2006 kann ich es Ihnen nicht sagen.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Aufgrund dieser so, wie Sie es beschreiben, zurückhaltenden Vorlagepraxis - die geringe Neigung hatten Sie vorher erwähnt gehabt -, so ziehe ich dann den Schluss daraus, ist dann der GBA oftmals eigeninitiativ tätig geworden, was ja jetzt auch nicht grundsätzlich mal zu kritisieren ist.

Mich würde mal interessieren: Diese ARP-Verfahren, die Sie anlegen: -

**Zeuge Christian Ritscher:** Vorwiegend, ja.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): - Wie viele werden denn da im Durchschnitt eigentlich im Jahr geführt? Haben Sie da eine - -

**Zeuge Christian Ritscher:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Das ist - - Tut mir leid. Es ist auch von Referat zu Referat verschieden. Also, in meinem jetzigen Bereich machen wir relativ viele, aber das hat relativ wenig damit zu tun. Wir hatten damals nach meiner Erinnerung auch nicht gerade wenige, weil wir eben - -

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Was heißt „wenige“?

**Zeuge Christian Ritscher:** Also, „wenige“ hieße, fünf im Jahr. Das waren aber sicherlich mehr. Weil wir - - Also, wir haben beispielsweise bei Brandanschlägen auf Moscheen oder anderen Taten, bei denen ein rechtsextremer Hintergrund irgendwo manifest war und wo man dann vor allem auch häufig genug im Zusammenhang schon wieder Leute, gleich Leute festgenommen hat, da haben wir regelmäßig ARP-Vorgänge angelegt. Oder wenn - was leider auch vorkam und immer noch vorkommt, leider - Personen ausländischer Herkunft oder ausländischen Ansehens auch nur von Mitgliedern der rechtsextremen Szene zusammengeslagen wurden. In solchen Fällen haben wir immer ARP-Vorgänge angelegt.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Herr Ritscher, wenn Sie davon berichten, dass Sie ungefähr im Jahr fünf ARP-Verfahren haben -

**Zeuge Christian Ritscher:** Nein, es waren mehr.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): - und ein Stück weit mehr, was ich Ihnen ja zugestehen will -, wie viel muss ich denn da - damit ich es so ungefähr ins Verhältnis setzen kann - zum Linksextremismus beispielsweise zählen? Haben Sie da Erfahrungswerte?

**Zeuge Christian Ritscher:** Da kann ich jetzt gar nichts dazu sagen. Nein, habe ich nicht.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Wie viele von diesen Verfahren im rechtsextremistischen Bereich, die Sie selber im Rahmen dieses ARP-Verfahrens gemacht haben, betreut haben, sind denn dann eigentlich auch mal zu einer Ermittlung oder zu einem Ermittlungsverfahren gekommen?

**Zeuge Christian Ritscher:** Also, ich meine das in Potsdam. Das war also mindestens mal eins. Ich kann Ihnen aus dem Stand heraus nicht sagen, wie viele Verfahren, Ermittlungsverfahren als ARP-Vorgänge eigentlich angefangen hatten.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Weil wir haben in den Akten überhaupt nichts gefunden, dass da bei Ihnen überhaupt ein Verfahren jemals zum Ermittlungsverfahren gekommen wäre.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ich schließe das nicht aus, dass das so ist. Also, wie gesagt, bei dem Potsdamer - ich weiß nicht, ob Sie das haben - aus 2006 - meine ich, war das, oder 2005 -, da, meine ich, war es anfangs so, dass - - Aber ich kann es Ihnen nicht mit Bestimmtheit sagen. Das waren eben immer oder sehr regelmäßig - - Also, es gab zwei Arten von ARP-Vorgängen. Es gab einmal ARP-Vorgänge - das erinnere ich noch -, die wir angelegt haben in der Tat aufgrund einer Art Medienmonitoring, beispielsweise über bestimmte Internetauftritte aus der rechtsextremen Szene, einfach um zu schauen, was sich da so tut, was die so treiben, wie sich das entwickelt.

Dann gab es Vorgänge, ARP-Vorgänge - - Ich meine, wir hatten beispielsweise auch einen ARP-Vorgang zu Kameradschaften, rechtsextremen Kameradschaften, um einfach zu gucken, ob sich - - um da am Ball zu bleiben und um Informationen zu sammeln, die uns in die Lage versetzen, falls es erforderlich werden sollte oder falls tatsächliche Anhaltspunkte dafür da sind, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten, beispielsweise wegen Bildung einer kriminellen oder auch einer terroristischen Vereinigung.

Und wir hatten eben ARP-Vorgänge, die anlassbezogen angelegt wurden, weil eben beispielsweise Personen zu Schaden gekommen sind im weitesten Sinne, also durch Brandanschläge, durch Körperverletzungsdelikte, versuchte Tötung.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Aber wir können auf jeden Fall festhalten, dass von den ARP-Verfahren, die Sie betreut haben, ganz wenige, vielleicht eines, -

**Zeuge Christian Ritscher:** Es war die Minderheit, auf alle Fälle.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): - die Minderheit, also die absolute Minderheit sogar, dass das tatsächlich in ein konkretes Ermittlungsverfahren übergelaufen ist?

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja, also, die anlassbezogenen waren alles Ermittlungsverfahren der Länder, und es geht in diesen ARP-Vorgängen immer nur um die Frage der Bundeszuständigkeit. Also, es geht nicht um die Frage: „Wird ein Ermittlungsverfahren eingeleitet oder nicht, findet Strafverfolgung statt oder nicht?“, sondern es geht um die Frage: Ist dafür der Bund zuständig oder die Länder? Das ist ja eine Frage der grundgesetzlichen Kompetenzverteilung und die Frage des gesetzlichen Richters.

Der Bundesgerichtshof hatte, seit 2000 beginnend, in mehreren Entscheidungen genau ausdifferenziert, wann der Generalbundesanwalt Ermittlungen im rechtsterroristischen Bereich - um den ging es in diesem Fall, aber ganz allgemein bei extremistischen, terroristischen Einzeltätern, die jetzt nicht in einer terroristischen Vereinigung sich vereinigt haben - - wann der Bund da zuständig ist, wann er da Strafverfolgung betreiben darf und wann er das nicht darf.

Das ist ja ein juristisch ausgesprochen ausdifferenzierter Dreisprung, und das war immer der Hintergrund dieser Prüfvorgänge. Also, wir mussten immer gucken: Handelt es sich um eine Katalogtat aus dem Katalog des § 120 Abs. 2 GVG? Die zweite Frage war dann: War die Tat bestimmt oder geeignet, bestimmt und geeignet - nicht etwa „oder“, sondern bestimmt und geeignet -, den Bestand der Bundesrepublik Deutschland oder die inneren Verfassungsgrundsätze zu gefährden? Und drittens musste die Tat eine besondere Bedeutung haben.

Also, beispielsweise die letztere Anforderung der besonderen Bedeutung führte beispielsweise in einem Fall aus dem Jahre so um 2001 herum, 2002 herum dazu, dass eine Tat, die wir - - ein Verfahren, das wir übernommen hatten - es ging um einen Brandanschlag, den wir auch angeklagt hatten -, da hatte dann das Oberlandesgericht, das zuständige Oberlandesgericht gesagt: „Nein, das hat keine besondere Bedeutung“, hat es zum Landgericht eröffnet. Es wurde dann also uns aus der Hand genommen, war dann Ländersache, und der Bundesgerichtshof hat diese Entscheidung auf unsere Beschwerde hin bestätigt gehabt.

Also, dann hat der Bundesgerichtshof damals mit einigen deutlichen Worten gesagt: Nur Fälle, die auch aus der Gesamtzahl gleichgelagerter Straftaten herausragen, sind dann welche für den Generalbundesanwalt. - Also, beispielsweise bei Brandanschlägen

müssen es Brandanschläge sein, die besonders - - irgendwie sich besonders qualifizieren, also dann - -

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Herr Ritscher, verstehe ich so weit.

**Zeuge Christian Ritscher:** Deshalb war das also - darf ich ganz kurz noch? - für uns wichtig, immer in diesen ARP-Verfahren vor allem diese Frage zu erörtern: Fällt das in die Bundeszuständigkeit oder nicht? Weil wir nur einen ganz schmalen Bereich haben, wo wir arbeiten dürfen.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Ja. Können Sie denn, weil Sie ja für die Staatsschutzsachen zuständig sind, Strafsachen zuständig sind, mal in irgendeiner Weise quantifizieren, wie viel Anzahl im rechtsextremistischen Bereich bzw. im linksextremistischen Bereich Sie denn hier eine Zuständigkeit haben?

**Zeuge Christian Ritscher:** Nein, kann ich leider nicht, weil mir für den linksextremistischen Bereich jeder Vergleich fehlt.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Sie haben auch keinerlei - -

**Zeuge Christian Ritscher:** Ich habe zwar mal Linksextremismus gemacht - das war in den 90er-Jahren -, aber auch da hatte ich nur einen ganz schmalen Ausschnitt. Leider fehlen mir da - -

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Dann bleiben wir beim rechtsextremistischen Bezug. Den Akten können wir entnehmen, dass die Anzahl an Referaten 2001 mit Ende des Jahres 2001 reduziert wurde, nämlich von zwei auf eines. Was hatte denn das für Auswirkungen? Oder anders formuliert, um Sie gleich auf die Spur zu bringen, wo ich hinwill: Gibt es denn dazu - - Hat denn die Anzahl der Referate auch damit etwas zu tun, dass unter Umständen die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch insgesamt abgenommen hat?

**Zeuge Christian Ritscher:** Das ist - - Da fragen Sie mich fast zu viel. Ich bin 2002 in die Behörde zurückgekommen. Da war es dann schon so. Ich meine, mich erinnern zu können, dass es mal eine Zeitlang gab, wo

es zwei Referate gab, die Rechtsterrorismus bearbeitet haben, und zwar, meine ich, nach Ländern, nach Bundesländern gegliedert. Aber - -

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Wie viele waren Sie denn im Referat insgesamt?

**Zeuge Christian Ritscher:** Wir waren also dann hier so, sagen wir mal, Mitte der 2000er-Jahre, um das exemplarisch rauszunehmen, meistens zu viert, zu fünft. Vier oder fünf Leute waren wir. Ich weiß jetzt nicht, ob wir zwei wissenschaftliche Mitarbeiter immer hatten, durchgehend, oder nur einen. Ja, so in dem Bereich.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Was heißt denn das dann? Wie muss ich mir das vorstellen? Wenn Sie jetzt vier oder fünf Mitarbeiter sind in einem Referat, die für Rechtsextremismus zuständig sind: Ist das eine sehr hohe Arbeitsbelastung, der Sie da ausgesetzt sind, oder geht das so locker von der Hand?

**Zeuge Christian Ritscher:** Nein, also Letzteres sicher nicht. Die Arbeitsbelastung war schon - - Also, ich habe sie als hoch empfunden. Wir hatten ja dann - das fiel ja dann mitten rein in meine Tätigkeit - das Ermittlungsverfahren gegen das „Aktionsbüro Süd“. Da hatten wir es zum Teil mit einer zweistelligen Zahl von Inhaftierten zu tun. Das war eine Menge Arbeit, und, wie gesagt, vorher war das „Landser“-Verfahren gewesen, das dann auch eine ganze Weile natürlich auch Leute in der Hauptverhandlung gebunden hat.

Es ist typischerweise im Staatsschutz wellenförmig, die Arbeitsbelastung, weil das davon abhängt, ob beispielsweise Hauptverhandlungen anstehen, ob Hauptverhandlungen zu bedienen sind, ob Haftsachen zu bearbeiten sind.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Wenn Sie jetzt die Zuständigkeit bejahen bei sich im GBA, im Referat Rechtsextremismus -

**Zeuge Christian Ritscher:** Terrorismus.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): - Rechtsterrorismus, Entschuldigung -, wenn Sie die Zuständigkeit hier bejahen: Bleibt dann dieses Verfahren bei Ihnen?

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja. Also, ich habe noch nie erlebt, dass es - -

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Und haben Sie dann diese gesamten Verfahren auch entsprechend zu begleiten und durchzuführen?

**Zeuge Christian Ritscher:** Also, das Verfahren bleibt typischerweise im Referat. Es kann schon mal sein, dass mal der Sachbearbeiter wechselt aus bestimmten dienstlichen Gründen; aber bei laufenden Verfahren - insbesondere, wenn sie größer sind und wenn Haftsachen dabei sind, wenn Anklagen zu fertigen sind - gibt es zwar einen Haupt-sachbearbeiter, aber es ist immer eine größere Zahl von Kollegen eingebunden oder das ganze Referat.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Bei Verfahren, die mit Rechtsterrorismus zu tun haben, könnte ich mir vorstellen, sind das ja welche, die durchaus arbeitsaufwendig sind.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Ist das richtig so aus Ihrer Erfahrung heraus?

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Ist dann das Interesse, möglichst viele solche Fälle am Bein zu haben, eher geringer ausgeprägt?

**Zeuge Christian Ritscher:** Nein, nein. Also, wir sind vom Gesetzgeber auf eine Position gestellt, und wir haben die auszufüllen. Also, es gilt auch im Rechtsterrorismus das Legalitätsprinzip. Ich kann mir die Fälle nicht aussuchen. Wenn der Generalbundesanwalt dafür zuständig ist, dann muss ich die Ermittlungen führen, und zwar so gut es geht.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Aber Sie können die Zuständigkeiten natürlich auch entsprechend sich ansehen und fragen, ob diese eröffnet sind oder nicht. Es ist ja kein Automatismus.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja, aber es ist - - Da haben wir keinen Beurteilungsspielraum. Das ist voll justiziabel.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Sie haben einen Ermessensspielraum in gewissem Maße, -

**Zeuge Christian Ritscher:** Nein, haben wir nicht.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): - weil Sie eine Gesamtschau der Dinge vornehmen, der Tatumstände.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja, aber es ist alles gerichtlich überprüfbar. Wie gesagt, das haben wir auch beispielsweise vom BGH bestätigt bekommen. In einem Verfahren, wo wir die besondere Bedeutung bejaht hatten, hat der BGH gesagt: Nein, es gibt keine. - Das ist leider nicht der Fall. Wir haben da kein Ermessen. Oder Gott sei Dank.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Wenn ich mir das ansehe, was wir jedenfalls an Unterlagen haben, was die ARP-Verfahren betrifft, hier im ganz konkreten Fall, so ist es doch überschaubar. Könnten Sie mir mal sagen, wie viele Aktenordner Sie denn da angelegt haben im Rahmen des ARP-Vorgangs?

**Zeuge Christian Ritscher:** Welches?

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Hier jetzt für diesen konkreten Fall, den der Untersuchungsausschuss als Gegenstand hat, nämlich die Tötung von neun Personen damals, 2006.

**Zeuge Christian Ritscher:** Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter. Ich habe die Frage nicht verstanden.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Wie groß war denn der Umfang der Akten, die Sie im Rahmen des ARP-Vorgangs angelegt haben? Wie groß war denn der? Wie dick war denn der?

**Zeuge Christian Ritscher:** Dieses ARP-Vorgangs?

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Ja, genau.

**Zeuge Christian Ritscher:** Das ist das Heftchen hier.

(Der Zeuge hält Unterlagen hoch)

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Das war dieses Heftchen?

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja, wie gesagt: Bis Seite 28 ist es mir bekannt oder 27.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Genau. Also, so ein Verfahren, das insgesamt schon über mehrere Jahre gelaufen ist, dem neun Personen zum Opfer gefallen sind, und Sie haben insgesamt so ein dünnes Heftchen hier angelegt?

**Zeuge Christian Ritscher:** Bis zu diesem Zeitpunkt ja, und es ist, wie Sie sehen, dann auch nicht - -

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Ist es denn üblich, dass Sie gerade bei so einem Vorgang, der ja doch erhebliche Todesopfer zur Folge hat, dann nur so wenig sich an Akten holen, sprich, nur aus dem Bereich der Veröffentlichungen stichpunktartig Dinge herausholen? Also, auf welcher Basis beurteilen Sie denn Ihre Zuständigkeit? Haben Sie jemals beispielsweise mit den ermittelnden Behörden Kontakt aufgenommen? Haben Sie sich da Aktenmaterial besorgt? Wie muss ich mir das vorstellen: Auf welcher Grundlage sind Sie zu Ihrem Ergebnis gelangt?

**Zeuge Christian Ritscher:** Wenn sich aus dem, was wir erfahren, ergibt, oder wenn sich - ich muss immer in der Vergangenheit sprechen, weil, wie gesagt, ich bin ja in dem Bereich nicht mehr tätig; ich gehe davon allerdings aus, dass es wahrscheinlich heute noch ähnlich ist - daraus irgendein Anfasser ergibt, der eine Zuständigkeit des Generalbundesanwalts begründen könnte - das müssen tatsächliche Anhaltspunkte sein, keine Vermutungen, keine Mutmaßungen; das reicht alles nicht aus -, dann sind wir da in aller Regel hingefahren oder wir haben zumindest die Akten angefordert, haben gesagt - -

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Haben Sie es hier konkret auch gemacht?

**Zeuge Christian Ritscher:** Nein.

(Dr. Eva Högl (SPD): Warum nicht?)

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Sind Sie hingefahren?

**Zeuge Christian Ritscher:** Nein.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Haben Sie die Akten angefordert? Das würde ich wissen: Warum nicht?

**Zeuge Christian Ritscher:** Weil die Prüfung dessen, was hier in der Akte drin ist, aus unserer damaligen Sicht keinen belastbaren Anhaltspunkt dafür ergeben hat, dass es sich dabei um ein Staatsschutzdelikt handelt.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Dann schauen wir uns mal auf Seite 5 in Absatz 2 an, wo - ich darf hieraus zitieren - die Frage darum geht - - über die Zuständigkeit, ob das eröffnet ist. Da schreiben Sie - Zitat - \*:

Der Umstand, dass es sich bei einem Tatopfer um ein Mitglied einer nationalen, rassistischen oder religiösen Minderheit in der Bundesrepublik Deutschland handelt, legt regelmäßig eine solche rechtsextremistische Haltung des Täters nahe.

Es geht darum: Rechtsextremistische Haltung des Täters. Und damit wird eine Regelvermutung - so lese ich es - zunächst einmal aufgestellt, indem ich sage: Ja, wenn hier es sich um ein Tatopfer handelt, das einer Minderheit beispielsweise angehört - also nationalen, rassistischen oder religiösen Bereich -, dann ist es regelhaft, eine rechtsextremistische Haltung des Täters zugrunde zu legen. - Gehe ich richtig in der Annahme, dass es zunächst einmal ein solches Regel-Ausnahme-Verhältnis gibt, so wie Sie es hier schreiben?

**Zeuge Christian Ritscher:** Können Sie mir freundlicherweise noch mal bitte die Seite sagen?

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Seite 5, Absatz 2.

**Zeuge Christian Ritscher:** Entschuldigung, ja.

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Da geht es ja um die Eignung der Tat zur Beeinträchtigung der inneren Sicherheit, und da wird zunächst einmal ganz allgemein festgestellt, dass es sich hier um einen Täter handeln muss, der ausschließlich aus einer ausländerfeindlichen oder - - und rechtsextremen Zielsetzung heraus handelt und Mitglieder einer gesellschaftlichen Gruppe allein wegen ihres Andersseins angreift. Und dann wird das noch mal etwas detaillierter ausgestellt, und dann kommen Sie: „ist regelmäßig eine solche rechtsextremistische Haltung des Täters nahegelegt“.

Also würde man doch zunächst einmal sagen: Hier kamen Opfer oder kommen Opfer vor aus dem türkischen Bereich, zum Teil mit deutscher Staatsangehörigkeit, aber ansonsten mit Ausländerbereich, und das führt regelhaft zu der Tatsache, dass hier das zunächst gegeben ist.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja, der Umstand, dass es sich bei den Tatopfern um Personen handelte, die zumindest einen Migrationshintergrund haben, war ja der Anlass dafür, dass überhaupt ein ARP-Vorgang angelegt wurde. Wenn das alles Deutsche gewesen wären, hätte man - - Weiß ich nicht. Also, ich wüsste jetzt nicht, aus welchem Grund der Generalbundesanwalt da, wenn nicht weitere Umstände hinzukommen, einen Vorgang oder gar ein Ermittlungsverfahren hätte anlegen bzw. einleiten sollen.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Wissen Sie, Herr Ritscher - und damit gebe ich das Fragerecht dann auch weiter -, was mich wundert, ist: Zunächst einmal bejahe ich, sehr abstrakt gesehen, dass es hier regelmäßig naheliegt, dass es sich um eine rechtsextremistische Haltung des Täters handelt. Dann sagen Sie: „Dieser Schluss ist jedoch keineswegs zwingend“, und führen das dann im Ergebnis näher aus. Aber ich muss mir dann immer noch mal vorbehalten lassen: Ja, auf welcher Faktengrundlage entscheide ich denn das?

Ich will Ihnen gar nicht vorwerfen, dass Sie zu diesem Schluss gekommen sind, sondern ausschließlich infrage stellen: Wie komme ich denn zu diesem Ergebnis, das Sie getan haben, aus einem Aktenmaterial, das nicht dicker ist als das hier? Das ist etwas, was mich so weit erstaunt. - Aber wir machen jetzt hier einen Break von meiner

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A GBA-3/4, Blatt 24.

Seite, und an die Frau Dr. Högl übergebe ich gerne, mit Zustimmung des Vorsitzenden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Spannend wäre natürlich, was Sie gemacht hätten, wenn Sie zufällig einen Presseartikel gefunden hätten, der diese These, es könnte einen rechten Hintergrund geben, aufgewiesen hätte. - Aber Frau Dr. Högl hat das Wort.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender, und auch Herr stellvertretender Vorsitzender, dass Sie übergeben.

Herr Ritscher, ich kann unmittelbar da weitermachen, wo Herr Stracke aufgehört hat. Ich möchte aber ganz gerne mit Ihnen das schon noch mal vom Beginn durchdeklinieren, weil ich das nämlich immer noch nicht verstanden habe.

Wie läuft das genau ab? Sie bekommen einen Auszug, *Spiegel Online*, eine Kopie mit einer handschriftlichen Notiz Ihres Referatsleiters auf den Schreibtisch - oder wie geht das? Finden Sie das montagsmorgens, oder wann das war, in einem Mäppchen auf Ihrem Schreibtisch, oder wie läuft so was ab?

**Zeuge Christian Ritscher:** Also, Frau Abgeordnete, da kann man keine regelhafte Beschreibung geben. In diesem Falle ist es ja an den Herrn Gröschel gerichtet gewesen und nicht an mich. Ich weiß nicht, wie es damals - - Ich kann mich auch gar nicht mehr daran erinnern, was da damals tatsächlich der Auslöser war in diesem konkreten Fall.

Das ist manchmal so, wie Sie es eben geschildert haben. Manchmal ist es so, dass man in einer Referatsbesprechung zusammensitzt und dann jemand sagt: Mir ist Folgendes aufgefallen. Dem sollte man sich doch mal zuwenden, ob hier möglicherweise eine Straftat inmitten steht, die in den Zuständigkeitsbereich des Generalbundesanwalt fällt. - Manchmal kommen die Sachen direkt von der Polizeibehörde hier zu uns geschickt. Manchmal schickt eine Staatsanwaltschaft mit der Bitte um Prüfung der Übernahme. Da gibt es einen breiten Fächer von Möglichkeiten, wann wir ARP-Vorgänge anlegen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber der Fall, dass Sie einen Zeitungsartikel auf den Tisch bekommen und dass daraufhin dann geprüft wird, ist einer, der durchaus üblich ist bei so einem - -

**Zeuge Christian Ritscher:** Er ist möglich. Also, „üblich“ weiß ich jetzt nicht. Aber das schließe ich nicht aus, ja, dass es in diesem Fall so war, und ich schließe auch nicht aus, dass es auch in anderen Fällen so war.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ist das denn so, dass in Ihrem Referat besonders aufmerksam Zeitung gelesen wird und dann geguckt wird: „Könnte da für uns irgendwie Stoff dabei sein, und das prüfen wir mal“, oder wie muss ich mir das vorstellen?

**Zeuge Christian Ritscher:** Ich muss auch hier wieder in der Vergangenheit sprechen. Wir haben - das ist durchaus richtig, jedenfalls kann ich das für meine Person sagen - aufmerksam Zeitung gelesen. Das ist auch durchaus ab und zu erforderlich gewesen. Also, ich erinnere mich auch schon an Fälle, auf die wir nur durch Zeitungsartikel aufmerksam geworden sind und bei denen wir dann zumindest mal geprüft haben. Ob es dann im Ergebnis zu einer Zuständigkeit des GBA kam oder nicht, weiß ich nicht mehr; aber es ist durchaus so.

In meinem jetzigen Arbeitsbereich - das darf ich vielleicht noch dazufügen -, im Völkerstrafrecht, haben wir einen eigenen Kollegen, der fast nichts anderes macht, als die Medien, die Medienlandschaft durchzupflügen - wobei die natürlich größer geworden ist.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Ritscher, wie war das denn damals in Ihrem Referat, wenn so Prüfungen erfolgten, ob die Zuständigkeit des Generalbundesanwalts in Betracht kommt? Prüfen Sie das eher mit dem gewünschten Ergebnis: „Au ja, wir sind zuständig, wir können das übernehmen“, oder wird das eher überprüft mit dem Tenor: „Um Himmels willen, lass uns da nicht mal mit befassen, das lass mal die vor Ort machen“?

**Zeuge Christian Ritscher:** Also, wir prüfen eigentlich ergebnisoffen, weil wir sind vom Gesetzgeber aufgefordert, in den Straftaten, in denen der GBA zuständig ist, auch zu ermitteln, und wir können es uns nicht aussuchen und auch nicht ablehnend prüfen oder bejahend prüfen.

Im Zweifelsfall ist die Zuständigkeit des Generalbundesanwalts voll justiziabel, und wenn ich ein Verfahren übernehme, bei dem ersichtlich keine Zuständigkeit des General-

bundesanwalts gegeben ist, dann werde ich spätestens beim ersten Mal, wenn ich zum Ermittlungsrichter gehe, um einen Durchsuchungsbeschluss oder auch einen Telekommunikationsüberwachungsbeschluss zu bewirken, von dem Ermittlungsrichter hören: Was soll das? Das ist Sache der Landesjustiz. Da ist der Bund nicht für zuständig.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Können Sie sich noch erinnern, mit welchem Tenor Sie hier die Prüfung durchgeführt haben im August 2006?

**Zeuge Christian Ritscher:** Nein. Also, ich denke, wir haben einfach anhand dessen, was hier in dieser Akte drin ist, geprüft.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Dann möchte ich noch mal da nachhaken, wo die Kollegen ja schon ein wenig gebohrt haben. Aber auch ich möchte das noch mal ganz genau von Ihnen wissen. Erinnern Sie sich mal bitte. Wenn Sie sagen, es ist üblich, dass Sie Akten anfordern, dass Sie telefonieren mit der örtlichen Staatsanwaltschaft, dass Sie sogar hinfahren zum Tatort, dann bitte ich Sie wirklich, jetzt noch mal gut in Ihrer Erinnerung zu kramen: Warum ausgerechnet in diesem Fall nicht? Das fällt doch auf.

Also, wenn Sie sagen, Sie prüfen immer ergebnisoffen, und Sie sagen, Sie fahren immer hin oder suchen sich Akten oder so, dann frage ich mich: Warum hier jetzt nicht? Herr Ritscher, das haben Sie bisher noch nicht erklärt.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ich kann - - Frau Abgeordnete, ich kann es immer wieder nur wiederholen: Ich gehe davon aus - - Ich habe das jetzt nicht im Einzelnen im Kopf, was hier in diesen Artikeln alles drinsteht. Ich sehe jetzt hier nur auf Aktenseite 5, vorletzter Absatz oder drittletzter:

„Die Tat“, sagt Horn,

- das ist offenbar der Fallanalytiker -

„könnte ihn eher stabilisieren. Ihn treibt ein ausgesprochenes Zerstörungsmotiv.“

Nächster Absatz:

Aber welches?\*

**Dr. Eva Högl (SPD):** Nein, ich bin jetzt noch nicht bei den Inhalten, Herr Ritscher, sondern ich bin jetzt noch mal bei der Vorgehensweise. Wenn es üblich ist, anzurufen, hinzufahren, Akten zu besorgen, dann muss es doch, wenn das üblich ist - das haben Sie geschildert -, dann ist es doch, wenn man von diesem üblichen Vorgehen abweicht - - muss es doch eine Diskussion im Referat geben, eine Überlegung, dass man sagt: Nein, ich rufe da nicht an. Nein, ich fahre da nicht. Nein, ich besorge mir keine Akten. - Dafür muss es irgendeinen Grund gegeben haben.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja, da - - Zum einen eines: Also, es gab durchaus auch andere ARP-Vorgänge, wo wir nicht hingefahren sind und auch keine Akten angefordert haben, weil bereits die vorliegenden Meldungen von vornherein keinen tatsächlichen Anhaltspunkt dafür ergeben haben, dass eine Zuständigkeit des Generalbundesanwalts vorliegt.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja. Dann gehen wir da mal im Einzelnen das auch noch mal durch, so wie Herr Stracke das ja auch schon angefangen hat. Aber ich will Sie noch mal fragen - Sie sind ja auch aus Bayern -: Sind Sie nicht mal auf die Idee gekommen - da waren ja fünf Morde, bundesweite Mordserie -, mal die Kollegen da vor Ort anzurufen - Sie haben gesagt, Sie waren beim Gericht in München, also, man kennt sich ja auch aus der Gerichtskantine -, da mal anzurufen und zu sagen: „Wie schätzt ihr das ein?“, wenn Sie sonst auch telefonieren?

**Zeuge Christian Ritscher:** Also, ich kenne aus der Staatsanwaltschaft in München überhaupt niemanden. Da war ich nie bei der Staatsanwaltschaft. Aber unabhängig davon: Also, ich kann es leider nicht mehr im Einzelnen rekonstruieren. Ich kann nur sagen: Nach meiner Erinnerung ist nicht angerufen worden. Ich weiß nicht, ob der Herr Steudl oder der Herr Gröschel vielleicht angerufen haben. Also, ich meine - ich bin mir nahezu sicher -, dass ich nicht angerufen habe. Ob die anderen beiden - wie gesagt, Herr Steudl oder Herr Gröschel - angerufen haben, entzieht sich meiner Kenntnis, weiß ich nicht mehr.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Ritscher, dann will ich das mit Ihnen noch mal inhaltlich ein

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A GBA-3/4, Blatt 5.

bisschen durchgehen, und zwar die Eggesin-Entscheidung ist ja hier einschlägig. Die haben Sie ja auch mehrfach zitiert und auch durchdekliniert in Ihrer Prüfung.

Ich will noch mal eine Passage vorlesen, auf die es hier ja ganz besonders ankommt. In der Eggesin-Entscheidung, Randziffer 39, wird ausgeführt, dass die Taten dazu beitragen,

über den ... Bereich der Tatbegehung hinaus in der gesamten Bundesrepublik bei Ausländern ein allgemeines Klima der Angst vor willkürlichen, grundlosen tätlichen Angriffen und eine Unsicherheit darüber auszulösen, ob ihr Leben in diesem Staat noch sicher ist, das heißt, ob die Sicherheitsorgane in ausreichendem Maße fähig sind, die ausländischen Mitbürger zu schützen.

Das ist ein Gesichtspunkt für die Bejahung der Zuständigkeit des Generalbundesanwalts: das allgemeine Klima der Angst. Sie selbst nennen das auch in Ihrer Ausführung, wenn Sie das noch mal schauen wollen. Auf Seite 6, da steht da auch als Kriterium. Sie führen das da aus:

Durch die Taten wird ein allgemeines Klima der Angst vor willkürlichen und grundlosen Angriffen beispielsweise gegenüber Ausländern in der gesamten Bundesrepublik Deutschland erzeugt.

Das genau war auch in der Diskussion. Das hat Herr Beckstein hier als Zeuge ausgeführt. Das war Gegenstand der Beratungen über die Medienstrategie bei der Mordermittlung, nämlich nicht offensiv über ein rechtsextremes Mordmotiv zu schreiben in den Zeitungen.

Haben Sie denn sich mit diesem Kriterium mal intensiv befasst? Weil Sie kommen dann wenige Absätze später zu dem Ergebnis - auch das will ich noch mal hier darlegen, und das finde sehr bemerkenswert, das so zu schreiben, ohne dass die Kriterien ausreichend subsumiert wurden -:

Unabhängig davon, ob einzelne der genannten Kriterien im vorliegenden Fall möglicherweise auch zu bejahen sind,

- ohne dass das subsumiert wird, schreiben Sie das so -

ist jedenfalls festzuhalten, dass nach dem bisherigen Erkenntnisstand keinerlei Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass der Täter aus einer politisch rechtsextremen Motivation heraus gehandelt hat.

Und es ist überhaupt nicht ersichtlich, auf welcher Basis Sie diese Prüfung vornehmen und zu diesem Ergebnis kommen. Das erschließt sich überhaupt nicht. Das ist einfach eine Behauptung, die Sie hier aufstellen, ohne Grundlage, ohne Faktengrundlage, ohne dass Sie ermittelt haben, also Gespräche geführt haben, mit den ermittelnden Behörden gesprochen haben. Wie kommen Sie zu dieser Schlussfolgerung? Können Sie uns das noch mal darlegen?

**Zeuge Christian Ritscher:** Der Vermerk wurde geschrieben auf Grundlage dessen, was in den vorangestellten Pressemitteilungen und in dem Bericht des BKA niedergelegt ist und - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Ritscher, Sie sind ja ein guter Jurist. Das wollen wir ja hier auch miteinander nicht bestreiten. Ich bin auch Juristin, und ich kenne mich damit auch ein bisschen aus, wie das Geschäft der Subsumtion läuft. Das muss man doch subsumieren: Klima der Angst.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja, gebe ich Ihnen recht.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Muss man das nicht auch darlegen in so einem Vermerk? Wie sind Sie denn zu dieser Behauptung gekommen, da auf Seite 6?

Und wenn ich dann noch mal was weiter vorlesen darf. Auf Seite 7, Herr Ritscher, ganz unten, da schreiben Sie - Sie sind der Autor dieses Papiers -:

Nach den bisherigen Erkenntnissen führt der Täter vielmehr einen privaten Rachefeldzug. Übergeordnete politische Motive sind nicht erkennbar. Er will mit seinen Taten keine rechtsextremistisch motivierte politische Signalwirkung auslösen, sondern verfolgt ausschließlich persönliche Ziele.

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A GBA-3/4, Blatt 26.

Herr Ritscher, das müssen Sie uns hier mal erklären, wie Sie zu dieser Bewertung gekommen sind.

**Zeuge Christian Ritscher:** Darf ich noch mal auf die Seite 5 der Akte - das ist auf Seite 5 des SZ-Artikels - zu sprechen kommen?

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja.

**Zeuge Christian Ritscher:** Wie gesagt, ich kann das heute alles nicht mehr im Einzelnen nachvollziehen. Ich darf auch noch mal betonen, dass ich diesen Vermerk keineswegs alleine geschrieben habe, sondern der ist im Team entstanden.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wer ist denn dieses Team gewesen?

**Zeuge Christian Ritscher:** Der Herr Gröschel - der steht ja nun auch oben drin; von dem stammt der allergrößte Teil dieses Vermerks - und letztendlich auch der Herr Steudl.

Also, auf Seite 5 - ich kann das nur so erklären, Frau Abgeordnete; ich kann das jetzt im Nachgang nicht mehr alles rekonstruieren - beispielsweise steht:

Die Fallanalytiker glauben, dass dieser Mann vor seinen Taten nervös und auffällig ist. Im Gegensatz zu Sexualmördern, die nach ihren Verbrechen oft sehr durcheinander sind. „Die Tat“, sagt Horn,

- das ist der Fallanalytiker offenbar -

„könnte ihn eher stabilisieren. Ihn treibt ein ausgesprochenes Zerstörungsmotiv.“

Dann nächster Absatz:

Aber welches? Für einen Rechts-extremisten gibt es keinerlei Anhaltspunkt.

**Dr. Eva Högl (SPD):** So, und jetzt frage ich Sie, Herr Ritscher: Warum haben Sie sich die Fallanalyse von Herrn Horn nicht mal vorgenommen? Das wäre ein Anruf gewesen, und dann hätten Sie per Fax oder Mail oder Post rucki, zucki die Fallanalyse auf dem Tisch gehabt. Haben Sie da mal drüber nachgedacht?

**Zeuge Christian Ritscher:** Kann ich Ihnen nicht mehr sagen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber Herr Ritscher, ist das denn angemessenes, professionelles Vorgehen? Jetzt gehen wir mal ganz weg von dem Sachverhalt und so, worum es geht. Dann wird es ja noch dramatischer. Also, wenn Sie was zu prüfen haben, dann nehmen Sie zwei Absätze - nichts gegen die *Süddeutsche Zeitung* - aus der *Süddeutschen Zeitung*, und das ist die Grundlage für die Prüfung der Zuständigkeit des Generalbundesanwalts? Darf ich mal ganz kurz ein bisschen erschrocken sein?

**Zeuge Christian Ritscher:** Nein, es ist nicht - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das reicht doch wohl nicht aus, oder?

**Zeuge Christian Ritscher:** Nein, das ist natürlich nicht die Grundlage gewesen, denn es sind ja noch mehrere andere Artikel, -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Nämlich?

(Lachen des Abg. Stephan Stracke (CDU/CSU))

**Zeuge Christian Ritscher:** - die hier drin sind.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Ritscher, machen Sie es nicht noch schlimmer.

**Zeuge Christian Ritscher:** Frau Abgeordnete, ich gebe Ihnen ja recht, und ich habe das ja, glaube ich, auch schon mal gesagt heute: Ich würde das natürlich heute anders machen, und es tut mir auch leid, dass es so gelaufen ist, ungeachtet des Umstands oder ungeachtet der Frage, ob - - wie die Ermittlungen gelaufen wären, wenn wir sie geführt hätten, und ob man dann eher den Tätern auf die Spur gekommen wäre. Aber das ist eine ganz andere Frage, die rein spekulativ ist.

Wie gesagt, ich kann immer wieder nur sagen: Es ist damals so gewesen. Wir haben diesen ARP-Vorgang damals aus eigenem Antrieb heraus angelegt, ohne dass irgendeine Staatsanwaltschaft auf die Idee gekommen wäre oder auch irgendeine Polizeibehörde, uns diese Fälle vorzulegen. Ich meine, es ist ja auch schon bemerkenswert -

das kann man ja an dieser Stelle; das wird Ihnen sicherlich auch aufgefallen sein -, dass es erst im April 2006 nach Tötung des letzten Tatopfers mit Migrationshintergrund passiert ist und nicht schon vorher. Es ist so. Es tut mir leid.

Ich hätte - - Im Nachgang wäre mir nichts lieber, als dass man vielleicht vorher auch mal auf die Idee gekommen wäre, dass es sich um eine Mordserie handelt, die diesen Hintergrund hat, weil ich meine - - Sie dürfen mir glauben, dass ich oft genug darüber nachdenke, ob man - - wo ich eigentlich - - oder in welcher Situation wir waren, als die Taten selber passiert sind und ob man nicht vielleicht früher hätte einen Anfassers finden können oder was man hätte anders machen müssen. Also, mir wäre nichts lieber gewesen, als wenn man nur wenigstens einen dieser Morde hätte verhindern können.

(Hans-Christian Ströbele  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tja!

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, ich meine, was ja auffällt, Herr Ritscher: Sie schreiben immer in Ihrer Bewertung über die Zuständigkeit der Bundesanwaltschaft von „dem Täter“, und das ist offenkundig dem Artikel der *Süddeutschen Zeitung* geschuldet. Hätten Sie nämlich sich die OFA angeschaut von Herrn Horn mit der sogenannten Einzeltätertheorie, hätten Sie gewusst, dass Einzeltätertheorie keineswegs bedeutet, dass es nur einen Täter gibt, sondern zwei.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja, gut, das hätte allerdings jetzt in der Bewertung letztendlich nicht viel geändert.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, weiß ich nicht, also - -

**Zeuge Christian Ritscher:** Aber eine terroristische Vereinigung wäre es immer noch nicht gewesen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aber ich meine, als Grundlage [www.bka.de](http://www.bka.de), *Spiegel Online*, *Süddeutsche Zeit*, *Welt* und *Bild-Zeitung* zu nehmen, das ist vielleicht nicht ganz ausreichend.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja, da gebe ich Ihnen ja völlig recht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht hat die FDP-Fraktion. Herr Wolff.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ich beabsichtige auch nicht, Fragen zu wiederholen, die der Vorsitzende schon mal gestellt hat, aber ich würde gerne, Herr Ritscher, mich noch mal damit beschäftigen, welchen Anteil der Meldungen und Vorlagen Sie auch aus den Ländern bekommen haben. Gibt es Unterschiede im Meldeverfahren der Staatsanwaltschaften hinsichtlich der verschiedenen Straftaten, generell?

**Zeuge Christian Ritscher:** Man könnte jetzt natürlich etwas flapsig sagen: Die geben gerne Sachen ab oder legen gerne Sachen zur Prüfung vor, die sie selber nicht machen möchten. - Aber das wäre vielleicht etwas zu allgemein gesagt.

Gibt es Unterschiede? Ja, das ist schwer zu beantworten. Es gibt Behörden, bei denen könnte man den Eindruck gewinnen, sie geben weniger gerne ab oder legen weniger gerne zur Prüfung vor. Abgeben tun sie es ja nicht, sondern wir ziehen es an uns. Und es gibt Behörden, die machen das - - kommen schneller mal auf die Idee. Aber sonst könnte ich jetzt so generell Ihre Frage nicht anders beantworten.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Haben Sie den Eindruck, dass Äußerungen von Justizministerin Merk, von Justizminister Stichelberger und von Justizminister Kutschaty Auswirkungen haben könnten, die sich dahin gehend aussprechen, dass also eine eigenständige Ermittlungstätigkeit des Generalbundesanwalts deutlich zurückzuführen sei und im Prinzip die Justiz und auch die Staatsanwaltschaften eigentlich Ländersache seien und deshalb der Generalbundesanwalt nur sehr, sehr eingeschränkt überhaupt selber tätig sein kann? Haben Sie von diesen Äußerungen schon gehört?

**Zeuge Christian Ritscher:** Habe ich zwar so noch nicht gehört, aber in der Sache ist es auch jetzt schon so. Der Generalbundesanwalt ist nur in besonderen Ausnahmefällen berufen, Ermittlungen zu führen, weil Justiz in der Tat Ländersache ist.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Und dementsprechend natürlich auch die Tätigkeiten auch der Staatsanwaltschaften grund-

sätzlich erst mal Lokalzuständigkeit ist und nur nach § 142 a GVG entsprechende Zuständigkeiten des Generalbundesanwalts da sind.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Gibt es da bei Ihnen ein formalisiertes Prüfungsverfahren, wo Sie sagen würden: Hier wollen wir selber im Prinzip übernehmen, oder generell die Grundlage auch nach dem Grundgesetz: Länderzuständigkeit zuerst, und nur in Ausnahmefällen Tätigkeit des Generalbundesanwalts?

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Gibt es da eine formalisierte Form?

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja, in § 120 Abs. 1 GVG, der ja die - - § 120 GVG regelt ja die Zuständigkeit der Oberlandesgerichte in erster Instanz - - im Strafverfahren in erster Instanz, und der dortige Abs. 1 schreibt ja fest, wann sie originär zuständig sind, also wann sozusagen automatisch die Oberlandesgerichte zuständig sind und damit auch der Generalbundesanwalt grundsätzlich automatisch als ermittlungsführende Staatsanwaltschaft zuständig ist. Dazu gehören insbesondere die Organisationsdelikte und das Völkerstrafrecht. Spionage fällt darunter.

Und der Abs. 2, das ist ja dann das, worum es hier in diesem Falle ging, das Evokationsrecht, wo der Generalbundesanwalt dann eben Fälle an sich ziehen kann, sagt dann eben - - geht von einer grundsätzlichen Zuständigkeit der Länder aus in den Delikten, und nur in den Ausnahmefällen, die dann eben im Einzelnen bezeichnet sind bei bestimmten Taten, wenn die dann eben, grob gesprochen, den Gesamtbestand der Bundesrepublik Deutschland betreffen, wenn sie besondere Bedeutung haben, dann kann der Generalbundesanwalt so ein Verfahren an sich ziehen, und dann wird er auch zuständig, kann es dann aber auch wieder abgeben.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Wissen Sie - - Konnten Sie oder die Bundesanwaltschaft im Bereich von rechtsextremistischen Straftaten feststellen, dass es möglicherweise eher zögerliche Weitergabe von

den Ländern gab oder manchmal auch flottere Weitergabe von den Ländern?

**Zeuge Christian Ritscher:** Also, an eine flottere Weitergabe kann ich mich jetzt, ehrlich gestanden, nicht erinnern.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Also eher immer grundsätzlich zögerlich?

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja. Ich kann Ihnen beispielsweise schildern - - Also, es war relativ häufig doch so, soweit ich mich erinnere, dass wir die Verfahren entweder selber eingeleitet haben. Ich meine, beispielsweise das Verfahren gegen diese Musikband „Landser“ wurde vom GBA überhaupt erst eingeleitet. Da war man zuvor gar nicht auf die Idee gekommen woanders, so was zu machen.

Also beim - - Ich kann Ihnen das nur schildern: Bei dem Verfahren im Zusammenhang mit dem „Aktionsbüro Süd“, Wiese-Gruppe, hat man uns im Prinzip in Kenntnis gesetzt von den zuvor zuständigen bayerischen Behörden an den Tagen des Zugriffs. Also, als die bereits bestehenden Haftbefehle des Amtsgerichts München vollstreckt wurden, dann hat man uns sozusagen ins Boot geholt, und dann haben wir das Verfahren auch übernommen. Das ist so die Praxis.

Aber jetzt, sagen wir mal, dass - - Ich kann da nicht ausschließen, dass auch Verfahren mal uns angedient wurden, wo auch wirklich was dran war; aber sagen wir mal so: Tendenziell ist es eigentlich eher so immer gewesen, dass wir zu den Staatsanwaltschaften hingefahren sind und gesagt haben, jetzt würden wir gerne mal das eine oder andere sehen, weil sich eben aufgrund von Pressemeldungen oder sonstigen BKA-Erkennismitteilungen oder wie auch immer Anhaltspunkte dafür ergeben haben, dass da ein klarer rechter Hintergrund, rechtsterroristischer Hintergrund existiert.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Jetzt soll es ja so ein Netz von Ansprechpartnern geben, um Meldungen zu erleichtern. Wie soll das funktionieren, oder wie funktioniert es?

**Zeuge Christian Ritscher:** Kann ich Ihnen nichts dazu sagen. Das ist, glaube ich, erst eingerichtet worden, nachdem ich aus diesem Verfahren raus war. Also, von einem

Ansprechpartnernetz ist mir jetzt nichts bekannt im Einzelnen.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Mich würde aber noch mal gerade auch in dem Zusammenhang interessieren, wie -- Können Sie mal von sich aus beschreiben, wie Sie diesen schmalen Grat versuchen zu erklären zwischen einerseits Verdachtsabklärung auf der einen Seite und nicht zulässiger Ermittlung auf der anderen Seite?

**Zeuge Christian Ritscher:** Der schmale Grat, ja. Also, der ist, wie gesagt, gesetzlich vorgegeben, und man muss dann -

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Grundsätzlich Länder.

**Zeuge Christian Ritscher:** Bitte?

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Grundsätzlich Länder.

**Zeuge Christian Ritscher:** Grundsätzlich Länder. Und dann muss man die Kollegen bitten, dass man mal in die Akten gucken darf, denen über die Schulter gucken darf, und vielleicht auch mal an den Tatort gehen, und dann ist man ein Stück weit natürlich davon abhängig, wie kooperativ die sind. In der Regel hat das immer gut funktioniert; das muss ich auch sagen. Also, ich will jetzt hier niemanden irgendwie in ein schiefes Licht rücken. Na ja, und dann muss man halt gucken.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Welche Rolle spielen denn andere Bundesbehörden, zum Beispiel das BKA?

**Zeuge Christian Ritscher:** Na ja, in so einem Stadium normalerweise wenig bis keine. Also, mir ist jetzt jedenfalls kein Fall erinnerlich, weil diese Verfahren typischerweise von den Ländern nicht mit dem BKA geführt wurden. Also, das BKA kam, wenn überhaupt, dann erst immer spät ins Boot. Ich kann mich, ehrlich gesagt, an gar keinen Fall erinnern, wo wir mit dem BKA ermittelt haben, also jedenfalls keiner, der vor Gericht gegangen ist, weil die Verfahren eben in der Regel von Polizeibehörden der Länder bereits bearbeitet wurden und man dann nicht gesagt hat, dass man sozusagen im laufenden Galopp die Pferde wechselt.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Und erst danach, wenn Sie übernehmen, können Sie das BKA dann beauftragen?

**Zeuge Christian Ritscher:** Das hätten die Länder, glaube ich, auch schon tun können, aber das ist dann halt nicht passiert.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Welche Vorgänge - grundsätzlich jetzt, außer Zeitung - nutzen Sie sonst zur Recherche gegebenenfalls? Gibt es da Weiteres, zum Beispiel Datenbanken oder Ähnliches?

**Zeuge Christian Ritscher:** Ich bitte um Entschuldigung. Ich bin seit Ende 2006, also inzwischen seit fünf Jahren hier nicht mehr dabei. Wie das heutzutage ist, weiß ich nicht, also wie das in diesem Bereich ist. Ich kann da jetzt nur für meinen eigenen Bereich sprechen. Heutzutage nutzt man natürlich - ich jedenfalls nutze das - das Internet für Recherchen. Es gibt Datenbanken. Aber, wie gesagt, da bitte ich um Verzeihung. Was den rechtsterroristischen Bereich anbelangt, kann ich da nur spekulieren.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Und damals? Gab es das nur in der Form, wie Sie es jetzt schon beschrieben haben?

**Zeuge Christian Ritscher:** Na ja, gut, da gab es natürlich auch, wie Sie hier sehen können, Internetauftritte von Medien. Da gab es, wenn ich mich nicht täusche, auch natürlich Blogs und dergleichen - jedenfalls im Anfangsstadium -, die sich mit solchen Dingen befasst haben. Wie gesagt, ansonsten gibt es natürlich polizeiliche Erkenntnismitteilungen, Lagebilder und dergleichen, die routinemäßig auf den Generalbundesanwalt zulaufen und dann in die entsprechenden Arbeitsbereiche reinlaufen.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Das erst mal so weit.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zur Linksfraktion. Frau Wawzyniak.

**Halina Wawzyniak** (DIE LINKE): Ich will noch mal darauf eingehen, was der Herr Vorsitzende am Anfang gesagt hat, und bitte Sie erst mal, sofort zu widersprechen, wenn ich was Falsches sage. Wenn ich das richtig

verstanden habe, haben Sie für den Prüfvorgang, für den Sie zuständig waren, Zeitungsberichte und die Website des BKA genutzt. Wenn ich das richtig verstanden habe, sind nicht weitere Informationen abgefragt worden. Wenn ich das richtig verstanden habe, war der Prüfvorgang „Nagelbombenanschlag“ nicht auf Ihrem Tisch.

Jetzt frage ich mich, ob das denn a) theoretisch denkbar gewesen wäre, dass man da eine Verbindung herstellt, und warum das, wenn es theoretisch möglich gewesen wäre, praktisch nicht funktioniert hat. Also, wäre es theoretisch möglich gewesen, im Rahmen der verschiedenen Referate nachzufragen: Gibt es ähnliche Vorgänge? Gibt es Vorgänge, die man da hinzuziehen kann oder die man berücksichtigen kann? Erst theoretisch und b) praktisch.

**Zeuge Christian Ritscher:** Frau Abgeordnete, kurz eines zu Ihrer Einleitung. Also, mir ist jedenfalls nicht erinnerlich, dass ich mal was Weiteres abgefragt hätte. Ich kann nicht ausschließen, dass meine Kollegen aus dem damaligen Referat das getan haben; das vorangestellt.

Nagelbombenanschlag: Also, grundsätzlich wäre es - - Wenn jemand oder wenn eine Verbindung zwischen dem Nagelbombenanschlag einerseits und den Taten, um die es jetzt hier in diesem ARP-Vorgang ging, nämlich diese Erschießungen, diese Hinrichtungen - so kann man es ja, glaube ich, wirklich in der Tat nennen, Herr Vorsitzender -, wenn jemand - - Wenn eine Verbindung zwischen diesen beiden Tatkomplexen offenbar gewesen wäre oder auch nur Anhaltspunkte dafür vorgelegen hätten, dann hätte man das in der Tat natürlich zusammenführen können und müssen. Aber so, wie ich das heute sehe, rückwirkend - wie gesagt, mir war dieser Nagelbombenanschlag überhaupt nicht bekannt -, fand sich offensichtlich in dieser Akte - da kann ich aber wirklich auch nur spekulieren, weil ich die Akte nicht kenne - zu diesem Nagelbombenanschlag nichts, was auf einen rechtsterroristischen Hintergrund hingewiesen hätte, jedenfalls nicht bei uns im Hause. Sonst wäre das mit einiger Sicherheit bei uns gelandet.

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** Okay, also das heißt - -

**Zeuge Christian Ritscher:** Aber, wie gesagt, nachdem ich diesen Vorgang gar nicht

kannte, konnte ich ihn - oder ich denke mal, keiner von uns kannte den, also ich kannte ihn jedenfalls nicht; ich spreche jetzt mal von mir - natürlich auch nicht anfordern.

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** Aber theoretisch wäre es möglich gewesen?

**Zeuge Christian Ritscher:** Wenn, wie gesagt, da Hinweise drauf drin gewesen wären, dann wäre das nicht nur theoretisch möglich gewesen.

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** Gut. - Dann habe ich eine zweite Frage. Wenn ich das richtig verstanden habe, waren Sie bis - - haben Sie nach dem 25.08.2006 diesen Prüfvorgang nicht mehr gesehen, also war für Sie die Akte geschlossen.

**Zeuge Christian Ritscher:** Das ist richtig, weil die bei Herrn Gröschel war offensichtlich.

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** Genau. - Jetzt wissen wir ja, dass es unmittelbar nach dem neunten Mord die Demonstration in Kassel gegeben hat „Kein 10. Opfer“, über die durchaus auch in Zeitungen berichtet wurde. Haben Sie das bei Ihrer Zeitungslektüre berücksichtigt? Haben Sie das irgendwie überhaupt zur Kenntnis genommen? Haben Sie das in Ihre Bewertung mit einbezogen, oder ist das im Rahmen Ihrer Lektüre an Ihnen vorübergegangen?

**Zeuge Christian Ritscher:** Also, ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich das gesehen habe.

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** Gut. - Frau Högl hat dankenswerterweise ja schon nachgefragt, was mir immer noch nicht erklärlich ist und immer noch nicht nachvollziehbar ist. Wenn Sie - - Sie haben vorherhin gesagt: Normalerweise fahren wir auch mal an einen Tatort. - Also, wenn Sie tatsächlich auch die Möglichkeit haben, selbst eigenständige Ermittlungen anzustellen, warum Sie das in dem Falle nicht gemacht haben, wie gesagt, das ist mir noch nicht erklärlich.

Aber darum geht es mir jetzt gar nicht, sondern mich würde interessieren, ob es so allgemeine Richtlinien gibt, allgemeine Handlungsanweisungen bei Ihnen, unter welchen Bedingungen Sie möglicherweise

selbst ermitteln müssen, also an Tatorte fahren, anrufen bei Ermittlungsbehörden. Gibt es so eine Richtlinie, oder machen Sie das, wie es Ihnen gerade einfällt?

**Zeuge Christian Ritscher:** Mir ist jetzt jedenfalls keine Richtlinie bekannt, die das Verhalten oder unsere Vorgehensweise in ARP-Vorgängen festlegen würde. Also, wenn wir im Bereich des Ermittlungsverfahrens sind, gibt es freilich eine Richtlinie - das ist die StPO -, aber in ARP-Vorgängen, die sich ja typischerweise im Vorfeld bewegen, gibt es eine solche Richtlinie nicht. Es geht in diesem Fall einfach nur darum, eben, wie gesagt, Erkenntnisse zu sammeln respektive die Zuständigkeit des Generalbundesanwalts zu prüfen, und da wird dann typischerweise das herangezogen, was erreichbar ist und was für zweckdienlich gehalten wird.

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** Eine Frage habe ich noch. Die RiStBV sieht ja in Nr. 202 vor, wie Übermittlungen stattfinden müssen von Staatsanwaltschaften. Jetzt haben wir hier einen Fall von neun Morden, also tatsächlich Morden. Sie lesen das in der Zeitung. Sie kriegen offensichtlich von Staatsanwaltschaften - - die sind bisher auf Sie nie zugetreten und haben irgendwas übermittelt. Fordern Sie dann so was vielleicht bei den Staatsanwaltschaften aktiv ein, und wenn ja, warum nicht?

**Zeuge Christian Ritscher:** Wenn ja, warum nicht?

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** Wenn nein, warum nicht.

**Zeuge Christian Ritscher:** Wenn wir Anhaltspunkte dafür haben, dass eine Zuständigkeit des Generalbundesanwalts in Betracht kommen könnte, tun wir das. Man muss ja auch sehen, dass letztendlich, wie Sie ja schon gesagt haben - es steht ja in der RiStBV drin -, wäre das eigentlich Sache umgekehrt, dass das die Staatsanwaltschaft uns schickt, und wir können das dann auch nicht erzwingen, wenn sie es denn nicht tut. Auch wenn wir die anfordern und die sagen Nein, kann ich nichts erzwingen. Die RiStBV ist eine Verwaltungsvorschrift.

Ja, also, wie gesagt, in der Regel kommen die Staatsanwaltschaften - um da wiederum aber einen falschen Eindruck zu ver-

meiden - einer etwaigen Aufforderung nach. Wie gesagt, in diesem Fall - ich kann mich da leider nur wiederholen - haben wir offensichtlich keinen Anlass gesehen, das zu tun.

Ich kann es, wie gesagt - - Frau Abgeordnete, ich kann das nur rekonstruieren. Wir sind damals offenbar alle miteinander - wie gesagt, das war ja keine einsame Entscheidung - zu dem Ergebnis gelangt, dass keine greifbaren Anhaltspunkte dafür da sind, dass es sich um eine terroristische, rechtsterroristische Tat handelt, so leid mir das heutzutage tut. Ich würde es sicherlich anders machen.

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** Ich unterbreche Sie ungern. Ich habe aber noch eine Frage, und bevor die Fragezeit abläuft - - Ich will Sie nur mal fragen: Wenn Sie aufgrund von Zeitungsnachrichten feststellen, es sind neun Morde - jetzt abstrahieren wir mal von dem konkreten Fall, den Sie zu behandeln haben -, ist es dann Normalität, dass Sie sagen: „Wir holen uns - wir fragen mal nach, wenn wir es nicht selbst übermittelt bekommen haben - die Akten der Staatsanwaltschaft“? Oder ist es im Normalfall nicht der Fall?

**Zeuge Christian Ritscher:** Also, alleine deswegen, weil es neun Morde sind, fordern wir nichts an. Also, auch Serienschießereien im Hells-Angels-Milieu sind nichts für einen Generalbundesanwalt. Da können so viele Tote übrig bleiben - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Erlauben Sie eine Zwischenfrage, Frau Wawzyniak, ganz kurz?

**Zeuge Christian Ritscher:** Solange es keinen Staatsschutzcharakter hat, kommt es dann wiederum nicht darauf an, ob es ein Toter ist oder ob es 100 Tote sind.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Ritscher, ich habe gerade noch mal nachgesehen, weil ich hatte das nicht, aber der Kollege Stracke hatte das. Diese vier Medienquellen, also *Spiegel*, *Süddeutsche Zeitung*, *Welt* und *Bild*-Zeitung, das sind alles Internetausdrucke aus dem August. Das hat ja offenkundig jemand gegoogelt. Kann man sich das so vorstellen? Waren Sie das?

**Zeuge Christian Ritscher:** Also, ob das gegoogelt ist, Herr Vorsitzender, kann ich

Ihnen jetzt nicht mehr sagen. Ich halte es für denkbar, dass - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, dafür sind die Adressen - -

**Zeuge Christian Ritscher:** Es kann sein, dass es gegoogelt sind. Es kann sein, dass jetzt beispielsweise die *Süddeutsche*, die hier als Erste ist, damit auf ihrer Website relativ prominent aufgemacht hat und dann das Anlass war, zu gucken, was die anderen Medien zu dem Thema bringen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Ritscher, es findet sich auch der Ausdruck der BKA-Seite, Bundeskriminalamt: ungeklärte Mordfälle. Das ist Mordfälle „Bosporus“.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und da schreibt das Bundeskriminalamt - ich zitiere -:

Bei den Ermittlungen ergab sich bislang in keinem der Fälle ein konkretes Motiv.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aber in Ihrer Bewertung beziehen Sie sich ausschließlich auf Herrn Horn, der zum Teil verkürzt in der *Bild*-Zeitung wiedergegeben wird, und schreiben: Es spricht alles dafür: privater Rachefeldzug.

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

**Zeuge Christian Ritscher:** Das war damals die Bewertung. Ich kann es leider nicht anders sagen, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, aber ich meine, das BKA schreibt ja - - Ich meine, so unzureichend das ist, sich da auf der BKA-Seite zu informieren, aber das BKA schreibt: Es ergab sich kein konkretes Motiv. - Sie kommen aber zu dem Fazit: Es gibt ein Motiv, nämlich sozusagen abstrakter, nicht rassistischer Türkenhass, ein persönlicher Rachefeldzug, und das aufgrund eines Artikels.

(Dr. Eva Högl (SPD): Persönlicher Rachefeldzug!)

**Zeuge Christian Ritscher:** Ich gestehe Ihnen sofort zu, dass das eine sehr steile These ist, die hier steht, und dass man die nur - das würde ich heute genauso sehen wie Sie - sehr bedingt aus diesen Artikeln so rauslesen kann.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das hätte man damals auch schon anders bewerten können, wenn man mal bei der BAO „Bosporus“ angerufen hätte.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, Sie wollten nur eine Frage stellen!)

**Zeuge Christian Ritscher:** Möglicherweise.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Es gibt noch eine halbe Minute für die Linkspartei. - Jetzt hat das Fragerecht die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Wieland.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wir danken sehr.

Also, zunächst mal möchte ich noch mal auf was ganz anderes zurückkommen. Wer ist eigentlich ein Gemüsehändler? Herr Vorsitzender, Sie waren da etwas zurückgerudert und haben gesagt, zwei Referenten - - oder der Referent hat gesagt: Zwei der Toten waren Gemüsehändler. - Auch hier: Vorsicht! Herr Tasköprü in Hamburg betrieb einen Laden für Getränke und Lebensmittel; so stand es dran. Die Frau von Herrn Kilic in München betrieb ein Frischwarengeschäft. Ich halte es nicht für richtig, das beides unter „Gemüsehändler“ zu subsumieren. Das hat die Polizei zwar so getan; „Lebensmittelhändler“ oder „Geschäftsinhaber eines Lebensmittel-geschäftes“ wäre richtig gewesen. Ich will es nur sagen, weil ich mit diesem Zwischenruf Sie ja auf diese Fährte gebracht hatte. Gegebenenfalls sehen wir uns noch mal die Tatortfotos an, um uns über diese Läden - - Das war Hamburg, und das war München, einmal der Hamburger und einmal der Münchner. Auch hier, fürchte ich - Sarrazin im Kopf, der das damals noch nicht geschrieben hatte -, war der kurze Schluss: Türke gleich Gemüsehändler. Wir können uns aber bei Gelegenheit die Tatortfotos ansehen.

Nun kommen wir zu Ihnen, Herr Ritscher. Sie haben ja das schöne Stichwort „schulmäßig“ gebraucht. Wenn es denn schulmäßig gewesen wäre, dann muss ich Ihnen wirklich mal sagen: Also, auch auf der dünnen Materialbasis, die Sie hatten - - *Süddeutsche Zeitung*, sagen Sie - - Seite 5; da steht tatsächlich: \*

Irgendetwas mag im Umgang mit Türken vorgefallen sein, das ihm extrem negativ oder demütigend erschien.

„Mag“, nicht „ist“, als Möglichkeit formuliert!

Dann hatten Sie vom BKA selber die Auskunft, und dort heißt es - das ist Seite 17 bei uns \*\*\* - vom Bundeskriminalamt:

Denkbar ist, dass diese Person vor Begehung der ersten Tat im September 2000 ein Schlüsselerlebnis im Zusammenhang mit türkischen Staatsangehörigen hatte.

Einmal „mag“ und einmal „denkbar ist“.

In Ihrer Verfügung, die Sie geschrieben haben, wird daraus auf Seite 2 unter „Arbeitshypothese der Kriminalpolizei“ folgende Formulierung: \*\*\*

Die Polizeibehörden gehen dabei davon aus, dass Taten durch „ein extrem negatives oder demütigendes Erlebnis“ des Täters mit türkisch-stämmigen Menschen ausgelöst wurden.

Da ist die Möglichkeit weg, da ist die Hypothese weg, da kommt die Behauptung.

(Dr. Eva Högl (SPD): Ja!)

Sie haben selbst *Bild* - - nicht *Bild*, *Süddeutsche Zeitung* und BKA-Mitteilung hier falsch zusammengefasst. Oder sehen Sie das nicht so?

**Zeuge Christian Ritscher:** Also, ich kann Ihnen da nur recht geben, Herr Abgeordneter.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** So, Herr Ritscher, es könnte uns ja egal sein. Ich sage mal: Es könnte uns

egal sein, wenn Sie daraus nicht das zentrale Ablehnungsargument gemacht hätten. In Ihrer an sich wunderschönen Eggesin-Ableitung, die abstrakt ja völlig richtig ist - da bin ich mir mit Frau Högl einig -, kommen Sie dann dazu: Selbst wenn er aus Türkenhass mordet, tut er es aus einem subjektiven Motiv. - Ist wahrscheinlich für einen Nichtjuristen gar nicht nachvollziehbar, diese Argumentation, dass jemand aus Hass handelt und man dann noch mal fragt: Wie ist dieser Hass eigentlich begründet? Aber hier haben Sie, indem Sie zunächst die Möglichkeit wegdefiniert haben, aus der Möglichkeit eine Tatsache gemacht - der hatte ein Negativerlebnis -, sind dann dadurch zu dem Ausschluss gekommen, dass es kein Rassismus ist, dass es kein sozusagen menschenfeindliches Motiv im Sinne einer Gattung ist: Ich will hier gegen eine bestimmte Bevölkerungsgruppe vorgehen.

Das heißt, der zentrale Fehler in der Zusammenfassung hat dazu geführt, dass Sie zu einem negativen Ergebnis gekommen sind, ganz jenseits der schwachen Faktenbasis. Wenn man schulmäßig das als Klausuraufgabe Ihnen gestellt hätte - mit dieser Lösung hätten Sie wohl nicht bestanden.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Traurig, ja. Na gut.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ich gebe Ihnen ja recht, leider.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das spricht für Sie.

(Dr. Eva Högl (SPD): Ganz genau!)

**Zeuge Christian Ritscher:** Ich würde es heute anders machen; das dürfen Sie mir glauben.

(Stephan Stracke (CDU/CSU): Da haben wir keine Zweifel dran!)

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber es ist irgendwie - - Ich meine, der Herr Horn ist für mich kein Held - muss ich deutlich sagen -, dieser Profiler. Er kam der Wahrheit nur ein Stück nahe. Und dieses „Türkenhasser“ hat auch immer dieses Subjektive drin. Den gedanklichen Schritt: „Hier morden welche, nur weil es Türken sind, die gar kein individuelles Motiv ha-

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A GBA-3/4, Blatt 5.

\*\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A GBA-3/4, Blatt 17.

\*\*\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A GBA-3/4, Blatt 21.

ben, außer dass sie verblendete, fanatische Rassisten sind“, diesen gedanklichen Schritt hat niemand getan. So. Aber hier ist es nachgerade wieder in unserer Abteilung: Abstrakt richtiges Wissen - das hatten wir bei vielen Behörden -, alles richtig in der Schublade, und die konkrete Subsumtion völlig daneben - - ist das leider ein weiteres Kapitel, was hier zugefügt wurde.

Gut, dann habe ich keine weiteren Vorhaltungen mehr zu machen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir kämen dann zu einer zweiten Runde, falls der Bedarf besteht. - Die Unionsfraktion hat noch Fragen. Bitte.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Herr Ritscher, ich will Sie nicht länger jetzt auch damit konfrontieren, mit dem, was jetzt ja Gegenstand aller Runden war, aber zu Recht. Sie müssen verstehen: Wir haben hier Sicherheitsbehörden, Polizeibehörden wirklich sehr stark auf den Zahn gefühlt, die umfangreichst gearbeitet haben, wo man so diesen Vorwurf nie machen konnte. Und dass man dann anhand Aktenvorgängen, die aus Zeitungsartikeln bestehen, natürlich ins Nachdenken kommt, ist, glaube ich, einleuchtend.

Deshalb von mir zu diesem leidigen Thema nur eine Frage noch an Sie. Wäre es denn nicht besser - und dazu braucht es keine Gesetzesänderung, dazu brauchen wir keine Landesjustizminister, keinen Bundesjustizminister, uns auch nicht als Gesetzgeber -, wenn man sich innerhalb der Generalbundesanwaltschaft, vielleicht im Benehmen mit den Staatsanwaltschaften der Länder, darauf verständigt, dass man bei solchen Prüfungsvorgängen, die Sie ja anlegen können, die Prüfung nicht auf Zeitungsartikel abstellt, sondern Sie regelmäßig einen Zwischenbericht entweder der ermittelnden Behörde vor Ort oder der Staatsanwaltschaft vor Ort anfordern und den als Hauptgrundlage Ihrer Prüfung nehmen? Das wäre doch deutlich mehr als Süddeutsche Zeitung, Spiegel Online oder was auch immer. Ist denn so was nicht vorstellbar, und zwar es einzuführen als Standard, nicht der Beliebigkeit überlassen?

**Zeuge Christian Ritscher:** Herr Abgeordneter, da bin ich ganz bei Ihnen. Also, ich habe das leider nicht zu entscheiden. Ich bin ja nur - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Sie dürfen es aber herzlich gern weitergeben, und wir schreiben es auch in unseren Bericht rein, wenn Sie jetzt sagen: Das wäre hilfreich.

**Zeuge Christian Ritscher:** Also, es wäre sicherlich hilfreich, wenn man - - Also, wie gesagt, das wäre natürlich eine der Lehren, die hieraus zu ziehen sind, also - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wissen Sie, Herr Ritscher, wenn ich jetzt jemanden fragen würde, irgendeinen Bürger aus meinem Wahlkreis: „Was meinst du, wie der GBA in solchen Fällen das prüft, ob er übernehmen soll oder nicht?“, dann hat jeder die Vorstellung: Da sitzen die besten Staatsanwälte Deutschlands, haben mindestens drei Leitz-Ordner, fünf Gutachten, haben Erkenntnisse top, und aufgrund dieser Grundlage entscheiden sie. Wenn ich denen sagen würde: „Ist nicht; es waren fünf Zeitungsartikel“ -

**Zeuge Christian Ritscher:** Vier.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** - „oder vier und ein Kommentar zum GVG oder was auch immer“, dann fallen die vom Glauben ab.

(Halina Wawzyniak (DIE LINKE):  
Das glaube ich auch! Da haben die ja recht!)

Und wir reden hier immer viel über Vertrauen in die Arbeit der Behörden, das wir auch wiederherstellen wollen. Ohne kritische Nachfragen wird es aber nicht gelingen und ohne Konsequenz auch nicht. Aber das wäre doch ein Weg, es zum Standard zu erheben, zu sagen: Grundsätzlich - das können Sie ja intern machen - erfolgt so eine Bewertung oder auch dann eine Wiedervorlage - je nachdem, zu was für einem Ergebnis Sie kommen - auf der Grundlage unter anderem eines Zwischenberichtes der ermittelnden Behörde.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ich kann das gerne im Hause weitergeben. Ich bin allerdings jetzt, wie gesagt, nicht derjenige, der das zu entscheiden hat oder - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Das wissen wir, aber wir können - -

**Zeuge Christian Ritscher:** Ich habe leider auch nicht die Kompetenzen, das - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wir reden ja noch mit Ihrem Chef immer wieder mal, und dann bringen wir es auch mal vor. Ich wollte nur von Ihnen wissen, ob es fachlich und praktisch ginge oder ob das ein schlechter Vorschlag wäre von mir oder ob es rechtlich gar nicht geht. Das könnte ja auch sein, dass Sie es mit Ihrer Kompetenz nicht vereinbaren, wenn Sie so was anfordern.

**Zeuge Christian Ritscher:** Wie gesagt, anfordern ist immer - - Das ist immer eine Frage der Freiwilligkeit.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Keine eigenen Ermittlungshandlungen, nur einen Zwischenstand anfordern!

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja, ja, natürlich. In den Verfahren, in denen das angezeigt ist, beispielsweise eben insbesondere in Verfahren, in denen es ARP-Vorgänge - von denen reden wir ja - - in denen Taten vorgefallen sind, mag das durchaus sinnvoll sein, ja. Da gebe ich Ihnen vollkommen recht.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Okay. - Sie hatten - da waren Sie selber nicht betraut damit, aber aus der Übersicht, die wir bekommen haben über die ARP-Vorgänge - - auch einen ARP-Vorgang angelegt zum Polizistenmord in Heilbronn, schon vor 2011.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja, aber davon weiß ich nichts, weil der ist ja erst 2007 passiert. Da war ich in Spionage- und Völkerstrafrecht. Da ist er nicht angelegt worden.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Was mich nur ein bisschen stutzig gemacht hat: Wie wir jetzt ja von Herrn Christeleit wissen, heißt die Abkürzung „Allgemeines Register Politisch“. Muss ich aus dem Anlegen eines Prüfvorgangs beim Polizistenmord in Heilbronn schließen, der ja vor Ort wieder unter der Überschrift OK - ein Racheakt OK - gesehen wurde, dass der GBA oder der Kollege von Ihnen, der das damals angelegt hat, durchaus dort ein anderes Motiv im Blick hatte?

**Zeuge Christian Ritscher:** Herr Abgeordneter, kann ich wirklich nichts dazu sagen. Also, ich habe - - Ich wusste gar nicht, dass es einen solchen ARP-Vorgang gibt.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Okay.

**Zeuge Christian Ritscher:** Und von daher kann ich leider auch nicht sagen, was der Beweggrund war, da einen ARP-Vorgang anzulegen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Genau. - Herr Ritscher, bei Durchsicht der Akten MAT A BMI-3/0014 bin ich auf ein Ergebnisprotokoll gestoßen der „Informationsgruppe zur Beobachtung und Bekämpfung rechtsextremistischer/-terroristischer, insbesondere fremdenfeindlicher Gewaltakte“ - kurz: IGR - aus dem Jahr 2003, Oktober 2003, über eine Tagung, 23. Bund-Länder-Tagung dieser IGR in Schwäbisch Hall. Kennen wir ja mittlerweile, was sonst auch noch war, in den Jahren davor. Da tauchen Sie in der Teilnehmerliste auf.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ist richtig. Ja, da war ich.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Waren Sie regelmäßiger Teilnehmer an diesen IGR-Tagungen?

**Zeuge Christian Ritscher:** Regelmäßig nicht, aber ich war mehr als dieses eine Mal da. Ich meine, ich war auch noch mal danach da und auch einmal davor. Aber ich weiß es nicht mehr genau.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Das heißt, dass Sie beim Thema Rechtsextremismus ja durchaus sehr profunde Kenntnisse gewonnen haben, die jetzt weit über Presseveröffentlichungen hinausgehen, einfach aufgrund des Austausches mit Verfassungsschutz, mit Polizei - - die ja da immer stattfanden. Kann man das so sagen, diese Tagungen, dass die einen sehr wertvollen Austausch geliefert haben?

**Zeuge Christian Ritscher:** Die haben einen wertvollen Austausch geliefert, weil da die befassten Behörden zusammengekommen sind, sich ausgetauscht haben und mal ihren Kenntnisstand mitgeteilt haben und

man einfach mal drüber gesprochen hat, was in den jeweiligen Ländern läuft.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): War da mal „Blood & Honour“ ein Thema, also das Verbot, und dass die wieder beginnen, sich zu organisieren, oder in anderen Strukturen weitermachen, also gegen das Verbot verstoßen?

**Zeuge Christian Ritscher:** Das kann ich nicht auswendig sagen; weiß ich nicht mehr. Könnte sein; schließt es nicht aus.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Also, hier war es mal Thema.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja, ist denkbar.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Und dann hatten wir bei „Blood & Honour“ auch einen Prüfvorgang, den Sie bearbeitet haben meines Wissens.

**Zeuge Christian Ritscher:** Da war ich zumindest mit dabei, ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Oder mit dabei.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ich erinnere mich dunkel, ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Wo das BKA - - Also, das Verbot war 2000. Dann gab es, glaube ich, 2003 die ersten Erkenntnisse, dass sich hier die Strukturen entgegen dem Verbot wieder beleben. Dann wurde es immer mehr. Dann gab es 122 Durchsuchungen, 80 Beschuldigte in sieben Bundesländern, und das BKA hat händeringend wirklich darum gebeten, dass der GBA hier das Verfahren übernimmt, und ist mehrfach vorstellig geworden. Es wird mehrfach - auch gemeinsam mit dem BMJ - entschieden: Nein - wie hieß es hier? -, die besondere Bedeutung des Falls sei nicht gegeben.

Jetzt haben wir heute schon einen Zeugen hier gehabt, den Herrn Hanning, der gesagt hat, „Blood & Honour“ war für ihn, obwohl nicht unmittelbar damit befasst, immer in besonderer Erinnerung wegen der Gefährlichkeit. Und Sie schreiben hier in den

Akten.\* Bei der Durchsuchung wurden dann auch

eine funktionsfähige Handgranate, eine Pistole, eine durchbohrte Schreckschusswaffe aufgefunden und beschlagnahmt; dass diese Gegenstände zu einer möglichen Fortführung von „Blood & Honour“ in Bezug stehen, ist indes nicht erkennbar.

Klar, da wird kein Schild draufgestanden sein auf der Waffe: „Blood & Honour“. Aber wenn Sie es bei den Akteuren finden, wenn die wieder aktiv sind - wie auch immer -, woher diese - so habe ich es zumindest entnommen - sehr defensive Haltung, bevor Sie etwas übernehmen? In dem Fall, glaube ich, war es nicht das rechtliche Problem. Sie haben vorhin zu Recht darauf hingewiesen, so leicht ist es für Sie nicht, einfach Ermittlungen an sich zu ziehen. Sie haben einen schmalen Grat, auf dem Sie das dürfen. Aber hier eine verbotene rechtsextremistische Organisation, die wieder beginnt zu agieren, 80 Beschuldigte, 120 Durchsuchungen, Waffen und Sprengstoff werden gefunden - und wir haben heute auch andere Berührungspunkte in unserem Thema -, wäre es da nicht angebracht gewesen, zu sagen: „Wir übernehmen das“?

**Zeuge Christian Ritscher:** Herr Abgeordneter, ich kann heutzutage jetzt nicht mehr rekonstruieren, was im Einzelnen die Beweggründe für die Bundesanwaltschaft waren.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Haben Sie überhaupt mal einen Fall aus dem Prüfvorgang? Wurde mal aus einem Prüfvorgang, den Sie bearbeitet haben, ein Fall?

**Zeuge Christian Ritscher:** Bitte?

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Wurde aus einem Prüfvorgang, den Sie zu bearbeiten hatten, überhaupt mal eine Zuständigkeit des GBA begründet?

**Zeuge Christian Ritscher:** Wie gesagt, das kann ich Ihnen auch nicht mehr genau sagen. Es kann sein, dass das so war. Bei „Blood & Honour“ - das erinnere ich noch -

---

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BMI-4/37, Blatt 37.

hatten wir - der ARP-Vorgang dürfte nicht ganz dünn gewesen sein im Ergebnis - relativ lange die Landesbehörden begleitet, und die Frage stellte sich, glaube ich, auch mehrfach, ob man es übernimmt oder nicht. Und wir sind dann im Ergebnis immer zu dem Ergebnis - - schlussendlich immer zu dem Ergebnis gekommen, dass wir es nicht übernehmen, weil die gesetzlichen Voraussetzungen nicht gegeben sind. Ich bitte um Verzeihung, dass ich nicht mehr im Einzelnen rekonstruieren kann, warum die nicht gegeben waren und woran es letztendlich scheiterte.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Das BKA war anderer Auffassung offensichtlich.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja, aber die rechtliche Bewertung obliegt nicht dem BKA. Also, die Beweggründe, warum das BKA ein Verfahren gerne in unserer Hand hätte oder auch nicht, sind ganz andere als die, die das Gesetz vorsieht. Also, von daher - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Das wird das BKA nicht gerne hören.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja. Die haben - - Ich habe nicht gesagt, dass sie ungesetzlich wären, aber die strafprozessualen Voraussetzungen - - Das BKA hat dann ermittlungstaktische Vorstellungen oder sonstige durchaus legitime Vorstellungen, aber das GVG und die StPO binden uns. Also, ich - da bitte ich um Verzeihung - kann Ihnen das nicht mehr heute aus dem Kopf rekonstruieren, wie das damals im Einzelnen lief.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Aber die sehr defensive Bewertung bei nahezu allen ARP-Vorgängen fällt auf.

**Zeuge Christian Ritscher:** Wenn Sie das so sagen, ja, wenn es Ihnen auffällt.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Wir haben uns jetzt viele solche Vorgänge angeguckt. Wir haben ja auch 44 bekommen in der Übersicht. Kein einziger - - aus keinem einzigen wurde eine Zuständigkeit des GBA. Ich glaube, all die Fälle, die Sie geprüft haben - waren es sechs oder acht? - - wurde auch nie eine Zuständigkeit begründet. Es waren höchst unterschiedliche Fälle dabei, wo man sagen kann: Nicht jeder hat es wirk-

lich in der Tat hergegeben, Ihre Zuständigkeit zu begründen. Aber es waren auch ein paar dabei, wo wir sagen würden: Da wäre es mehr als angebracht gewesen.

Nehmen Sie das als Bewertung hin, die sich jetzt weniger am strengen Recht orientiert hat. Aber alleine aufgrund der Dimension der Dinge - - Die muss ja schon auch eine Rolle spielen. Wenn Sie schreiben, die besondere Bedeutung des Falls sei nicht gegeben, ist das sehr, sehr defensiv.

Wir haben keine Fragen mehr.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Hat die SPD noch Fragen?

**Dr. Eva Högl** (SPD): Ja, eine noch oder zwei, -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Frau Dr. Högl.

**Dr. Eva Högl** (SPD): - jedenfalls so einen kleinen Komplex noch; genau.

Herr Ritscher, ich würde gerne mal wissen, wie Sie sich vorbereitet haben hier auf Ihre Vernehmung heute.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ich habe mir diesen ARP-Vorgang in Kopie geben lassen und habe - was habe ich noch gemacht? - ab und zu in der Presse verfolgt, was hier die Themen sind. Ja, aber das - - Also, mehr hat die Zeit meiner Arbeitsbelastung leider nicht zugelassen.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Informationen aus der Presse!)

**Dr. Eva Högl** (SPD): Als das im November 2011 herauskam, dass der NSU verantwortlich war für die Mordserie, die Sprengstoffanschläge, die Banküberfälle und so - - Ich frage die Zeugen immer alle, was sie da gedacht haben. Aber bei Ihnen will ich mal wissen: Sie haben sich damit ja beschäftigt. Haben Sie sofort drüber nachgedacht: „Ach, das war ja mein ARP-Vorgang. Da habe ich mich ja mal mit befasst. Du liebe Güte, das habe ich ja damals ganz falsch eingeschätzt“, oder was war da so? Wie haben Sie da so drauf reagiert? Ist Ihnen das sofort wieder eingefallen?

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja. Mir ist sofort der ARP-Vorgang in den Sinn gekommen. Also, mir ist in den Sinn gekommen,

dass sie die Sache geprüft haben, und ich muss auch sagen: Ich habe den Fall, der ja schon auch außergewöhnlich ist, unabhängig davon, also jenseits des rechtsterroristischen Hintergrundes, auch schon immer mal wieder verfolgt, und mir ist dann auch in Erinnerung gekommen, dass also ja nun dann wenige Monate vorher ein größerer Artikel auch in der Zeitung war, der darüber spekuliert hat mit recht deutlichen Worten, dass da der Tiefe Staat in der Türkei dahinterstecke und dass das doch eigentlich ziemlich klar sei und dass es da aber immer noch irgendwelche Ermittlungsbeamte gebe, die hinter der Türkenhasser-Theorie her seien, aber eigentlich sei doch klar, dass da der Tiefe Staat dahinterstecke, was mir nie sonderlich plausibel erschien, aber - - Ja, das waren so die Dinge, die mir in den Sinn gekommen sind.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Haben Sie sich da sofort den ARP-Vorgang noch mal wieder gezogen und reingeschaut?

**Zeuge Christian Ritscher:** Nein, das kann ich nicht so einfach. Nein, den habe ich dann erst im Nachgang - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Jetzt erst zur Vorbereitung dieser - -

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja. Wie gesagt, wie es dann da weiterging, war mir auch gar nicht bekannt, bevor ich jetzt hier dieses Doppel bekommen habe.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber Sie haben sich daran erinnert, dass Sie das damals ganz falsch eingeschätzt haben?

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja, ich wusste noch, dass wir das damals geprüft haben. Wie gesagt, das war eines der letzten Dinge, die ich in diesem Referat überhaupt gemacht habe, bevor ich dann den Zuständigkeitsbereich gewechselt habe.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Und wenn Sie da heute noch mal draufgucken - wir haben es ja auch bei unserer Befragung eben schon rausgearbeitet -, wenn Sie da jetzt noch mal draufgucken?

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja, ich hatte es ja schon mehrfach gesagt: Ich würde das

heute so sicherlich nicht mehr schreiben. Also, ich war - muss ich schon sagen - im Nachgang sogar erstaunt, dass ich das also hier mit meinem Namen mitgetragen habe. Aber es ist so. Es ist so.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Nicht nur die politischen Hintergründe und die Motive, sondern auch die juristischen Gesichtspunkte?

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Okay, dann habe ich keine weiteren Fragen. - Möchtest du auf mein Fragekontingent noch was oder auf unser?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich habe noch eine Frage. Sie waren ja von 2002 bis 2006 für diesen Bereich zuständig. Ist denn dieses Thema Ceska-Morde vor 2006 jemals erörtert worden?

**Zeuge Christian Ritscher:** Nein, das hatte ich Ihnen ja schon mal gesagt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Erst nach dem neunten Mord das erste Mal?

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja. Und deshalb: Die Frage stelle ich mir heute auch immer wieder, wie es eigentlich kommen konnte. Ich meine, ich habe mir sogar die Frage gestellt, ob wir nicht zur Zeit der Hauptverhandlung gegen Martin Wiese und andere - in der Zeit waren wir ja viel in München - - ob nicht eine der Taten während dieser Zeit passiert ist. Ist es aber nicht, wie ich jetzt im Nachhinein festgestellt habe. Aber es beschäftigt mich wirklich. Es ist - - Ich weiß es nicht. Es wurde offensichtlich dann auch medial immer anders abgebucht. Mir ist diese Mordserie vor diesen, vor der letzten, also der vorletzten Tat, wenn man jetzt den Mord an Frau Kiesewetter noch mit in den Blick nimmt, dienstlich nie begegnet. Es ist einfach so. Ich weiß auch nicht, warum.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Es ist halt nur jetzt im Rahmen Ihrer Befragung, Herr Ritscher, bei mir der sehr starke Eindruck entstanden, dass die Auswahl von Vorgängen, wo Sie prüfen: „Gibt es eine Zuständigkeit der Bundesanwaltschaft?“, erstens absolut erratisch erfolgt und zweitens

man den Eindruck hat, das Ergebnis der Prüfung hängt im Wesentlichen davon ab, ob wir Qualitätsjournalismus haben in Deutschland und die Redakteure da vernünftiges Zeug reinschreiben in ihre Texte oder nicht. Liege ich da ganz falsch?

**Zeuge Christian Ritscher:** Ganz falsch vielleicht nicht. Aber, Herr Vorsitzender, zum einen muss man sehen, vielleicht doch sehen, dass wir von 2003 bis 2005 - - Also, ich jedenfalls für meine Person habe mich eigentlich so gut wie gar nicht mit ARP-Vorgängen befasst, sondern war im Wiese-Komplex drin, und zwar rund um die Uhr mehr oder weniger. Das ist das eine. Das andere ist - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aber ich meine, wenn sich vor 2006 in Ihrem Haus jemand schon beschäftigt hätte mit der Ceska-Mordserie, hätten Sie das doch im Rahmen Ihrer Recherchen 2006 geprüft, oder?

**Zeuge Christian Ritscher:** Wahrscheinlich schon. Ja, doch schon.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also ob es zu demselben Sachverhalt bereits einen früher datierenden Prüfvorgang gibt. Das macht man doch dann, oder? Haben Sie das gemacht?

**Zeuge Christian Ritscher:** Ich kann Ihnen das jetzt nicht mehr positiv sagen, aber ich gehe davon aus.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ach so.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ich weiß jetzt nicht, ob Ihre Aktenanforderungen etwas anderes ergeben haben, aber ich glaube nicht, dass es dazu einen anderen Vorgang gibt. Einen früheren, oder? Also, ich will hier keine Fragen stellen. Das ist nicht meine - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Na ja, aber ich dachte nur, wir laden ja Zeugen ein, um hier Erkenntnisgewinne zu erzielen, und ich gehe doch mal davon aus - sechs Jahre sind ja nun nicht ganz so lange her -, dass Sie uns aus Ihrer Erinnerung heraus sagen können müssten - -

**Zeuge Christian Ritscher:** Also, bei uns ist keiner gelaufen. Das kann ich sagen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aha. - Frau Dr. Högl.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ich habe noch was vergessen, Herr Ritscher, was mich auch noch interessiert hat, nämlich: Haben Sie denn danach noch mal mit Ihren Kollegen gesprochen, also über diese falsche Einschätzung damals und die fehlerhafte Bewertung der Vorgänge und die fehlerhafte Prüfung und so, mit Ihrem Team?

**Zeuge Christian Ritscher:** Jetzt meinen Sie in letzter Zeit?

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, ja, nach November 2011 meine ich jetzt, mit Ihrem Team, als Sie das - - Sie haben sich ja sofort dran erinnert: Ach du liebe Güte, das habe ich damals falsch eingeschätzt.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja, wir haben uns - - also nicht detailliert, aber wir haben uns, glaube ich, darüber unterhalten, ja, dass wir das damals geprüft hatten und dass wir zu dem Ergebnis gekommen waren, dass keine Zuständigkeit wäre.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Weil das scheint mir ein ganz normaler Vorgang zu sein. Also, ich meine, wenn so etwas rauskommt, wenn man selbst das mal am Wickel hatte in einem Team, hielte ich es für lebensfremd, wenn man dann nicht mal im Nachgang - wir haben ja jetzt, ein Jahr ist es her - mal irgendwann drüber spricht und sich da mal austauscht. Was war denn so der Tenor bei Ihrem Gespräch?

**Zeuge Christian Ritscher:** Was war der Tenor? Also, der Tenor war, soweit ich mich da noch dran erinnere - da muss ich jetzt wirklich ein bisschen graben -, dass wir damals zu dem Ergebnis gekommen waren anhand dessen, dass wir so wenig Anfassers für einen rechtsterroristischen Hintergrund hatten, dass man es offensichtlich oder wir es offensichtlich für ausreichend hielten, das so abzarbeiten, wie es geschehen ist.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Also: „Wir haben alles richtig gemacht, uns kann nichts passieren“?

**Zeuge Christian Ritscher:** Nein, so würde ich es nicht sagen. Also, entschuldigen Sie, da kann ich auch nur für mich reden, und ich glaube, ich habe deutlich zum Ausdruck gebracht, -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, ja, klar.

**Zeuge Christian Ritscher:** - dass ich nicht der Auffassung bin, dass wir uns bräsig zurücklehnen könnten.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Genau. Sie müssen nur verstehen: Ich frage das immer ein, oder wir fragen das immer ein; aber wir haben ja kollektiv einen Eindruck, und die Neigung, da auch bestimmte Dinge einzuräumen, dass Fehler gemacht wurden usw., die ist nicht sehr ausgeprägt. Aber Sie haben ja da eingesehen, dass das ein Fehler war. Ich wollte mal wissen, wie das dann so bei Ihnen diskutiert wurde und mit wem Sie darüber gesprochen haben und so. Okay.

Weil mir drängt sich der Eindruck auf, dass damals schon - 2006, im August - versucht wurde, das wegzukriegen vom Generalbundesanwalt. Also, das spricht für mich eine ganz klare Sprache. Sie können sich daran nicht mehr erinnern, dass das so war. Aber wenn man das so liest und nach der Befragung von Ihnen muss ich schon sagen: Der Eindruck drängt sich ziemlich auf, dass jedenfalls nicht versucht wurde, die Zuständigkeit des Generalbundesanwalts zu begründen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Hat die FDP noch Fragen?

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):** Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die Linksfraktion? - Herr Wieland.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nur ein Satz: Sehe ich das richtig, Herr Ritscher, dass der Generalbundesanwalt nur handeln darf, wenn er gesetzlich zuständig ist, und die Frage, ob er gesetzlich zuständig ist, er sich per Zufallsprinzip durch Google, durch zufällige Zeitungslektüre oder durch Eingebung verschaffen muss? Das ist jetzt gar nicht böse auf Sie bezogen gemeint, sondern die Rechtslage stellt sich für mich so dar.

**Zeuge Christian Ritscher:** Also, der Generalbundesanwalt darf in der Tat nur ermitteln, wenn er gesetzlich zuständig ist. Das ist richtig.

Den zweiten Teil Ihrer Frage oder Ihrer Einschätzung würde ich nicht ganz so teilen, weil es letztendlich ja doch vorgeschriebene Meldewege gibt, die, wenn sie denn alle immer eingehalten werden, natürlich dazu führen, dass ergänzend zu dem, was in der Zeitung steht, der Generalbundesanwalt auch auf anderem Wege Kenntnisse von Straftaten aus seinem Zuständigkeitsbereich oder seinem möglichen Zuständigkeitsbereich erlangt.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, präzisiert: Wenn nicht gemeldet wird, dann Google, Eingebung, Sonntagszeitung, *Tagesthemen*, oder was auch immer.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja, natürlich. Der Generalbundesanwalt ist relativ selten anwesend, wenn Straftaten begangen werden. Manchmal ist er das leider. Dann überlebt er das nicht, aber - -

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, Frau Wawzyniak will sich schon bewerben für diesen Job.

(Halina Wawzyniak (DIE LINKE):  
Für den Zeitungslesejob!)

- Ja, gut bezahlte Medienauswerterin im Rang eines Oberstaatsanwalts beim BGH, das klingt verlockend.

**Zeuge Christian Ritscher:** Ja, aber da muss man dann noch ein bisschen mehr machen.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ab und an einen Vermerk schreiben, ja. - Gut, ich bin fertig mit meinen Fragen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Gibt es noch weiteren Fragebedarf?

(Dr. Eva Högl (SPD): Von mir nicht!)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Ritscher, dann sind Sie als Zeuge hiermit verabschiedet. Sie erhalten das Protokoll der Vernehmung, wenn es vorliegt, und haben

dann zwei Wochen Zeit, Korrekturen und Ergänzungen geltend zu machen.

Ich wünsche allseits noch einen angenehmen Resttag. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 16.46 Uhr)

18

schiene sind, 06.08. *Süddeutsche*, 07.08. *Spiegel*, *Die Welt* haben wir noch, dann haben wir *Bild*-Zeitung, und dann kommt der Ausdruck der Website des Bundeskriminalamts. Auf Aktenseite 7 oben im Eck findet sich ein Vermerk, ein handschriftlicher: „Herrn StA Gröschel“ mit der Bitte um Kenntnisnahme und Rücksprache, abgekürzt „m. d. Bitte um K. und R.“, 08.08., gezeichnet vom damaligen Referatsleiter, und dann ist Herr Gröschel und bin ich -- sind dann daran gegangen, das mal anhand der bestehenden Rechtslage, also der Gesetze, insbesondere § 120 Abs. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes und der daraus entwickelten oder dazu entwickelten Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, durchzuprüfen. Das ist dann schulmäßig durchgeprüft worden hier.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Schulmäßig?

**Zeuge Christian Ritscher:** Was diese Verfolgungszuständigkeit unter Ziffer II ~~von Ziffer IV~~ des Vermerks anbelangt: Das ist -- stellt im Prinzip die Rechtslage dar, unter welchen Voraussetzungen der Generalbundesanwalt rechtsextremistische Taten von sogenannten Einzeltätern, also wo jetzt nicht eine terroristische Vereinigung -- kein Verdacht besteht, dass eine terroristische Vereinigung im Hintergrund steht, wann dann der Generalbundesanwalt, unter welchen Voraussetzungen der Generalbundesanwalt dafür zuständig ist, und dann wird die ganze Sache -- wird das auf das angewandt, was auf die Täter - den Täter, die Täter - dieser Mordserie bekannt war.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Ritscher, ich weiß ja nicht, was bei Ihnen „schulmäßig“ heißt, aber nach meiner Lebenserfahrung muss man spätestens im Abitur eine Arbeit schreiben, wo es nicht ausreicht, sich auf Sekundärliteratur zu beziehen, sondern wo man Primärquellen verwenden muss.

**Zeuge Christian Ritscher:** Nein, mit „schulmäßig“ meine ich zunächst mal die Darstellung der Rechtslage, abstrakt vom Fall, also nicht jetzt --

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja. - Also, wir finden in den Akten - Frau Högl hat gleich noch eine Zwischenfrage, aber kurz

vorab - ein Schreiben von Bundesanwalt Dr. Diemer an Herrn Griesbaum von der Bundesanwaltschaft. Das bezieht sich auf eine parlamentarische Anfrage. Das ist aus dem Jahre 2011, also 31. März 2011, ein gutes halbes Jahr vor dem Auffliegen der Terrorzelle. Und da bestätigt Herr Diemer den Eindruck, den wir auch gewonnen haben. Herr Diemer schreibt in dieser E-Mail vom 31.03. an Herrn Griesbaum:

Der Generalbundesanwalt hat 2006 zunächst aufgrund von Presseberichten im Zusammenhang mit den angesprochenen Morden geprüft, ob es sich um in seine Zuständigkeit fallende Straftaten handelt.

Jetzt frage ich mal einfach, Herr Ritscher: Ist das wirklich der Regelfall, dass Sie sozusagen sich morgens auf dem Weg zum Büro die Zeitung kaufen und dann erst mal eine halbe Stunde gucken, ob da irgendwas drinsteht über Straftaten, die in Ihre Zuständigkeit fallen könnten, und wenn Sie den Eindruck haben: „Hm, vielleicht ist das unsere Zuständigkeit“, dann kaufen Sie noch zwei, drei Zeitungen mehr und prüfen auf dieser Grundlage, ob es sich um ein Staatsschutzdelikt handelt, sprechen aber nicht mit den Instanzen - Polizei, Staatsanwaltschaft -, die bisher diese Verfahren bearbeiten? Ist das so? Ist das professionell?

**Zeuge Christian Ritscher:** Herr Vorsitzender, das ist schwer zu beantworten. Die Frage ist berechtigt, aber sie ist schwer zu beantworten. Es ist in der Tat so, dass ARP-Vorgänge, wie Frau Professor Rissing-van Saan schon festgestellt hat, nicht selten aufgrund von Pressemeldungen angelegt werden; denn die Staatsanwaltschaften der Länder haben meiner Erfahrung nach - und das gilt nicht nur für Rechtsterrorismus - nicht immer die Neigung, sofort beim Generalbundesanwalt aufzuschlagen, um Sachverhalte zur Prüfung, ob die möglicherweise in die Bundeszuständigkeit fallen, zuzuschicken. Also, wie gesagt, in diesem Falle war es tatsächlich so, dass die Pressemeldungen der Anlass dafür waren - für uns waren -, zu sagen: Da gucken wir jetzt mal hin. Worum geht es da eigentlich?

Dann wurde das durchgelesen, und der Erkenntnisstand, der hier drinsteht - also jedenfalls in den Pressemeldungen -, die sind ja - wenn ich mal von der *Bild*-Zeitung